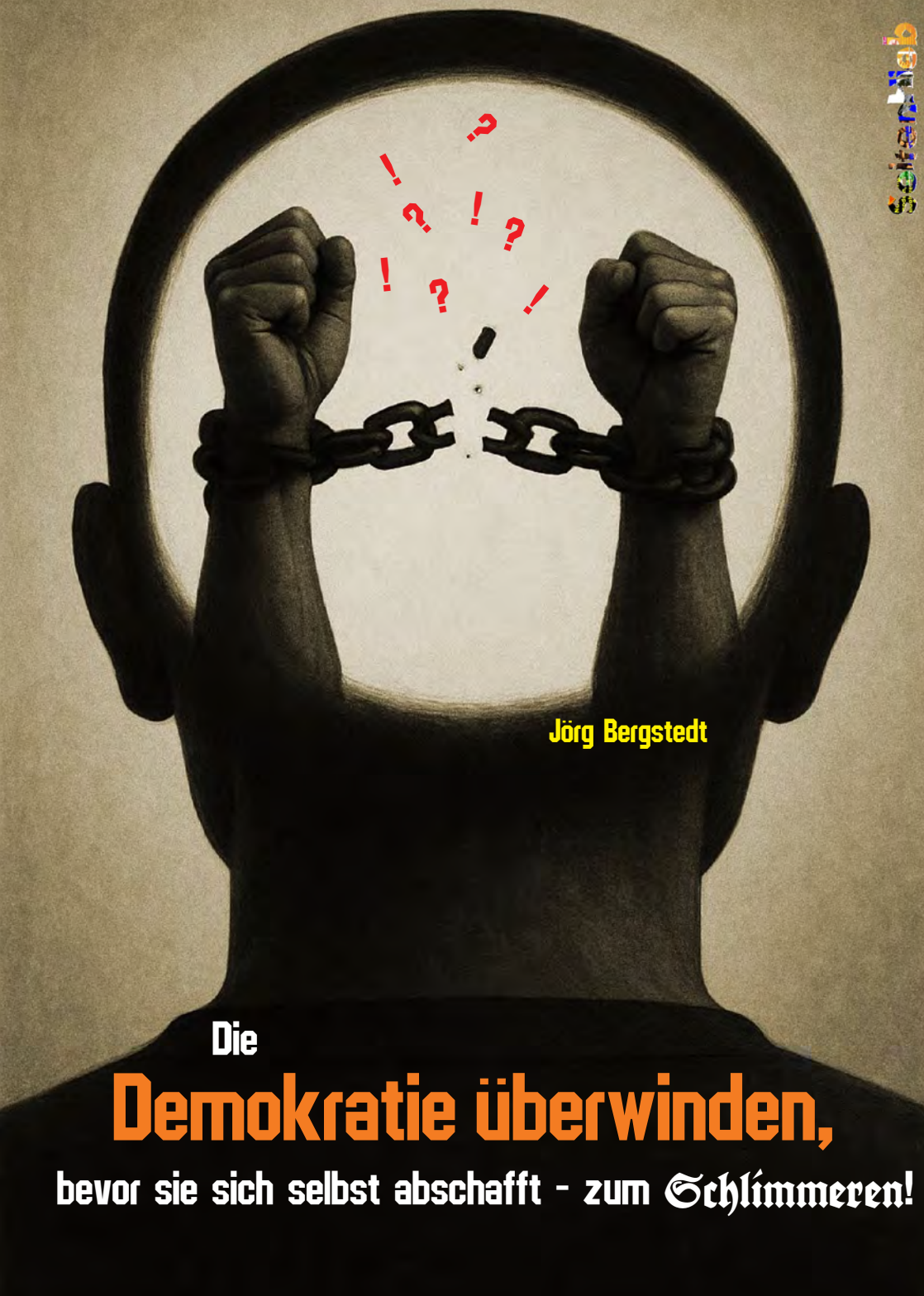




Jörg Bergstedt

Die

Demokratie überwinden,

bevor sie sich selbst abschafft - zum Schlimmeren!

Die Aliens sind unter uns

Prägt ein fremder Code die Welt?
Poetische Darstellung der Herrschafts-
mechanismen von Christoph Spehr.

- Taschenbuch, 320 S., 10 €
- ISBN 978-3-86747-054-4



Macht und Umwelt

Warum und wie Herrschaft die
Umweltzerstörung fördert.

- Quadratisch, 64 S., 3 €
- ISBN 978-3-86747-060-5



Herrschaft

Warum herrschaftsfrei? Thesen
und Theorien in Kurzform.

- Quadratisch, 64 S., 3 €
- ISBN 978-3-86747-058-2



Kritik der Demokratie

Grundprobleme der
Volks-Herrschaft in Kurzform.

- Quadratisch, 64 S., 3 €
- ISBN 978-3-86747-059-9

Gruppe Gegenbilder:

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Gegenbilder zu Markt und Staat: Konzepte
und Experimente für eine Gesellschaft ohne
Hierarchien und ökonomischem Verwer-
tungszwang. „Das“ grundlegende
Theoriwerk zur Herrschaftsfreiheit.

- A5, 356 S., 14 €
- ISBN 978-3-86747-005-6



Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung

Ist Herrschaft des Volkes wirklich
etwas Gutes? Volk als konstruiertes,
identitäres Subjekt existiert nur in
Form seiner Stellvertretung. Wenn
die dann herrscht „im Namen des
Volkes“ über die Menschen – was ist
daran gut? Wenn dann noch
Bomben fallen, um die Demokratie
weltweit zu exportieren – was
unterscheidet diese
Kriege von der brutalen
Kolonisierung,
von religiös motivier-
ten Missionen oder
Kreuzzügen früherer
Zeiten?

- 12,5 x 22 cm,
208 S., 14 €
- ISBN 978-3-
86747-004-9



Bücher zu Demokratie und Herrschaftsfreiheit im SeitenHieb-Verlag (Auswahl)

seitenhieb.info
aktionsversand.siehe.website

Die Demokratie überwinden, bevor sie sich selbst abschafft – zum Schlimmeren!

Von Jörg Bergstedt – mit Dank an alle Anni, Hanna, Jannik und Lotte,
die unterstützend die Texte diskutierten

Warum die Rettungsversuche einer nicht zukunftsfähigen Gesellschaftsform nicht helfen werden – und was stattdessen nötig ist

An denen, die sich ohnmächtig fühlen, aufgegeben haben oder nicht mehr hinsehen können:
Ihr habt Recht – innerhalb dieser „Welt“ wird es nicht besser. Aber jenseits bestehen Chancen.

An alle, die sich richtigerweise empören, aber nicht selbst organisieren, sondern sich denen anschließen, die am lautesten schreien, jedoch diese „Welt“ noch schlimmer machen würden:
Seid nicht einfach Mitlaufende. Denkt selbst nach. Verlasst die ausgetretenen Wege und latscht nicht hinter denen her, die euch für etwas benutzen, was euch (und anderen) schadet.

An alle, die sich nichts Besseres vorstellen können als die heutige „Welt“ und diese deshalb „retten“ wollen: Lasst euch nicht länger vor den Karren der aktuell Herrschenden und ihrer Interessen spannen. Ihr irrt euch – es gibt etwas Besseres als „diese Welt“!

An alle, deren Protest in der Komfortzone bleibt und dazu dient, die Komfortzone zu verteidigen:
Die Privilegierten haben zwar weniger Eigeninteresse an Veränderung, aber die besseren Möglichkeiten – das sollte euch Verpflichtung und Ansporn sein!

An alle: Ihr werdet gebraucht – nicht als Rädchen im System oder toter Fisch im Strom der Massen,
sondern als Wesen mit euren Eigenarten und kreativen Ideen.



SeitenHieb-Verlag, Reiskirchen ++ ISBN 978-3-86747-108-4

Abbildungen: Quellenangaben am Bild ++ Umschlag erstellt mit Hilfe von ChatCPT

Das Buch darf frei heruntergeladen und weitergegeben werden. Wir freuen uns aber über eine Spende, um das Buch und die Ideen des Buches weiter verbreiten zu können: Konto „SeitenHieb“, IBAN DE29 5139 0000 0092 8817 09, BIC VBMHDE5F.

Inhalt

Inhalt	4
Bevor es los geht	7
Was dieses Buch bietet – und was fehlt	12
Schöne neue Welt der Demokratie	16

Teil 1 Massenhaft demokratisch

Eine Definition und viele Probleme	23
Der „demos“ – Keimzelle jeder Demokratie	26
Die Erfindung des „demos“	31
Türöffner für Herrschaft und rechtes Denken.....	37
Kein „demos“ ohne Grenzen: Wer gehört dazu – und wer bleibt draußen? ..	40
Des Volkes Stimme(n)	47
Menschen in Massen	52
Was fördert die Vermassung?.....	60
Medien und Massendemokratie	63
Likes, Follower & Co.	65
Das ewige Wählen	67
Massenkonsum	71
Ideologische Schubladen	73
Angriffe und Druck von außen	81
Biologismen	82
Nährboden von Populismus	87
Fazit.....	94

Teil 2 Demokratischer Alltag

Diskurse: „Software“ der Massen	101
Gewählte Aristokratie	106
Aussieben	109
Wer will an die Macht?	111
Reduzierte Komplexität.....	115
Aristokratie: Herrschaft der Eliten	116
Herrschaft verstärkt sich selbst.....	122
Demokratie und Menschenrechte	124
Demokratie und Kapitalismus – ein Traumpaar.....	130
Demokratie überwindet sich selbst – zum Autoritären	136
Es gibt kein richtiges Leben im Falschen	146

Teil 3 Retten, Scheitern, Verzweifeln

Das ewige Hoffen in Regierungswechsel	158
Demokratische Verschlimmbesserungen	164
Demokratische Disziplinierung	178
Die nette Art der Gleichschaltung: Assimilation	179
Kann auch anders: Wehrhafte Demokratie	185
Kombiniere ... Assimilieren, spalten und herrschen	189
Not-Propaganda: Alles andere ist böse	190
Demokratischer Imperialismus	198

Teil 4 Aufbruch

Demokratie überwinden – zum Besseren	203
Wir sind schon unterwegs	206
Bürgerräte (genderneutral: Bürgeräte)	207
OpenSource und Debatte um Keimzellen	215
Im Kleinen ausprobieren – aber damit nicht enden	222
Große Theorien entwickeln und Ideen spinnen	229
Ganze Länder gestalten schon um	232
Wege, die in die Irre führen	236
Was braucht es? Schritte voran	240
Dezentralisierung	241
Kommunikation und Kooperation statt Konkurrenz	244
Lösen	245
Streitkultur	253
Commons statt Gemeinschaftseigentum	255
Soziale Sicherheit	258
Keimzellen und Gegenkultur	261
Reibung erzeugt Wärme: Protest und Widerstand	262
Das Leuchten der Utopie	266
Mensch und Herrschaftsfreiheit – passt!	270
Dann los!	273

Anhang

Zweiter Titel (zum aktualisierenden Überkleben)	274
Über den Autor	277
Ausgewählte Bücher des SeitenHieb-Verlag	278

*Wer will, dass die Demokratie bleibt,
wie sie ist, will, dass sie nicht bleibt.*

*is-Sprache

Die hier genutzte Sprachform ist der Versuch, Sprache als kulturelle Kampfform zu nutzen – hier für einen Verzicht der ständigen Zuordnung von Menschen zu einem Geschlecht. In fast allen Fällen, in denen Menschen beschrieben werden, ist das Geschlecht ohne Bedeutung. Ein männlich-weiblicher Stil bei Begriffen und, moderner, auch die Verwendung des Gender-Gap als Ausdruck, dass es weit mehr als diese zwei Geschlechter gibt, verharren in der Typisierung von Menschen. Die hier verwendeten Substantive mit den Endungen -i oder (Plural) -is sowie neu geformte Artikel, Pronomen usw. sollen das Geschlecht ganz aus der Sprache verbannen, ähnlich dem englischen „the“). Eine solche Veränderung der Sprache ist gewöhnungsbedürftig, aber genau deshalb eine wichtige Praxis. Hier verschiebt sich Kultur durch Benutzung der neuen Form. Die Erfahrung zeigt: Mensch gewöhnt sich schnell an die neue Form, das Weiterlesen nach erster Irritation lohnt also doppelt.

Die entgendernte Sprache wurde für die beiden Romane „Suizidalen“ und „Hinter den Laboren“ erfunden. Sie wird von Menschen in emanzipatorischen Zusammenhängen inzwischen oft genutzt (mehr auf is-sprache.siehe.website).

Demokratie oder Barbarei: Die Zeit läuft.

Aus Dahn, Daniela (2005), „Demokratischer Abbruch“, Rowohlt Verlag in Reinbek, abgedruckt in: Humanwirtschaft 1/06 (S.21)

Bevor es los geht ...

Die Alarmglocken schrillen. Weltweit, auch in Europa, gewinnen rechte Parteien und Kandidatis* die Wahlen und übernehmen Regierungen. Das Verstörende: Viele der Menschen wählen diese Parteien, denen es schlechter gehen würde, wenn die Gewählten an die Macht kämen. Denn laut Parteiprogrammen und Parolen wollen AfD und nahestehende Parteien die Sozialtats kürzen, Arbeitspflicht und ähnliche Gemeinheiten gegen die ohnehin schon materiell benachteiligten Bevölkerungsgruppen einführen. Offenbar lesen die meisten Wählers die Programme nicht, jubeln stattdessen wie im Rausch den Slogans und Populismen zu, selbst wenn diese größten Unsinn von sich geben und das völlig offensichtlich ist.

Die Wirkung ist doppelt fatal. Der Stimmenzuwachs rechtsextremer Parteien vergrößert deren Einfluss bis hin zur Regierungsübernahme, wie in den Niederlanden, Italien, Indien oder El Salvador.¹ Fast noch schlimmer wirkt die Ausstrahlung auf ihre Mitbewerbers aus der bürgerlichen Mitte. Noch (!) sind diese in den meisten Staaten an den Schalthebeln der Macht. Doch auch sie rücken nach rechts, wodurch sich der Ruck ins Autoritäre vollflächig entfaltet. In der absurden Annahme, dass die Übernahme rechter Programmatiken ein Gegengewicht schaffen könnte, verhalten sie sich wie eine Fußballmannschaft, die aus Angst vor der drohenden Niederlage beginnt, mit auf das eigene Tor zu schießen.

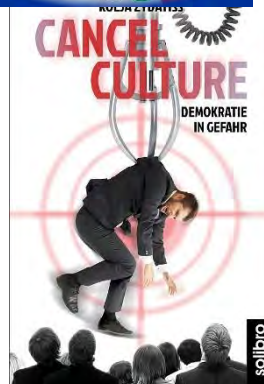
Auch in Deutschland stehen die Rechtspopulists* und Rechtsextremen dicht vor den Toren der Regierungssitze. 2025 regiert in Bund, Ländern und auch sonst noch fast überall die alte Garde der Mitte-Parteien von SPD bis CDU/CSU. Sie kritisieren den Begriff der „Remigration“, aber hängen ihre Fahnen in diesen nach rechts bläsenden Wind. Sie verabschieden „Rückführungsverbesserungsgesetze“² oder lassen über „Zustrombegrenzung“³ abstimmen, ganz im Sinne der rechten Taktgebis. Sie verstärken auf Zuruf von rechts die Außengrenzen, erhöhen aber gleichzeitig die Kriegsetats und stärken die Wirtschaft – beides Handlungen, aus denen Zerstörungen und damit wiederum Fluchtgründe folgen. Zusätzlich kürzen sie folgsam die Sozialleistungen. Obwohl sie also selbst die Aktivposten im Rechtsruck und autoritären Wandel der Welt sind, besuchen viele Mitglieder und sogar Funktionsträgers* aus CDU, SPD, Grünen und anderen die Demonstrationen für den Erhalt der Demokratie und gegen die wachsenden rechten Umtriebe.

Sie marschieren dort zusammen mit verzweiferten Gutmenschen, die fern jeder gesellschaftlichen Analyse die gute alte Zeit irgendwie festhalten wollen. Sie demonstrieren und appellieren. Es wirkt wie ein Gebet, abgesandt in das Nichts: „Nie wieder ist jetzt“ lautet ein Hauptmotto und klingt wie „bitte, bitte nicht nochmal“. Das ist in der Sache verständlich, aber an wen richteten sich die Appelle? Was könnte helfen? Ihre einzige Idee scheint, das weiter aufrecht zu erhalten, was die Rechten gerade an die Macht bringt – und in vielen Staaten schon brachte: Demokratie.

Die Texte dieses Buches sind unterlegt mit einer Vielzahl von Zitaten. Neben für das Thema dauerhaft wichtigen Quellen stammen sie aus etlichen in letzter Zeit erschienenen Büchern oder Einzeltexten über Demokratie. Damit soll ein teil-repräsentativer Eindruck vermittelt werden, welche Schwerpunkte und Aspekte die aktuelle Debatte um das Thema prägen. Allerdings führte der Blick auf die Neuerscheinungen auch zu großer Enttäuschung. Die untersuchten Werke glänzen im Massenmarkt der Bücher, der durch billigere oder einfacheren Druckverfahren entstanden ist, nicht gerade durch intensive Analyse, umfassende Quellenarbeit oder sorgsam entwickelte Vorschläge. Die meisten sind keine wissenschaftlichen Beiträge zur Demokratietheorie und -analyse, zeigen aber gerade deshalb ganz gut auf, in welche Richtung sich Debatten und politische Praxis der Demokratie entwickeln – und wie sie wahrgenommen werden. Ein Teil von ihnen enthält eine merkwürdige Mischung aus einer formulierten, eventuell aber auch nur vorgeschobenen Sorge um die Demokratie, dem Vorwurf der Demokratiezerstörung gegenüber den etablierten Institutionen und eigenen Vorschlägen, die autoritäre Neigungen offenbaren. Hier wiederholt sich das taktische Spiel, welches auch in rechten Parteien üblich ist: Unter dem Vorwand und Deckmantel der Demokratierettung wird rechter Populismus betrieben, dessen Ziel ein Zurück in vordemokratische Zeiten erkennen lässt.

Beispiele für solche Veröffentlichungen sind „Achtung, Sie verlassen den demokratischen Sektor“ von Gunnar Kunz (2024, Solibro in Münster) sowie „Demokratie – Fiktion der Volksherrschaft“ von Egon W. Kreutzer (2020, BoD in Norderstedt) und „Cancel Culture“ von Kolja Zydatis (2021, Solibro in Münster). Ihnen gemeinsam ist, dass zwar das Offensichtliche, wo es in der aktuellen Demokratie hakt oder gar nicht funktioniert, beschrieben wird, aber als Gefahrenursachen populistisch „Antifa ... Deutschenhasser ... Gender-Mainstream ... Zuwanderung ... Lügenpresse ... Quotenpersonen“ in einer Liste mit Armut, Hauptstadtflughafen oder Überwachung (Kreutzer) vermengt werden. Gunnar Kunz verbindet seinen kritischen Blick auf die zerfallende Gesellschaft mit platter Hetze gegen „Gleichheitsfanatiker ... Meinungsdictatur ... Würgegriff der Demagogen ... gesichtsloser Masse“ und immer wieder pauschal gegen Linke. Zwar liegt der Schwerpunkt im Buch „Cancel Culture“ auf der (oft zutreffenden) Beschreibung moderner Ausgrenzungen und Zensur, aber auch hier wird ständig abgewertet: „besessen von Frauengleichstellung ... größtenwahnsinnig [zu erneuerbaren Energien] ... trüben Menschenbild der neuen Linken ... zensurverliebte Linke ... erinnert an linke Terrorgruppen ... Antifa-Randalierer“. Wer wie die Autoren (alle männlich) nicht wagt, das demokratische Wählen, Repräsentieren und Regieren als Ganzes zu hinterfragen, wird im Nebel nach Nebenerklärungen und persönlichen Fehlern der Mächtigen stochern. Dabei hätte sich aufdrängen müssen, dass die Demokratie nicht nur von Anhängis vordemokratischer Systeme (wie einige der Autoris) bekämpft wird, sondern sich auch selbst im Weg steht.

Die meisten ausgewählten Zitate enthalten Belege für das, was hier im Buch ausgeführt wird – seien sie unterstützend bzw. ergänzend oder, häufiger, Beispiele für die fatalen, demokratischen Diskurse.



„Rettet die Demokratie“ steht folgerichtig auf vielen Plakaten. Manche wittern immerhin einige Defizite, fordern aber dann als Gegenmittel einfach noch mehr des Abstimmens und Wählens. Um beim Fußballbeispiel zu bleiben: Nachdem mehrere Spiele verloren gingen, fordern die Unterlegenen mehr Fußball – statt auf eine Sportart umzusteigen, die mehr zu ihnen passt.

So entsteht der Kreislauf ins Verderben: Die Demokratie bereitet aus sich selbst heraus dem Populismus den Boden, da sie Menschen zu Massen formt. Die vielen, oft eine Mehrheit, die das Abdriften bedauern, klammern sich an den Status Quo und wünschen sich mehr der Medizin, die jedoch eher das Schmieröl für den Wandel ins Autoritäre darstellt. Das Ende ist abzusehen. Es ist kein Gutes.

Dabei ist es weder neu noch ein Zufall, dass Demokratien immer wieder in autoritäre Verhältnisse führen, mitunter sogar direkt in deren heftigste Form, den Faschismus. Das war früher so, und ist es auch heute. Die Ursache liegt unter anderem in der Demokratie und ihrer Funktionsweise selbst. Daher lässt sich die Welt auch nicht demokratisch retten. Wer nicht ins Autoritäre abgleiten will, muss brechen mit dem Dogma, dass die Demokratie das Endstadium eines emanzipatorischen Prozesses darstellt. Sie war ein Fortschritt aus vordemokratischen, noch strenger hierarchisch sortierten Gesellschaften und verbreiterte die Schicht derer, die in einer Gesellschaft gestaltende Macht erreichen können. Das war gut, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Denn manch Errungenschaft der letzten Jahrhunderte wird unverdient der Demokratie zugerechnet. Dazu gehören die angesichts des Grauens zweier Weltkriege international eingeführten und teilweise auch überwachten Menschen- und Grundrechte. Demokratien können sie beherzigen, oder auch nicht – genauso wie Diktaturen und Monarchien. Wo Grundrechte bestehen und wirksam sind, hegen sie die Willkürlichkeit staatlicher und anderer Machtausübung ein, egal welche Gesellschaftsform vorherrscht. Sie können durch Regierungen, wie aktuell das Asylrecht, pulverisiert werden, egal ob diese durch Putsch, Vererbung oder demokratische Wahlen ans Ruder gekommen sind.

In vordemokratischen Zeiten lässt sich auf die Demokratie im Kampf gegen herrschende Ordnungen durchaus hoffen. Ist sie erreicht, ist das nicht mehr sinnvoll. Da der Wandel ins Autoritäre perfekt auf demokratischen Wegen erfolgen kann und dieses zurzeit überall auch geschieht, bedarf es anderer Lösungen. Die gute Nachricht ist: Es geht besser. Denn die Demokratie ist nicht das Ende der Fahnenstange. Wir können uns weiterentwickeln und so herauskommen aus dem jetzigen Teufelskreis ins Autoritäre.

Auf dem Weg der Menschen zu immer mehr Gleichberechtigung, Selbstentfaltung, Kooperation und Kommunikation war und ist die Demokratie eine Stufe, die glücklicherweise erreicht wurde. In mehreren Phasen der jüngeren Geschichte, die vom Zerfall der alten, autoritären Regimes geprägt waren, setzte die Demokratie zu

Die Revolutionen mögen wohl die »Lokomotiven der Geschichte« sein, aber es kommt unausweichlich und vielleicht unmerklich der Moment, wo diese »Lokomotiven« sich als schrecklich verspätet erweisen gegenüber einer Geschichte, die kontinuierlich weitergeht und unterdessen unter ihrem Gewicht Menschen, Leben und Ideen erdrückt hat.

Aus Luciano Canfora (2008): „Die Freiheit exportieren – vom Bankrott einer Ideologie“, Papyrossa in Köln (S. 33f)

*Wenn Du entdeckst, dass Du
ein totes Pferd reitest, steig ab!*

Weisheit, den Dakotas (native
americans) zugeschrieben

*Ich sage nur, dass wir endlich eine aufrichtige und offene Debatte
um die Zukunft der Demokratie führen müssen. Denn sonst haben
wir diese vielleicht bald nicht mehr.*

Dirk Neubauer, Bürgermeister der sächsischen Stadt Augustusburg
(ausgezeichnet mit dem Politikaward 2018) im Interview auf
<https://rowohlt.de/magazin/im-gespraech/dirkneubauer>

*Einige Bilder in diesem Buch stammen aus dem Was-ist-was-Band „Demokratie“
und sollen belegen, auf welche Art und alternativlos Kindern die Idee der
Volksherrschaft nahegelegt wird. Andere sind Snapshots aus dem offiziellen
Video der Band „Die Ärzte“ zu ihrem Titel „Demokratie“.*

Andrea Weller-Essers (2024): „Demokratie“, Tessloff in Nürnberg, 49 S., 14,95 €)

Das großformative, durchgehend farbige und reich
bebilderte Buch stellt jeweils auf einer Doppelseite die
wichtigsten Aspekte der Demokratie, des Wählens, der
Arbeit von Politik und Parlamenten sowie des
Rechtsstaates dar. Alles wirkt leicht und locker, von den
Problemen der Demokratie keine Spur – eher Propaganda
als Aufklärung. Gut sichtbar an der Antwort zu „Was gibt
es sonst noch?“ Nur Monarchie und Diktatur. Dann ist es
leicht, Demokratie als bessere Alternative darzustellen.



beachtlichen Höhenflügen an. „Das alte, 1989 geräuschlos implodierte sowjetische Imperium war das letzte Hindernis vor dem Triumphzug der Demokratie; heute, nach dem Ende der bipolaren Welt, weht ihr Geist, wo er will.“⁴

Sie muss aber, wie jede Stufe einer Treppe oder Leiter, in der Weiterentwicklung wieder verlassen werden. Sonst verkümmert sie, wird vom krampfhaften Festhalten am Status Quo dominiert und erzeugt die Gefahr, dass sich alles zum Autoritären (zurück-)entwickelt. Die Enttäuschten verlieren den Mut, dass es besser werden könnte, oder wenden sich ganz ab. Genau das erleben wir gerade. Wir können es nur ändern, wenn wir die Grenzen des Demokratischen in die entgegengesetzte Richtung des rechten Populismus und der autoritären Ordnungen überwinden.

Die Zeit der Demokratie ist abgelaufen. Sie war und ist gegenüber allen alt-autoritären Regimes eine berechtigte Hoffnung zu einer Entwicklung hin zu mehr Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Nun steht sie dieser im Weg. Offen ist, in welche Richtung sie sich verabschiedet. Kämpfen wir darum, dass Emanzipation, Gleichberechtigung und der Abbau von Zerstörung, Ausbeutung und Hierarchien den Weg bestimmen. Stehenbleiben, das Festhalten am Status Quo, ist keine Option. Mit einer Perspektive des „Vorwärts statt rückwärts“ können wir den rechten Populismus eine Perspektive entgegensetzen, die all diejenigen wieder mitnimmt, die mit der aktuellen Lage unzufrieden sind, sich aber in einer erschreckend hilflosen Weise trotzdem an den Jetzt-Zustand klammern. Zudem bieten wir der wachsenden Menge, die – sich ebenfalls ohnmächtig fühlend – mit der Stimmabgabe für die rechten Populisten oder dem Treten nach Schwächeren ihren Frust oder ihre Ängste zu kompensieren versuchen, endlich eine Alternative, die nicht nur so heißt.

➤ **Dieses Buch enthält keine umfassende Kritik der Demokratie.**

Idee und Konzept der Demokratie weisen mehr Schwächen auf als die in diesem Buch behandelten, welche zu Masseneffekten und dem sich darin ausbreitenden Populismus führen. Die zutage tretenden Probleme in den demokratischen Gesellschaften der Jetztzeit sind daher komplexer und umfangreicher. In diesem Buch geht es für allem um den „demos“ als Grundstruktur jeder Demokratie und die Folgen. Wer mehr über Geschichte, Entwicklungen und Probleme in der Demokratie erfahren will, kann auf die umfassende Kritik im Buch „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“ oder auf die thesenhafte Darstellung im kleineren Büchlein „Kritik der Demokratie“ in der Reihe „quadratisch.praktisch.theoriestark“ des SeitenHieb-Verlags (<https://seitenhieb.info>) zurückgreifen. Zudem gibt es die dazu passenden Internetseiten unter <https://demokratie.siehe.website>, auf denen auch Links zu weitergehenden Informationen gesammelt werden.

➤ **Es fehlt zudem eine ausführliche und konkrete Darstellung dessen, was stattdessen kommen sollte.**

Am Ende des Buches stehen einige Vorschläge, auf welche Art das autoritäre Desaster abgewendet und ein fortschrittlicher Pfad der Entwicklung betreten werden kann. Für eine umfassende Vision einer herrschaftsfreie(re)n Welt, die damit verbundenen Chancen und Risiken sowie den Stolpersteinen auf dem Weg dorthin fehlt hier der Platz. Dargestellt werden allein Ansätze, die Demokratie so weiterzuentwickeln, dass sie über sich hinauszuwachsen beginnt. Für die Ausblicke, welche Möglichkeiten dann entstehen und wie zukünftige, den demokratischen Rahmen sprengende Gesellschaften aussehen bzw. „funktionieren“ könnten, gibt es ebenfalls bereits Veröffentlichungen im SeitenHieb-Verlag. Allen voran sei das grundlegende Theoriebuch zur Herrschaftsfreiheit mit dem Titel „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ genannt. Zudem gibt es auch hier ein kleineres, thesenhaftes Büchlein „Herrschaft“ und das konkrete Gesellschaftsbereiche abhandelnde „Autonomie und Kooperation“ (alle erhältlich via Buchhandel oder über <https://aktionsversand.siehe.website>). Die passenden Internetseiten zur Theorie der Herrschaftsfreiheit können unter <https://herrschaft.siehe.website> aufgerufen werden.

Was dieses Buch bietet – und was fehlt

Die Glorifizierung der Demokratie versperrt den Blick auf die in der Demokratie selbst liegenden Probleme. Viele Ursachen und damit auch Lösungsmöglichkeiten bleiben verschleiert. Vieles dessen, was an den aktuellen Verhältnissen in demokratischen Ländern kritisiert wird, ist nämlich keine Wirkung undemokratischer Einflüsse von außen, sondern eine Folge der Demokratie selbst. Wer jedoch die Demokratie als beste Gesellschaftsform glorifiziert und auftretende Probleme stets auf einen Mangel an Demokratie zurückführt, bleibt auf diesem Auge blind. Fraglos gibt es Missstände, die aus nicht-demokratischen Systemen und Denkweisen in die Demokratie hineinwirken. Sie zu entdecken und Lösungen zu finden, ist wichtig, aber eben nur die eine Seite der Medaille. Die andere, nämlich die aus der Demokratie selbst entstehenden Probleme, bleibt dem Fanblock der Demokratie aufgrund der ihm eigenen Betriebsblindheit verborgen. Wenn aber Fehlentwicklungen falsche Ursachen zugeordnet werden, sind Gegenmaßnahmen meist nicht wirksam. Insofern ist der geringe Erfolg versuchter Abwehr der aktuellen Auflösungserscheinungen demokratischer Systeme nicht überraschend. Der Weg in eine autoritäre Republik ist mit den aktuellen Mitteln nicht aufhaltbar.

In diesem Buch soll erklärt werden, warum die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 ebenso wenig überraschend kam wie die heutigen Wahlsiege von absurd auftretenden Populisten der Marke Trump oder Milei sowie rechter Parteien und Kandidatis in vielen Ländern. Die Demokratie selbst ebnet ihnen den Weg. Viele der Probleme, die heute Sorgen bereiten, haben ihre Ursachen in den inneren Fehlern dieser Gesellschaftsform, die ihren guten Ruf nur aus dem Vergleich mit den vordemokratischen Zeiten schöpft – und aus einer Propaganda, die bei näherem Hinsehen schnell als reine Ideologie erkennbar wird.

Die folgenden Ausführungen verfolgen drei Hauptziele:

- ➡ Die Entlarvung der Demokratie als Herrschaftsform, die selbst Ursache vieler Fehlentwicklungen ist, für die sie fälschlicherweise als Lösungsmöglichkeit präsentiert wird.
- ➡ Die begründete Herleitung einer Unausweichlichkeit des bevorstehenden Übergangs der Demokratie in autoritäre, wenn nicht barbarische Welten, sollte weiter an dieser Staatsform festgehalten werden.
- ➡ Das Aufzeigen der Chance, durch ein mutiges Überschreiten der Demokratie in eine emanzipatorische Richtung dem menschlichen Fortschritt wieder auf die Beine zu helfen und das Desaster abzuwenden, welches mit Namen wie AfD, Trump, Putin, Milei usw. verbunden ist, die aber nur exemplarisch für die grundsätzliche Entwicklung stehen.

Kurze Zusammenfassung der Kritik an der Demokratie

Jede Demokratie beruht auf einer entscheidungsfähigen Grundeinheit, dem „**demos**“. Dieser muss für jede Wahl, für jede Mehrheits- oder Konsensabstimmung genau abgegrenzt sein. Daher beinhaltet Demokratie unabwendbar eine Einteilung in Innen (stimmberechtigt) und Außen (ohne Stimmrecht). Diese wiederum erzwingt Gremien oder Mechanismen, die die **Grenze zwischen Innen und Außen** festlegen sowie im Zweifel durchsetzen.

Die Bildung der Abstimmungsgemeinschaft und eine kollektive Entscheidungsfindung erfordern die Bereithaltung von **Durchsetzungsmitteln**. Ohne diese würden Beschlüsse erdachter Gesamtheiten keinen Sinn ergeben. Für die Durchsetzungsmittel müssen konkrete Personen bestimmt werden. Dadurch entstehen neue Privilegien.

Da bereits vorher privilegierte, zum Beispiel reichere, reichweitenstärkere oder bereits mit machtvollen Ämtern ausgestattete Personen(kreise) **bessere Chancen** haben, die neuen Privilegien nutzen bzw. neue Funktionen bekleiden zu können, verstärken Delegation von Aufgaben und repräsentative Wahlen die vorhandenen Hierarchien.

Auf diese Weise entsteht eine zwar durchlässige, aber stabile, da vom gemeinsamen Interesse am Erhalt der Privilegien geleitete Sphäre der Macht. In modernen Gesellschaften bilden die **Funktions- und Deutungseliten** diese herrschende „Klasse“. Funktionseleiten sind die Inhabis institutioneller Machtmittel wie Ämter, Kapital oder Waffen. Deutungseliten sind die Meinungsführer, die kraft ihrer Reichweite in Medien, Bildungsarbeit usw. die herrschenden Diskurse in besonderer Weise beeinflussen oder bestimmen können.

Demokratien entwickeln sich daher schnell zu **Aristokratien**, in denen zwar ab und zu Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, deren Bedingungen aber sowohl formal als auch diskursiv von privilegierten Kreisen gesteuert werden.

Die Demokratie gibt den Funktions- und Deutungseliten einen optimalen Rahmen zum Wirken, weil es in ihr in besonderer Weise darum geht, was als „Meinung des Volkes“ aufgefasst wird. Der Volkswille ist aber nichts als ein gesellschaftlicher Diskurs, der von allem von den Deutungseliten bestimmt wird. Die Funktionseleiten können, neben der Nutzung ihrer formalen Macht, bevorzugt als Sprachrohr des Konstruktes „**Volk**“ auftreten, so etwa in der Außenpolitik oder in Robe mit den Worten „im Namen des Volkes“.

Die Verwendung von Machtmitteln ist für deren Inhabis funktional, also im praktischen Einsatz nützlich – sei es zur Erfüllung eigener Ziele und Interessen oder zur Durchsetzung gegen andere Personen(kreise). Das führt dazu, dass die Methoden der Machtausübung ständig ausgebaut und verfeinert werden (**Selbstverstärkung von Herrschaft**).

Unzufriedenheit mit Regierenden mündet auch in Demokratien regelmäßig im Wunsch nach Verbesserung. Dieser wird dort in die **Hoffnung auf einen Wechsel** der Inhabis der Macht kanalisiert. Demokratie verhindert damit, dass Menschen sich selbst als Akteure fühlen und danach handeln.

Zusammengefasst auf Basis der Bücher „Demokratie“ und „Kritik der Demokratie“ (SeitenHieb).

Dieses Buch ist keine eierlegende Wollmilchsau. Es fokussiert auf die Fragen, warum und wie die Demokratie auf ihren eigenen Untergang zusteuert – und welche Chancen bestehen, die Demokratie in eine fortschrittliche, emanzipatorische Richtung zu verlassen, sie also im positiven Sinne einer kulturellen Evolution der Menschheit, einer Entfaltung ihrer Möglichkeiten als Gesellschaft sozialer Individuen zu überwinden. Im günstigsten Fall, wenn also die Argumente und Darstellungen überzeugen, wird das Lesen weitere Fragen aufwerfen, vor allem nach den genauen Alternativen. Diese dann ebenfalls befriedigend, d.h. differenziert und genau zu beantworten, würde den Rahmen dieses Buches sprengen. Zum Glück gibt es dafür bereits weitere Lektüre, auch im SeitenHieb-Verlag (siehe Kasten S. 12).

Die genannten Themen fehlen nicht deshalb, weil sie weniger wichtig wären, sondern weil die detaillierte Kritik aller demokratischen Mechanismen, die die heutigen Probleme schaffen, für ein eigenes Buch reichen – und dieses Buch gibt es ja schon. Gleiches gilt für die Perspektiven, wie ein gesellschaftlicher Wandel aussehen könnte, der über die Demokratie hinausführen würde.

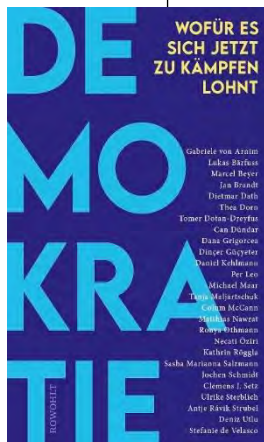
Auf den ersten Seiten sind, links angeordnet, Infokästen zu finden, die Zusammenfassungen bieten zu Fragestellungen, die für das Verständnis der Demokratiekritik wichtig sind, aber im Rahmen dieses Buches nicht in aller Detailtreue abgehandelt werden können. Querverweise auf genauere Quellen sind ihnen hinzugefügt. Deren Lektüre wird sehr empfohlen, denn schließlich kann die Erkenntnis, dass die Demokratie keine Rettung bietet, nur der Auftakt sein für das Beschreiten eines mutigeren Weges in eine emanzipatorische Zukunft. Die Probleme mit der Demokratie zu verstehen, ist dafür ein wichtiger Ausgangspunkt. Ganz absichtlich soll dieses Buch Illusionen zerplatzen lassen, die uns unfähig machen, dem rechten Populismus wirksam entgegenzutreten, weil wir stets nur das Öl ins Feuer gießen, von dem es sich nährt.

Auf den rechten Seiten des Buches befindet sich der durchgehende Haupttext. Die folgenden linken Seiten enthalten Zitate, die zu den Ausführungen im Haupttext passen – als Ergänzung oder Bestärkung, mitunter auch als Hinweis auf Quellen oder als Beleg dafür, wie absurd demokratische Gedankenwelten mitunter ausfallen.

*Sie ist vielleicht die mächtigste Idee der Galaxie – geboren in Griechenland
 Millionen gibt sie Hoffnung, Diktatoren fürchten sie – der Grund liegt auf der Hand
 doch es gibt sie nicht geschenkt, und einfach ist sie nie
 sie wird überall bedrängt ...
 sie ist das Beste, was wir haben – aber längst noch nicht perfekt
 nein, weit davon entfernt
 sie verlangt viel Arbeit, ist ein ewiges Projekt – Junge, hast du nichts gelernt?
 Und du weißt hoffentlich: Es geht nicht ohne dich
 du bist erforderlich
 immer nur zu meckern auf das blöde Scheißsystem, das ist schön bequem
 du bist nicht Teil der Lösung, du bist selber das Problem, und feige außerdem
 sei nicht so unsportlich: Es geht nicht ohne dich
 so funktioniert das nicht, es geht nicht ohne dich
 Demokratie ist kein Fußballspiel, bei dem du nur Zuschauer bist
 ihre Feinde machen überall mobil, ich hoffe, dass du nicht vergisst:
 Freiheit ist keine App aus dem WWW
 ja du bist wesentlich, es geht nicht ohne dich
 nicht nur gelegentlich, es geht nicht ohne dich
 und falls du dich jetzt fragst, wie man die Welt verbessern kann:
 Wie wär's mit wählen gehen?
 Dein Kreuz gegen Hakenkreuze, damit fängt es an
 dem Hass zu widerstehen
 und du weißt hoffentlich: Es geht nicht ohne dich
 so funktioniert das nicht ...*

Songtext der Band „Die Ärzte“ (Video auf <https://youtu.be/n9kQLU3Q8AO>,
 Snapshots daraus sind in diesem Buch als Illustrationen enthalten)

Gabriele von Arnim/Daniel Kehlmann/Lukas Bärfuss (2024), „Warum Demokratie?“, in: „Demokratie – wofür es sich zu leben lohnt“, Rowohlt in Hamburg



Ein lohnenswertes Buch trotz der eindeutigen Positionierung pro Demokratie und der Weigerung, über diesen Tellerrand hinauszuschauen. Die Autor*innen vertreten ihre durchaus unterschiedlichen Ansichten in eigenständigen Kapiteln, die allesamt lesenswert sind. Schade, dass es denen, die Bürgerräte oder Losverfahren als Verbesserungsmöglichkeiten in ihren Texten erwähnen, nicht aufgefallen ist, dass diese eigentlich nicht mehr demokratisch sind, sondern über diese hinausweisen. Das Buch hat 304 Seiten und kostet 24 €.

Schöne neue Welt der Demokratie

Lassen wir zunächst noch einmal der Illusion freien Lauf. Denn: „Wir“ sollen sie lieben, sie ist das wertvollste, was wir haben. „Das demokratische Ideal ist klug und gut“,⁵ schallt es uns um die Ohren. Alle scheinen sich einig. Fast alle bezeichnen sich als Demokratis – und bestätigen damit jedes Mal, wie stark dieses Wort mit dem Guten schlechthin assoziiert ist. Fast alle gesellschaftlichen Akteure bekennen sich ständig, trotz ihrer sonstigen Unterschiede und offen ausgetragenen Feindschaften, zu dieser Staatsform. Der Jubel zieht sich durch alle Sphären der Gesellschaft, durch alle Parteien und Medien. „Im 21. Jahrhundert ist das Wort stark positiv besetzt und dient unter anderem dazu, Populisten zu delegitimieren, die ihrerseits für sich in Anspruch nehmen, die Interessen des Volks zu vertreten. Demokratisch und nicht-demokratisch sind so Synonyme für Gut und Böse geworden.“⁶

Auch Kunst und Kultur lassen sich nicht lumpen und schreiben Jubelarien an die Demokratie, wenn auch wenig analytisch, dafür umso euphorischer. Der Text der Band „Die Ärzte“ (links) ist ein beeindruckendes Beispiel, wie der Mythos des Guten, als der die Idee der Demokratie daherkommt, alles weichspült. „Ich will hier raus – scheiß auf Deutschland, ich halt' es hier nicht länger aus“ hieß früher mal eine Refrainzeile⁷ derselben Band, rundherum gespickt mit wilden Gewaltphantasien gegen die demokratischen Organe des Staates. Heute packen die Musikis mit an bei der großen Rettungsaktion der heiß geliebten Volksherrschaft.

„Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten“ heißt es auf der anderen Seite des bizarren Wettbewerbs, wer die besseren Demokratis sind. Die AfD fordert ganz oben auf den Internetseiten, die ihre Themenschwerpunkte zeigen sollen, „Vielfalt“, „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“, die „Direktwahl des Bundespräsidenten“ und „freie Listenwahl“, dazu eine „Begrenzung der Amtszeiten“ und die Eindämmung des Lobbyismus.⁸ Die Präambel des Grundsatprogramms enthält den Satz „Wir sind überzeugte Demokraten“. Die Bekenntnisse der Rechtsradikalen klingen somit kaum anders als die fast aller anderen Parteien und Meinungsbildnis, wie etwa Gabriele von Arnim im Buch „Demokratie“: „Der Auftrag der Demokratie ist es, Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit zu schützen, freie Wahlen, Bildung für alle, soziale Sicherheit möglich zu machen.“⁹ Die Autorin tritt mit ihrer Veröffentlichung explizit gegen die AfD an. Beide nutzen aber die gleiche Sprache in puncto Demokratie.

Ein ähnliches Bild entstand, als sich Anfang 2024 Millionen auf Straßen und Plätzen versammelten, um die Demokratie zu loben und zu retten. Ihre Wut und ihre Parolen pro Demokratie richteten sich gegen die Partei, die von sich behauptet, „aktiv für die Wahrung der Demokratie, des Rechtsstaats und für die Achtung und den Schutz der Menschenwürde“ einzutreten.¹⁰

Unser wichtigstes Ziel ist die Demokratie. Das ist ein anderes Wort für Freiheit: ...

Aus Klaus Buchner (2012, zuvor ÖDP-Vorsitzender):
„Unser Land unterm Hammer“, tao.de in Bielefeld (S. 110)

Bei einem Blick in die jüngere Vergangenheit stellt sich irgendwie der Eindruck ein, dass die Welt sich in die falsche Richtung dreht.

Dieter Hoffmann:
**Autoritärer Populismus
und populistischer Autoritarismus**
*Wie Populismus und Autoritarismus
sich gegenseitig mästen*



Wer den Populismus wählt, holt sich auch seinen Zwilling, den Autoritarismus, ins Haus. Es erscheint deshalb wichtig, für den Rattenfängercharakter populistischer Bewegungen und für den propägedistischen Werkzeugkasten autoritärer Regime zu sensibilisieren. – Eine Einführung in die Thematik, verbunden mit einem Glossar zu Handlungsmustern und rhetorischen Mitteln des populistischen Autoritarismus.

© Literaturplanet, Mai 2024

Dieter Hoffmann (2024): „Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus“, Literaturplanet (S. 5)

Nach einleitenden Erklärungen über Erscheinungsformen und Wirkungsweise des Populismus folgt ein Vergleich von Links- und Rechtspopulismus. Der ist leider recht oberflächlich gehalten, zudem übersieht er völlig, dass auch die politische Mitte und die Neoliberalen mit ihrem Wirtschaft-muss-wachsen-Gestammel oft sehr populistisch agieren. Ein längeres Kapitel ist den populistischen Regierungen in allen Teilen der Welt gewidmet, wobei auch hier suggeriert wird, dass nur links- und rechtsextreme Strömungen populistisch agieren. Diese Schwäche zieht sich durch das gesamte Werk, auch wenn die dann folgenden genaueren Ausführungen über die Entstehung und die Themen des Populismus wertvolle Hinweise und Analysen bieten.

Die verbalen Gemeinsamkeiten gehen sogar noch weiter. Die Demokratie ist nicht nur das Schöne und Gute in der Welt, auch die Sorge um ihr Verschwinden treibt scheinbar alle um. Sie ist in Gefahr, liegt sogar, wie manche es bereits formulieren, im Sterben. Wer auf den Seiten der unterschiedlichsten Parteien den Suchbegriff „Demokratie“ eingibt, findet jede Menge Texte über das Drama des Untergangs, welcher der Volksherrschaft droht. Garniert wird es mit dem Selbstlob über die eigenen Rettungsversuche und -taten. Auch das ist bei der AfD so.

Was ist da los? Wer verteidigt hier was und warum? Wer will die Demokratie vor wem retten und warum? Warum ähneln sich die Sätze derer, die sich bekämpfen, so sehr? Ist alles am Ende nur ein Ringen um die Deutungshoheit über einen Begriff, der für das Gute schlechthin steht und sich daher gut als Waffe gegen Andersdenkende einsetzen lässt?

Ob die Akteure, seien es Medien, Firmen, Parteien oder NGOs, wirklich Demokratie wollen, ist für ihre Propaganda unerheblich. Sie müssen zumindest so tun. In einem Land, in dem das Bekenntnis zur Demokratie einer religiösen Handlung ähnelt, kann sich keine Seite leisten, undemokratisch zu wirken. Der Verdacht liegt folglich nahe, dass es zumindest einige, vielleicht aber auch alle, gar nicht ernst meinen und andere Absichten hinter der Fassade des Demokratischen verschleiern. Schon das wäre erschreckend.

Noch erschreckender aber ist, dass sich diejenigen, die von einer Zuspitzung der Herrschaft oder gar von einem Regimewechsel zum autoritären Staat träumen, eigentlich gar nicht von der Demokratie distanzieren müssten. Denn die Demokratie ist nicht ihr schöner Schein, sondern eine mal mehr, mal weniger verschleierte Herrschaftsform – versteckt unter anderem hinter einem Begriff von „Volk“, der die Illusion nährt, hier hätten die Menschen das Sagen. Haben sie nicht. Es regiert, wer als Stimme des Volkes wahrgenommen wird und auf diese Weise die eigenen Anschauungen und Ziele zur Geltung bringen kann.

Daher ist es kein Widerspruch, dass sich alle zur Demokratie bekennen und trotzdem die Menschen real immer mehr entmachten. Demokratie ist genau das: Die Entmachtung der in ihrem „demos“ zusammengefassten Einzelnen zugunsten einer gedanklich konstruierten Gesamtheit, die jedoch nur durch ihre Stellvertreter existiert, die für sie sprechen und als sie handeln. In modernen Gesellschaften sind das die Funktions- und Deutungseliten, in autoritären Demokratien nur eine einzelne Führungsperson oder kleine Kader.

Wer all das entlarvt oder eine kritische Stimme erhebt, bleibt im günstigsten Fall allein. Häufiger folgt der Ausschluss aus der öffentlichen Debatte oder die repressive Gewalt eines Staates, der Meinungsfreiheit nur denen gewährt, die im demokratischen Strom mitschwimmen (und oft auch denen nicht, wenn ihre Kritik mehr

*Ich glaube an das Volk, das Ganze, das Allmächtige,
den Schöpfer des Gemeinwillens und des Rechts.*

*Und an die Volksvertretung, seinen selbsternannten Sprössling,
unsere Herrschenden,
empfangen durch demokratischen Diskurs,
geboren aus der Wahl des Volkes,
bedroht von dem vielen Bösen dieser Welt,
bekämpft, gestorben und begraben,
gerichtet von den dunklen Mächten,
doch immer wieder auferstanden von den Toten
aufgefahren in die Regierungsämter;
es schafft sich Rechte, die allmächtigen Normen,
mit denen wird es richten die Lebenden und die Toten.*

*Ich glaube an die öffentliche Meinung,
den heiligen demokratischen Staat,
Volk und Nation,
Strafe im Namen des Volkes,
Zurichtung bis zum Tode
und das ewige Wählen.*

Heute scheint es nur noch Demokratien zu geben: Außer dem Vatikan, der Islamischen Republik Iran und einigen anderen Ausnahmen bezeichnen sich alle Staaten – auch viele Diktaturen – heute als „Demokratien“. In der Volksrepublik China soll angeblich die eigentliche, die bessere Demokratie herrschen. Auch das autoritäre Regime in Russland behauptet von sich, den „eigentlichen“ Volkswillen umzusetzen und zudem die „wahren abendländischen Werte“ zu verteidigen. Und auch die Demokratiefeinde in Demokratien präsentieren ihre Vorschläge in der Regel als Strategien zur „Rückeroberung“ oder Verteidigung einer „wahren“ Demokratie.

Aus den Informationen zur politischen Bildung (izpb der Bundeszentrale für politische Bildung) Nr. 361 (4/2024, S. 9, URL: <https://bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/558369/demokratie>)

umfasst als das Reparieren am bestehenden System). Die Demokratie ist ihren Eliten so wertvoll, dass Kriege mit vielen Toten und Verwüstungen für sie geführt werden – und ihre Gegner eingesperrt werden, wenn sie sich nicht rechtzeitig doch zu ihr bekennen und eine Art Gelübde zu ihr ablegen.

Doch es gibt immer mal wieder eine kleine Schar von Menschen, die – zumindest temporär – immun scheinen gegen den demokratischen Mainstream. Mit einem Glaubensbekenntnis verspotteten vor vielen Jahren Polit-Aktivistis bei Theateraufführungen den Wahlkampf in Gießen (siehe links). Eigentlich waren sie damit in guter Gesellschaft. Denn diejenigen, die die laut offizieller Geschichtsschreibung¹¹ ersten Gehversuche der Demokratie im heutigen Griechenland aus philosophischer Sicht kommentierten, zeigten gegenüber dieser Gesellschaftsform große Skepsis. Platon sah in der Demokratie die Gefahr des Abgleitens in die Tyrannei – welche eine weise Vorausahnung. Aristoteles sortierte die Demokratie bei seiner ersten Einteilung von Staatsformen danach, ob sie allen oder nur den Herrschenden nützten, bei letzteren ein. Das veränderte sich schon im späteren Denken von Aristoteles und ist bis heute komplett ins Gegenteil verkehrt. Die Werturteile „demokratisch“ und „gut“ werden im politischen Meinungskampf praktisch gleichbedeutend eingesetzt.

Warum aber verschwindet die Demokratie, obwohl sie doch sowohl denen dient, die an den Hebeln der Macht sitzen, als auch von denen verzweifelt angerufen wird, die nicht zu den Gewinnern der herrschenden Ordnung gehören? Wenn doch alle diese Demokratie wollen, wer löst sie gerade auf und warum geschieht das?

Der Grund liegt in der Demokratie selbst. Sie enthält selbst die Mechanismen, die sie immer wieder in eine autoritäre Zuspitzung und einen populistischen Meinungskampf führen. Ihr Niedergang kann von außen erzwungen werden, aber auch von innen selbst entstehen. Der aktuelle Niedergang erfolgt vor allem von innen. Die Demokratie ist Totengräberin von und für sich selbst. Das Grab ist weitgehend geschaufelt. Jammern wird nicht mehr helfen.

Dass und wie Demokratie dazu neigt, ihr eigenes Ende herbeizuführen, soll im Folgenden genauer erklärt werden. Im Mittelpunkt steht zunächst der „demos“ als zentraler Baustein jeder Demokratie, also die Formung einer einheitlichen Masse aus der Vielfalt der Menschen mit seinen Folgen (Teil 1). Anschließend wird der demokratische Alltag beschrieben, den wir aktuell erleben – von der Zuspitzung der Herrschaftsverhältnisse über demokratische Propaganda und imperiale Zwangsbelückungen weltweit (Teil 2) bis zur Panik, die ausbricht, weil es mit der Demokratie unübersehbar bergab geht (Teil 3). Um aber nicht in dieser Schwarzmalerei zu enden, wird im Teil 4 zumindest angedeutet, welche Rettungswege bestehen – und warum es notwendig ist, dafür den Rahmen des Demokratischen zugunsten einer freiheitlicheren, selbstorganisierten, dezentralisierten und damit, zusammengefasst, emanzipatorischen Variante zu überschreiten.

Quellenangaben zu den einleitenden Kapiteln (Seite 4 bis 21):

- ¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtspopulismus> und <https://bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/551878/rechtspopulismus-in-asien-und-lateinamerika>
- ² Gesetz zur Verbesserung der Rückführung vom 21.2.2024, URL: <https://recht.bund.de/bgb/1/2024/54/VO.html>
- ³ <https://bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-zustrombegrenzungsgesetz-1042038>
- ⁴ Aus Werner A. Perger und Thomas Assheuer (2000): „Was wird aus der Demokratie?“, Leske+Budrich in Opladen (S. 7)
- ⁵ Egon W. Kreutzer (2020, S. 31)
- ⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie>
- ⁷ Song „BGS“ (gecovert 1995), URL: <https://die-aerzte-archiv.de/songtexte/die-aerzte/song/bgs.html>
- ⁸ <https://afd.de/demokratie-in-deutschland>, abgerufen am 13.1.2025
- ⁹ Gabriele von Arnim (2024), „Warum Demokratie?“, in: „Demokratie – wofür es sich zu leben lohnt“, Reinbek in Hamburg (S. 7ff)
- ¹⁰ <https://afd.de/freiheitlich-demokratisch/> (abgerufen am 16.12.2024)
- ¹¹ Ob es vor den attischen Versuchen mit demokratischen Abstimmungsverfahren in ausgewählten Teilen der männlichen Bevölkerung anderswo auf dem Planeten solche Strukturen gab, ist angesichts der stark eurozentrisch betriebenen Geschichtsschreibung unklar.

Das Volk bestimmt, wo's langgeht

Im Wort Demokratie steckt bereits drin, worum es geht: *Demos* ist das altgriechische Wort für Volk, *Kratos* bedeutet Macht. In einer Demokratie liegt die Macht also in den Händen des Volkes.

Aus: Andrea Weller-Essers (2024): „Demokratie“

Wer hat die Macht?

Anders als in sogenannten autokratischen Herrschaftsformen gibt es in einer Demokratie keine einzelne Person, der man sich unterordnen muss. Stattdessen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger selbst, wer regiert: Dazu wählen sie Vertreterinnen und Vertreter, die zusammen das Parlament bilden.

Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.

Joseph Schumpeter (Quelle: <https://demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratiemodelle/elitendemokratie>)

Teil 1

Massenhaft demokratisch

Eine Definition und viele Probleme

Klären wir erst einmal, was das Wort „Demokratie“ meint. Wer in die Welt guckt, stellt fest, dass sehr unterschiedliche Zustände als „Demokratie“ oder „demokratisch“ bezeichnet werden. „Wo alles irgendwie eine Demokratie ist, ist nichts mehr wirklich eine Demokratie“, kritisiert eine offizielle Regierungsstelle die inflationäre Selbstbezeichnung fast aller Staaten.¹ George Orwell wies darauf hin, dass „die Verfechter jedes beliebigen Regimes behaupten, es sei eine Demokratie“.²

Was alles als demokratisch betitelt wird, sind so unterschiedliche Erscheinungen und Gesellschaftsformen, dass es schwer fällt, dahinter das immer gleiche Phänomen zu erkennen. Vielmehr wird der konkrete „Inhalt vom Charakter des jeweiligen Staates bestimmt“.³ Da wäre zu erwarten, dass die Definition von „Demokratie“ stark umstritten ist. Ist sie aber nicht. Im Gegenteil herrscht hinsichtlich der reinen Wortbedeutung eine große Einigkeit.

Zunächst zum Begriff selbst: Der stammt aus dem Altgriechischen und wird im Deutschen regelmäßig als Volks-Herrschaft übersetzt oder erklärt. Ursprüngliche Wortbestandteile sind *demos* (= Volk) und *kratos* (= Kraft, Macht oder Herrschaft). Damit ist das Wesentliche schon ausgesagt: Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Diese Kurzbeschreibung ist unangefochten und allgegenwärtig, obwohl sich die gesamte Spanne möglicher Gesellschaftsformen von Herrschaftsfreiheit (sogar viele Anarchistis halten ihre Utopie für eine Form wahlweise direkter oder Basisdemokratie) über repräsentative Systeme wie der Bundesrepublik Deutschland bis zu reinen Diktaturen den Stempel „demokratisch“ aufsetzt.

Die Definition stößt in der Praxis auf weitere Schwierigkeiten. Wenn „Demokratie“ mit „Volks“herrschaft übersetzt wird, lässt sich das Wort nur auf Staaten anwenden. Doch nicht nur die sind demokratisch bzw. behaupten, es zu sein. Demokratie wird auch in Vereinen, Parteien, Dörfern, Familien und anderen Gemeinschaften gelebt – ja sogar in der Wirtschaft, auch wenn es dort nur selten vorkommt. In solchen Subräumen der Gesellschaft wird nicht von „Volk“ gesprochen, sondern von Mitgliedern, Plenum oder Belegschaft. Sie bilden den jeweiligen „demos“. Von daher ist es sinnvoller, beim altgriechischen „demos“ zu bleiben und diesen Begriff gar nicht zu übersetzen, da es im Deutschen keinen passenden Begriff gibt, der auf den gesamten Staat und all seine Subräume zutreffen würde. Am ehesten ließe sich „demos“ mit Abstimmungsgemeinschaft oder Kollektiv der Entscheidungsbezugten erklären. Demokratie ist also die Herrschaft des „demos“. Im Staat ist es

Herrschaftsform, in der die ausgeübte Macht ideell auf das Volk als höchstem Gewaltträger zurückgeführt wird und dieses die konkrete Regierungsgewalt legitimiert und kontrolliert.

„Herder-Lexikon Politik“, Ausgabe für die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 1991 (S. 229)

Oberbegriff für eine Vielzahl politischer Ordnungen, denen die begründete und rechtmäßige Berufung von Herrschaft auf den Willen des Volkes im Sinne von Demos und die Rechenschaftspflichtigkeit der Herrscher gegenüber den Herrschaftsunterworfenen gemeinsam ist.

Manfred G. Schmidt, 1995, „Wörterbuch zur Politik“, Alfred Kröner Verlag (S. 205)

Demokratie ist nicht identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teil der Bevölkerung gegen den anderen.

Definition bei Lenin 25, 469, zitiert in: Klaus, Georg/
Buhr, Manfred (1975), „Philosophisches Wörterbuch“,
VEB Bibliographisches Institut Leipzig (S. 256)

„Volksherrschaft“, Bezeichnung für eine Vielzahl von politischen Ordnungen, in denen sich die Herrschaft auf den Willen des Volkes beruft und dem Volk rechenschaftspflichtig ist.

Microsoft-Enzykläpodie (1993-2003 Microsoft Corporation)

das Volk, in anderen Organisationsstrukturen jeweils etwas Anderes. Die ursprüngliche Bedeutung im Duden lautet „Gebiet und Volksgemeinde eines altgriechischen Stadtstaates“ und „kleinster staatlicher Verwaltungsbezirk in Griechenland“. Im Folgenden soll der Begriff des „demos“ als Abstimmungsgemeinschaft deshalb unabhängig von der Größe der erfassten Menschenmenge verwendet werden, wobei allerdings der „demos“ auf Staatsebene im Mittelpunkt steht.

Das begründet sich darin, dass unabhängig davon, welcher Begriff verwendet wird und auf welcher Ebene (Staat oder ein Subraum) wir uns befinden, die Mechanismen der Herrschaft des „demos“ sehr ähnlich sind. Nur die Methoden, wie die Abstimmungsgemeinschaft umgrenzt wird, die Abstimmungsverfahren organisiert und dann durchgesetzt werden, sind je nach dem Ort der Anwendung verschieden. Gleich ist in jedem Fall auch das Prinzip von Herrschaft. Der Bestandteil des Begriffs sagt schlicht aus, dass hier die Einen Macht über andere ausüben oder zumindest privilegierte Handlungsmöglichkeiten besitzen – und das dauerhaft aufgrund entsprechender Mittel der Herrschaftsausübung.

Das gilt interessanterweise für alle Typen von Demokratie. Immer wieder sind neue Begriffe geschöpft worden, die Nuancen in den Abläufen und Strukturen beschreiben: Basisdemokratie, direkte Demokratie, embedded democracy (keine deutsche Begrifflichkeit bekannt), liberative oder deliberative Demokratie, Polyarchie oder starke Demokratie. Digitale und analoge Begriffserklärungen führen viele Merkmale auf, aber die Abgrenzung des „demos“, obwohl zentrales Element, fehlt (fast?) immer. Offenbar ist sie so selbstverständlich, dass sie nicht mehr auffällt als Grundlage von allem, was sich demokratisch nennt.

Nach dieser allgemeinen Begriffsklärung nun zu den Problemen der Demokratie. Die werden meist erst nach einiger Zeit spürbar. Wo eine Demokratie ganz neu entsteht, zum Beispiel nach gelungener Revolte gegen eine Diktatur, herrscht Euphorie. Die kann einige Zeit anhalten, weil sich Wirtschaft und Kultur zunächst freier und mit neuer Motivation entwickeln. Ein ähnlicher Effekt kann auch nach einem Regierungswechsel per Wahl auftreten. Nach einiger Zeit verfliegt die Euphorie. Unzufriedenheit wird sichtbar. Demokratien verhindern weder Armut noch Wohnungslosigkeit, sie sammeln Steuern ein, um Kriege zu führen und ihre Konzerne zu pampern, damit diese ihre weltweiten Ausbeutungsfeldzüge starten können. Führt das zu Unzufriedenheit, reagieren der Staat bzw. die Sphäre der Menschen an den Hebeln der Macht mit einer Verschärfung von Überwachung und Sanktionen. Das lässt wiederum die Unzufriedenheit wachsen usw. Ein Teufelskreis, gleichzeitig aber eine demokratische Regelmäßigkeit.

Oder anders ausgedrückt: Die Kritik an den Verhältnissen in der Demokratie muss auch eine Kritik an der Demokratie selbst sein.

Das Legitimationssubjekt stellt gemäß Art. 20 Abs. 2 GG das Volk dar. Das Volk bildet dabei das Bundesstaatsvolk, also den Deutschen nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie Unionsbürger gemäß Art. 28 Abs. 1 S. 3 GG.

Paul Wilhelm Gross (2024): „Demokratie und Selbstverwaltung“, GRIN Verlag in München (28 S., <https://grin.com/document/1467164>, S. 8)

Wer ist denn das Volk? Alle Menschen, die auf einem von den Herrschenden bestimmten Gebiet, genannt Staat, leben? Oder, ganz völkisch gedacht diejenigen, die, natürlich von den Herrschenden definiert, zum Beispiel deutscher, algerischer, chilenischer oder indonesischer Abstammung sind? Oder einfach alle, die dieselbe Muttersprache haben? Der Begriff des Volkes ist sehr diffus und wird je nach Gutdünken eingesetzt.

Aus einer Rede auf einer Demo, 10. April 1993 in Frankfurt
(zitiert auf <http://anarchismus.de>)

Ein demos setzt sich zusammen aus Menschen, die an einem bestimmten Ort wohnen und dort Bürgerrecht haben – nicht aus einer ethnischen Gemeinschaft von Volksgenossen (ethnos). Eine Ethnokratie, in der innerhalb eines demos nur Mitglieder einer bestimmten Volksgruppe mitbestimmen dürfen, wäre folglich keine Demokratie.

Aus izpb 361 (a.a.O., S. 14)

Das Volk, welches die Macht ausübt, ist nicht immer dasselbe Volk wie das, über welches sie ausgeübt wird.

John Stuart Mill (<https://gutezitate.com/zitat/163004>)

Der „demos“ – Keimzelle jeder Demokratie

Das Volk herrscht. Dann ist es Demokratie.

Diese kürzeste Beschreibung, kaum mehr als die Übersetzung der Ursprungsworte, gilt im Kontext eines Staates, um dessen Demokratie es in diesem Buch geht (in den Subräumen des Staates ist der Volksbegriff unüblich). Mit der Begriffswahl „Volk“ türmen sich allerdings grundlegende Schwierigkeiten auf – zunächst wieder auf der Definitionsebene. Denn mit „Volk“ kann etwas sehr Unterschiedliches gemeint sein. Klar wäre die Sache, wenn „Volk“ einfach alle Menschen umfassen würde, die sich innerhalb eines Landes aufhalten, also „alle, die der Regelungsmacht des Staates unterliegen“ – so die übliche Definitionen von „Staatsvolk“⁴. Dummerweise gilt das nirgends auf der Welt. Alle Staaten schränken mehr oder weniger stark ein, wer dazugehört und wer nicht – nach Alter, Herkunft, Geschlecht, Abstammung, sauberem Strafregister oder körperlichen Einschränkungen. Mit Freiheit hat das wenig zu tun, denn nur die genannte, weite Auslegung des Begriffes ließe den einzelnen Menschen selbst die Entscheidung, dazuzugehören oder nicht. Würden sie sich auf dem Staatsgebiet aufhalten, wären sie dabei. Sie können das Land verlassen – und wären wieder draußen. Nur wenig eingeschränkt wäre diese Möglichkeit, würde das Stimmrecht erst nach einer gewissen Dauer des Aufenthalts erworben, damit Menschen nicht täglich an neuen Stellen mitbestimmen können. Aber auch so etwas gilt nirgends auf der Welt. In vielen Ländern reicht es nicht einmal, in einem Staat geboren zu werden, um dort zum „Volk“ zu gehören. Im Zuge der reaktionären Umbrüche in vielen Ländern wurden und werden bestehende Regelungen dieser Art sogar wieder abgeschafft, so zum Beispiel durch die rechts-neoliberale Trump-Administration in den USA.⁵

Viele Staaten erkennen Menschen nur oder vor allem kraft ihrer Abstammung als Staatsbürgis an. Das gilt auch für Deutschland. „Nur wer deutsche Vorfahren hat, erwirbt die deutsche Staatsangehörigkeit“, erklärt die deutsche Botschaft in Santiago de Chile den dort lebenden Menschen den Unterschied zur chilenischen Praxis, die Staatsangehörigkeit an den Geburtsort zu koppeln.⁶ Abstammung entscheidet hierzulande also nicht nur über Wohlstand, daraus folgend Bildungs- und Karrierechancen, sondern auch über die Nationalität. Wer in zigtausend Kilometern Entfernung geboren wird und aufwächst, aber deutsche Eltern hat, ist formal mehr deutsch als ein Mensch, der sein ganzes Leben in Deutschland verbringt, aber die – aus nationaler Sicht – „falschen“ Eltern hat. Das zeigt, wie willkürlich die Grenze des „demos“ in einem Staat gezogen wird – und wie klar das ein Akt des Herrschens ist. Die Staatsgewalt geht nicht von der Bevölkerung aus, sondern sie definiert, wer das Volk ist – verlangt aber gleichzeitig, dass ihre Regeln für alle gelten, auch für die, die nicht zum „demos“ gehören, also nichts zu sagen haben.

Das Volk im Sinne der Bürger, die in vollem Umfang berechtigt sind, an der Meinungs- und Willensbildung in öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken.

Aus der Definition zu „demos“ im Herder-Lexikon Politik, Ausgabe für die Hess. Landeszentrale für politische Bildung, 1991 (S. 209)

Die erste Paradoxie von Demokratie wird darin verortet, dass Demokratien nicht demokratisch in die Welt kommen (Möllers 2009, 20). Als problematisch hieran erweist sich insoweit allerdings weniger die empirische Beobachtung dessen, als vielmehr die theoretische Feststellung, dass die Bestimmung des für Demokratien maßgeblichen Volkes lediglich partiell auf demokratisch rekonstruierbaren Zugehörigkeitsmechanismen beruht und beruhen kann. Der mit der Begrenzung des Volkes auf eine Personengruppe einhergehende Ausschlussmechanismus, der zugleich zur Folge hat, dass demokratisch gesetztes Recht zwangsläufig auch auf Personen Anwendung findet, auf die es nicht zurückgeführt werden kann, steht insoweit auf demokratisch tönernen Füßen (Bryde 2000, 63). ...

Zweitens erscheint es als quasi unmöglich, auf demokratischem Weg zu bestimmen, worüber eigentlich demokratisch entschieden werden muss.

Laura Münkler (2024): „Demokratie demokratisch denken“, In: Julian Nida-Rümelin/Timo Greger/Andreas Oldenbourg (Hrsg.): Normative Konstituenzen der Demokratie, De Gruyter in Berlin (S. 230)

Die ohnehin willkürliche Grenze ist aber noch enger gezogen. Denn in einem Staat umfasst der „demos“ nur die Wahlberechtigten. Das „Volk“ ist eine Abstimmungsgemeinschaft. „Das Staatsvolk entscheidet zum Beispiel bei der Bundestagswahl, wer die Bürgerinnen und Bürger als Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertritt.“ Wer nicht wählen darf, gehört also nicht dazu, erklärt die Bundesregierung ausgerechnet Kindern, die also von ganz offizieller Seite erfahren, dass sie nicht dazugehören. „Dieses Verständnis von ‚Volk‘ ist wichtig in der Demokratie.“⁷

Somit fehlen dem Volk, also dem „demos“ eines Staates, nicht nur (viele) als Ausländer definierte, sondern fast überall die jungen Menschen, vielerorts zudem Gefangene oder sog. Behinderte, wenn sie von Wahlen und Abstimmungen ferngehalten werden. Im historischen Athen war das „Volk“ eine verschwindende Minderheit, nämlich nur etwa 30.000 bis 50.000 Vollbürger bei einer Einwohnerzahl zwischen 200.000 und 300.000.⁸ In den USA sind aktuell mehrere Millionen Menschen durch strafrechtliche Verurteilungen von den Wahlen ausgeschlossen.⁹

Das Staatsvolk als „die gleichberechtigten Staatsbürger („demos“) in der Demokratie“ ist laut OME-Lexikon der Universität Oldenburg eine von drei vorherrschenden Varianten des Volksbegriffs.¹⁰ Daneben kann Volk „die ‚unteren Schichten‘ (‚plebs‘) in Abgrenzung zu den Herrschenden“ meinen, was vor allem von klassenkämpferischen, etwa den sozialistischen Interpretationen bevorzugt wird. Zudem kann ein Volk „die Angehörigen einer aufgrund von Abstammung, Sprache, Religion, Kultur, ‚Rasse‘ oder ähnlichen Kategorien zusammengehörenden beziehungsweise zusammengedachten Gemeinschaft“ umfassen, also die Einteilung nach dem „ethnos“. Welche Deutung bevorzugt wird, hängt von den politischen Einstellungen ab, denn hinter jeder Fassung des Begriffs stehen Konzepte, wie Menschen einzuteilen sind: Oben und unten (Klassen), nach Nationalität oder nach vermeintlichen Ethnien (oder schlimmer: den erdachten ‚Rassen‘). Was alle drei eint: Sie definieren Innen und Außen. Es gibt stets die Menschen, die dazu gehören, und jene, die kein Teil des Volkes sind.

In Deutschland dominiert eine Mischung aus der Staatsvolk-Konzeption und einer ethnischen Perspektive. So wird automatisch Staatsbürgi, wer mindestens ein deutsches Elternteil hat.¹¹ Andere müssen es beantragen. Das ist Volk als „ethnos“.

Das Innen und Außen des „demos“, im Staat als Dazugehören zum Volk der Wahlberechtigten oder dem Fehlen dieses Rechts, prägt alle bestehenden Staaten, also auch Deutschland. Die Einteilung setzt eine Machtinstanz voraus, die Abgrenzungen definieren und durchsetzen kann. Das erzwingt und legitimiert eine Hierarchie, die mit gleichen Machtmitteln weitere Ungleichheiten wie das Gefälle materieller Ressourcen, den Zugang zu Informationen oder den Einfluss auf die Diskurse einer Gesellschaft organisieren bzw. absichern kann.

Es kann das Volk sein eigener Tyrann sein, und es ist es oft gewesen.

Ludwig Börne (laut <https://zitate.net>)

Herrschaft bedeutet immer, dass Freiheit eingeschränkt ist. Aber diese Einschränkung wird erträglicher, wenn die Menschen selbst an der Herrschaft mitwirken und wenn sie selbst bestimmen können, wer die Herrschaft ausübt und wie sie ausgeübt werden soll.

Aus der Multiplikatorenmappe „Demokratie“, Wochenschau Verlag in Schwalbach 2003 (S. 3)

Nur wer sich als Teil eines Kollektivs versteht, kann auch als Kollektiv herrschen.

Zitat aus Götz W. Werner in: Checkpoint:

Demokratie e.V. (Hg., 2018), „Impulse für eine Demokratie der Moderne“, Schüren in Marburg (S. 239)

Das Buch vereint satte 45 Einzelbeiträge unterschiedlichster Autoris mit einer auffälligen Häufung von Menschen, die in Kunst und Kultur tätig sind. Politische Aktivistis fehlen ebenso weitgehend wie Politikis. Das gibt dem Buch eine gewisse Einseitigkeit, die sich aber sachlich von dem unterscheidet, was sonst im Buchmarkt dominiert. Leider fehlen im Buch allerdings die „Impulse“, die der Buchtitel eigentlich verspricht. An keiner Stelle klingt an, dass die Demokratie selbst Fehler aufweisen könnte, die eben nicht auf demokratische Weise geheilt werden können. Scharfsinnige gesellschaftspolitische Analyse fehlt meist ganz. Stattdessen prägen Anekdoten, Geschichten und gut gemeinte Wunschvorstellungen das Buch.



Damit ist das Konzept des „demos“ unweigerlich mit Institutionen und Mechanismen der Herrschaft verbunden, die Menschen in Kategorien einteilt. Diese erzeugen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und sichern sie formal ab. Auf dem Weg der Menschheit zu Freiheit und Gleichberechtigung, zu Autonomie und Kooperation, kann Demokratie folglich nur ein Zwischenstadium sein. Sie mag ein wichtiger Schritt auf dem emanzipatorischen Pfad in die Zukunft gewesen sein. Ein krampfhaftes Festhalten daran würde weiteren Fortschritt aber blockieren – und tut es bereits.

Die Erfindung des „demos“

Ein tieferer Blick in das Konzept des „demos“ wirft eine noch interessantere Frage auf: Gibt es den überhaupt? Wenn der „demos“ die Gemeinschaft der vielen Unterschiedlichen ist, was ist das Gemeinsame und wer erschafft es aus dem Getrennten? Oder ist er eine gedankliche Erfindung derer, die sich hinter dem Begriff verstecken, um ihre eigenen Interessen besser durchsetzen zu können?

Die Frage ist für jede Demokratieform sowohl im Staat als auch in jedem gesellschaftlichen Subraum von Bedeutung, entsteht doch immer wieder der Eindruck, dass dann, wenn eine kollektive Identität (Verein, Partei, Familie ...) auftritt, eigentlich nur deren Führung spricht – und die sonstigen Angehörigen via Presse oder Internet davon erfahren, was angeblich ihre Meinung ist. So läuft es auch im Staat, der hier betrachtet werden soll, findet doch die aktuelle Demokratiedebatte vornehmlich auf dieser Ebene statt.

Einen Anfang setzte im 18. Jahrhundert der Genfer Schriftsteller, Philosoph, Pädagoge, Naturforscher und Komponist Jean-Jacques Rousseau.¹² Er entwarf das Konzept des „volonté générale“, des Gemeinwillens. Wo der herkommt und wie er entsteht, erklärte Rousseau nicht. Der Gemeinwille sei einfach vorhanden: „Solange mehrere vereinigte Menschen sich als einen einzigen Körper betrachten, haben sie nur einen einzigen Willen, der die gemeinsame Erhaltung und die allgemeine Wohlfahrt zum Gegenstande hat. ... das Gemeinwohl tritt überall sichtlich hervor, und es bedarf nur gesunder Vernunft, um es wahrzunehmen.“¹³ Brigitte Geißler, aktuell Professorin für Politikwissenschaften in Frankfurt und Leiterin der Forschungsstelle Demokratische Innovationen, berichtet von frühen Zweifeln an Rousseaus Idee und erteilt ihr dann eine fast gehässige Abfuhr. „Während die meisten Menschen zustimmen, dass es keine Einhörner gibt, gehen sie davon, dass in Demokratien alle Macht vom Volk ausgeht.“¹⁴

Das in Deutschland als höchstes Recht geltende Grundgesetz scheint tatsächlich solche Volkssouveränität festzulegen. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ steht dort im 20. Artikel.¹⁵ „Geht vom Volke aus“ – eine komische Formulierung.

Auch im Grundgesetz gibt es keine Schlichtung; es gibt dort nicht einmal Bürger. Es gibt dort nur das "Volk", die "Deutschen" oder Subjekte namens "Jeder" oder "Jedermann". Die Staatsgewalt geht laut Grundgesetz "vom Volke aus" und nicht vom Bürger, und sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt - und wenn sie dann ausgeübt ist, ist man ihr unterworfen, nach Maßgabe der Gesetze des öffentlichen Rechts.

Aus Prantl, Heribert: „Apfelbaum-Demokratie“, in: SZ, 18.10.2010 (S. 4)

*Macht das Volk glauben, daß es regiert,
und es wird sich regieren lassen.*

William Penn, 1644 - 1718

Eine wahrlich irre Konstruktion. Da errichtet das Volk eine Herrschaft über sich selbst, die bloss das tun soll, was es selber will. Nur: Wenn das Volk jemand beauftragt, das zu tun, was es will, wozu braucht es dann noch eine Herrschaft, sprich einen Gewaltapparat, um das durchzusetzen, was es sowieso schon will? Dabei setzt es sich zudem der Gefahr aus, seine Macht über sich selbst zu verlieren, sprich: Figuren zu ermächtigen, die nicht das tun, was das Volk will. Irgendwie muss mit der Konstruktion dieser Herrschaft also etwas nicht stimmen.

Aus „Demokratie ist, wenn das Ergebnis stimmt“, auf: UntergrundBlättle am 21.11.2024, URL: <https://untergrund-blättle.ch/politik/theorie/demokratie-ist-wenn-das-ergebnis-stimmt-der-kampf-der-guten-gegen-die-boesen-008723.html>

Das Volk ist für Rousseau nur dann souverän, wenn es einheitlich, homogen ist. Das Volk, so erklärt er, entsteht dadurch, dass es gemeinsame Verhaltensweisen, Sitten und Ansichten auf eine Weise bewahrt oder schafft, dass die Bevölkerung mit einer Stimme spricht und mit einem Willen handelt. Differenz ist ein Feind des Volkes. Eine Bevölkerung kann jedoch Differenz niemals vollständig eliminieren und mit einer Stimme sprechen. Die Einheit des Volkes lässt sich nur durch einen Vorgang der Repräsentation herstellen.

Aus Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): „Multitude“, Campus Verlag in Frankfurt (S. 268 f.)

Da steht nicht, dass sie vom „Volke“ (was auch immer das ist) ausgeübt wird wie etwa in der Schweiz durch Volksabstimmungen. Bei genaueren Hinsehen deutet sich dann sogar eher das Gegenteil an. Der Artikel hat nämlich noch einen zweiten, entlarvenden Satz. „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Abstimmungen gibt es auf Bundesebene (bislang) nicht. Wahlen delegieren – und so wird der zweite Teil des Satzes zum maßgeblichen: Das Volk handelt nur in Form seiner Vertretung, nicht selbst.

Ist die Behauptung, in der Demokratie würde das Volk herrschen, also nur Propaganda? Fehlen der Bevölkerung schlicht die Mittel für eine direkte Machtausübung? Und ist das, was da „Volk“ genannt wird und in Demokratien eigentlich der „Souverän“ sein soll, überhaupt irgendetwas Reales? Diesem Aspekt sei nun Aufmerksamkeit geschenkt.

Dabei fällt zunächst auf: Der „demos“, im Staat also das Volk, taucht in der Alltagssprache und in der politischen Steuerung der Gesellschaft derart häufig auf, dass allein dadurch der Eindruck entsteht, es würde existieren und könne als Einheit auch handeln. Es gibt Volksmusik, Volksparteien, Volkswagen und Volksfeste – da muss das Volk doch irgendwie existieren, oder? Das Volk kann zudem „im Namen des Volkes“ Urteile sprechen, kann Gesetze erlassen und international mit einer Stimme sprechen. Es scheint ein handlungsfähiges Kollektiv zu sein, also ein Subjekt, welches agiert.

Zudem: Der Rousseau'sche Gemeinwille war nur der Anfang einer Vielzahl gedanklicher Erschaffungen von Gesamtheiten aus voneinander getrennten, sich völlig fremden Menschen. Wie deren Abgrenzung vonstattengeht, wo die Grenze zu anderen Gesamtheiten verläuft und welchen Kriterien diese Grenzziehung folgt, wird nirgends erläutert. Wilhelm von Humboldt erhob das Volk neben Gott sogar zur zweiten „wohltätigen Potenz“, bejahte also seine Existenz und machte sie zur selbstständig agierenden Kraft¹⁶ – wobei es schwerfällt, sich die Bemerkung zu verkneifen, dass er möglicherweise nicht nur beim Volk als „Potenz“ irrte ... aber das ist eine andere Geschichte,¹⁷ wobei sie durchaus Sinn ergibt, denn Parallelen im Gebrauch der Konstrukte „Gott“ und „Volk“ sind augenfällig. In religiös dominierten Zeitaltern oder Staaten werden Urteile, Gesetze und viele politische State-ments „im Namen des Herrn“ oder eben „des Gottes“ abgegeben. In der modernen Demokratie Deutschlands heißt es auffällig ähnlich „im Namen des Volkes“. Ludwig Erhard, zuständiger Bundesminister in Wirtschaftswunderzeiten und danach für kurze Zeit Bundeskanzler, forderte den Zusammenschluss des deutschen Volkes „zu einer großen Willenseinheit“. Denn, so lautete seine Begründung: „Die großen Fragen, die wir im Innern und nach außen zu lösen haben, können nicht nach den Sonderinteressen der einzelnen Gruppen beantwortet werden.“¹⁸



Ausschnitt eines Bildzeitung-Titels. Ähnliche Formulierungen finden sich regelmäßig in den Medien zu Wettbewerben im Sport („Wir sind Weltmeister“) oder im Kulturbereich („Wir sind letzter“ beim Eurovision Song Contest).

Kein Diktator bezeichnet sich selbst als Diktator, und jedes System nimmt für sich in Anspruch, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Andererseits sind in Ländern der „freien Welt“ die „anonyme Autorität“ und die Manipulation an die Stelle der offenen Autorität in Erziehung, Arbeit und Politik getreten.

Aus Erich Fromm (1974): „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ (S. 56)

Das Volk als Einheit ist eine Fiktion und diese Fiktion wird von den herrschenden Klassen benötigt.

Iwan Skworzow-Stepanow, bolschewistischer Abgeordneter in der Konstituante (verfassungsgebende Versammlung 1918 in Russland), zitiert nach:
F.F. Raskolnikow. Tales of Sub-Lieutenant Ilyin: „The Tale of a Lost Day“, Moscow, 1934, English translation London, New Park Publications Ltd, 1982

Nach vollendeter Erschaffung des Konstruktes „Volk“ im Denken der Beteiligten, in Sprache und Kultur wird dieses also zum Subjekt. Es scheint zu handeln. Doch wo agieren die einfachen Bürgis eines Staates, wenn dieser in der Weltpolitik mitspielt? Was bestimmen die Arbeitis eines Konzerns, wenn dieser seine weltweiten Geschäfte organisiert? Welches Gerichtsurteil wird von der Bevölkerung selbst verkündet? Hat sich „das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“, wie es in der Präambel des Grundgesetzes steht? Tatsächlich waren es nur sehr wenige Menschen, weder von der Bevölkerung gewählt noch ausgewogen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Schichten. Das zeigt sich deutlich darin, dass nur vier Frauen 61 Männern gegenüberstanden.¹⁹ „Wir, die Völker der Vereinten Nationen [...] haben beschlossen“, beginnt die Gründungserklärung der UNO²⁰ – der seltsame Mythos funktioniert also auch international.

Das zieht sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte. Auf das Volk beziehen sich Diktatoren, Kaiser und Königinnen, Parlamente und Regierungen. Eine Person reicht als Verkörperung der Gesamtheit aus. So ehrte die Tageszeitung „Junge Welt“ den PLO-Führer Arafat am 12.11.2004 mit der Bemerkung, er hätte „das palästinensische Volk auf das Niveau eines selbständigen Subjekts in der Weltpolitik gehoben“. Dabei war es vor allem er selbst, der in großer Machtfülle international mitmischte. Was Arafat schaffte, war der Eindruck von hinter ihm stehenden Massen. Genau das charakterisiert den „demos“ sinnbildlich: Er ist der (Heiligen-) Schein einer Legitimation der Macht durch die Masse. „I am your voice“, brüllte Donald Trump im US-Wahlkampf in die Menge²¹ – und die jubelte, obwohl genau dieser Satz sie darüber informierte, dass sie, wie bei allen anderen Regierungen zuvor, unter Trump selbst nichts zu sagen haben würden. Es ließen sich viele solcher Beispiele, die das Volk als handelnde Einheit anführen, benennen. Sie machen deutlich, was oder, genauer, wer das Volk eigentlich ist. Und wer nicht.

Die Zweifel an der Existenz des Volkes werden in den Gesellschaftswissenschaften vielfach geteilt. „Der Volkswille ist fiktiv“, steht im Heidelberger Online-Lexikon der Politik.²² In der Soziologie schimmert das Dilemma im mehr politisch und rechtlich gefassten Begriff des Volkes stärker durch. Volk wird dort „verstanden als ein soziales und politisches Gebilde, das Legitimation für das soziale Handeln allein aus den Willensbekundungen der Gemeinschaft bezieht.“²³ Völker im Sinne ethnischer oder religiöser Gemeinschaften wären demnach nur „gedachte Ordnungen“ bzw. „imaginierte Gemeinschaften“. ²⁴ Niklas Luhmann sah im Volk „nur ein Konstrukt, mit dem die politische Theorie Geschlossenheit erreicht.“ Und fügte an: „Wer würde es merken, wenn es gar kein Volk gäbe?“²⁵

Die Identität des Volkes wurde auf einer imaginären Ebene konstruiert, welche die Unterschiede entweder verbarg und/oder eliminierte; in der Praxis entsprechen dem die rassistische Unterwerfung und die soziale Säuberung. Der zweite grundlegende Schritt bei der Konstruktion des Volkes, der durch den ersten erleichtert wurde, besteht darin, die internen Unterschiede mittels Repräsentation der gesamten Bevölkerung durch eine hegemoniale Gruppe, Rasse oder Klasse zu verwischen.

Aus Hardt, M./Negri, A, 2002: Empire. Campus Verlag Frankfurt (S. 117)

eigtl: Volksherrschaft.

Staatsform, deren Inhalt vom Charakter des jeweiligen Staates bestimmt wird. [...]

Die Grundfrage jeder Demokratie ist die Frage der politischen Macht. [...]

Die sozialistische Demokratie entsteht und entwickelt sich mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft in der Periode der Diktatur des Proletariats. „Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution (ist) die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“ (Marx/Engels 4, 481). [...]

Das demokratische Wesen der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten schließt nicht aus, sondern erfordert vielmehr, daß dieselbe Herrschaft der Arbeiterklasse gegenüber den Feinden des Sozialismus Diktatur (der Menschen des Volkes über eine kleine Minderheit) ist und ihnen gegenüber gegebenenfalls diktatorische Maßnahmen anwendet. [...]

Im Gesamtsystem der sozialistischen Demokratie nehmen die Volksvertretungen als staatliche Machtorgane der Werktätigen eine besondere Stellung ein. [...]

Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die Heranführung der Volksmassen an die Leitung von Staat, Wirtschaft und Kultur erfordert eine straffe, zentrale Leitung auf der Grundlage eines einheitlichen Planes, ohne die die Initiative und Aktivität der Werktätigen nicht voll zur Entfaltung gebracht und auf die Schwerpunkte orientiert werden kann. Oberstes Prinzip der Leitung der sozialistischen Gesellschaft und Voraussetzung für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist deshalb die ständige Vervollkommnung des Demokratischen Zentralismus.

Definition von „Demokratie“ in: Klaus, Georg/Buhr, Manfred (1975), „Philosophisches Wörterbuch“, VEB Bibliographisches Institut Leipzig (S. 256 f.)

Türöffner für Herrschaft und rechtes Denken

Die Herrschaft des Volkes ist also nicht anderes als eine Variante staatlicher Macht, für die das „Volk“ als Legitimation der Herrschaft allein als reines gedankliches Konstrukt erschaffen wurde – zunächst durch die Herrschenden, daraus sich entwickelnd als Diskurs in der gesamten Gesellschaft. Damit ist alles gesagt, was die demokratische „Gewaltausübung von anderen Herrschaftsformen unterscheidet“, nämlich „ihre Legitimation durch das Volk“.²⁶ Alle weiteren Unterschiede haben nicht originär etwas mit der demokratischen Verfasstheit einer Gesellschaft zu tun. Menschenrechte oder ihre Missachtung, Gesetze oder Gesetzeslosigkeit, einzelne Führer oder kollektive Gremien können in Demokratien genauso vorkommen wie in Monarchien oder anderen Formationen.

Gefährlich ist die Konstruktion von Volk, weil sie nicht nur die legitimatorische Basis jeder staatlichen Demokratie bildet, sondern auch autoritären Orientierungen als Basis dienen kann. Dieser gemeinsame Bezugsrahmen macht es rechten Strömungen einfach, mit ihren Ideologien in die gesellschaftliche Debatte einzusickern, auch wenn das, woraus sich das jeweilige „Volk“ speist, mitunter unterscheidet. So gilt es im rechten Denken als natürliche Einheit, die sich aus einer gemeinsamen Abstammung (Ethnie) bildet, während die meisten Demokratis von einem Staatsvolk her denken, das die meisten auf einem konkreten Gebiet lebenden Menschen einbezieht. Der Volksbegriff rechter Strömungen spitzt sich hinsichtlich seines autoritären Charakters zudem oft weiter zu, wenn offen formuliert wird, dass sich der Wille des Volkes im (Volks-)Führer verwirklicht.

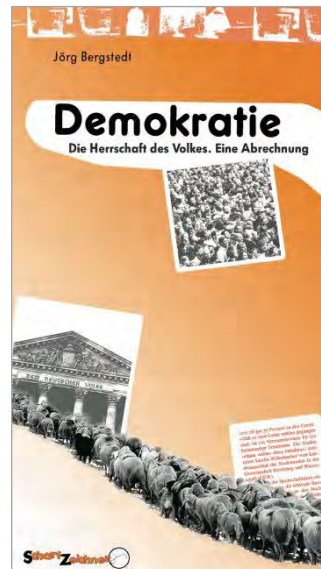
Auch der Sozialismus und autoritäre Formen des Kommunismus beziehen sich auf dieses Konstrukt, mitunter sogar nachdrücklicher als mit der üblichen Formulierung der Herrschaft des Volkes. So wurde in einem Philosophielexikon der DDR die westliche Demokratie als „ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teil der Bevölkerung gegen den anderen“ bezeichnet, während sie ihre eigene Staatsform zwecks Abgrenzung als „Volksdemokratie“ bezeichnete. Das wäre in der Übersetzung dann also die Volks-Volksherrschaft. Es gab Volksschädlinge und -verrätis, also ein sehr eindeutiges Dazugehören und Nicht-Dazugehören, zudem eine offene Befürwortung diktatorischer Elemente in der demokratischen Machtausübung. Dabei ließen die Schriften von Karl Marx und anderen Vordenkis dieser Ideologien durchaus auch andere Schlüsse zu. Schließlich postulieren sie die Idee freier Assoziationen, allerdings mit Einschränkungen hinsichtlich möglicher Herrschaftsfreiheit bei den konkreten Ausführungen. So steht bereits die Idee der durch äußere, als objektiv verklärte Umstände erzeugten Klassenzugehörigkeit einer freien Assoziation konträr gegenüber. Denn die freie Assoziation „bedeutet in der marxistischen Theorie eine Beziehung zwischen den Individuen, wenn es keinen Staat, keine Nation, soziale

*Christen, Frauen, Deutsche – wer mit Begriffen eingesperrt wird, verliert an Selbstbestimmung
Politiker und manche Medien benutzen es häufig: Das große „Wir“. Damit wird eine falsche Gemeinsamkeit hergestellt, denn weder sind die mit „Wir“ Gemeinten eine einheitliche Gruppe noch sind die „Anderen“, sprachlich Ausgeschlossenen, so viel anders.*

Aus Gölitzer, Susanne: „Wir und die Anderen“, in: FR, 18.11.2006 (S. 9)



Eine umfassende Kritik der Demokratie enthalten die Bücher „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“ (ausführliche Darstellung) und „Kritik der Demokratie“ (thesenhaft kurze Darstellung) aus dem SeitenHieb-Verlag. Weitere Texte sind unter <https://demokratie.siehe.website> zu finden.



Klasse oder Behörde und kein Privateigentum von Produktionsmitteln mehr gibt.“²⁷ Der vom marxistischen Denken herkommende Buchautor und heutige Linken-Politiker Christoph Spehr beschreibt in seinem Werk „Gleicher als andere“ Bedingungen der „freien Kooperation“, in dem er die Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zu kollektiven Strukturen zum zentralen Punkt erklärt.²⁸ Generell ist aber auch im Marxismus oder in sich darauf beziehenden Gruppen der Glaube an „Volk“ als Kategorie und Subjekt präsent. Der Titel „Nur das Volk rettet das Volk“ in der DKP-eigenen Zeitung macht es sogar zu Subjekt und Objekt zeitgleich.²⁹ Sämtliche folgenden Ausführungen über die fatalen Wirkungen des Denkens in der Kategorie „Volk“ bzw. „demos“ gelten daher für alle Ideologien, die sich darauf beziehen.

Unterhalb der staatlichen Ebene, also in den gesellschaftlichen Subräumen wie Vereinen, Wohngemeinschaften, Familien, Betrieben usw. wirft das Konzept des „demos“ ebenfalls Fragen auf. Er muss stets konstruiert werden, wenn Entscheidungen getroffen werden sollen, dient oft auch noch allgemeiner der Herstellung von Identität und Zugehörigkeitsgefühl. Allerdings wird in der Praxis schnell erkennbar, dass die Grenzziehung höchst willkürlich ist. Wenn eine Wohngemeinschaft von beispielsweise fünf Personen eine Party plant, so wäre demokratisch, wenn sie gemeinsam, also als „demos“, entscheiden. Das würde auch gelten, wenn zwei der fünf WG-Mitglieder bei der Party gar nicht anwesend sind. Die Nachbarin, die wegen des Lärms dann nicht schlafen kann, gehört hingegen nicht dazu, obwohl sie stärker betroffen ist als die zwei. Und das ist ein sehr einfaches Beispiel. Im realen Leben sind Auswirkungen von Handeln oft viel schwerer oder gar nicht genau abschätzbar. Folglich ist dann auch der Kreis von Personen, die nach Betroffenheit zur Abstimmung einbezogen werden müssten, nicht einfach zu bestimmen. Blieben als Alternativen, das beratende Gremium zu lösen oder großflächig alle Menschen einzuladen und selbstbestimmt entscheiden zu lassen, ob sie teilnehmen oder nicht. Dann aber würde sichtbar, dass keinerlei Befugnis mehr bestehen würde, als „Gemeinwille“, also im Namen aller aufzutreten. Es gäbe keinen „demos“ im Sinne eines demokratischen Verfahrens mehr – der Rahmen der Demokratie wäre verlassen.

Nationen entstanden durch Abgrenzung, durch die Definition von „Anderen“, durch „Othering“.

Aus Ute Scheub (2019): „Europa - die unvollendete Demokratie“, Oekom in München (S. 18)

Vielmehr beruhen Abgrenzungen gegenüber anderen Völkern auf bereits vorhandenen Vorstellungen und wirken auf sie zurück. Zugleich waren und sind sie als Integrations- und Legitimationsideologeme von erheblicher Wirkungskraft. Als entscheidend wird das subjektive Zugehörigkeitsgefühl angesehen. Laut dem Soziologen Friedrich Heckmann wurzelt die „Realität ethnischer Groß-Kollektive“ unter anderem im „Glauben“, man habe gemeinsame Vorfahren, und im „Bewusstsein“, man gehöre zusammen und habe eine gemeinsame Identität. Dies führt nach Ansicht des Soziologen Lutz Hoffmann zu einer zirkulären Definition: „„Volk“ ist das, was für den Menschen sein „Volk“ ist“. Die subjektive Vorstellung, man habe bestimmte Gemeinsamkeiten mit bestimmten anderen Menschen, konstituiere das „Volk“ als Summe aller Menschen mit derselben Volkszugehörigkeit. In einem sekundären Prozess würden dann die objektiven Merkmale, auf die sich die Vorstellung eines gemeinsamen Volkes stütze, hervorgebracht, sie gingen ihr nicht voraus.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Volk>

Gut 60 Millionen Menschen waren bei der Bundestagswahl 2021 wahlberechtigt. In Deutschland wohnen allerdings mehr als 84 Millionen. Jeder vierte Mensch in Deutschland darf also nicht an Wahlen teilnehmen. Die beiden größten Gruppen sind Kinder und Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Jan Ludwig (2024), „Demokratie“, Carlsen in Hamburg (S. 108f)

Solange die Menschen sich mit Kategorien wie Staat oder Volk identifizieren, steht man mit einem Bein schon im Schützengraben.

Ole Nymoen im Interview mit der Jungen Welt am 29.3.2025 (S. 3)
<https://jungewelt.de/artikel/496966.gegen-die-kriegst%C3%BCchtigkeit-ich-bin-nicht-bereit-f%C3%BCr-einen-staat-zu-sterben.html>

Kein „demos“ ohne Grenzen: Wer gehört dazu – und wer bleibt draußen?

Dass alle in einem Staat bzw. einer Nation lebenden Menschen gleichberechtigt sind und gemeinsam den „demos“ bilden, ist Träumerei. Überall gibt es Einschränkungen durch den die Nation organisierenden Staat. Der setzt Regeln, wer nicht dazugehört oder zumindest nicht mitbestimmen darf, also nur Mitglied zweiter Klasse ist. Meist trifft es Ausländis, Kinder, sog. Behinderte, Kriminalisierte, in vielen Ländern auch alle Frauen und nicht-binären Menschen oder all diejenigen, die nicht der vorgegebenen Staatsreligion angehören. „Identität und Zugehörigkeit“ sind „notwendige Voraussetzungen für die Akzeptanz des demokratischen Mehrheitsprinzips“, wie es Wolfgang Schäuble, damaliger Präsident des Deutschen Bundestages, ausdrückte.³⁰

Einschließung und Ausschließung sind dem Volksbegriff inhärent.³¹ Das Denken als eigenes Volk beinhaltet immer die gedankliche Konstruktion des Anderen, Fremden, Außenstehenden. Bei genauerer Betrachtung ist die Festlegung, wer nicht dazugehört, sogar dominant. Was deutsch ist, lässt sich kaum definieren. Haben ein ostfriesischer Bauer, eine Fließbandarbeiterin bei VW in Zwickau und der Villenbesitzer in München-Schwabing eine gemeinsame Kultur? Wenn gemeinsame Sprache zu den Kennzeichen eines Volkes gehört, wieso hat dann das beständigste „Volk“ in Europa, die Schweiz, vier Amtssprachen? Was ist mit Papua-Neuguinea, in dem über 800 Sprachen gesprochen werden? Können sich traditionsbewusste Menschen aus Köln, Bautzen, Niebüll und Cham wirklich unterhalten, ohne als gemeinsame Fremdsprache Hochdeutsch zu nutzen? Viele verweisen, nach dem Ursprung des Gemeinsamen im Volk gefragt, auf eine gemeinsame Geschichte. Für die meisten Nationen besteht diese vor allem aus Mythen, die entweder frei erfunden sind (wie das vermeintliche Germanien in der Epoche des römischen Reiches³²) oder nachträglich mit allerlei Deutungen aufgeladen wurden, um den Eindruck einer stringenten Aufeinanderfolge historischer Entwicklungen zu erzeugen.

Gibt es das Deutsche? Häufige Antwort: Ja. Was soll das sein? Häufige Reaktion: Schweigen. Aber eines können die meisten derjenigen, die sich als Teil des deutschen Volk begreifen, wahrscheinlich benennen: Wer nicht dazugehört. Das hat System. Eine jede identitäre, d.h. sich über vermeintliche Eigenarten als zusammengehörig fühlende Gruppe, weiß vor allem, was nicht dazu gehört. Sie bestimmt nicht, was sie eint, sondern sie schafft einen Zusammenhalt dadurch, dass sie von dem abgrenzt, was anders, fremd, eben das Außen ist.

Immerhin: Im Laufe der Entwicklung, stark beeinflusst durch Aufklärung und andere Modernisierungen, verschoben sich Grenzen. Schwarzafrikanis wurden von den rassistischen Zentraleuropäis irgendwann als Menschen anerkannt und nicht

Um Schwarze vom Wählen abzuhalten, überlegten sich weiße Politiker einige Tricks. In Texas erließen sie zum Beispiel ein Gesetz, wonach nur diejenigen wählen durften, die eine Wahlsteuer zahlten. Und die war nicht gering. Das Gesetz benachteiligte also Ärmere, die sich das Wählen kaum leisten konnten. Und wer hatte, nach jahrzehntelanger Sklaverei, oft wenig Geld? Vor allem Schwarze. In Mississippi mussten sich Menschen für die Wahl registrieren lassen und dabei einen erniedrigenden Test über sich ergehen lassen. Der Prüfer bei der Registerbehörde suchte einen Abschnitt aus der Verfassung des Bundesstaates heraus, und die Prüflinge mussten diesen Abschnitt wie im Deutschunterricht interpretieren. Ob man zugelassen wurde oder nicht, hing damit von der Willkür des Prüfers ab. Laut Gesetz mussten nicht alle diese Schikane mitmachen. Ein sogenannter »Großvaterparagraf« sah oft Ausnahmen für Menschen vor, deren Vorfahren schon vor 1867 wählen durften. Und wessen Vorfahren durften vor 1867 wählen, bevor die Sklaverei abgeschafft war? Vor allem Weiße. Die rassistischen Gesetze hatten eine verheerende Wirkung. Um 1870 konnten noch über 90 Prozent aller Schwarzen in Mississippi wählen. Zwanzig Jahre später waren es weniger als 6 Prozent. ...

In Saudi-Arabien durften Frauen im Jahr 2015 zum ersten Mal an Wahlen teilnehmen, wenn auch nur auf lokaler Ebene. Viele von ihnen besitzen aber keinen Personalausweis, und ohne den dürfen sie nicht wählen. Einen Ausweis können sie nur beantragen, wenn ihr Mann zustimmt.



Jan Ludwig (2024), „Demokratie“, Carlsen in Hamburg (S. 108f)

Das Buch aus der Klartext-Reihe ist eine gut lesbare Einführung, wie die bürgerliche Mitte die Demokratie sieht einschließlich der Gefahren und der Abgrenzung gegenüber anderen Systemen. Erklärt werden die Geschichte, die vier Gewalten, Funktion und Ablauf von Wahlen, Demokratie im Alltag und die Gefahren autoritärer Veränderung sowie möglicher Handlungsmöglichkeiten. Der gesamte Rahmen bleibt innerhalb des demokratischen Systems – eine dauerliche, aber sicherlich gewollte Einschränkung.

Der Emanzipationstriumph sollte nicht lange währen. Der weiße Herr Südstaaten-Demos schlug brachial zurück: Zwischen 1885 und 1908 änderten alle elf der ehemals konföderierten Staaten ihre Verfassungen und Wahlgesetze so, dass Afroamerikaner abermals aus dem demokratischen Prozess ausgeschlossen wurden. Auf dem Papier beinhalteten diese neuen Wahlgesetze neutral wirkende „Kopfsteuern“ und Lese- und Schreibtests. In der Praxis, in der die allgrößte Mehrheit der Schwarzen unverändert am untersten Ende der Einkommensskala zu finden war und nach wie vor vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen blieb, führten die Gesetze dazu, dass die Wahlbeteiligung von Afroamerikanern von rund 60 Prozent im Jahr 1880 auf nur noch 2 Prozent im Jahr 1912 sank. Der erstarkende Rechtspopulismus verteidigt das – mit den Anfängen der Demokratie etablierte – Gewohnheitsrecht, den Demos nicht nur über Gleichheit, sondern ebenso über Ausschluss zu definieren.

Thea Dorn (2024), „Auf dem Rücken des Fisches“, in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 21ff)

weiter in zoologischen Gärten ausgestellt. Frauen erhielten Wahlrecht und, zumindest formal, gleiche Rechte. Der Prozess gestaltete sich meist recht zäh. Demokratie entpuppte sich als konservativ, weil stets nur diejenigen, die zur Abstimmungsgemeinschaft gehörten, darüber zu entscheiden hatten, ob sie ihr Privileg der Abstimmungsberechtigung mit anderen teilen. Die Männer im Schweizer Kanton Appenzell Innerrhoden wollten ihren Frauen das Wahlrecht gar nicht zubilligen. Sie wurden dazu spät (1990) und erst durch ein Gericht gezwungen. Sie waren damit die letzten in Europa. Liechtenstein, übrigens immer noch eine Monarchie mitten im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), hatte kurz vorher (1984) Frauen an die Urnen gelassen.

Die Ausschließeritis ist jedem „demos“ inne. Als der Wille zur Fortsetzung der Sklaverei die US-amerikanischen Südstaaten zum Krieg gegen den Norden des Landes motivierte, führte die dort erlittene Niederlage zwar zur formalen Sklavenbefreiung, aber nicht zu neuem Denken. Institutionen erfanden Barrieren und Tricks, um den ehemaligen Sklavis und ihren Nachkommen das Wahlrecht weiterhin vorzu-enthalten. Der Kampf um echte Gleichberechtigung währte noch lange und ist bis heute nicht wirklich abgeschlossen. Immer wieder können Diskriminierungen in sozialen Kämpfen niedergerungen werden, aber das Denken verharret im Alten – und produziert neue Mechanismen der Ab- und Ausgrenzung. So verdonnern die in großen Teilen rassistisch gesinnten Strafverfolgungsbehörden der Vereinigten Staaten auffällig viele nicht-weiße Menschen zu Haft- oder anderen Strafen, und entziehen ihnen damit das Wahlrecht. Ganz demokratisch, ganz rechtskonform.

Müsste es nicht eigentlich „den Wesenskern von Demokratie aus[machen], dass diejenigen, die von einer Sache betroffen sind, über diese Angelegenheit auch entscheiden können“, fragt der Ökosozialist Bruno Kern. Doch solch eine Grenzziehung des „demos“ findet sich nirgends – mit katastrophalen Wirkungen: „Die Folgen unserer systematischen Naturzerstörung betreffen nun aber gerade die elementaren Lebensmöglichkeiten von Menschen (künftiger Generationen, der Bevölkerung im globalen Süden), die keine Chance haben, darüber mitzubestimmen.“ Demokratie reicht also nicht: „Die formaldemokratischen Spielregeln versagen hier, und deshalb ist es gerechtfertigt, über sie hinauszugehen, um die elementaren Lebensinteressen der von den Entscheidungen Ausgeschlossenen zu sichern.“³³ Es braucht mehr, es braucht Neues – doch dazu später.

In den meisten Grenzziehungen rund um den „demos“ geht es deutlich geräuschloser zu. Oft sind sie denen, die von Innen die Grenze ziehen, nicht einmal bewusst. Wäre der bereits als Beispiel angeführten Wohngemeinschaft eine Gleichberechtigung im Zusammenleben besonders wichtig, orientiert sie sich vermutlich am Konsensprinzip. Die geschilderte Willkür, wer dazugehört und wer nicht, bleibt. Vermutlich ist sie aber weder den Menschen im „demos“ bewusst noch würden die Betroffenen rundherum überhaupt auf die Idee kommen, dass sie

**Eine entgenderete Sprache muss neben personenbezogenen Substantiven und Pronomen auch neutrale Artikel nutzen, wenn es um Personen geht. Angesichts der Ähnlichkeit zum englischen „the“ und zu etlichen deutschen Dialekten bietet sich als Erster-Fall-Artikel „de“ an.*

Mehr auf is-sprache.siehe.website

Die Identität des Volkes wurde auf einer imaginären Ebene konstruiert, welche die Unterschiede entweder verbarg und/oder eliminierte.

Aus Hardt, M./Negri, A (2002): „Empire“, Campus Verlag Frankfurt (S. 117)



Volk als Einheit? Schon die Mehrheiten bei der Bundestagswahl 2025 zeigen, wie uneinheitlich alles ist. Alle Flächenländer im Westen: CDU/CSU. Alle Flächenländer im Osten: AfD. Stadtstaaten: SPD (Bremen, Hamburg) oder Linke (Berlin). Das Stadt-Land-Gefälle war auch innerhalb der Flächenländer deutlich, ebenso zwischen reicheren und ärmeren Stadtteilen (z.B. Leipzig: AfD von 2,7 bis 51%, Linke von 5,7% bis 64,6%).

<https://wahlergebnis.leipzig.de>

doch eigentlich dazugehören müssten – zusätzlich oder sogar statt derer, die bei der Party gar nicht anwesend sein werden.

In Vollversammlungen von Vereinen und Aktionärsversammlungen der Konzerne treten die Unterschiede auch optisch deutlich hervor. Die Sphäre der Macht sitzt geballt und erhöht auf dem Podium, steuert die Mikrofonanlage und die Redeliste. Sie kann per Hausrecht Einzelpersonen die aktive Beteiligung oder gar die Anwesenheit in der Versammlung untersagen. Je größer die Menge insgesamt ist, desto machtloser ist die* Einzelne, weil jede Meldung aus der Menge, so sie es überhaupt bis zur Hörbarkeit schafft, nur als ganz kleiner Beitrag unter sehr vielen wahrgenommen wird. Sie kann leicht wegmoderiert oder übergangen werden. Je größer die Menge, desto leichter steuerbar ist sie.

Wer gehört dazu? Die Frage ist der Ausgangspunkt aller Machtausübung und Kontrolle. Die Festlegung der Grenze des „demos“ ist die Geburt jedes demokratischen Systems, welches damit von Beginn an auf einem Herrschaftsakt beruht.

Für die demokratiebefürwortenden Kreise ist diese ständige Grenzziehung Alltag. Sie bedarf in der Regel gar keiner Kommunikation und keines besonderen Entscheidungsaktes, sondern stellt sich wie von selbst aus Gewohnheit und jahre- bis jahrzehntelanger demokratische Zurichtung durch Erziehung, Schule, Vereine und die ständigen Wiederholungen in der Politik ein, samt der propagandistischen Begleitung in Medien und öffentlicher Debatte.

Seltsamer erscheint da schon der Hang zur ständigen Grenzziehung in solchen Kreisen, die sich – zumindest verbal – kritisch gegenüber Herrschaftsstrukturen geben. Mitunter treibt ihre Phantasie der Abgrenzungslogiken noch absurdere Blüten, wenn in den sich ausbreitenden Cancel Cultures³⁴ schon unerwünschte Meinungen, Frisuren oder Musikgeschmäcker zum Ausschluss führen, während die wuchernde Priorisierung von Awareness in vielen Zusammenhängen die Grenzziehung zum Außen verschärft, indem auf inakzeptable Verhaltensweisen mit einem platten Rauswurf der Tätis und nicht mehr mit verhaltensändernder Kommunikation oder Verhaltenstrainings reagiert wird. Feinsinnig erklärte Gießens marxistisch orientierter DGB-Vorsitzender auf einer Demonstration pro AfD-Verbot am 10.5.2025: „Wir sind die Demokratie!“ Die anderen nicht.³⁵

Selbst in anarchistisch orientierten Communities wuchert die Grenzziehung zwischen Innen und Außen, also die Bildung des „demos“ als „Wir und die anderen“, obwohl hier der positive Bezug auf Demokratie eher fehlt (oder fehlen müsste). Slogans wie „Häuser denen, die drin wohnen“ (und eben nicht allen Menschen einschließlich der direkten, mitunter recht direkt betroffenen Nachbaris) oder „Wälder denen, die drin wohnen“ zeigen nicht nur eine spießige Eigentumslogik, sondern auch die stringente Grenzziehung, wer im besetzten Sektor das Sagen hat. Und wer nicht.

Macht das Volk glauben, dass es regiert, und es wird sich regieren lassen.

William Penn, 1644 - 1718

Kollektive handeln jedoch beinahe ausschließlich dadurch, daß sie eine Führung akzeptieren - es ist dies der beherrschende Mechanismus praktisch jedes kollektiven Handelns, das mehr ist als bloßer Reflex.

Aus Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, zitiert in: Massing, Peter/Breit, Gotthard (2002): „Demokratie-Theorien“, Wochenschau Verlag Schwalbach, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (S. 184)

Im Namen des Volkes

Zwingend erforderliche Eingangsformel in allen Urteilen, vorgeschrieben in § 268 Strafprozessordnung (StPO), § 117 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und § 311 der Zivilprozessordnung (ZPO). <https://gesetze-im-internet.de>

Ich bin das Volk.

Josef Stalin (laut <https://beruhmte-zitate.de/autoren/josef-stalin/volk>)

Das Schwein wurde im Namen des Volkes erschossen.

RAF

Daraus folgt, daß dieser sog. Wille des Volkes niemals etwas anderes ist als die Opferung und die Negation aller realen Einzelwillen der Bevölkerung; gerade so wie das sogenannte Allgemeinwohl nichts anderes ist als die Opferung ihrer Interessen. Aber damit diese alles verschlingende Abstraktion sich Millionen von Menschen aufzwingen konnte, mußte sie von irgendeinem wirklichen Wesen, irgendeiner lebendigen Kraft getragen und repräsentiert werden.

Aus Bakunin, Michail (1867/1871): „Marxismus - Freiheit – Staat“

Des Volkes Stimme(n)

Der „demos“ ist ein Konstrukt. Es gibt folglich auch kein „Volk“, keinen Gemeinwillen der 83 Millionen Menschen in Deutschland, auch nicht der Wahlberechtigten unter ihnen. Der Gemeinwille wird behauptet von denen, die das Privileg haben, im Namen des Volkes sprechen zu können – und dabei ernst genommen zu werden. Sie bestimmen den Gemeinwillen, weil ihrer Behauptung, dass ihre persönliche Meinung der gemeinsame oder zumindest Mehrheitswille ist, geglaubt wird. Durch diesen Glauben nimmt der Gemeinwille dann Gestalt an und erscheint real. Darin ähneln sich Demokratie und Religion, denn beide beruhen auf der diskursiven Konstruktion einer externen Autorität, die in beiden Fälle (Volk/Gott) nicht wirklich existiert, aber dadurch ein Eigenleben entwickelt, dass sie von privilegierten Personen oder Kreisen behauptet und ihnen geglaubt wird.

In der Entstehungsphase eines „demos“ sind diejenigen, die dessen Grenzen ziehen und dann für das Gesamte sprechen, d.h. den Gemeinwillen formulieren können, identisch. Es sind die Initiatoris von Vereinen, Parteien oder neuen Nationen. Später treten ihre Nachfolgis in die Fußstapfen, sei es durch Wahl, Akklamation, Vererbung, Putsch oder diskursive Überzeugungskraft. Wer das im Einzelnen ist und wie die Mechanismen der Vereinnahmung von Menschen durch Auftritt als Verkündi des dadurch erschaffenen Gemeinwillens aussehen, unterscheidet sich nach Art des „demos“.

- Wenn vor Gericht „im Namen des Volkes“ geurteilt wird, so basiert das schlicht auf einer gesetzlichen Vorgabe.³⁶ Dass hier tatsächlich ein Gemeinwille verkündet wird, dürften nur die Wenigsten glauben. Dennoch wird dieses zutiefst alberne Ritual tagtäglich tausendfach aufgeführt.
- Auch andere Staatsdienis können „das Volk“ sein. Wer Polizisten angreife, „greift das ganze Volk an“, konstruierte Sebastian Fiedler (SPD-MdB)³⁷ eine weitere Repräsentationslogik, ohne den Widerspruch zu bemerken, dass der Angreifer nach der Logik des Volksbegriffs damit sich selbst attackieren müsste, damit das Bild stimmt.
- Diejenigen, die in demokratischen Staaten im Namen des jeweiligen Volkes auftreten, erlangen ihre Position in der Regel durch direkte Wahl oder Ernennung durch gewählte Organe. Sie können, dadurch legitimiert, den Gemeinwillen in der Öffentlichkeit und in internationalen Zusammenhängen äußern. Das gilt analog für demokratisch verfasste Organisationen.
- Noch deutlicher wird das in repräsentativen Demokratien, wenn aus mehreren Kandidatis eine Person gewählt wird, die dann alle („den Wahlkreis“) vertritt. Das trifft in Deutschland auf die Erststimme zu, die der jeweiligen Direktkandidati bestimmt. Gewählt ist, wer die relativ meisten Stimmen erhält. Treten viele Kandidatis an, können 20 bis 30 Prozent der abgegebenen Stimmen

Was soll dieses Zwittersystem aus Erst- und Zweitstimme eigentlich? ...

Das entscheidende Argument für das System der Direktmandate ist, dass auf diese Weise eine größere Bürgernähe entstehe: Indem alle Wahlkreise mit konkreten Abgeordneten verbunden seien, erhöhe sich die Identifikation des Wahlvolks mit dem Parlament. Auch gäbe es so für alle Bürger konkrete Ansprechpartner, an die sie sich mit ihren Nöten und Wünschen wenden könnten.

Eine schöne Idee. Nur leider hat sie mit der Realität recht wenig zu tun. Folgende Argumente sprechen dagegen:

- 1. Die Wahlkreise sind zu groß, als dass die jeweils gewählten Abgeordneten die Anliegen aller dort lebenden Menschen vertreten könnten.*
- 2. Wählende, die ihr Kreuzchen bei linken Parteien machen, werden sich kaum von einem Rechtsausleger vertreten fühlen, wenn dieser das Direktmandat erhält (und umgekehrt).*
- 3. Die Hauptarbeit der Abgeordneten findet im Bundestag statt und weist eine bundespolitische Ausrichtung auf. Die Belange des jeweiligen Wahlkreises zu berücksichtigen, ist dabei nur begrenzt möglich. Auch für konkrete Kontakte mit den Menschen vor Ort bleibt kaum Zeit. So kann es auch vorkommen, dass Politiker ohne Verwurzelung in dem betreffenden Wahlkreis als Direktkandidaten aufgestellt werden.*
- 4. In unserem föderalen System gibt es eine strenge Trennung der Zuständigkeitsbereiche zwischen Bund, Ländern, Landkreisen und Kommunen. Erste Ansprechpartner für die Probleme vor Ort sind daher nicht Bundes- oder Landespolitiker, sondern die Kreistags- und Gemeinderatsvertreter. Bundestagsabgeordnete sind für diese Probleme oft weder zuständig, noch liegt deren Lösung in ihrer Kompetenz.*

Aus Rother Baron (2024): „Demokratie auf dem Prüfstand“, Literaturplanet

Die Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürgerinnen und Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind.

Bundesregierung (<https://bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976>)

Zivilgesellschaft bezeichnet umgangssprachlich einen Teilbereich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, in dem in Abgrenzung von Staat und Privatwirtschaft soziale Aktivitäten und Zusammenschlüsse weder der Erringung und Ausübung politischer Macht einerseits noch der Erwirtschaftung von materiellen Gütern und Profit andererseits dienen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Zivilgesellschaft>

Populisten arbeiten dabei auch mit rhetorischen Tricks. Sie sprechen zum Beispiel gerne von einer »schweigenden Mehrheit«, die angeblich etwas ganz anderes will als das, was die Politik gerade macht.

Jan Ludwig (2024, S. 176)

reichen, um „den Wahlkreis“ zu vertreten. Alle nicht wahlberechtigten Menschen und Nichtwähler sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Werden sie mitgedacht, reicht es aus, wenn 10 bis 20 Prozent der in einem Wahlkreis lebenden Menschen eine Person wählen, um diese dann alle dortigen Menschen vertreten zu lassen – viele ungefragt oder gegen ihren Willen. Denn wenn beispielsweise eine Kandidatin der AfD die meisten Stimmen erhält, werden sich die Wähler von Die Linke oder Die Partei vermutlich kaum von ihr vertreten fühlen. Die Erststimme abzugeben, bedeutet also nur die Auswahl, „welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“, geißelte Karl Marx das Verfahren.³⁸

- ➔ In stärker informellen Zusammenhängen kommt es zu einem Wettstreit zwischen den Lauten und Dominanten, die darum buhlen, wessen Beiträge als relevant für das Ganze anerkannt werden. Eine große Rolle spielen dabei Medien, die bestimmte Personen als (Presse-)Sprecher neuer Zusammenhänge bezeichnen und diese dadurch faktisch zu diesen machen. Damit bestimmen oft die reichweitenstärksten Medien die Hierarchie innerhalb von Bewegungen, über die sie berichten, und zwar unabhängig davon, ob sie diesen nahe stehen oder sie kritisieren bis diffamieren.
- ➔ Ein typisches Beispiel für diese Stellvertretungskultur liefert das Konstrukt der Zivilgesellschaft. Der Begriff ist sehr weit gefasst und umfasst damit theoretisch alle Menschen, solange sie nicht als Institution oder Unternehmen agieren. Das sind im Prinzip alle, da auch Politik und Kapitalismus ein Privatleben jenseits ihrer Ämter haben. Tatsächlich agieren als Zivilgesellschaft auf der politischen Bühne nur die anerkannten Repräsentanten – Vorstände, medienernannte oder gewählte Sprecher und andere Personen mit Funktionen. Die Demütigung der Einzelnen, als legitimatorischer Hintergrund zwar gebraucht zu werden, aber tatsächlich komplett in die Nichtwahrnehmbarkeit verdammt zu werden, ist hier am größten.
- ➔ In marxistischer Theorie und mit dieser argumentierenden Bewegungen wird die Gesellschaft bevorzugt in Klassen eingeteilt. Jenseits der Frage, ob die Einteilung je nach Eigentum an Produktionsmitteln oder Abhängigkeit vom Verkauf der eigenen Arbeits- oder Reproduktionsfähigkeit nicht deutlich unterkomplex ist, lassen schon die Theorien keinen Zweifel zu, dass die einzelnen Menschen der jeweiligen Klasse bei der Bestimmung, wie diese organisiert sein und welche Positionen sie haben soll, nicht relevant sind. Die Arbeiterklasse wird von einer Avantgarde geführt, die nicht einmal selbst dieser Klasse angehören muss, sondern von der behauptet wird, dass sie besser weiß, was für Arbeiter gut ist als diese selbst. Aus diesem Denken heraus entstand unter anderem die Sphäre völlig entkoppelter Gewerkschaften, die über das Konzept der Sozialpartnerschaft eher Teil der Unternehmen sind als echte Kämpfer für die Belange der Arbeitenden.

Vereinfacht gesagt, teilen Populisten in ihren Reden und Texten die Welt in ein „Wir“ und ein „Die da oben“, manchmal auch in ein „Wir“ gegen „Die anderen“. Populisten zufolge gibt es eine tendenziell böswillige Elite und im Gegensatz dazu ein ehrliches Volk. Und diesem Volk verschaffen sie jetzt endlich Gehör. ... Populisten wollen viele Krisen immer noch größer machen, als sie sind. So können sie sich als einzig wahre Retter aufspielen. Populisten leben in Demokratien, reden aber oft, als lebten sie in einer Diktatur. Sie nennen Medien „Feinde des Volkes“ oder „Systempresse“. Andere Parteien bezeichnen sie gerne als „Parteienkartell“ oder „Altparteien“. Sie wollen im Land „aufräumen“, politische Gegner „jagen“ oder „im Ausland entsorgen“.

Jan Ludwig (2024, S. 173ff)

In der Geschichte der Republik kam es jedenfalls immer wieder vor, dass eine gewählte Regierung sich gegen die Stimmung im Volk stellt. Konrad Adenauer hat Deutschland in die NATO geführt, obwohl im Jahr 1950 noch 81,5 Prozent der Westdeutschen gegen den Beitritt waren. Für die Entspannungspolitik von Willy Brandt gab es keine Mehrheit in der Bevölkerung, für die Nachrüstung unter Helmut Schmidt nicht und für die Einführung des Euro auch nicht. Doch all dies – Westbindung, Entspannungspolitik, Euro – gehört heute zum Selbstverständnis des Landes. Und auch die Sozialreformen der Agenda 2010 waren in weiten Teilen der Bevölkerung extrem unpopulär, der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) hat sie trotzdem durchgesetzt. Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihrer jetzigen Verfasstheit auch ein Elitenprojekt. Das Volk irrt sich also manchmal, und wenn es nicht so wäre, bräuchte man keine Politiker. Dann würden ein paar Beamte reichen, die die neusten Umfragedaten in Gesetze fassen.

Aus izpb 361 (a.a.O., S. 41)

In diesem Sinne scheint es bezeichnend, dass die Formel „Wir sind das Volk“ nicht nur 1989 gerufen wurde, sondern auch 2015 während der aggressiven Aufmärsche der PEGIDA-Bewegung (kurz für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in Dresden. Der Ausruf nahm hier die Form einer Drohung an.

Aus izpb 361 (a.a.O., S. 14)

Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wir ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und zwar nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.

Markus Frohnmaier, MdB der AfD bei einer Demo in Erfurt 2015

- ➡ Ganz ähnlich teilen Populists und Verschwörungsgläubige die Welt in ein einfaches „oben“ und „unten“. Dabei analysieren sie nicht die tatsächlich vorhandenen Privilegien und Hierarchien, sondern bilden in krasser Reduzierung gesellschaftlicher Komplexität nur noch zwei Schubladen: Die Bösen, die ihre Macht missbrauchen und andere hinter das Licht führen, sowie die Anderen, die ohnmächtige Opfer der Verhältnisse sind. Damit negieren sie sowohl ihre eigene Verstricktheit in die Abläufe und Ungerechtigkeiten der Welt als auch die Systemzwänge, die die oberen, begrenzt durchlässigen Schichten zu ihrem rücksichtslosen Handeln antreiben.

Der „demos“ ist also etwas völlig anderes als die Menge der Menschen. Das „Volk“ ist auch nicht die Mehrheit, wie es die demokratische Propaganda suggeriert. Ganz im Gegenteil: „Volk“ ist die lauteste Stimme unter den Privilegierten, beschreibt eher die gefühlte „Stimmung“ – und die wird eben vor allem von den Deutungseliten gemacht. So können demokratische Regierungen gegen die Meinung der Mehrheit agieren. Letztere wird, mit vielen Unsicherheiten und über vereinfachte Fragestellungen, in Umfragen ermittelt – aber die dort erfassten Meinungen sind wiederum stark vom Diskurs, einem Begriff für die als allgemein wahrgenommene Stimmung, beeinflusst.

Das lässt sich zuspitzen, wenn etwa die selbsternannten Sprachrohre von Teilmen- gen der Bevölkerung den von ihnen populistisch aufgeheizten Menschenmassen suggerieren, dass nur diese – und nicht andere – „das“ (eigentliche) Volk seien. Regelmäßig geschieht das in rechten Ideologien zugeneigten Demonstrationen gegen „die da oben“ und in nationalen Befreiungskämpfen. Allerdings wurden solche Slogans auch in sozialistischen Kundgebungen zwecks Abgrenzung gegen andere Klassen genutzt, die als „Volksfeinde“ nicht zum Volk gehörten.

Noch weiter lässt sich das Konstrukt über seine Mehrzahl steigern: Völker. Weltweit existieren dann Völkerbünde, Völkerrecht und sogar „alternative Völkergemeinschaften“, die sich gegen die hegemonialen Völkergemeinschaften stellen. Horst-Eberhard Richter kreierte eine solche als „Gemeinschaft der Volksmehrheiten, [...] die gegen den Irak-Krieg standen“. Er sah darin „ein riesiges Potenzial bereit, das darauf wartet, in die offizielle Politik aus einem Bewusstsein heraus einwirken zu können“ und attestierte ihnen ein „Bewusstsein eigener moralischer Überlegenheit“ und „ein höheres und reiferes Verantwortungsgefühl“. ³⁹

Die Masse der Menschen kann unterschiedlich organisiert sein. Herrschaft setzt auf Einheitlichkeit und transzendierte Einheit. Herrschaftsfreiheit fördert Vielfalt und Kooperation der Unterschiedlichen.

These C.8 im Büchlein „Herrschaft“ (2013, Seitenhieb in Reiskirchen)

Wir haben das Gefühl, die Freiheit der Meinungsäußerung sei der letzte Schritt auf dem Siegesmarsch zur Freiheit. Dabei vergessen wir, dass die freie Meinungsäußerung zwar einen wichtigen Sieg im Kampf gegen alte Zwänge darstellt, dass der moderne Mensch sich aber in einer Lage befindet, wo vieles, was „er“ denkt oder sagt, genau dasselbe ist, was auch alle anderen denken oder sagen; dass er sich nicht die Fähigkeit erworben hat, auf originelle Weise (das heißt selbständig) zu denken – was allein seinem Anspruch einen Sinn gibt, dass niemand das Recht hat, ihm die Äußerung seiner Meinung zu verbieten. Außerdem sind wir stolz darauf, dass sich der Mensch in bezug auf seine Lebensführung nicht mehr von äußeren Autoritäten sagen zu lassen braucht, was er zu tun und zu lassen hat. Wir übersehen, welch große Rolle die anonymen Autoritäten wie die öffentliche Meinung und der „gesunde Menschenverstand“ spielen, die eine solche Macht über uns haben, weil wir so durchaus bereit sind, uns den Erwartungen entsprechend zu verhalten, die die anderen an uns stellen, und weil wir eine so tiefsitzende Angst davor haben, uns von ihnen zu unterscheiden. Mit anderen Worten: Wir sind von der Zunahme unserer Freiheit von Mächten außerhalb unserer selbst begeistert und sind blind für die inneren Zwänge und Ängste, die die Bedeutung der Siege, welche die Freiheit gegen ihre traditionellen Feinde gewonnen hat, zu unterminieren drohen. Daher neigen wir zu der Meinung, es gehe bei dem Problem der Freiheit ausschließlich darum, noch mehr von jener Freiheit zu erwerben, die wir bereits im Verlauf der neueren Geschichte gewonnen haben, und wir hätten weiter nichts zu tun, als die Freiheit gegen all jene Mächte zu verteidigen, welche uns diese Art der Freiheit versagen wollen.

Erich Fromm (1990): „Die Furcht vor der Freiheit“, dtv in München (S. 81)

Menschen in Massen

Der Mensch, verdammt zur Einheit, seiner Eigenarten beraubt, die Vielfalt und Unterschiedlichkeiten plattgemacht – das ist der „demos“ der Demokratie. Das Volk im Staat, existent nur in Form seiner Sprechis, die ihre Eigeninteressen als Stimme des „Volkes“ verschleiern. Dass die Menschen in ihrem Alltag eigene Wege gehen und eigene Entscheidungen treffen (wenn auch ständig beeinflusst durch die herrschenden Diskurse, Werbung usw.), stört dabei nicht. Die Gesamtheit aus der Vielfalt entsteht nicht dadurch, dass die Menschen sich tatsächlich gleichförmig verhalten, sondern dass sie als Gesamtheit und Einheit dargestellt werden.

Diese Vereinheitlichung der Unterschiedlichen wird aber nicht nur durch diejenigen gemacht, die im Namen des Gesamten sprechen und es dadurch herstellen, handlungsfähig machen und mit Inhalt füllen. Es ist auch ein Prozess von Innen heraus. Handeln in der Masse macht etwas mit den Menschen, beraubt sie tatsächlich ihrer Eigenartigkeit. Sie verlieren diese in den Phasen, in denen sie sich als Masse bewegen. Sie fügen sich den Einheitsmustern, halluzinieren sie als eigene Meinung. Einmal akzeptiert, tragen sie diese dann auch in ihr sonstiges Leben hinein. So sind Rechtsruck, Rassismus, Kriegstaumel und vieles mehr zu erklären.

Für die meisten Menschen reicht es, Teil einer Gruppe von Menschen zu sein, die sich an irgendeinem Punkt als Einheit sieht, sei sie das gemeinsame Anhängen an einen Fußballclub, eine Partei oder eine Rockband oder das Zugehörigkeitsgefühl zur gleichen Nation, Dorf, Hausgemeinschaft oder Verein. Es reicht sogar die rein gedankliche Verbindung mit Menschen über Chats, Facebook oder als komplett abstrakte Masse der anonym Abstimmenden oder Wählenden. In solchen strukturlosen Menschenmengen „versinkt das Ungleichartige ... im Gleichartigen, und die unbewussten Eigenschaften überwiegen“ schrieb Gustave Le Bon schon 1895 in seinem Klassiker „Psychologie der Massen“. Ganz ähnlich drückte es Jahrzehnte später Dirk Helbing von der ETH Zürich aus, als er das Ergebnis einer Untersuchung zusammenfasste: „Wenn alle anderen das Gleiche machen wie man selbst, glaubt man, auf dem richtigen Dampfer zu sein.“⁴⁰

Der Verlust eigenständigen Denkens innerhalb von Gruppen kann schon ab wenigen Beteiligten beobachtet werden, wenn sich Fanclubs, Cliques, Vorstände oder Plena gegenüber anderen abgrenzen und zu behaupten versuchen. Kritik wird nicht mehr als wertvoller Gedankenanstoß oder Hilfe zur Reflexion bewertet, sondern als Störung oder gar als Angriff auf die Integrität der Gruppe.

Das hat viele Folgen mit unterschiedlichen, im schlimmsten Fall sehr weitgehenden Wirkungen. Recht harmlos wäre, für sich genommen, noch das Versiegen der inneren Kritikfähigkeit. Die Gruppe schmort im eigenen Saft, verbale und sonstige Beiträge dienen der Selbstbestätigung. Kreativität und eigenständiges Denken

Nie haben die Massen nach Wahrheit gedürstet. Von den Tatsachen, die ihnen mißfallen, wenden sie sich ab und ziehen es vor, den Irrtum zu vergöttern, wenn er sie zu verführen vermag. Wer sie zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr, wer sie aufzuklären sucht, stets ihr Opfer.

Die gleiche Übertreibung der Gefühle verlangt die Masse von ihren Helden. Ihre Eigenschaften und hervorragenden Tugenden müssen stets vergrößert werden.

Die Menge wird sich immer denen zuwenden, die ihr von absoluten Wahrheiten erzählen, und wird die anderen verachten.

Das Wiederholte befestigt sich so sehr in den Köpfen, daß es schließlich als eine bewiesene Wahrheit angenommen wird.

Die Massen urteilen gar nicht oder falsch. Die Urteile, die die Massen annehmen, sind nur aufgedrängte, niemals geprüfte Urteile.

Zitate von Le Bon auf <https://gutezitate.com/autor/gustave-le-bon>

Ich habe Freunde und Vertrauen im Allgemeinen. Aber die Menschheit als Ganzes – Nein, sie ist ein Tier, ein grausames Tier.

Irene Weiss, Auschwitz-Überlebende (in Terra X,
<https://youtu.be/MzuINEWS2sk>)

Le Bon stellt vor allem dar, wie politische Meinungen, Ideologien und Glaubenslehren bei den Massen Eingang und Verbreitung finden, wie man Massen beeinflussen kann, wie die dazu notwendigen Führerschaften entstehen, welche Eigenschaften einzelne Führungsfiguren haben müssen, um Gehorsam zu erzeugen, wie sie wirken und untergehen – und wo die Grenze der Massensuggestibilität liegt. Immer wieder betont er den geringen Einfluss von Vernunft, Unterricht und Erziehung sowie die Anfälligkeit der Massen für Schlagworte und geschickte Täuschungen: Je dreister die Lüge, die man den Massen suggeriert, desto wahrscheinlicher wird sie geglaubt und massenhaft übernommen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Psychologie_der_Massen

außerhalb des Gruppenkonsenses verschwinden. Wissenschaftler der Psychologie und nahestehender Zweige haben in zahlreichen Experimenten nachgewiesen, wie stark ein solcher Gruppendruck wirken kann – bis dahin, dass die Probanden ihre eigene Meinung ins Gegenteil verkehrten und offensichtlich Falsches äußerten, nur um im Mainstream der Anderen zu bleiben. So konnte der Psychologe Solomon Asch in einem 1951 durchgeführten „Konformitätsexperiment“ bis zu zwei Drittel der Beteiligten dazu bringen, sich einer Mehrheitsmeinung über die Länge von Linien anzuschließen, obwohl ihre Entscheidungen sichtlich falsch waren.⁴¹ Je größer die Gruppe war, desto mehr Konformität entstand. Zum Glück ging es in seinem Experiment nur um die Einschätzung der Länge von Linien. Andere Versuche wie das im Spielfilm „Das Experiment“⁴² dann (hinsichtlich des Endes leider übertrieben) nachgestellte Stanford-Prison-Experiment⁴³ zeigten, dass sich Menschen in Masse auch schnell zu Gewalthandlungen und extremen Übergriffen verleiten lassen. Dass sich aus solchen Experimenten auf das generelle Verhalten von Menschen schließen lässt, beweisen Vorgänge in Politik und Alltag ständig. Nachbarschaftskriege, Prügeleien zwischen Fans verschiedener Clubs oder Anhänger unterschiedlicher Ideologien basieren ebenso auf dem Gegensatz von „wir“ und „die“ wie – Achtung! Monströser Sprung! – bei entsprechender Aufpeitschung die Jubelstürme für beginnende Kriege, die Akzeptanz Hunderter oder Tausender Toter für die eigene Sache oder sogar das Mitmachen bei der millionenfachen Vernichtung nicht mehr erwünschter Mitmenschen, denen das Menschsein vorab kollektiv abgesprochen wurde und wird. Dass die politische Aufarbeitung solcher Entwicklungen zukünftige Prozesse ähnlicher Art nicht verhindern kann, liegt in der Natur der Massenpsychologie. Denn das Ende des eigenständigen und reflektierten Denkens in der Masse verhindert ja gerade die kritische Analyse, zu der ein Blick auf die Geschichte hinzugehören würde.

Der Versuch, die Bildung des kollektiven Willens in Massen mit Vernunft oder Logik vorherzusagen oder gar zu beeinflussen, scheitert. Was eine Welle auslöst und welcher Impuls zur Gesamtmeinung wird, ist schwer vorhersagbar. Gemeinsam ist allem Gemeinwillen eine stark unterkomplexe Sichtweise. Nur das Einfache hat eine Chance, zur Gesamtmeinung einer Masse Menschen zu werden. Da bejubeln die Anhänger einer Vereins-Fußballmannschaft ihren Superstar, der für viel Geld aus dem Ausland hinzugekauft wurde. Nehmen wir den bislang teuersten Zukauf als Beispiel: Harry Kane vom FC Bayern München.⁴⁴ Einige Wochen später spielt Kane mit der englischen Nationalmannschaft, gegen Deutschland. Nun jubeln dieselben Fans, wenn Harry Kane von einem deutschen Abwehrspieler gestoppt wird – und nicht mehr, wenn er mal wieder einen Elfmeter souverän versenkt.

In der Masse handeln wir oft gedankenlos – wir brüllen Beleidigungen, zerstören fremdes Eigentum, werfen Steine und bedrohen andere Menschen. Das liegt unter anderem an einem Phänomen, das Psychologen als „Deindividuation“ bezeichnen: Je stärker wir uns mit der Gruppe identifizieren, umso mehr büßen wir unsere Selbstwahrnehmung und das Gefühl für das eigene Handeln ein. In solchen Situationen tun wir Dinge, die uns allein nicht einmal in den Sinn kämen. Wir rotten uns zu einem Mob zusammen, schalten unser Denken aus, verlieren unseren moralischen Kompass und greifen zu Schwarz-weißmustern, die Gemeinsamkeiten mit dem vermeintlichen Feind nicht zulassen.

Aus Nicholas A. Christakis (2019): „Blueprint“ (S. 12)

Der einzelne Mensch selbst hat das Gefühl, daß er in der Masse die Grenzen seiner Person überschreitet. Er fühlt sich erleichtert, da alle Distanzen aufgehoben sind, die ihn auf sich selbst zurückwarfen und in sich verschlossen. Mit dem Abheben der Distanzlasten fühlt er sich frei, und seine Freiheit ist die Überschreitung dieser Grenzen.

Elias Canetti (1980), „Masse und Macht“
Fischer in Frankfurt

Je mehr die Nation Masse wird, um so nötiger sind ihr Eliten.

Ernst Robert Curtius (<https://eden.one/613-ernst-robert-curtius-und-die-freischwebende-intelligenz>)

Erklären lässt sich das alles nur psychologisch. Das Nachdenken weicht der Sehnsucht zu gegenseitiger Bestätigung. Niemand will die Entsolidarisierung im eigenen Zusammenhang riskieren. Die dominante, sich in emotionalisierenden Augenblicken schnell weiter aufschaukelnde Einheitsmeinung im direkten sozialen Umfeld verleitet dazu, deren Positionen zu übernehmen. Sigmund Freud sprach von einem „Verlust der individuellen Eigenart“ in der Masse bzw. Gruppe. Da wird dann schnell überspitzter und selbstsicherer formuliert als in Situationen, wenn mensch allein in einen Gedankenaustausch mit anderen tritt. So entstehen dann die bekannten Situationen, in denen Nazihorden, Fußballfans, vermummte Autonome, Dorfmob oder Konzertpublikum durchdrehen und „wie von Sinnen“ (was sie ja tatsächlich sind) kollektive Handlungen durchführen, die von keiner rationalen Erkenntnis der eigenen Lage, keinem gemeinsamen Diskussionsprozess oder einer strategischen Planung angetrieben werden. Sie stehen als Beispiele für das verbreitete und spätestens seit 1895, als Le Bon sein Buch verfasste, bekannte Phänomen, dass Menschen in Massen ihre Vielfalt und Binnendifferenzierung verlieren.

„Sobald man sich der Masse einmal überlassen hat“, schreibt Elias Canetti in „Masse und Macht“, würde mensch darin als Individuum untergehen. „In ihrem idealen Falle sind sich alle gleich. Keine Verschiedenheit zählt.“ Die Masse wird zu einem einzigen Organismus, in dem „alles plötzlich wie innerhalb eines Körpers vor sich“ gehe.⁴⁵

Besonders polemisch formulierte es Peter Furth. Er sieht in der strukturlosen Masse, wie sie der Demokratie zugrunde liegt, eine „Karikatur des kommunistischen Ideals der klassenlosen Gesellschaft“.⁴⁶ Mit dieser Polemik wird nicht nur allgemein die Gefährlichkeit von Menschen in Masse kritisiert, sondern auch der Kollektivbegriff der Klasse dieser Kritik unterzogen – völlig zu Recht, wie unten weiter verdeutlicht wird.

Die spannende Frage lautet nun: Entstehen solche Masseneffekte zwangsweise in größeren Menschenmengen, und müsste deshalb alle Hoffnung schwinden, dass acht Milliarden Menschen irgendwann zu einem reflektierten Handeln (zurück-) finden? Zum Glück lautet die Antwort: Nein. Es gibt Hoffnung, jedenfalls theoretisch. Denn nicht jede Menschenansammlung ist einfach nur Masse. Es kommt auf die Binnenstruktur an. Fehlt jegliche Binnendifferenzierung, ist also nur noch das Ganze als Gesamtheit existent, dann gehen Individualität, Abwägungs- und Reflexionsvermögen der Einzelnen schnell verloren. Die Einzelnen folgen den Impulsen, die auf sie hereinprasseln. Sie entwickeln kollektive Freude, Euphorie, Hass, Wut, Mut oder Angst. Sie bilden nicht mehr eine Masse, sie sind Masse – und viele lieben genau das. Im Buch „Die Welle“ gehört zu den stärksten Momenten, als die in der Masse Untergehenden „behaupteten, ihnen gefiele das Demokratische an dieser ‚Idee‘: die Tatsache, daß sie jetzt alle gleich seien.“

Ich glaube, dass der Mensch sich das Erlebnis des ganzen universalen Menschen nur vergegenwärtigen kann, wenn er seine Individualität verwirklicht, und dass er es niemals erreichen wird, wenn er sich auf einen abstrakten gemeinsamen Nenner zu reduzieren sucht.

Aus Erich Fromm „Credo eines Humanisten, 14. Absatz
(<https://fromm-online.org/leben/credo-eines-humanisten>)

Im Grundlagenwerk zur Herrschaftsfreiheit, dem Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ werden drei Typen von Menschenmengen beschrieben, die sich aus Ansammlungen ergeben können.

1. Die homogene Masse, in der die Eigenarten und Vielfalt untergehen. Eine solche Menschenmenge weist keine Binnendifferenzierung auf, agiert als Ganzes und (zumindest dem äußeren Eindruck nach) mit einer einheitlichen Position. Die Menschen richten sich nach den äußeren Bedingungen, tatsächlichen bzw. vermeintlichen Vorgaben oder am Verhalten der Personen um sie herum aus (Schwarm).

2. Die hierarchisch sortierte Masse, in der die Führung eigenständig denkt und entscheidet, während der größere Teil aus Mitläufern besteht, die unterworfen oder in diese Rolle gedrängt werden, sich vielfach aber auch selbst hin diese hineinbegeben, weil sie sich nach (Fremd-)Orientierung sehnen.

3. Eine Ansammlung, die bewusst darauf achtet, innere vielfältige Strukturen zu erhalten, Meinungsabweichungen und Streitkultur zu pflegen. Kommunikation zwischen den Einzelnen unter Wahrung

des eigenständigen Denkens prägt das Geschehen. Statt einheitlichem Handeln kooperieren die Beteiligten bewusst und jeweils in der Runde derer, die sich im Einzelfall dafür entscheiden. Das Gesamte spielt keine eigenständige Rolle.

Hinzuzufügen ist, dass der Schwarm verdeckt gesteuert werden kann, also doch eine Binnenstruktur oder Hierarchie aufweist, diese aber von dem Menschen in der Masse nicht wahrnehmbar ist (siehe Abschnitt zu „Schwarm und verdeckte Führung“).

<https://menschen-in-massen.siehe.website>
Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“
(2011, SeitenHieb in Reiskirchen)



Zum Glück lassen sich Menschenmengen, auch große, anders organisieren – nämlich so, dass die Individualität der Einzelnen erhalten bleibt und die Kommunikation diesem Erhalt und der Weiterentwicklung aller unterschiedlichen Ideen, dem Austausch unterschiedlicher Positionen, dem produktiven Streiten und/oder dem Verstehen auch abweichender Auffassungen dient. Die Menschen begegnen sich in einer Art und Weise, dass ihre Eigenarten im Austausch mit anderen gestärkt werden. Sie entfalten ihre Persönlichkeit und ihre Möglichkeiten in der Begegnung mit anderen. Das klappt, wenn diese Begegnungen das Nachdenken anregen und die kritische Reflexion eigener Handlungen und Denkmuster fördern. Das lässt sich experimentell belegen. Len Fisher berichtet von Experimenten, nach denen Menschen Schätzübungen durchführten. Am besten lag stets ein Durchschnittswert aus den abgegebenen Zahlen – doch nicht jeder. Denn „das Entscheidende ist, dass die Schätzungen unabhängig voneinander erfolgen. Ist dies nicht der Fall, schlägt die Weisheit rasch in Dummheit um.“⁴⁷ Der einzelne Mensch schneidet also schlechter ab als die vielen, aber nur solange diese nicht zu einer einheitlichen Masse verschmelzen. Die Kooperation der Unterschiedlichen ist das Beste, was die Menschen als soziale Gemeinschaft schaffen können.

Nach Le Bon hat sich ein Individuum, das Teil einer handelnden Masse ist, bereits selbst aufgegeben; des eigenen Tuns nicht länger bewusst, ist es ein willenloser Automat geworden. Freud ging noch weiter. Er bemerkte, Le Bon zufolge sei die Masse „außerordentlich beeinflussbar und leichtgläubig, sie ist kritiklos, das Unwahrscheinliche existiert für sie nicht. [...] Die Masse kennt also weder Zweifel noch Ungewißheit.“ Sie stelle sich „instinktiv unter die Autorität eines Oberhauptes [...]. Die Masse ist eine folgsame Herde, die nie ohne Herrn zu leben vermag. Sie hat einen solchen Durst zu gehorchen, daß sie sich jedem, der sich zu ihrem Herrn ernannt, instinktiv unterordnet.“ Der Führer ist nach Le Bon sowohl für flüchtige wie für künstliche, stabile – beispielsweise religiöse – Massen eine notwendige, unverzichtbare Figur. Freud zufolge verkörpert er das „Massenideal“, das an die Stelle des »Ichideals« trete; durch ihn unterwerfe sich das Individuum diesem Massenideal, passe sich ihm an. So sieht Freud die »Haupterscheinung der Massenpsychologie« in der „Unfreiheit des Einzelnen in der Masse“. Im Anschluss an Le Bon, demzufolge „der Sozialismus eine vergängliche Religion darstellt“, meinte Freud, es könne »eine andere Massenbindung an die Stelle der religiösen« treten, »wie es jetzt der sozialistischen zu gelingen scheint«. Diese Ähnlichkeit zwischen der Unterwerfung unter die Religion und unter den Sozialismus der Führer war Bakunin nicht entgangen. Auch Sorel widmete dem „religiösen Charakter des Sozialismus“ 1906 einen eigenen Essay.

Aus Charles Reeve (2019), „Der wilde Sozialismus“ (S. 46f)

Was fördert die Vermassung?

22 Menschen treten gegen eine kleine Lederkugel, 80.000 im Stadion und Millionen an Smartphones und Bildschirmen fiebern mit, krakeelen, fluchen und jubeln. Drei oder vier greifen in die Klampfe, hauen in die Tasten oder auf die Pauke, mit ähnlichem Effekt. Ein einzelner Mensch mit Drei-Wörter-Schild sitzt vor einem Parlament – und kurz danach treten Millionen in den Schulstreik. Apple bringt ein neues iPhone auf den Markt oder Nike ein neues Schuhmodell – und schon einen Tag vorher bilden sich Schlangen voller Menschen mit Zelten und Schlafsäcken vor den Eingängen der Läden.

Qualitativ haben diese Ereignisse nichts miteinander zu tun, sehr wohl aber ist ihnen gemeinsam, dass hier etwas geschieht, was sich einer rationalen Reflexion entzogen hat. Nur wenige, wenn überhaupt, haben strategisch gehandelt, haben sich einzeln oder in kleinen Runden organisiert und planvoll etwas in Gang geschoben. Ansonsten war es eine selbstverstärkende Dynamik – eine Welle. Wie dieses Vorbild im Roman „Die Welle“ von Morton Rhue⁴⁸ gibt es im Verlauf der genannten und vieler anderer Prozesse keine Personen mehr, die den Verlauf vollständig dirigieren oder gezielt stoppen können. Oft fehlen sogar klar lokalisierbare Ursprünge. Die Welle entsteht im unbeobachteten Sektor und erlebt dann eine sich selbst verstärkende Vergrößerung, getragen von sie initiiierenden, im weiteren Verlauf zusätzlich entstehenden Denkkulturen, einem Diskurs, einer gedanklichen Stimmung. Die Welle rollt aus sich selbst. Nach einiger Zeit sind alle nur noch Getriebene – egal wie mächtig sie ansonsten wirken oder sind. Niemensch steuert mehr das Ganze. Mitunter gibt es Personen oder Institutionen, die die Aspekte der Welle für sich nutzen oder passend umzuformen suchen. Auch gibt es Fälle, in welchen Einzelne gezielt Prozesse verstärken und so aus bestehenden Stimmungen die Welle lostreten. Für den beispiellosen, mörderischen Hass auf Juden ließen sich Konstantin der Große, Luther oder Hitler nennen. Ihre Schriften und Reden hätten aber ohne die massenpsychologische Wirkung wenig Chancen gehabt. Insbesondere die NSDAP-Propaganda baute darauf auf. Sie stellen Menschen regelmäßig in größere Gruppen mit einheitlicher Kleidung, einheitlicher Steh- oder Sitzordnung, Massenritualen usw., um sie dann in dieser Situation mit ihrer Ideologie zu erreichen⁴⁹ – also genau so wie im Experiment „The Third Wave“,⁵⁰ welches Rhues Roman zugrunde liegt. „Wollt ihr den totalen Krieg“ hätte als durchschaubare Ankündigung von Tod und Elend in kleinen reflektierten Gruppen keine Chance gehabt. So aber brach Jubel aus in einer Masse, die das Denkvermögen der Einzelnen auf das Niveau des biologischen Systems Schwarm herabschraubte: Jeder Einzelne ist nur noch Rädchen im System, reagiert stumpf und willig auf Impulse statt welche zu setzen.

Waren anfangs die Medien in ihrer Reichweite beschränkt, so sind sie nun durch die elektronische Revolution raumunabhängig; aus der Kommunikation wurde tendenziell eine exzessive Telekommunikation. Erst im Hinblick auf diesen Augenblick hatte die Massendemokratie eine Chance, sich durchzusetzen. Zwar waren die Massen, seitdem sie als historischer Faktor auftraten, der Gegenstand des öffentlichen Interesses, sei es, daß sie der Gegenstand medialer Beobachtung waren, sei es, daß sie ihre Darstellung in eigene Regie nahmen. Aber daß sie als Massendemokratie auftreten können, verdankt sich der Tatsache, daß die Kommunikationsindustrie Produkte hervorgebracht hat, die alle und jeden erreichen und in ihren Bann schlagen, eben Massenmedien. Ohne sie gäbe es keine Massendemokratie.

Peter Furth (2015, S. 107)

Anschließend sprach Hitler nach Ausführungen über die „deutsche Revolution“ von der „Mission“ der Presse, die „nicht Zweck an sich“ sei. Ihre Aufgaben seien u. a.: „Wiederherstellung einer einheitlichen Geistes- und Willensbildung der Nation“.

Aus Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte Nr. 2/1958 (S. 178)

Nachdem außer den Druckmedien auch die Funkmedien zum großen Teil in private Hände gefallen sind, wer soll da noch ein Interesse haben, das Volk über Zusammenhänge zu unterrichten, wenn das nicht im Interesse der Wenigen ist?

Friedrich Neunhöffer in: Dagmar Everding u.a. (1999, S. 163ff)

So einiges, was aktuell passiert, lässt sich nur auf diese Art, also massenpsychologisch erklären. Zwar gibt es Trigger und Quellen, aus denen das kommt, was die massenpsychologischen Effekte füttert, was Einheitsdenken und unreflektiertes Zusammengehörigkeitsgefühl befeuert, aber der entscheidende Prozess ist die „Welle“ der sich angleichenden Meinungen und Gut-Böse-Schemata selbst. Peter Furth nutzt den Begriff der Massendemokratie. Mit ihm will er andeuten, dass der „demos“ in jeder Demokratie die Form einer differenzlosen Masse annehmen kann – und das bisher in der Regel auch geschah, aktuell besonders deutlich.

Medien und Massendemokratie

Gustave Le Bon veröffentlichte sein bahnbrechendes Werk „Psychologie der Massen“ im Jahr 1895 – elf Jahre, bevor erstmals die Übertragung von Musik und Sprache per Radiowellen gelang und damit das Radio als erstes Kommunikationsgerät das Licht der Welt erblickte, welches es – zumindest theoretisch – möglich machte, die gesamte Bevölkerung oder große Teile davon zeitgleich zu erreichen. Le Bons Beschreibungen fußten also nur auf der Beobachtung von in direkter Kommunikation stehender Menschenansammlungen oder von Wirkungen in Folge der (im Vergleich mit dem heutigen Internet langsamen) Verbreitung von Informationen und Denkmustern per Zeitung oder Mund-zu-Mund-Propaganda. Es ist bemerkenswert, wie klar Le Bon und andere, oft durch Le Bon inspirierte Autoris und Wissenschaftlis die Dynamiken von Menschen in Massen beschreiben konnten, die heute, in der Welt der alle beeinflussenden Massenmedien, noch eine ganz andere Dimension erreichen. Radio, dann Fernsehen und heute das Internet können massenpsychologische Wirkungen permanent und sehr schnell erreichen. Vor allem aber haben sie eine erhebliche Tiefe bis in den letzten Winkel der Welt, hin zu den „einfachen“ Menschen, die in den Jahrhunderten davor durch die aufkommende Druck- und Zeitungsindustrie oft nicht oder nur selten bzw. zeitverzögert erreicht wurden. Bis es allerdings soweit war, vergingen weitere Jahrzehnte. 1926 startete in Nordamerika der erste landesweit ausstrahlende Radiosender.⁵¹

Der weitere Verlauf ist zu großen Teilen bekannt, schmerzlich bekannt. Der Nationalsozialismus baute den Rundfunk zu einem zentralen Instrument ideologischer Beeinflussung auf. Zusammen mit den einheitsbildenden Aufmärschen, Jugendverbänden, Reichsparteitagen und Volksfesten, gepaart mit zunehmender Hetze gegen alle, die nicht dazugehören sollten, entstand ein „Volk“, welches die übelsten Verbrechen akzeptierte oder euphorisch unterstützte. Dass eine derartige Gleichschaltung innerhalb weniger Jahre gelang, ist umso erschreckender, als heute wesentlich wirkungsvollere Beeinflussungsmöglichkeiten bestehen. So wird der Verlust eigenständigen Denkens durch die Schnelligkeit vor allem des Internets und der darin verbreiteten Nachrichten verstärkt: „Durch die exponential

Es ist zu befürchten, dass zukünftige Generationen sich nicht mehr abstützen können auf umfassende Aufmerksamkeitsspanne und Reflexionsfähigkeit, um einer chronologischen, weit verzweigten Geschichte zu folgen. Somit wird die Menschheit verharren im Hier und Jetzt. Menschen ohne einen Begriff von Vergangenheit und Zukunft werden ihre Zeit verbraten im zwielichtigen Elysium von eingebildeter und tatsächlicher Wirklichkeit. Das Fehlen einer ausreichenden Aufmerksamkeitsspanne wird es somit den Menschen unmöglich machen, eine Erörterung auszuarbeiten, einer weitreichenden Folge von Ereignissen oder Prämissen nachzugehen, so dass sie irgendeinen Sachverhalt in Beziehung setzen können mit anderen Orten, Personen, Objekten oder Ereignissen. Vor allem wird ihnen die Motivation dazu abgehen. Weshalb sollten sie sich schon bemühen, eine Beziehung zwischen willkürlichen Bruchteilen von Informationen zu erschließen? Sie haben ohnehin nur Zugang zu den vorgefertigten Schlussfolgerungen als die einzig gültigen, da sie bildschirmabhängig sind. Der Platz des Individuums in der Gesellschaft wird nicht mehr definiert sein wie in früheren Epochen. Dies nicht nur auf Grund des Umstands, dass die Gesellschaft nicht mehr unterteilt ist in Familien, soziale Gruppierungen und Generationen, sondern weil die Menschen als solche nicht mehr klar definierte Individuen sind. Im späteren 21. Jahrhundert werden Wissen und Verständnis der Menschen ersetzt sein durch unreflektierte Erlebnisse. Während wirkliches Verstehen nach heutigem Begriff bedeutet: ein Ding zu erkennen mit Hilfe einer anderen Entität, wird in Zukunft nichts mehr reflektiert und erkannt. Menschen werden stattdessen in einem Nebel von überbordenden Gefühlen dahin dämmern.

entmündigte DEMOKRATIE

**Staat
folgt
Markt.**

BESTANDSAUFNAHME

BEN STENZ

bestand

Ben Stenz (o.J.): „entmündigte Demokratie“, epubli in Berlin (S. 38f)

Das kleine Büchlein mit dem Untertitel „Staat folgt Markt“ soll eine Bestandsaufnahme der aktuellen gesellschaftlichen Situation sein.

Diese wird in mehreren Kapiteln dargestellt, enthält viele richtige Gedanken, die aber so auch seit Jahren in den Medien diskutiert und dargestellt werden. Analytisch und perspektivisch bietet das Buch wenig Neues, wirkt eher wie ein persönliches Notizbuch des Autors zu Fragen der Zeit.



Das Internet, potenziell ein Katalysator für geistige Autonomie und freie Meinungsbildung, hat sich mittlerweile zu einem Kontrollorgan entwickelt, das die Möglichkeiten früherer Formen geistiger Überwachung weit übertrifft. Dies gilt zunächst für die Filterung sozialer Medien nach Stichworten, die auf oppositionelles Denken und Handeln hindeuten.

Dieter Hoffmann (2024): „Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus“ (S. 92)

ansteigende Masse an Informationen entsteht ein Bewußtsein, für das das Verhältnis zur Welt und zur Wirklichkeit ungewiß, fiktional und vieldeutig wird.“⁵² Überforderung tritt ein – und koppelt zurück. In der Unfähigkeit, sich in der Nachrichtenschwemme zurückzufinden, vertrauen die Menschen genau der Quelle der Überforderung, nämlich ihren Geräten, die sie permanent mit Informationen überfluten, aber immer schneller auch Auswahlen treffen, Verknüpfungen herstellen und Wertungen abgeben – eine Aufgabe, die vor nicht allzu langer Zeit noch Sache des Menschen selbst war.

Damit ist nun ein Medium entstanden, welches in der Lage ist, binnen kürzester Zeit ein einheitliches Denken zu produzieren, indem es große Teile der Menschen erreicht und diese zu bestimmten Handlungen oder zur Akzeptanz autoritärer Maßnahmen bringt. Bemerkenswert ist dabei der Trend zu Angeboten mit immer weniger Inhalt und Differenzierung. Begann das Internet noch mit reinen Textangeboten, da Bilder und erst recht Filme viel zu datenaufwändig waren, so sind heute reine Bilder- oder Filmangebote die Seiten mit der größten Reichweite. Dazwischen lagen die immer noch recht textlastigen HTML-Webseiten, gefolgt vom Höhenflug des auf kurze Texte spezialisierten Facebook, bis Twitter (heute: X) und andere die Textmenge auf wenige Worte begrenzten. All das fördert einfache Inhalte und simple Welterklärungen. Dass die AfD auf den allerneuesten, weitgehend textfreien Plattformen am erfolgreichsten ist, zeigt die Gefährlichkeit dieser Entwicklung im Internet. Anfangs war es als Durchbruch gefeiert, dass Menschen endlich gleichberechtigt an alle Informationen gelangen könnten. „In dieser Zeit geschah das, was gemeinhin mit der wilden Phase des ursprünglichen Internets assoziiert wird: eine Tauschökonomie für Software und Information, eine graswurzelbasierte Selbstorganisation, sich entwickelnde Communitys und der Hackergeist, der jede Beschränkung des Zugangs und des freien Informationsflusses zu umgehen weiß.“⁵³ Statt echtem Wissens- und Meinungsaustausch mit grenzüberschreitender Kommunikation besteht heute eine „sich von abweichenden Meinungen abschottende Tendenz. Verstärkt wird diese Tendenz durch die sozialen Medien, die es erleichtern, sich in Echoräumen und Meinungsblasen einzugeln und so andere Sichtweisen der Realität von sich fernzuhalten.“⁵⁴ Die Verkürzung von Inhalten hat mit Instagram und TikTok das Niveau reiner Bilderangebote erreicht.

Likes, Follower & Co.

Die Einheitsmeinung bildende Reichweite des dauerberieselnden Internets ist nur die eine Seite dieser Technik. Denn anders als Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen und Bücher bietet das Internet Möglichkeiten der Rückäußerung bzw. des Einstellens eigener Beiträge. So könnte – wären die Beiträge Ausdruck eigener Gedanken oder der kritischen Auseinandersetzung mit den dort aufgefundenen Texten – das

Wir verlassen uns immer stärker auf die Einweisungen und Entscheidungen unserer smarten digitalen Geräte. Sie wirken unmittelbar handlungsleitend auf unseren Alltag ein. In dem Maße, in dem wir aber Entscheidungen, wie wir leben und was wir tun sollen, unseren Gesundheitsarmbändern oder digitalen Assistenten überlassen, treten wir unsere Selbstbestimmtheit an andere – an die Anbieter dieser smarten Geräte – ab. Und deren Ziel ist die globale Konsumentensteuerung.

Yvonne Hofstetter (2016): „Das Ende der Demokratie“,
C. Bertelsmann in München

Was dabei auf den Plattformen immer gut läuft, sind laute, emotionale Inhalte. Videos, die uns berühren. Bilder, die uns wütend machen. Posts, die einfach nur gut unterhalten. Politik ist aber oft leise, langsam und vor allem: kompliziert. Davon profitieren zum Beispiel diejenigen, die gerne maßlos übertreiben, vermeintlich einfache Antworten auf komplizierte Fragen geben und Falschbehauptungen verbreiten.

Jan Ludwig (2024): „Demokratie“ (S. 129)

*Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl,
während des Krieges und nach der Jagd.*

Otto von Bismarck

Es ist allgemein bekannt, daß der ›Schließen‹-Knopf in den meisten Aufzügen ein völlig funktionsloses Placebo ist, um den Individuen den Eindruck zu vermitteln, sie hätten irgendeinen Einfluß auf die Schnelligkeit, mit der der Fahrstuhl arbeitet. Dieser extreme Fall vorgegaukelter Partizipationsmöglichkeiten ist eine passende Metapher für die Einflußmöglichkeiten der Individuen auf unseren ›postmodernen‹ politischen Prozeß.

Slavoj Žizek, zitiert nach: Junge Welt, 8.7.2005 (S. 10)

Internet einen Beitrag zur Kommunikation der Unterschiedlichen leisten. Es bietet kraft dieser Zweirichtungsfähigkeit die Chance, Massen im Sinne der oben beschriebenen dritten Form von Menschenmengen⁵⁵ zu strukturieren und damit die Eigenartigkeit der Einzelnen sogar zu fördern.

Dummerweise dominiert das Gegenteil. Die meisten User bevorzugen Seiten mit kurzen Mitteilungen, noch lieber sind „SharePics“ und Kurzvideos. Längere Videos werden in der Regel nach wenigen Minuten oder sogar Sekunden weggeklickt, längere Texte stehen nur noch auf Seiten, die kaum Beachtung finden. Noch schlimmer sieht es bei den Reaktionen auf vorhandene Beiträge aus. Versuche, User zu differenzierten Meinungen zu bewegen, sind weitgehend verschwunden. Es dominiert die simpelste Form der Bewertung: Gut oder schlecht, Like oder Dislike, Daumen hoch oder runter, Plus oder Minus. Das fördert keine anspruchsvoller Kommunikationskultur. Vielmehr zwingt es die Menschen, völlig unterkomplexe Reaktionen zu zeigen, sich also in oberflächlichen Bewertungen zu üben. Vor allem aber formt es aus den Vielen jetzt auf digitale Art Massen, bei denen das Eigenartige und Unterschiedliche komplett verloren geht. Wo es nur noch Like oder Dislike gibt, bilden sich zwei Massen heraus, die scheinbar gleich ticken, eben dafür oder dagegen. Menschen zetteln Kampagnen an oder organisieren Massenmails, um andere zum Like oder Dislike zu bewegen. Per Anklicken wird mensch Teil einer differenzlosen Masse. Zwischenmenschliche Kommunikation nähert sich ausgerechnet im Internet, welches von der Technik her eigentlich optimal für gleichberechtigten und intensiven Austausch geeignet ist, den Mythen von Gladiatorenkämpfen im alten Rom an. Daumen hoch oder runter.

Das ewige Wählen

Auch wenn die Repräsentantis des „demos“ in „allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ (Art. 3 des Grundgesetzes) bestimmt werden, stellt das Wahlvolk beim Akt des Wählens doch eine Masse ohne Differenz dar. Der Mechanismus ist der gleiche wie bei den Likes und Followers auf Social Media-Kanälen: Die Wählenden werden durch die Einengung der Entscheidungsmöglichkeiten in gleichartige Gruppen geteilt, d.h. es gibt die Anhängis von Partei A, Partei B usw. Eine weitere Differenzierung der Meinungen ist nicht möglich. Entsprechend fallen Wahlpartys wie Fußballspiele aus: Siege werden gefeiert, Niederlagen bejammert. Dazwischen gibt es keine Grau- oder Bunttöne. Angekreuzt werden können nur Parteilisten, deren programmatische Inhalte im Wahlkampf nur selten eine Rolle spielen. Auftritte, mitunter sogar Aussehen oder biografische Daten der Spitzenkandidatis überprägen das Inhaltliche, obwohl diese – zumindest in Deutschland – gar nicht direkt zur Wahl stehen. Ohnehin sind Parteiprogramme unverbindlich, könnten also durch Wahlen gar nicht zur Geltung gebracht werden.

Die wesentlichen Voraussetzungen der Demokratie sind dann erfüllt in einem Land, wenn jeder Staatsbürgerin und jedem Staatsbürger unabhängig von Gesinnung, von Vermögensverhältnissen, von Bildungsstand und von Geschlecht in freien Wahlen das Wahlrecht gegeben ist.

Ben Stenz (o.J., S. 67)

Da die Zivilisten weder fähig noch interessiert sind, ernsthaft in Entscheidungen einzugreifen, kann man sie ruhig abstimmen lassen. Demokratische Wahlen haben, wenn der überwiegende Teil der Abstimmenden Zivilisten sind, den Charakter eines Plebiszits über die Geschäftsführung. Sie werden nicht von Inhalten bestimmt, sondern nur von der Frage, welche Kraft den Zivilisten am glaubhaftesten den Erhalt ihrer Bequemlichkeit verspricht.

Aus Christoph Spehr (1999): „Die Aliens sind unter uns“, Siedler Verlag München (S. 176 f.)

Ohne Wahlen keine Demokratie! So einfach ist das.

Jan Ludwig (2024 , S. 195)

Wählen gehen! Das ist nicht gering zu achten. Auf also, zwei Kreuze machen. Dann müssen wir wieder vier Jahre warten, um ernsthaft Einfluss nehmen zu können auf die Bundespolitik.

Aus einem Rundbrief von Mehr Demokratie am 11.6.2021



Jürgen Mayer (33) aus Frankfurt: „Wer nicht wählt, darf sich auch nicht beschweren. Weil ich aber gerne

Frage: Entscheidend ist also das Gefühl, dass man mit der Stimme etwas bewegen kann? In der Tat.

Aus dem Interview mit Richard Hilmer in der FR, 15.9.2004 (S. 25)

Die Entscheidung, wen wir heiraten, welches Fahrrad wir kaufen oder wo wir arbeiten, überlassen wir aber doch auch nicht anderen. Und das soll ausgerechnet bei einer Wahl anders sein? Gehen von drei Menschen nur zwei zur Wahl, dann entscheiden diese beiden für den dritten mit.

Jan Ludwig (2024 , S. 167)

Somit stärken Wahlen die beschriebenen Masseneffekte, sind also ein Beitrag zur Masse selbst. Denn hier stimmt zwar jede Person einzeln ab, aber innerhalb eines durch die Wahlkämpfe erzeugten Stroms von Meinungen und Manipulationen sowie begrenzt auf eine Auswahl an unverbindlichen Pauschalangeboten.

Diese eher jämmerliche Intensität von Mitbestimmung wird tatsächlich immer wieder zum Wesenskern der Demokratie erklärt. Es ist eine erstaunliche Ehrlichkeit, dass es da nichts Besseres gibt. Wählen oder selbst die Macht ergreifen wollen (sich wählen lassen), scheinen die einzigen Alternativen zu sein. Ein Gericht in Gießen macht sogenannten Klimaklebis im Urteil klar: „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung erlaubt die Mitwirkung der Bürger an der aktuellen Politik durch Wahlen.“⁵⁶ Es war eine vollständige Aufzählung aller Handlungsmöglichkeiten. Mehr fiel auch dem Gericht nicht ein. Ebenso ehrlich meinte Monika Kappus im Kommentar der Frankfurter Rundschau nach der Bundestagswahl von 2005: „Der Wähler hat seine Stimme abgegeben, damit andere für ihn sprechen“.⁵⁷ Das war nicht als Kritik am entmündigenden Wahlsystem gemeint, sondern die Aufforderung an die Parteien, jetzt auch wirklich das Kommando zu übernehmen.

Angesichts dessen, entzieht es sich jeder Nachvollziehbarkeit, wenn in Veröffentlichungen staatlicher Bildungsarbeit die Auffassung vertreten wird, die Demokratie böte „den Menschen die Chance, sich umfassend an Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“.⁵⁸ Genau das tut sie nicht. Der einzige Mechanismus der Mitbestimmung, die Wahlen, ist keine umfassende Teilhabe, wird aber trotzdem als das Beste an der Demokratie herausgestellt, oft sogar als deren entscheidendes oder einziges Merkmal. Etwas Besseres bietet die Demokratie seinem „Volk“ nicht an.

Ebenso absurd ist die in vielen Aufrufen zum Wählen enthaltene Logik, dass nur wer wählt, mitentscheiden kann. So jämmerlich das Wählen ist, so wird krampfhaft dafür geworben: „Wer nicht wählen geht, gibt die letzte Mitbestimmung, die ihm bleibt, auch noch aus der Hand“.⁵⁹ Leider aber ist Wählen gerade nicht das Mitentscheiden, jedenfalls nicht in der Sache, meist nicht einmal bei der Auswahl der Personen, weil sowohl die Personen auf den Wahllisten als auch die Regierenden nicht durch die Wahl bestimmt werden, sondern durch die Parteien bzw. die Gewählten.

Etliche Wahlaufrufe weisen noch eine zweite (Un-)Logik auf: Wer nicht wählt, soll sich dann auch nicht beschweren. Huch? Wäre es nicht umgekehrt logisch, d.h. wer wählt, lässt sich auf das Spiel ein und kann sich nicht beschweren, auch mal zu verlieren? Sonst würde ja auch gelten: Wer nicht mitschießt, darf Kriege nicht falsch finden. Oder: Wer den deutschen Gruß verweigert, darf nicht über Nazis urteilen, die das machen?

Es ist wirklich ein irres Spiel, das da Demokratie oder Politik genannt wird. Aber wir sind nicht nur die Spieler, die politischen Parteien, sondern auch die Mitspieler, die Wähler, die von Mal zu Mal ihrer eigenen Intelligenz Ausdruck verleihen, indem sie sich gleich Trottelherden zum Wahlauftrieb bereit finden.

Franz Schandl in der Jungen Welt, 27.5.2005 (S. 13)

Weniger wählen bedeutet weniger Demokratie. ... Wahltage sind Geburtstage der Demokratie. Volksabstimmungen auch. Wenn es weniger Wahltage geben soll, dann muss das ausgeglichen werden durch die neue Möglichkeit des Plebiszits. Die Demokratie braucht die Festtage, an denen sie sich selbst feiert und bestätigt. Wahlen und Abstimmungen sind solche Festtage.

Heribert Prantl, „Wahltag sind Festtag“, in: SZ, 30.12.2013

Zahlen bei Wahlen (Ergebnisse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025):

- 60,49 Millionen durften wählen, 23,11 Millionen der Menschen in Deutschland nicht.
- 49,9 Millionen gingen zur Wahl (Rekord! Sonst waren es noch weniger), 10,59 Millionen verzichteten aufs Wahlrecht. 360.000 wählen ungültig.
- 8,83 Millionen Menschen wählen zwar, aber ihre Stimmen sind im Bundestag nicht wiederzufinden, weil die Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheiterten. 41,57 Millionen Menschen sind also im Bundestag vertreten. Das ist weniger als die Hälfte der der Bevölkerung!
- 22,46 Millionen Menschen wählten die Parteien, die die Bundesregierung und die Mehrheit im Parlament stellen – etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung.

Hatte sich die Gefährdung der Autonomie unter dem Faschismus in Form der Unterwerfung unter Führer und Vaterfiguren gezeigt, so trat sie in der Konsumgesellschaft als Verschmelzung der individuellen Identität mit einer »Masse« oder einem Markt zutage oder in Form eines Rückzugs ins Privatleben, den eine modische Politikverachtung begleitete.

Aus Eli Zaretsky (2021): „Psychoanalyse und politische Bewegungen“, Brandes & Apsel in Frankfurt (S. 10)



Aus einer Werbung von Natumi

Wählen oder manchmal auch Beteiligung an Abstimmungen – fertig. Das aktuell herrschende System bietet keine bessere Form des Mitmachens im politischen Raum. Mitplanen, entwickeln, diskutieren, kreativ entwerfen sind nicht vorgesehen oder zumindest kein fester Baustein der Demokratie. Durch die „Abgabe meiner Stimme verzichte ich darauf, während der Legislaturperiode mitzubestimmen“, meckerte der spätere SPD-Bundestagsfraktionschefs Herbert Wehner im jungen Alter.⁶⁰ Ein Land, in dem Mitbestimmung derart reduziert ist, ist also eine „Demokratie“ bzw. darf so genannt werden. Wenigstens ist nun klar, dass dieser Begriff nichts wirklich Gutes beinhaltet.

Wahlen machen die Menschen gleich – zumindest beim Wählen (und auch nur dort): Sie haben alle gleichermaßen so gut wie keinen Einfluss. Sie bekommen verschiedenfarbige Pauschalangebote vorgesetzt, aus denen sie eines auswählen müssen. Sie können, wenn sie sich informiert haben, wissen, was drauf steht, aber nicht, was drin ist. Ebenfalls gleichermaßen verschaffen alle, die wählen, den dadurch Gewählten Legitimation für vier, fünf oder mehr Jahre abgehobene Politik. Die Wählers haben ihre Schuldigkeit getan und dürfen (müssen!) dann „wieder vier Jahre warten, um ernsthaft Einfluss nehmen zu können auf die Bundespolitik“ – dieser Satz stammt aus einer Werbung „Wählen gehen!“ zur Bundestagswahl 2021. Wahlen seien „nicht gering zu achten. Auf also, zwei Kreuze machen.“⁶¹

Die Wählers dürfen bei ihrer Selbstentmachtung sogar selbst helfen – und auch das wird als wertvolle Tat verkauft. Gießens Oberbürgermeister Becher berichtete im Gießener Anzeiger am 31.12.2024 von einem „sensationellen Zuwachs an Wahlhelfern. Darin drückt sich für mich die Bereitschaft aus, dass Menschen Verantwortung für unsere Demokratie übernehmen wollen, um sie zu stärken.“ Auch die Bewegungsagentur Campact gab der Obrigkeit das Signal, im Konsens pro demokratischer Ordnung zu schwimmen, und rief Anfang 2025 dazu auf, Wahlhelfer für die Bundestagswahl im Februar zu werden.⁶²

Zu den Zahlen links siehe⁶³, mehr zu Wahlen auf <https://wahlen.siehe.website>.

Massenkonsum

Den Menschen wird in vielen Konstellationen suggeriert, individuell und nach ihrer Eigenart leben zu können – und doch sind sie nur Rädchen im System, Mosaiksteine in einem Gesamten, welches nur als Gesamtes Sinn ergibt. Die Internetblasen und demokratische Wahlen sind als zwei Beispiele schon beschrieben. Ein dritter Fall sind der Konsum in Massen und der Konsum der Massen. Massenkonsum ist daher ein doppeldeutiger Begriff, der aber in beiden Varianten jeden Menschen zum Spielball der Verhältnisse macht. Ähnlich wie beim Wahlzettel steht er vor den überbordenden Regalen der Supermärkte oder Kaufhäuser, sitzt vor den

Ob wir unverpackt einkaufen, auf Plastik und Fleisch verzichten, Mitglied einer solidarischen Landwirtschaft werden, aufs Fliegen und sogar aufs Auto verzichten — allein hat das natürlich so gut wie keine direkte Auswirkung aufs Weltklima.

Interview mit Thomas Friemel (Gründer des Wirtschaftsmagazins enorm) in: bankspiegel 2/2019 (S. 10f)

Viele - vor allem gut gebildete - Verbraucher wüssten zwar um die globalen Missstände, richteten sich aber lieber mit den grünen Lügen ein: "Greenwashing funktioniert auch deshalb so gut, weil Angehörige westlicher Konsumgesellschaften gerne hören, dass alles so weitergehen kann wie bisher, ja, dass ihr überbordender Lebensstil selbst es sein könnte, der dafür sorgt, die Welt besser zu machen."

Dieser Irrglaube an den sogenannten "ethischen Konsum" und angeblich nachhaltige Technologie führt, der Autorin zufolge, auch dazu, dass sich unsere Gesellschaften weiter spalten - in diejenigen, die zwar ein hohes Umweltbewusstsein, aber gleichzeitig sehr oft auch einen hohen Ressourcenverbrauch hätten, und diejenigen, die sich den vermeintlich grünen Lebensstil nicht leisten könnten. Das kritisiert die Autorin scharf: "Denn erstens wird aus einzelnen Einkaufsentscheidungen zwischen verschiedenen vermeintlich grünen Massenprodukten kein kollektives Ganzes, sondern höchstens ein privates gutes Gewissen. Zweitens tötet es jede Solidarität, wenn der Einzelne in einen moralischen Wettbewerb gegen den Nächsten geschickt wird, in dem der ‚gute‘ auf den ‚bösen‘ Verbraucher zur eigenen moralischen Erhebung mit dem Finger zeigt."

Rezension des Buches von Kathrin Hartmann: „Die grüne Lüge“, auf: Deutschlandfunk, 12.2.2018

Widerlegung der Verbrauchermacht:



- Buch „Konsumkritik-Kritik“ im Verlag SeitenHieb
- <https://konsumkritik-kritik.siehe.website>



Titelseite der WirtschaftsWoche

überquellenden Angebotsseiten von Amazon, Aliexpress & Co. oder schlendert entlang der unendlich scheinenden Reihe sich gleichender Boutiquen in den Einkaufsstraßen der Städte. Die Menschen stehen nebeneinander, in nichts verbunden außer der konkurrierenden Jagd nach dem Schnäppchen oder dem künstliche Unterscheidbarkeit erzeugenden Luxuskauf. Jeder kämpft für sich allein, überwältigt von einer Masse an Waren, die einer Masse an Menschen aufgedrückt werden soll – nicht des besseren Lebens, sondern des maximalen Profits wegen.

Überangebot und einprasselnde Werbung machen Menschen zum toten Fisch im Strom, zum Mitschwimmenden in der Masse. Unterschiedlich geschnittene, gefärbte oder teure Unterhosen mögen Menschen ein Gefühl der Einzigartigkeit geben. Tatsächlich sind sie aber gleichsam Getriebene und bilden in dieser Rolle eine Menge von Menschen, deren Eigenarten keine Bedeutung mehr zukommt. „Ausgerechnet die abhängige Variable der ganzen kapitalistischen Produktion bildet sich ein, der Herr des Verfahrens zu sein.“⁶⁴

Konsumiert wird dabei nicht nur materiell. Die Suche nach Erlebnis, dem Kick im Alltag und dem, was dem eigenen Leben irgendeine Erkennbarkeit gibt, macht die Menschen ebenso zu Getriebenen – auch hier oft der Werbung und der Angebote, die dann eben den Menschen formen und nicht dieser die Verhältnisse.

Die Entmachtung der Einzelnen durch den Rausch der Waren und Werbung wird neben den Individualismus suggerierenden PR-Strategien durch die Legende von der Verbrauchermacht verschleiert. Mittels einer klugen Kaufentscheidung könne die Welt gerettet werden, oder zumindest das Klima, das Überleben der ausgebeuteten Billigarbeit in fernen Ländern und und und ... Ludwig von Mises, einer der Vordenker des weltweiten Freihandels, behauptet sogar die Existenz einer „Verbraucherdemokratie“. Für ihn ist der Dollar eine Art Stimmzettel. „Man wählt über den Geldbeutel“, freut sich der Kieler Professor Stefan Hoffmann über die vermeintlichen Effekte.⁶⁵ Prägnanter (und falscher) lässt sich die Illusion von Gestaltungsmacht im Warenmarkt kaum formulieren.

Ideologische Schubladen

Manche Einteilungen entstehen aus den Verhältnissen, andere werden gezielt geschaffen. Viele von ihnen besitzen – zumindest nach einiger Zeit – eine formale Grundlage, weil im Laufe der Zeit die informellen Grenzziehungen zwischen den Menschen zu Gesetzen oder anderen Normen geworden sind. Alle brauchen eine ideologische Untermalung, wenn sie großflächig wirken sollen, beispielsweise als Diskurs über die Köpfe vieler, in der Sprache, im Denken. Das gilt auch für die Einteilung in Völker.



Grenzziehungs„kämpfe“: Wandbeschriftungen in einem links-alternativen Projekt in Niedersachsen (Aufnahme aus 2025)

Die Grenzziehung wird rassistisch untermalt, das Zugehörigkeitsgefühl mit nationalen Mythen und nationalistischen Gefühlen von Stolz auf das eigene sowie Abwertung der anderen Völker erzeugt und verstärkt. Für eine Nation wie die deutsche sind die Legenden einer gemeinsamen Geschichte frei erfunden. Das als eine solche behauptete „Germanentum“ ist ein rein geistiges Konstrukt der Dichter und Denker, auf welches sich Deutschlands Nationalstolz trotz der abstoßenden Vergangenheit dennoch gerne bezieht.⁶⁶

Die bekanntesten und allgegenwärtigen Einteilungen von Menschen sind Alter, Geschlecht und Herkunft (früher: „Rassen“). Dass diese Kategorien ideologisch begründet sind, ist inzwischen vielfach diskutiert und nachgewiesen worden. Das ergibt sich schon daraus, dass sich das konkrete Alter, in dem Menschen in neue Kategorien von „Kind“ über „jugendlich“ zu „erwachsen“, von unmündig über begrenzt bis zu voll geschäftsfähig schlüpfen, im Laufe der Geschichte änderte und zwischen verschiedenen Ländern auch heute noch unterscheidet. So verhält es sich auch mit dem Geschlecht. Die traditionelle Einteilung in Mann und Frau ist keineswegs weltweit üblich – und inzwischen ja auch formal hierzulande nicht mehr gültig. Es waren ideologische Gründe, die zu den starren Schubladen und den daraus gesellschaftlich gewollten Rollen- und Einflussverteilungen führten.

Noch schlimmer gilt das für die Einteilung in „Rassen“, die vor wenigen Jahrzehnten noch weltweit gängig war und bis heute in Form rassistischer Denk- und Verhaltensweisen sowie entsprechender Strukturen unangenehm nachwirkt. Diskriminierend war dabei, genauso wie bei Einteilungen nach Alter oder Geschlecht, nicht nur die Zuschreibung bestimmter Charaktereigenschaften, Vorlieben usw. je nach Hautfarbe, sondern die Grenzziehung zwischen den sogenannten Rassen überhaupt. Denn tatsächlich gibt es zwar verschiedene Hautfarben, so wie Haarfarben und -formen, Augenfarbe und eigentliche alle körperlichen Merkmale von Menschen unterschiedlich sind. Selbst die kleinen Rillen der Fingerkuppen sind so einzigartig, dass sie in der Kriminalistik eine bedeutende Rolle spielen. Nur: Es gibt keine Grenze. Alle Übergänge sind fließend, und wenn zwei Menschen sich in einem Merkmal unterscheiden, gibt es irgendwo noch eine weitere Person, die in der Mitte dazwischen liegt. Zudem sind die Unterschiedlichkeiten zwischen Menschen ähnlicher Hautfarbe untereinander deutlich größer als die Unterschiede zu vielen Menschen mit deutlich anderer Hautfarbe. Die Einteilung von „Rassen“ ist daher komplett unsinnig, aber sie ist ideologisch im Denken verankert. Die Konstruktion von Grenzen zwischen den Menschen war selbst da Ziel, um einheitliche Blöcke zu definieren und denen unterschiedliche Werte zuzuschreiben. Die Herrenrasse-Ideologie eines überlegenen weißen bzw. nordischen Menschen ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Überhaupt Grenzen zwischen Menschen nach Hautfarben zu ziehen und damit die Idee verschiedener „Rassen“ in die Köpfe zu setzen, ist der Eisberg selbst.

Menschen kategorisieren – ob nun Objektklassen wie „Möbel“ oder „Nahrung“ unterschieden oder Menschen in Gruppen wie „Frauen“ oder „Rentner“ eingeteilt werden. Im Alltag kann das durchaus sinnvoll sein, denn das Einteilen in Kategorien macht einiges einfacher für uns. Wie der Informatiker sagen würde, wird dabei eine Menge an „Arbeits-speicher“ in unserem Gehirn freigehalten, da Kategorisieren eine tiefere Verarbeitung überflüssig macht. Dieser freie „Speicherplatz“ steht uns dann für andere kognitive Prozesse zur Verfügung. Es führt allerdings auch dazu, dass wir nicht den ganzen Facettenreichtum eines Objekts betrachten. Wichtige Informationen kommen uns abhanden, da wir verstärkt auf die Eigenschaften fokussieren, die das Objekt zu einem Teil der Kategorie machen. Damit werden verschiedene Objekte einer Kategorie als ähnlich wahrgenommen. Frauen, die wir beispielsweise als „Karrierefrauen“ kategorisiert haben, werden wir automatisch als ehrgeizig und zielstrebig einstufen. Dass die Eine eine liebevolle Mutter und die Andere eine sehr gute Fußballerin ist, wird außer Betracht gelassen. Wir ignorieren also einen Teil ihrer Individualität und konzentrieren uns auf das, was sie ähnlich macht.

Aus Nora Frey: „Einmal Schubladendenken, immer Schubladendenken?“
[\(https://uni-mannheim.de/forschung-erleben/artikel/einmal-schubladen-denken-immer-schubladendenken/](https://uni-mannheim.de/forschung-erleben/artikel/einmal-schubladen-denken-immer-schubladendenken/)



Bild aus der Anti-Zwangspanychiatriebewegung auf <https://patverfue.de>

Solche Einteilungen schaffen nicht nur Druck auf die Betroffenen, denn ihnen werden damit ihre Menschlichkeit und Einzigartigkeit abgesprochen und stattdessen kategorische Merkmale zugewiesen, die sie entsprechend sozial formen, sondern dummerweise werkeln die in solche Schubladen gesteckten Menschen selbst an ihren Ghettos. Aus der oft richtigen Überlegung, dass in Stereotype verpackte Menschen durch diese und mit Hilfe dieser unterdrückt oder zumindest benachteiligt werden, entsteht die Idee gemeinsamer Solidarität. Oft überschreitet diese schnell das (sinnvolle) solidarische Miteinander und führt zur Bildung von Einheiten, für die dann wieder nur Einzelne sprechen. „Im Namen von“ wird dann angewendet auf „die“ Frauen, „die“ Indigenen, „die“ Jugend. Dass verschleiert die Unterschiede dann noch weiter, darunter auch die Privilegien von Teilen der zur Einheit Zusammengefassten. Zudem stellt die Grenzziehung selbst ein Herrschaftsmoment dar. Sie scharf zu ziehen, rekonstruiert ja gerade die Kategorien, die es aus emanzipatorischer Sicht aufzulösen gilt. Vor diesem Hintergrund werfen die Besonderheiten der Kennenlernrunden fortschrittlicher Kreise, in denen Menschen benennen sollen, welchem Gender sie sich zuordnen und folglich mit welchen Pronomen sie beschrieben werden wollen, einige Fragen auf. Schließlich drängt das dazu, sich einer Schublade zuzuordnen, auch wenn beim Thema Gender beliebig viele Kategorien möglich sind. Die Schubladisierung von Menschen ganz abzulehnen oder nur zu kritisieren, braucht offenbar überall Mut.

Es gibt nicht „die Frauen“, zum einen weil Geschlecht sozial konstruiert und kein Gegenstand von Selbstbestimmung ist, zum anderen, da durch die behauptete Einheit die Privilegien durch Reichtum, Herkunft, Bildung usw. ausgeblendet werden, die innerhalb dieser (und anderer) Gruppen weiterhin bestehen. Das Prinzip der Kategorienbildung wiederholt sich in der Gesellschaft immer wieder – und wirft jeweils ähnliche Probleme auf:

- ➡ Menschen werden in krank und gesund eingeteilt bzw. behindert und nicht behindert. Die Kategorien sind sozial erschaffen. „Krank“ ist eine Zuschreibung. Die Kriterien sind immer auch sozial bestimmt. Das gilt vor allem für psychische Diagnosen. So wertete die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität bis 1990 als Krankheit.⁶⁷ Mit der Streichung gesunden Millionen von Menschen auf einen Schlag. Deutliche Spuren ideologischer Füllung lässt auch die vermeintliche Krankheit „Hysterie“ erkennen. „Im Mittelalter galt Hysterie als Zeichen teuflischer Besessenheit. Später wurde sie, besonders von Sigmund Freud, als körperlicher Ausdruck verdrängter weiblicher Wünsche gedeutet. Heute bezeichnet Hysterie eine ‚dissoziative Störung‘, eine Art Zerfall der Persönlichkeit.“⁶⁸
- ➡ Die Gruppe der Kriminellen wird ebenfalls sozial konstruiert. Sie wird gebraucht, um die „Unbescholtenen“ unter Druck zu setzen, einzuschüchtern und zu erziehen. Kriminalität wird erzeugt durch Armut, Wohnungslosigkeit,

Ist Strafrecht „neutral“? – Gewiss nicht. Es gibt viele Regeln seiner Entstehung, Auslegung und Anwendung. Stets aber gilt: In seiner jeweiligen historischen Form schützt es die jeweils Mächtigen und benachteiligt die Schwachen. Das gilt selbst dann, wenn „der Staat“ sich wie ein Alleinherrscher über die Gesellschaft erhebt, wie dies in Militärdiktaturen der Fall ist. Aber das bedeutet nicht, dass man die Bemühungen um seine demokratische, freiheitliche Legitimation und Funktion aufgeben dürfte.

Aus Thomas Fischer: „Soll man mit dem Strafrecht Politik machen?“, in: Die Zeit am 11.11.2015

There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning.

Millardär Warren Buffett

Ausländergesetze usw. Was als kriminell gilt, folgt dann ebenfalls sozialen Kriterien. Dass Fahren ohne Fahrkarte kriminell ist und jedes Jahr 9000 Menschen nur deswegen im Gefängnis landen,⁶⁹ ist kein Naturgesetz. Ebenso war es kein Naturgesetz, dass die Vergewaltigung in der Ehe bis 1992 gar nicht und bis 2004 nur auf Antrag strafbar war. Diese Absurditäten sind auch hier wiederum nur die Spitze des Eisbergs. Den eigentlichen Eisberg bildet das Regime des Strafens und die damit bezweckte Schaffung eines Wir-Gefühls der „Guten“ und des „Richtigen“ bei den (vermeintlich) Unbescholtenen.

- Titel, Mitgliedschaften in Organisationen und Religionen schaffen ein Dazugehören und Nicht-Dabeisein, also ein Innen und Außen. Die dadurch entstandenen Einheiten agieren durch ihre Sprachrohre nach außen. Ihre innere Vielfalt tritt in den Hintergrund.
- Ein besonderer Fall ist die Idee der Klassengesellschaft. Ursprünglich war diese, vor allem in der marxistischen Theorie sehr strikt angewendete Einteilung der Menschheit auf zwei Klassen beschränkt: Kapitalist und Arbeitis. Letztere mussten ihre Schaffenskraft verkaufen, erstere konnte diese für sich nutzen. Inzwischen wird diese starre Grenzziehung nur noch von dogmatischen Anhängis der Theorien von Marx, Engels & Co. vertreten, zeigen sich doch die Verfügungsverhältnisse bezüglich der Produktionsmittel deutlich komplexer, als diese plumpe Zweiteilung es suggeriert. Viele Arbeitis besitzen heute Aktien, sind also formal Kapital(mit)besitzis, bleiben aber völlig unbedeutend. Die eigentliche Macht in vielen, vor allem den großen Konzernen, haben nicht mehr deren Besitzis, sondern das Management, welches – formal betrachtet – in der Firma angestellt ist. Mitten drin in den Kungeleien der Konzerneliten agieren zudem die Gewerkschaften, die aber eigentlich die Vertretung der Arbeitis übernehmen sollten. Auch da ist von einer Trennung der behaupteten Klassen nichts mehr viel zu sehen.

Vor allem aber bedeutet die Reduzierung der Gesellschaft auf Kapitalistis und Arbeitis, große Teile der Bevölkerung unsichtbar zu machen, nämlich all die Menschen im informellen Sektor der unbezahlten Sorgearbeit sowie alle, die zu jung, zu alt oder zu eingeschränkt sind, um (lohn)arbeiten zu können. Klassenkampf geht auch von oben. US-Präsident Donald Trump macht keinen Hehl aus seiner Bevorzugung der reichen Schichten. So drohte er der Regierung Südafrikas, wenn diese ihre Pläne für eine gerechtere Landverteilung umsetzen würde. Trump wollte damit absichern, dass die Bevorzugung der weißen Bevölkerung erhalten blieb. Denn: „Gegen Ende der Apartheid waren über 87 Prozent des Landes im Besitz von Weißen, die aber nur knapp 11 Prozent der Bevölkerung ausmachten“.⁷⁰

Die Liste ließe sich endlos weiterführen – bis zu kleinsten Einheiten von Clan, Verwandtschaft oder Familie. Die Grenzziehung gegenüber dem Außen und die ideologische Füllung machen aus den Einheiten gefährliche soziale Konstrukte.

Angst ist ein mächtiges Gefühl. Angst hält sich nicht an Fakten und interessiert sich nicht für Argumente. Angst kann eine zerstörerische Waffe werden, wenn sie tief in den Alltag kriecht, das Denken vergiftet, die Buntheit der Welt auf Schwarz-Weiß stellt und die Gesellschaft lähmt und spaltet.

Kommentar im Gießener Anzeiger am 27.2.2025 (S. 2)

In dieser Zeit kann es keine Regierungs- und keine Oppositionsparteien mehr geben, sondern nur noch Deutsche.

Guido Westerwelle, FDP-Boss und später deutscher Außenminister, nach den Anschlägen auf das WTC und Pentagon am 11.9.2001

Der Wunsch, in einer solidarischen Gemeinschaft sicher aufgehoben zu sein, ist gerade angesichts der allgemeinen sozialen Unsicherheit leicht verständlich, und die Neigung, sich mit der Macht und dem Erfolg der eigenen Nation zu identifizieren, tritt gerade bei denen auf, die im gesellschaftlichen Leben keine einflußreichen Positionen und keine Erfolgserlebnisse haben.

Aus Kühnl, Reinhard (1971): „Formen bürgerlicher Herrschaft“, Rowohlt Taschenbuchverlag in Reinbek (S. 85 f.)



Screenshot aus X

Angriffe und Druck von außen

Menschenansammlungen werden nicht nur durch konstruierten Gemeinwillen, gemeinsame Ideologie bzw. Religion, Führungsfiguren, Glauben an gemeinsame Interessen oder Handlungen zu Massen, sondern auch durch den Druck von außen. In einigen Fällen schafft dieser erst die Einheit aus den Unterschiedlichen, in anderen verstärkt er den bereits von innen entstandenen Effekt. Auf den „demos“ einer Nation, also das konstruierte Volk, wirken vor allem die Bedrohungen durch vermeintliche Feindis zusammenschweißend. Das kann von einer äußeren Struktur, zum Beispiel einem (scheinbar) kriegsbereiten Staat ausgehen, oder von einer (scheinbar) gefahrerzeugenden Gruppe im Land. Aktuell führt die Angst vor einem russischen Angriff auf Deutschland dazu, eine breite Zustimmung für umfangreiche Aufrüstung und aggressive Außenpolitik zu schaffen. Ob diese Gefahr tatsächlich vorhanden ist oder mittels Propaganda künstlich erzeugt bzw. verstärkt wurde, ist für die Wirkung auf das „Volk“ irrelevant. Das Gefühl der Bedrohung entsteht durch die gerichtete Wahrnehmung – Fakten sind egal. Das Gleiche gilt für Bedrohungen von innen, sei es die Angst vor Überfremdung, vor „Messermännern“, vor allen Migrantis, vor Pädophilen oder allen Kriminellen. Mitunter reichen zwei oder drei Einzelfälle, um eine umfassende Bedrohung zu „fühlen“. Rechtspopulistische Gruppen nutzen das gezielt aus und schüren solche Stimmungen.

Fühlen sich die Menschen bereits nicht mehr als Individuum, sondern als Einheit, so stärkt jeder pauschale Angriff von außen das Kollektivsubjekt. „Der äußere Angriff auf die Masse kann diese nur stärken. Die körperlich Auseinandergetriebenen zieht es umso kräftiger wieder zusammen.“⁷¹

Aufgrund dieses Effekts erweisen sich linke Strategien gegen rechtspopulistische Zusammenballungen oft als kontraproduktiv. Waren Ansammlungen frustrierter, verängstigter und/oder empörter Menschen wie bei Pegida in Dresden, den Anti-Impf-Gruppen zu Coronazeiten oder den Zuschauis großer Wahrheitsevents wie der Anti-Zensur-Konferenzen anfangs eher chaotische Haufen sehr unterschiedlicher Menschen (wenn auch oft unter klar rechter Führung), so machte vor allem die von außen kommende Stigmatisierung als Rechte oder gar „Nazis“ daraus weitgehend einheitliche Massen. Die Diffamierung von außen verwischte die Binnendifferenz, was den rechten und populistischen Führungen sehr recht gewesen sein dürfte. Deren Verlautbarungen wurden dann von den Teilnehmenden noch kritikloser als gemeinsame Erklärungen akzeptiert, was die Entstehung einer gedanklichen Einheit vollendete. Ähnliches gilt für den Höhenflug der AfD, die von der Ausgrenzung profitieren konnte, indem sie genau diese als Beweis dafür nutzte, eine „Alternative“ zu sein.⁷² Da fiel nicht mehr auf, dass sie nur die Steigerung dessen wäre, was viele ihrer Wähls eigentlich nicht mehr wollen: Aufrüstung, soziale Unsicherheit, intransparentes und abgehobenes Regieren.

Vogelschwärme und Fischeschwärme agieren und reagieren als Gruppen, ohne Anweisungen oder Führung durch einen einzelnen Anführer. Der Input einer einzelnen Komponente kann das Verhalten der gesamten Gruppe sofort verändern.

Auf einer Internetseite von Hewlett-Packard:
<https://hpe.com/de/de/what-is/swarm-intelligence.html>

Biologismen

Zwecks Beschreibung oder Legitimierung der hierarchischen Formierung menschlicher Gesellschaften wird immer mal wieder die Biologie herangezogen. Das ist nicht vollständig abwegig, denn schließlich ist der Mensch ein Teil der Natur und alle Funktionen seines Körpers arbeiten nach seiner Biologie. Tiergemeinschaften können also beobachtet und mit menschlichen Verhaltensweisen verglichen werden. Sie gleichzusetzen, wäre allerdings nicht nur stark vereinfachend, sondern auch gefährlich. Denn sowohl das Verhalten jeder einzelnen Person als auch das Miteinander in den kleinen und großen Räumen der Gesellschaft sind durch die soziale Zurichtung stark überprägt. Zwar beruht auch diese Besonderheit auf der Natur des Menschen. Lernen, von anderen abgucken, sich gegenseitig beeinflussen oder unterdrücken keine übersinnlichen Fähigkeiten. Die soziale Formung schränkt aber die Übertragbarkeit aus der Beobachtung von Tieren erheblich ein.

In der Biologie werden tierische Lebensgemeinschaften je nach deren innerer Organisation mit Fachbegriffen belegt. „Der Mensch ist halt ein Herdentier“ ist dann eine Formulierung, die eine Analogie von Lebewesen, die sich in Herden sammeln, auf den Menschen ermöglichen soll. In der Regel dient dies der Legitimation von Hierarchien. Das ist klar ideologisch motiviert, hat doch weder die Struktur einer Herde Ähnlichkeiten mit dem Formen, wie Menschen zusammenleben, noch stehen Arten, die Herden bilden, den Menschen im Stammbaum der Evolution besonders nahe.

Ähnliches gilt für Schwärme. In ihnen richten die Individuen ihr Verhalten an den Individuen um sie herum aus, was zu den bekannten, gleichförmigen Bewegungen eines Schwarms führt. Sie muten mitunter spektakulär an. Auch wenn sie dadurch den Verdacht erzeugen, gewollt und geübt zu sein, so handelt es sich tatsächlich um durch kleinste Anstöße im Inneren oder durch Einfluss von außen verursachtes Kollektivverhalten, in denen eine Individualität der Einzelnen nicht mehr feststellbar ist. Minderheiten gehen in dieser Formation völlig unter, existieren schlicht nicht (mehr). Absurderweise wird auch dieser Begriff für menschliches Miteinander benutzt – und das mitunter sogar oft positiv. So nutzte die Piratenpartei den Begriff als Beschreibung ihrer Entscheidungsmethoden, zumindest Teile der Partei distanzieren sich allerdings später davon.⁷³ Dass dieses vor allem über digitale Netzwerke geschah, war kein Zufall. Denn insbesondere bei der Vernetzung von Massen über das Internet, zum Beispiel bei der gemeinschaftlichen Entwicklung von Software, Produkten oder aktuell der künstlichen Intelligenz wird oft von „Schwarmintelligenz“ gesprochen. Auf Wikipedia wird der Begriff mit „kollektiver Intelligenz“ gleichgesetzt.⁷⁴ Das ist aber mehr als zweifelhaft, weil von individueller Intelligenz und überhaupt autonomer Entscheidungskraft in tierischen Schwärmen nichts zu entdecken ist. Daher wären höchstens die Kommentarspalten bei Facebook und anderen sowie die Algorithmen zur Nutzung von Masseninforma-

In der Biologie wird von Schwarmintelligenz gesprochen, wenn Schwärme von (kleinen) Tieren ein gemeinsames Verhalten zeigen, dass allen im Schwarm nützt und dem einzelnen Individuum alleine nicht möglich wäre (z. B. Abwehr von Feinden, Nahrungsquelle erschließen). Der Duden definiert Schwarmintelligenz knapp als „Fähigkeit eines Kollektivs zu sinnvoll erscheinendem Verhalten“. Inzwischen wird Schwarmintelligenz auch auf das gemeinsame Agieren von Menschen insbesondere im Internet übertragen: Was der einzelne hier nicht leisten kann (z. B. Plagiate nachweisen, Petitionen verbreiten, Informationen sammeln), kann der Schwarm etwa in Sozialen Medien. Es ist aber fraglich, ob das gemeinsame Erreichen eines Ziels schon ein hinreichendes Kriterium für intelligentes Verhalten ist. Darüber hinaus gibt es auch negative Folgen gemeinsamer Internetaktivitäten (z. B. Verbreitung von Beleidigungen in Form eines Shitstorms bzw. kollektives Cyber-Mobbing).

Bundeszentrale für politische Bildung auf
<https://bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/500720/schwarmintelligenz/>

Ein chinesisches Sprichwort, das Lao-Tse, dem Gründer des Taoismus, zugeschrieben wird, besagt: "Ein Führer ist dann am besten, wenn ihn die Menschen kaum bemerken. Wenn die Arbeit getan und sein Ziel erreicht ist, dann sagen sie, 'Wir haben es selbst vollbracht'." Neu jedoch ist der theoretische und praktische Beweis, dass ein Anführer (oder eine Gruppe von Anführern) eine Gruppe unerkannt und von innen heraus auf ein Ziel zuführen kann. Daraus lässt sich eine Regel ableiten, die wir nutzen können, wenn wir eine Gruppe in unserem Sinne beeinflussen wollen: Führen Sie von innen heraus (am besten mit einer Gruppe gleichgesinnter Kollegen oder Freunde), aber achten Sie darauf, dass es die anderen Gruppenmitglieder nicht bemerken. Gehen Sie einfach in die Richtung, in die Sie gehen wollen, und überlassen Sie den Rest den Gesetzen des Schwarms. Das funktioniert in Gruppen, deren Angehörige eine angeborene oder angelernte Neigung haben, sich anderen in ihrer Umgebung anzuschließen. Es reicht schon aus, wenn einige nicht nachahmen, sondern die Führung übernehmen, und schon bald folgt ihnen die gesamte Gruppe. Jede Abweichung wird rasch durch negative Rückkopplung korrigiert, und die Abweichler werden durch sozialen oder physischen Druck dazu gebracht, sich dem Rest anzuschließen. Je größer die Abweichung, umso stärker der Druck.

Len Fisher (2010): „Schwarmintelligenz“, Eichborn in Frankfurt (S. 48 f.)

tionen für Werbung oder Indoktrination bei X, Google oder künstlicher Intelligenz mit der Logik von Schwärmen zu vergleichen – allerdings immer mit dem Unterschied, dass hinter solchen gefährlichen Programmierungen Ideen stehen, die genau die Einheitsillusion erzeugen wollen. Zudem sind große, menschliche Ansammlungen, in denen die Einzelnen wenig oder nichts über deren Verhalten mitbestimmen können, leicht steuerbar. Wer Menschen in der Art von Schwärmen organisiert, kann diese sogar völlig unbemerkt führen. Die Einzelnen glauben dann, selbst die Entscheidungen zu treffen, während sie sich in Wirklichkeit an den Menschen neben ihnen ausrichten, die das auch tun, während einige wenige Eingeweihte durch ihre Bewegungen oder Kommandos das Ganze dirigieren. Len Fisher gibt in seinem Klassiker „Schwarmintelligenz“ offen zu, dass Schwärme nichts mit Gleichberechtigung oder Herrschaftsfreiheit zu tun haben. Er preist sie als ideale Form des Herrschens an.

Den herrschenden Kreisen ist die Verblödung einheitlicher Gruppen bekannt. Während sie einerseits ihre Untergebenen deshalb zu solchen Einheitsmassen zu formen versuchen, sorgen sie in ihren Führungszirkeln dafür, dass das nicht passiert. So wird zum Beispiel den israelischen Armeen und Geheimdiensten die Idee des „zehnten Mannes“ zugeschrieben. Sie besagt, dass in jeder Gruppe, die sich einzig ist, eine Person die Pflicht zum Widerspruch hat. Sie muss dann kritische Fragen stellen und die Mehrheitsmeinung bezweifeln.⁷⁵

Andere freuen sich über die Blödheit des Menschen, wenn er in Kollektiven aufgeht. Aktuell profitiert vor allem die AfD davon. Unter ihren Wählers befinden sich viele Menschen, die mit ihrer Stimmabgabe gegen Ungerechtigkeiten und ihren sozialen Abstieg protestieren, aber damit genau die Partei stärken, die all das laut Parteiprogramm deutlich verschärfen will. So hat eine Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung im Januar 2025⁷⁶ ergeben, dass steigende Mieten für Menschen mit geringen Einkommen zum vermehrten AfD-Wählen führen. Wut und Frustration sind typische Emotionen von Menschen in Massen, die zu offensichtlich kontraproduktiven Handlungsweisen führen. Dies fällt den Beteiligten in der massenpsychologischen Blindheit aber nicht mehr auf.

Eher selten werden die biologischen Einheiten Rudel, Horde oder Rotte im Zusammenhang mit menschlichen Gemeinschaften verwendet. Dabei kann ein Blick auf diese zu interessanten Schlussfolgerungen führen, scheinen doch auf der Zeitskala der biologischen Evolution nicht nur die kommunikativen Fähigkeiten von Tieren zuzunehmen, sondern auch die Komplexität der inneren Organisation. In vielen Fällen führt das zum Abflachen von Hierarchien. Es spricht einiges dafür, aus der Biologie, wenn mensch das überhaupt machen will, abzuleiten, dass hierarchieloses und -freies Leben zum Menschen passen würde – ein Aspekt, auf den wir in den abschließenden Kapiteln zur Utopie noch kommen werden ...



Ausschnitt aus dem Titel des Buches „Populismus“ von Jan Ludwig (Carlsen-Verlag in Hamburg)

Da die Probleme immer komplexer werden, ist es für viele Bürger schwer, sie differenziert beurteilen zu können. Deshalb versuchen sie, den komplexen Sachverhalt zu reduzieren und einfache Erklärungsmuster zu finden. Es war z.B. schwierig, im Blick auf die Impfpflicht abzuwägen, ob sie beschlossen werden soll oder nicht. Es ist auch im Blick auf den Krieg in der Ukraine schwierig, eine Meinung darüber zu entwickeln, ob schwere Waffen geliefert werden sollen oder nicht. Wer nicht bereit ist abzuwägen, neigt zur Polarisierung, was den Austausch von Argumenten erschwert. Auf der anderen Seite stoßen differenzierte und wissenschaftlich begründete Erklärungen oft auf Widerstände, denn es fehlt der emotionale Hintergrund, das sog. Narrativ, d.h. eine Erzählung, die hilft, das Problem begreifbarer zu machen.

Hartmut Gabler (2024): „Mehr Demokratie wagen“, BoD in Norderstedt (S. 88)



Das Buch bietet einen verbalen Ritt durch die wesentlichen Aspekte demokratischer Gesellschaften und der Lage in Deutschland. Abgesehen von einer ungewöhnlich hohen Menge an Flüchtigkeitsfehlern im Text finden sich viele interessante, wenn auch nicht wirklich neue Informationen zum Zustand der Demokratie. Allerdings behindern einige unkritisch übernommene Legenden die Analyse, vor allem die vielfach wiederholte Behauptung einer funktionierenden Gewaltenteilung mit drei unabhängig voneinander agierenden Teilgruppen der Macht. Störend bis verdächtig wirkt zudem die Überbetonung der Migration in der Aufzählung demokratiegefährdender Vorgänge. Die Vorschläge, wie es besser werden kann, bleiben im Appellativen hängen, während der Autor in den wirkungslosen Großdemos pro Demokratie im Frühjahr 2024 einen „Ruck durch die Gesellschaft“ zu erkennen meint. Insgesamt ist das zu wenig für eine gute, theoretische Abhandlung.

Nährboden von Populismus

Laut Duden ist Populismus eine „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“.⁷⁷ Bereits in dieser Definition ist der Bezug zu Menschen in Massen gesetzt. Das ist gerechtfertigt, denn der Verlust von Individualität, eigenständigem Denken und Reflexion von Informationen, wie er in direkter Kommunikation mit anderen selbstständig denkenden Wesen üblich wäre, hat zur Folge, dass Menschen sich schnell zu bestimmten, scheinbar einleuchtenden, weil einfach erklärten Positionen verführen oder zu einem angepassten Verhalten mitreißen lassen.

Deshalb fördert es den Populismus, wenn Menschen zu einheitlichen Massen zusammengefasst werden, indem sie als Einheit gedacht, so bezeichnet, gefeiert oder beschimpft werden. Demokratie stärkt Populismus, weil sie der Menge der unterschiedlichen Menschen als „Volk“ die Einheitlichkeit einhaucht. Dass sich Populisten darauf berufen, für dieses Volk zu sprechen, verstärkt den Effekt und ist wenig überraschend. Volk existiert ja nur in Form derer, die sich anmaßen, im Namen des Volkes zu sprechen. Wer am lautesten schreit, hat die Chance, als Volkes Stimme wahrgenommen zu werden. Wer die einfachsten Erklärungen oder Heilsversprechen vorträgt, erhält meist den größten Applaus der Massen und damit auch die scheinbare Legitimation, das Volk zu „sein“. Die Demokratie bereitet den Boden durch Formung der Menschen zur Masse. Der Populismus übernimmt.

Die Komplexität globaler Probleme dringt via Internet immer deutlicher ins Bewusstsein. Populismus profitiert davon. Zwar spricht einiges dafür, dass die Welt nur komplexer erscheint. Es erreichen einfach viel mehr Informationen in immer schnellerer Zeit die Augen und Ohren der Menschen – via Internet. Für die Wirkung, „ist es eher unerheblich, ob diese Überforderung tatsächlich gegeben ist oder lediglich im Empfinden eines Menschen existiert. Die Auswirkungen sind die gleichen: Abtauchen in vereinfachte Fantasiewelten (informationstechnisch unterstützt), Reduktion von Informationen auf die, welche die bestehende Sichtweise unterstützt (Internetblase), das Suchen nach Schuldigen für reale oder vermeintliche Missstände.“⁷⁸ Das Gefühl, alles gerate immer mehr durcheinander, die Welt würde unsicherer und immer mehr Bedrohlichkeiten träten auf, eröffnet den modernen Rattenfängis alle Wege, mit ihrer Hetze und Ideologie Schuldige zu brandmarken und Hass zu stiften. Gleichzeitig versprechen sie die Rettung von oben und transformieren damit die Welt ins Autoritäre.

Sehnsucht nach greifbaren Erklärungen fördert den Populismus, denn „Populisten schüren Ängste und Wut“, behaupten dann, die wahren Ursachen erkannt zu haben und Lösungen anbieten zu können. Sie „allein würden das Volk vertreten. [...]

Die Sehnsucht nach einer Rückkehr in die überschaubare Sphäre eines rein nationalen Marktes fördert unter Globalisierungsverlierern zudem die Bereitschaft, die wirtschaftlichen Probleme auf alles Fremde – insbesondere Zuwanderer – zu projizieren, als wären diese verantwortlich für die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit der Politik, die Globalisierung aktiv zu gestalten, anstatt sie von der Wirtschaft in deren Interesse „managen“ zu lassen. Die protektionistische Antwort auf die Globalisierung geht so einher mit dem Ideal einer monolithischen Kultur, in der jede Befruchtung von außen als Angriff auf die eigene Identität erscheint.

Dieter Hoffmann (2024): „Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus“, Literaturplanet (S. 50f)

Eine Behauptung ist nach Le Bon umso wirkungsvoller, „je freier sie von Beweisen und Belegen ist“ – denn das Unbewiesene, nicht Belegte kann auch nicht durch entsprechende Gegenbeweise widerlegt werden. Dauerhaften Einfluss erlangt die Behauptung dadurch, dass sie „ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Ausdrücken“. Dadurch verfestigt sich das Wiederholte mit der Zeit „so sehr in den Köpfen, dass es schließlich als eine bewiesene Wahrheit angenommen wird“. Am Ende entstehe hieraus, so Le Bon, eine Art „courant d'opinion“, eine „geistige Strömung“, durch die „der mächtige Mechanismus der Ansteckung“ in Gang gesetzt werde. Bestimmte Ideen, Meinungen oder Einstellungen würden dann wie Mikroben von einem auf den anderen Menschen übergehen.

Rother Baron (2024, S. 55 – dort mit genaueren Quellenangaben zu Le Bon)

In der ersten Stufe des Demokratieverlusts geht die Fähigkeit verloren, Gut und Böse voneinander zu unterscheiden.

Tomer Dotan-Dreyfus (2024): „Dämmerung“, in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 123ff)

Populisten bieten einfache Lösungen an, statt komplexe Probleme zu analysieren. Dies kommt vielen Bürgern entgegen. Konstruktive Vorschläge fehlen. Populisten arbeiten mit Emotionen, vor allem schüren sie Ängste. Viele Menschen sind von der Komplexität der Probleme überfordert. Diese Überforderung geht einher mit Abstiegsängsten und der Angst vor Kontrollverlust.

Helmut Gabler (2024, S. 56f.)

Die Komplexität unserer Welt wird als Bedrohung wahrgenommen, einfache ‚Lösungen‘ als Erlösung. Hinterfragt werden diese nicht, so wenig wie die ‚Führer‘, die sie äußern“. ⁷⁹ Solch primitives Schwarz-weiß-Denken prägt den Populismus, ist allerdings in abgeschwächter Form in allen Gesellschaftssystemen zu finden, typischerweise mit einem moralischen Gut und Böse aufgeladen. Das System, für welches diejenigen stehen, die sich mit ihren Lösungen anbieten, stellt dabei immer die gute Seite dar. Zusammen mit der darin enthaltenen Abqualifizierung des Anderen und Äußeren bildet die Einteilung das Schmieröl vereinfachter gesellschaftliche Konstellationen. „Durch die Allianz zwischen Russland und China entstanden wieder zwei Lager, das autoritäre und das demokratische.“ Schwarz und weiß. Gut und böse. So einfach macht es die Demokratie.

Innere Widersprüche verschwinden in dieser dualen Weltsicht, verpackt in große und grobe Schubladen. Sonst würde öfter auffallen, dass zum demokratischen, also „guten“ Lager auf dieser Welt autoritäre Regimes wie Saudi-Arabien, Indien und die Türkei gehören. Die „Guten“ unterstützen Putschgeneräle, während manch demokratisch gewählte Regierung ausgegrenzt und diffamiert wird, wenn sie den demokratischen Führungsnationen nicht passen. So geschehen mehrfach in Ländern Südamerikas. Eine gute Regierung ist, wenn sie nützt. Dann wird sie als „demokratisch“ bezeichnet. Das dient wie die Einteilung in Gut und Böse allein der Propaganda, kaum verschleiert. Sie hält keiner Analyse stand, ist aber im Populismus der politischen Mitte genauso enthalten in politischen Extremen.

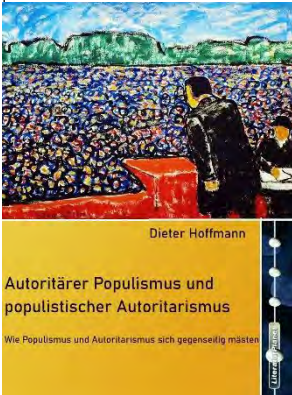
Manch Demokratiefans halten das Einteilen in Gut und Böse sogar für einen Markenkern der Demokratie, stehen also offen zu dieser eigentlich eher dem Faschismus zugrundeliegenden Logik. Es gilt eben für alle: „Verallgemeinerungen und Falschbehauptungen machen nicht klüger, höchstens wütender“. ⁸⁰

Die sogenannte politische Mitte bietet viele Vereinfachungen zur Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse und beeinflusst damit das Denken in erheblichem Umfang. Das Gerede vom notwendigen Wirtschaftswachstum, die Untergangsszenarien bei fehlender Überwachung, Wirtschaftsförderung oder Grenzsicherung, das Schüren von Angst vor Fremden oder Arbeitsplatzverlust – alles populistische Kampagnen. Die Behauptung, Populismus sei eine Erscheinungsform extremistischer Ränder der Gesellschaft, ist selbst Populismus – eben der „Mitte“, die sich gern als seriös und faktenbasiert darstellt, was am besten klappt, wenn mensch auf die Anderen zeigt. Das ist die typische Methode des Zusammenschweißens der eigenen Anhängis.

Noch eines geht verloren: Die Konsistenz. Vereinfachungen sind Selbstzweck, um billige Zustimmung und ideologischen Zusammenhalt zu erzeugen. Die Inhalte sind beliebig austauschbar. Wer hat noch in Erinnerung, dass die AfD zu Beginn der Coronapandemie härtere Maßnahmen forderte und Chinas Politik der massiven

Ist der Populismus also schlicht die ungezähmte Schwester der Demokratie? Bezeichnet er – analog zur Unterscheidung zwischen „wildem“ und „organsiertem“ Streik – die Selbstermächtigung des Volkes, im Unterschied zur durch ausgeklügelte Wahlverfahren, Volksvertretungen und Gewaltenteilung geregelten Volksherrschaft in jenem Konstrukt, das wir als "Demokratie" bezeichnen? ...

Indem die Vielgestaltigkeit der Bevölkerung negiert wird, kreieren populistische Bewegungen de facto selbst das Konstrukt, auf das sie ihre Herrschaft gründen. Die Behauptung eines einheitlichen „Volkskörpers“ verleiht den Machthabenden dabei eine quasi-religiöse Legitimation: Wer sie kritisiert, stellt sich damit quasi außerhalb des Volkskörpers und wird folglich als „entartet“ gebrandmarkt.



Dieter Hoffmann (2024): „Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus“, Literaturplanet (S. 11f)
<https://literaturplanetonline.com/2024/03/29/dieter-hoffmann-autoritaerer-populismus-und-populistischer-autoritarismus/>

Nach einleitenden Erklärungen über Erscheinungsformen und Wirkungsweise des Populismus folgt ein Vergleich von Links- und Rechtspopulismus. Der ist leider recht oberflächlich gehalten, zudem übersieht er völlig, dass auch die politische Mitte und das Wirtschaftsmuss-wachsen-Gestammel der Neoliberalen oft sehr populistisch agieren. Ein längeres Kapitel ist den populistischen Regierungen in allen Teilen der Welt gewidmet, wobei auch hier suggeriert wird, dass nur links- und rechtsextreme Strömungen populistisch agieren. Diese Schwäche zieht sich durch das gesamte Werk, auch wenn die dann folgenden genaueren Ausführungen über die Entstehung und die Themen des Populismus wertvolle Hinweise und Analysen bieten.

Werden beispielsweise der Erfolg der AfD bzw. der Zuspruch für ihre Politik dazu führen, dass rechtspopulistische Zielsetzungen vermehrt in neueren Wahl- und Parteiprogrammen etablierter Parteien zu finden sind? Einige sprechen von einer möglichen Kontaminierung durch Rechtspopulismus. Im politik-wissenschaftlichen Diskurs haben sich die Begriffe der Normalisierung und des Mainstreaming von Populismus bzw. Rechtspopulismus verfestigt und werden intensiv diskutiert (Heinze 2022: 170,171 und Mudde 2019).

Wolfgang Kern (2024): „Auswirkungen des Rechtspopulismus auf die Demokratiequalität“, GRIN Verlag in München (26 S., <https://grin.com/document/1489890> (S. 20)

Einschränkungen als positives Beispiel anführte? Wenige Wochen später stand die Partei an der Front all derer, die genau das Gegenteil behaupteten. Populistisch war beides. Dramatisierungen und Untertreibungen sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Demokratie habe sich als „gastfreundlich gegenüber dem Populismus“ erwiesen, schrieb der britische Philosophieprofessor Grayling am 22.11.2016⁸¹ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ unter dem vielsagenden Titel „Die Demokratie zerstört sich selbst.“ Seine Warnung: „Der Rechtsruck der Demokratien könnte das Ende der Demokratie bedeuten. Das war schon einmal der Fall, vor weniger als einem Jahrhundert, im Herzen Europas.“ Klingt schlimm, ist aber schlimmer. Denn es ist nicht nur der Rechtsruck, sondern es sind ebenfalls die „Webfehler unserer Demokratie“⁸² selbst, also grundlegende Konstruktionsmängel, die zu ihrem Ende führen werden. Das macht es hoffnungslos, die Demokratie reparieren zu wollen. Nur ihre Überwindung in eine andere Richtung, als sie die Ewig-Gestrigen und Autoritätsfans bis Faschistis wünschen, bietet eine echte Chance.

Denn es ist das der Demokratie immanente Konstrukt des „demos“, welches die Grundlage schafft, populistische Aussagen darauf zu beziehen, also einfach zu behaupten, dass sie des Volkes Meinung oder das Interesse des Volkes trafen. Passende, emotionalisierende Aussagen vor Wahlen können deren Ergebnisse massiv beeinflussen. Titelschlagzeilen über Kindesmissbrauch oder mit Messern bewaffnete Nicht-Deutsche, über schlechte Wirtschaftszahlen oder den Fund nackter Kinderbilder bei Kandidatis – das Wahlergebnis ist schnell so stark verschoben, dass die dann folgende Regierung anders ausfällt. Da hilft es auch nicht, wenn sich die Schlagzeilen am Tag nach der Wahl als einseitig, übertrieben, falsch oder sogar gezieltes Fake herausstellen. Wahlen, Abstimmungen und Umfragen bleiben gültig. Es sind Ereignisse, in denen Menschen als Masse behandelt werden und agieren. Sie stehen über den Wahl- oder Umfragemodus in einem Verhältnis zueinander und werden durch den Abfragemodus – ähnlich den digitalen Likes – zu einer gleichgeschalteten Art des Denkens und Handelns geführt. Echte, reflektierte Gewissensentscheidungen entfallen ebenso wie direkte Kommunikation. Menschen in Massen sind begeisterbar durch charismatische Persönlichkeiten. Das Gemeinschaftsgefühl kommt auf Hochtouren beim gemeinsamen Jubel für Stars, Sportclubs oder eben politischen Führer. Deren Inhalte zählen nicht mehr, es geht um Design, Emotion, Ekstase, Hass oder Hetze. Das darf sogar auffallen. So reiht der aktuelle US-Präsident Donald Trump seine Lügen in aller Offenheit und völlig unverschleiert aneinander. Dem unterwürfigen, das Selbst negierenden Jubel tut das keinen Abbruch. Nur Stimmungen zählen, die Zeit für Inhalte ist vorbei. Sein für jeden Menschen erkennbar verfassungswidriger, an Absolutismus erinnernder Satz „Wer sein Land rettet, verstößt gegen kein Gesetz“ regt nicht mehr auf. Hier spricht der Volksführer und -verführer – und die als Masse Verblödeten jubeln.

Auch war der „Herr Demos von der Pnyx“ - wie der Komödiendichter Aristophanes das athenische Volk nach seinem politischen Versammlungsort einmal nannte – ein notorischer Kriegstreiber. Er kannte keine Skrupel, Nicht-Griechen als verachtenswerte Barbaren zu unterjochen, und selbst mit anderen Griechen sprang er brutal um: Im Jahre 428 v. Chr. etwa beschloss der Herr Demos von der Pnyx in einem vorbildlich basisdemokratischen Prozess die Massenhinrichtung von Bürgern der abtrünnigen Polis Mytilene.

Thea Dorn (2024, S. 25)

Die Wiederwahl Bushs hat bewiesen, dass man ein großes Volk mit einer langen demokratischen Tradition, einer großen Presse, einer revolutionären und aufklärerischen Geschichte verdummen, einschüchtern, folgenlos belügen und betrügen kann, dass man ihm seine historischen Ideale Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte austreiben kann, dass man seine besten Köpfe zwar kritisch reden und schreiben lassen, aber sie gleichzeitig einfach ignorieren kann, indem man die primitivsten Masseninstinkte gegen die geistige Elite mobilisiert.

Aus Ekkehard Krippendorff: „Eine Katastrophe der Demokratie“, in: FR vom 10.11.2004 (S. 8)

Adolf Hitler hätte es in „Mein Kampf“ nicht klarer ausdrücken können. Auch er bezeichnete seine Diktatur bei passender Gelegenheit als „wahre Demokratie“, wobei er sich und den Willen des Volkes stets gleichsetzte. Das Volk, das ist sein Führer, lautete die Ideologie im Dritten Reich. Das gilt nicht so viel anders auch für das „Volk“ der Demokratie: Es existiert und lebt nur durch die, die in seinem Namen handeln.

Das Trostlose: Viele (scheinbare) Gegner des Populismus machen es nicht anders. Ihre Vereinfachungen bekämpfen die Vereinfachungen anderer. Wer mit Nazis unterwegs ist, ist selbst einer. Wer hinter demokratischen Entscheidungen irgendwelche Seilschaften wittert (die es zweifelsohne gibt, nur anders als in den Erzählungen vereinfachender Welterklärungen), wird gleich als Verschwörungsgläubiger abgestempelt. Jede Kritik am staatlichen Vorgehen in der Corona-Pandemie führte zum Vorwurf des Schwurbelns, und oft sogar zu der abenteuerlichen Analyse, deshalb ein Nazi zu sein.

Solche Kritik am Populismus hilft nicht, auch wenn sie gut gemeint ist. Denn diejenigen, die sie äußern und mit dem Finger auf andere zeigen, pflegen selbst die oft als „Cancel Culture“ bezeichneten Orgien von Aufregung bis Zensur unerwünschter, vielfach auch tatsächlich schwer erträglicher Positionen. Damit verteidigen sie eigene Privilegien, nämlich ihre Deutungshoheit über die Welt – auch wenn sie diese hinter dem scheinbar selbstlosen Einsatz für die Opfer der „gecancelten“ Meinungen verstecken. Aus den gedachten Zweifeln an der Existenzberechtigung abweichender Auffassung entsteht schnell die offensichtlich autoritäre Phantasie des Übergriffs. Der Slogan „Wir impfen euch alle“ wurde vor allem von Menschen genutzt, die sich für emanzipatorische Aktivisten hielten. Auch die staatlichen Ausgangssperren, bis dato ein verschrienenes Mittel von Diktaturen, wurden in manchen Kreisen der radikalen Linken verteidigt. Die Kampagne „Zero Covid“ forderte sogar deutliche Verschärfungen – das Innenministerium wird's gefreut haben.

Menschen zu überzeugen, Argumente abzuwägen – darum geht es schon lange nicht mehr. Alle Beteiligten behaupten, die Welt oder zumindest die Demokratie, wahlweise auch die Freiheit oder das gute Leben retten zu wollen. Doch im Kern folgen alle dem gleichen Ziel, nämlich ihrer eigenen Hegemonie. Es ist ein Kampf um Deutungshoheiten. „Jene Eliten, die heute die bürgerliche Errungenschaft der Meinungsfreiheit anpreisen, haben sich über Jahrhunderte geweigert, marginalisierten Menschen eine Stimme zu geben“, schreibt Hannes Soltau im Tagesspiegel.⁸³ Seine dann folgenden Vorschläge sind zurückhaltend, in keiner Weise herrschaftsaufhebend, sondern nur der Ruf, wenigstens zuzugeben, dass in dieser Welt manche gleicher sind als andere: „Die Verschleierung von Machtverhältnissen aufzuheben, ist die Voraussetzung dafür, dass man auf Augenhöhe miteinander sprechen kann.“

Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich.

Afrikanisches Sprichwort

Was wir jetzt sehen, ist keine Verzerrung der sogenannten Demokratie, so, wie sie in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern praktiziert wurde, sondern das zwangsläufige Endergebnis ihrer Entwicklung, ...

„Im Supermarkt der Demokratie“ von Ashish Kothari, in: Rabe Ralf Febr. 2025 (S. 22f) und <https://pressenza.com/de/2024/12/im-supermarkt-der-demokratie-ist-die-wahl-eine-illusion-gibt-es-eine-echte-alternative>

Laut Sartori beruht die moderne Demokratie erstens auf beschränkter Mehrheitsherrschaft, zweitens auf Wahlverfahren und drittens auf repräsentativer Übertragung von Macht. Daraus folgt für ihn, dass einige Teilhabeberechtigte politisch einflussreicher sind als andere, dass auch die Wählermehrheit „nicht wirklich Macht ausübt“ und dass vieles von dem, was als „Wille“ des Volkes bezeichnet wird, eher einer „Zustimmung“ des Volkes ähnelt. ...

Sartori sah in der auch aus seiner Sicht mit Mängeln behafteten existierenden Demokratie eine Wahl-Polyarchie – ein diffuses, offenes System von Einflussgruppen, die für Wahlen miteinander konkurrieren.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie>

Fazit

Die bisherigen Ausführungen führen zu einer Korrektur der Definition von Demokratie. Sie ist die Herrschaft des Volkes über die Bevölkerung, also über die konkreten Menschen. Klein, aber fein unterscheidet sich dieser Satz von den üblichen Formulierungen im demokratischen Fanblock: „Demokratie ist die Macht des Volkes über das Volk“, formulierte der italienische Politikwissenschaftler und Philosoph Giovanni Sartori. Abraham Lincolns berühmte Gettysburg-Formel von 1863 lautet: „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“⁸⁴. Der Unterschied zwischen Volk und Bevölkerung ist unscheinbar, aber zentral. Denn die Kategorie Volk bezeichnet, wie ausgeführt, die Einheitsmasse der Vielen, in der die Unterschiedlichkeiten, die Vielfalt, Eigenarten und oft Gegensätzlichkeiten zu einem Gemeinwillen verschmelzen. Da dieser Vorgang nicht von den Vielen direkt gestaltet werden kann, sind es nur Wenige, die kraft ihrer Privilegien als Sprachrohre der Menschen auftreten und den Gemeinwillen verkünden. Erst dadurch entsteht überhaupt das Volk – als Konstrukt. So lässt sich auch formulieren: Die privilegierten, in der Soziologie als Funktions- und Deutungseliten bezeichneten Teile sind das Volk. Die große Menge der Menschen wird ungefragt unter dem Begriff subsummiert. Sie sind individuell dafür gar nicht nötig. Dieses Volk, nichts als eine kollektive Illusion, durch welche die Meinungen und Interessen von Wenigen als legitimiert erscheinen, herrscht nicht über das Volk, sondern über die Bevölkerung, also die realen Menschen – völlig ungeschminkt jeden Werktag tausendfach in deutschen Gerichtssälen, wenn „im Namen des Volkes“ den konkreten Menschen ihre Freiheit oder ihr Geld genommen wird. Einfach so. Demokratisch, als Herrschaft des Volkes. Über die Menschen.

Das beschriebene Grundproblem der Demokratie wird in den Darstellungen, was Demokratie ist oder ausmacht, mitunter direkt sichtbar. In einem Buch für Kinder und Jugendliche,⁸⁵ gefüllt mit Beiträgen des Bundeskanzlers, des Bundespräsidenten und anderer Prominenz, also fast eine offizielle Regierungspropaganda, steht: „Wer bestimmt, was getan wird? Das entscheiden in einer Demokratie die Menschen in einer Stadt oder in einem Staat selbst. Der Staat steht nicht über den Menschen, sondern der Staat ist die Gemeinschaft aller Menschen.“ Klingt gut. Doch schon der nächste Satz irritiert: „Und wie der Staat funktioniert, dafür haben die Bürger und Bürgerinnen sich ein Verfahren ausgedacht. Bestimmen soll eine Regierung.“ Welche Bürgis könnten hier gemeint sein, die sich da was ausgedacht haben sollen? In der BRD und für das wiedervereinigte Deutschland hat nie eine Volksabstimmung über eine Verfassung stattgefunden – und damit auch nicht darüber, wie die Regierungsform aussehen soll.⁸⁶

Nur fünf Zeilen später kippt diese Unklarheit in einen offenen Widerspruch: „Politik bedeutet deshalb auch, sich darum zu bemühen, die Macht zu erlangen, um die

Gemeinsam für alle! In einer Demokratie entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, keine einzelne Person. Und in einer Demokratie sind alle Menschen frei und haben dieselben Rechte.

Gesetze allein reichen wohl nicht aus, um den gesellschaftlichen Frieden dauerhaft zu bewahren, da sie ohne eine stets übergeordnete allmächtige Instanz, welche die Einhaltung dieser Gesetze überwacht und ihre Missachtung mit unterschiedlich harten Strafen belegt, nicht furchteinflößend und wirkungsvoll genug sind, damit sich eine große Anzahl an individuellen Menschen auch tatsächlich gemeinsam an ihnen halten.

Werden die allgemeingültigen Gesetze jedoch durch eine höhere Instanz kontinuierlich, sowie konsequent durchgesetzt und überwacht, besteht zwischen den einzelnen, oftmals sehr unterschiedlichen Bürgern der jeweiligen Gesellschaft, kein tatsächlicher Anlass mehr zur Furcht. Dadurch bietet diese für die Gesellschaft stets übergeordnete Instanz Schutz, sowie Sicherheit und gewährleistet eine Umsetzung der eigenen Interessen und Wünsche innerhalb des für Jedermann und jeder Frau gleichermaßen geltenden vorgegebenen Rahmens.



Aus Dennis Hans Ladener (2021): „Demokratie?“ (BoD, S. 13f)

Das kleine Buch mit großen Buchstaben fügt mehrere Bausteine aneinander, in denen verschiedene Staatsformen vorgestellt werden, die theoretisch möglich wären bzw. tatsächlich vorkommen (mit Listen der Länder, in denen sie vorkommen). Hinzu kommen Auszüge aus dem Grundgesetz und eine Chronologie der Geschehnisse auf dem Weg in die Diktatur, die allerdings keine Analysen bieten, sondern vor allem einzelne Ereignisse mit gängigen Verschwörungsideologien vermischen. Der Autor stellt sich selbst als Philosoph vor. Davon ist in den Buch wenig zu spüren. Die Fakten und Fakes sind weitgehend unkommentiert und zusammenhanglos aneinandergehängt.

¹ Aus den Informationen zur politischen Bildung (izpb der Bundeszentrale für politische Bildung) Nr. 361 (4/2024, S. 9, URL: <https://bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/558369/demokratie/>)

² Quelle laut Wikipedia: George Orwell (1975), „Politics and the English Language“

³ Aus der Definition von „Demokratie“ in: Klaus, Georg/Buhr, Manfred (1975), „Philosophisches Wörterbuch“, VEB Bibliographisches Institut Leipzig (S. 256 f.)

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Demos>

⁵ Bericht „Trump will Staatsangehörigkeit durch Geburt abschaffen“, in: FR am 21.1.2025 (URL: <https://fr.de/politik/aus-fuer-staatsangehoerigkeit-durch-geburt-experten-zerlegen-trump-plan-zr-93527009.html>)

⁶ <https://santiago.diplo.de/cl-de/service/1210354-1210354>, abgerufen am 2.2.2025

⁷ <https://hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/v/volk-nation.html> (gleichlautend auch im Onlinelexikon der Bundeszentrale für politische Bildung)

eigenen Vorstellungen vom Ziel des Handelns durchzusetzen.“ Ein Paradoxon: Demokratie wurde von den Menschen irgendwie selbst erschaffen, die entscheiden (erneut: irgendwie) weiterhin. Tatsächlich wird die Politik aber nur von einigen gemacht, die ihre „eigenen Vorstellungen ... durchsetzen“. Klingt am Anfang schön und am Ende sehr ehrlich nach „von oben nach unten“, im eigenen Interesse und völlig losgelöst von den Menschen.

Dass eine solche Lügengeschichte funktioniert, liegt vor allem daran, dass sich die meisten Menschen aus Desinteresse oder, weil sie nach erfolglosen Mitspracheversuchen in Lethargie verfallen sind, widerstandslos in ihr Schicksal ergeben, während sich andere, die das Drama noch erkennen, aus ihren Zwängen nicht befreien können oder wollen. Alexis de Tocqueville sah „eine zahllose Menge einander ähnlicher und gleicher Menschen, die sich ohne Unterlaß um sich selbst bewegen, um sich kleine und vulgäre Freuden zu verschaffen, die ihre Seele ausfüllen. Jeder von ihnen sondert sich ab und verhält sich dem Schicksal aller anderen gegenüber wie ein Fremder.“ Den behütenden Staat über dieser Menge bezeichnete er als „ungeheure Vormundschaftsgewalt“ mit vielen Aufgaben. „Sie sorgt für ihre Sicherheit, sieht ihre Bedürfnisse voraus und sichert sie, fördert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Angelegenheiten, leitet ihre Arbeit, regelt ihre Nachfolge, verteilt ihre Erbschaften“. Sarkastisch fragt er, ob der Staat nicht gleich „völlig die Last zu denken und die Mühe zu leben abnehmen“ könne.⁸⁷

Begleitet wird diese passive Hinnahme des für die Einzelnen auch tatsächlich weitgehend Unabwendbaren mit dem propagandistisch erzeugten Glauben an die Notwendigkeit kollektiver Entscheidungen und der Kontrolle, dass diese auch eingehalten werden. „Jede Community, egal wie heterogen sie ist, muss sich darauf einigen, wie sie zu kollektiv verbindlichen und akzeptierten Entscheidungen kommt. Ohne solche Vereinbarungen ist sie zum Scheitern verurteilt und würde in ständigem Streit und Chaos leben.“⁸⁸

Für eine Veränderung, die mehr ist als Reparieren und Greenwashing innerhalb des Systems, kommt es entscheidend darauf an, den Unterschied zwischen Volk und Bevölkerung, zwischen der zur Einheit erklärten Masse und der Vielfalt der Unterschiedlichen zu begreifen und begreifbar zu machen. Emanzipatorische Politik geschieht für die Menschen und ihre freien Zusammenschlüsse, in denen sie ihre Eigenarten nicht verlieren, sondern in der Unterschiedlichkeit kooperieren und kommunizieren. Wer Politik für das Volk verspricht, tarnt hingegen in der Regel nur die eigenen Ideologien, Interessen und/oder Privilegien.

-
- ⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Attische_Demokratie (Gendern hier nicht nötig, da Frauen keine Bürgerrechte zukamen.)
- ⁹ <https://deutschlandfunk.de/usa-wahlen-straftaeter-wahlrecht-trump-rassismus-100.html#Anzahl>
- ¹⁰ <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/volk>
- ¹¹ https://gesetze-im-internet.de/stag/_4.html
- ¹² https://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Jacques_Rousseau
- ¹³ Jean-Jacques Rousseau (o.J.), „Der Gesellschaftsvertrag oder Die Grundsätze des Staatsrechtes“ Leipzig (S. 139)
- ¹⁴ Brigitte Geißel (2024), „Demokratie als Selbst-Regieren“, Barbara Budrich in Opladen
Das zunächst in englischer Sprache erschienene und neben der Druckfassung komplett kostenfrei im Open Access als PDF-Datei erhältliche Buch ist mehr ein Aufruf denn ein wissenschaftliches Werk. Das macht schon die Sprache deutlich, denn die Autorin appelliert immer wieder in der Ich-Form an die Lesenden oder stellt Vorschläge bzw. Analysen als eigene Sichtweise dar. Die mitunter den Lesefluss etwas störenden Bezüge auf das eigene Handeln zeigen die Subjektivität des Textes – und das ist dann wiederum eine angenehme Ehrlichkeit. Hier wird nicht pseudowissenschaftlich argumentiert, sondern aus vielen Quellen, eigenen Erfahrungen und Forschungen für eine Radikalisierung von Beteiligung bis zum „Selbst-Regieren“ geworben. Die Autorin wagt dabei aber nicht, ihre Vorschläge als über die Demokratie hinausweisend zu bezeichnen, obwohl sie das zu großen Teilen sind. Die fehlende Auseinandersetzung mit zum Beispiel anarchistischen Theorien ist denn auch der größte weiße Fleck in der anregenden Veröffentlichung.
- ¹⁵ https://gesetze-im-internet.de/gg/art_20.html
- ¹⁶ Zitiert in Michael Maurer „Der unkonventionelle Wilhelm von Humboldt“, URL: <https://forschung-und-lehre.de/zeitfragen/der-unkonventionelle-wilhelm-von-humboldt-188>
- ¹⁷ <https://de.richarddawkins.net/articles/wer-hat-gott-erschaffen>
- ¹⁸ Zitiert nach „Das Konzept der ‚Formierten Gesellschaft‘ nach Ludwig Erhard (Ausarbeitung der Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, WD 1 - 3000 - 016/19)
- ¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentarischer_Rat
- ²⁰ <https://unric.org/de/charta/>
- ²¹ Mitschnitt unter <https://youtu.be/ehvUQrDdyU>
- ²² <http://politikwissen.de/lexikon/demokratie.html>
- ²³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Demos>
- ²⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Volk>
- ²⁵ Niklas Luhmann (2000), „Die Politik der Gesellschaft“, herausgegeben von André Kieserling, Suhrkamp in Frankfurt am Main (zitiert nach <https://de.wikipedia.org/wiki/Volk>)
- ²⁶ Norbert Wohlfahrt (2024), „Wehrhafte Demokratie: Der innere Gegner“, in: Junge Welt am 25.11.2024 (S. 12), URL: <https://jungewelt.de/artikel/488534.wehrhafte-demokratie-der-innere-gegner.html>
- ²⁷ [https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Assoziation_\(Kommunismus_und_Anarchismus\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Assoziation_(Kommunismus_und_Anarchismus))
- ²⁸ https://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/texte9.pdf
- ²⁹ Unsere Zeit vom 8.11.2024, URL: <https://unsere-zeit.de/nur-das-volk-rettet-das-volk-4797786/>
- ³⁰ Aus dem Grußwort zum „Bürgerrat Demokratie“
- ³¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Volk>
- ³² Zu verschiedenen Mythen über Deutschland: <https://brd.siehe.website>
- ³³ Bruno Kern (2024), „Industrielle Abrüstung jetzt! Abschied von der Technik-Illusion“, Metropolis in Marburg (S. 193f)
- ³⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Cancel_Culture
- ³⁵ Gießener Allgemeine am 12.5.2025 (<https://giessener-allgemeine.de/giessen/wir-sind-die-demokratie-93726649.html>)
- ³⁶ https://gesetze-im-internet.de/vwgo/_117.html
- ³⁷ <https://bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw21-de-aktuelle-stunde-rechtsstaat-1075206>
- ³⁸ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17/340
- ³⁹ Rede auf dem Antikriegstag des DGB in Frankfurt, dokumentiert in der FR vom 3.9.2003 (S. 7)
- ⁴⁰ <https://spiegel.de/wissenschaft/mensch/schwarmintelligenz-gemeinsam-sind-wir-duemmer-a-762837.html>
- ⁴¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Konformit%C3%A4tsexperiment_von_Asch
- ⁴² [https://de.wikipedia.org/wiki/Das_Experiment_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Das_Experiment_(Film))
- ⁴³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Stanford-Prison-Experiment>
- ⁴⁴ <https://transfermarkt.de/bundesliga/transferekkorde/wettbewerb/L1>

-
- ⁴⁵ Elias Canetti (1980), „Masse und Macht“, Fischer in Frankfurt (S. 10 und 15)
- ⁴⁶ Peter Furth (2015), „Massendemokratie“, Landt in Berlin (S. 58)
Das Buch enthält vier Texte von Peter Furth, zwei sehr ähnliche zur Massendemokratie sowie je einer zu Massenmedien und zur Political Correctness. Die Beschreibung von Masseneffekten steht im Mittelpunkt, wobei sich der Autor vielfach auf Panajotis Kondylis bezieht. Das den Furth-Texten vorangestellte Einleitungskapitel von Frank Böckelmann https://de.wikipedia.org/wiki/Frank_B%C3%B6ckelmann) versucht eine Zusammenfassung aller Furth-Texte, fällt dabei aber so lang aus, dass sich fast gleich das Lesen der Originale lohnt.
- ⁴⁷ Len Fisher (2010): "Schwarmintelligenz", Eichborn in Frankfurt (S. 85 f.)
[https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Welle_\(Roman\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Welle_(Roman))
- ⁴⁸ Eindrücklich dokumentiert im Film „Der gewöhnliche Faschismus“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Der_gew%C3%B6hnliche_Faschismus)
Beschreibender Bericht „Entlarven, ohne zu mystifizieren“, in: Junge Welt am 30.4.2025 (<https://jungewelt.de/artikel/499277.dokumentarfilm-entlarven-ohne-zu-mystifizieren.html>)
- ⁵⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/The_Third_Wave
- ⁵¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Erfindung_des_Radios
- ⁵² Peter Furth (2015, S. 108)
- ⁵³ https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_des_Internets
- ⁵⁴ Rother Baron (2024, S. 53)
- ⁵⁵ Siehe oben die aufgezählten drei Kategorien aus dem Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ (auch auf: <https://menschen-in-massen.siehe.website>)
- ⁵⁶ Urteil des Amtsgerichts Gießen am 29.5.2024 (Az. 501 Js 10439/23, Verurteilung wegen einer Demo mit Anklebeaktion der Letzten Generation
- ⁵⁷ FR, 23.9.2005 (S. 3)
- ⁵⁸ Vorländer, Hans: "Demokratie - die beste Herrschaftsform " in: Informationen zur politischen Bildung 284 (S. 57)
- ⁵⁹ Sahra Wagenknecht, Linke-Vizefraktionschefin im Bundestag, im Juni 2013 im HR
- ⁶⁰ Zitiert nach Junge Welt, 25.9.2021 (S. 3)
- ⁶¹ Aus einem Rundbrief von Mehr Demokratie am 11.6.2021
- ⁶² <https://campact.de/bundestagswahl-wahlhelfer>, abgerufen am 6.1.2025
- ⁶³ Zahlen zur Bevölkerung und zum Wahlergebnis unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2861/umfrage/entwicklung-der-gesamtbevoelkerung-deutschlands>, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3936/umfrage/wahlberechtigte-fuer-die-bundestagswahl-im-jahr-2009> und https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html
- ⁶⁴ Aus "Ideologien über Konsum und Konsument in der Marktwirtschaft". in: Gegenstandspunkt 2/2010 (S. 67ff)
- ⁶⁵ Interview in der SZ, 25.3.2014 (S. 25)
- ⁶⁶ <https://deutsche-geschichte.siehe.website>
- ⁶⁷ <https://geo.de/mitmachen/frage-des-tages/frage-des-tages-221016-bis-wann-galt-homosexualitaet-bei-der-30201570.html>
- ⁶⁸ <https://deutschlandfunk.de/radiolexikon-hysterie-100.html>
- ⁶⁹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/schwarzfahren-straftat-ordnungswidrigkeit-paragraf265a-gefaengnis-freiheitsfonds-100.html>
- ⁷⁰ <https://swp-berlin.org/10.18449/2019A16/>
- ⁷¹ Elias Canetti (1980, S. 19)
- ⁷² Thematisiert im Hirnstupser auf https://youtu.be/fJCvg_8HOEE und <https://afd.siehe.website>
- ⁷³ Internetseite nicht mehr erreichbar, aber im Webarchiv aufzufinden unter <https://web.archive.org/web/20240620062938/https://www.piratenpartei.berlin/foobar/die-piratenpartei-und-die-schwarmintelligenz/>
- ⁷⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Kollektive_Intelligenz
- ⁷⁵ Mehrere Quellen, u.a. <https://gerald-moser.at/2022/01/21/der-zehnte-mann/>
- ⁷⁶ <https://mzes.uni-mannheim.de/d7/en/news/press-releases/steigende-mieten-und-ihre-politische-dimension-sozial-schwachere-in-ballungsraumen-wenden-sich-der-afd-zu>
- ⁷⁷ <https://duden.de/rechtschreibung/Populismus>
- ⁷⁸ Marten van den Berg (2020, S. 46)

⁷⁹ Marten van den Berg (2020), „Demokratie?!“, BoD in Norderstedt (S. 41)

Das kleine Büchlein will „wegweisende Gedanken zu einer neuen Demokratie“ (Untertitel) vermitteln. Das gelingt in den knapp gehaltenen, teilweise thesenförmig präsentierten Kritiken und Vorschlägen auch, wobei die Kritik im Wesentlichen eine Zusammenfassung des allzu Bekannten darstellt. Die Vorschläge umfassen vor allem partizipative Ideen einschließlich einem starken Plädoyer für das Lösen repräsentativ zusammengesetzter Gremien.

⁸⁰ Jan Ludwig (2024, S. 193)

⁸¹ Anthony Clifford Grayling, „Die Demokratie zerstört sich selbst“, in: Tagesspiegel am 22.11.2016, URL: <https://zeit.de/politik/ausland/2016-11/rechtspopulismus-demokratie-donald-trump-brexit-ungleichheit>

⁸² Rother Baron (2024, S. 89)

⁸³ Hannes Soltau, „Der Ruf nach Meinungsfreiheit verschleiert die Machtverhältnisse“, in: Tagesspiegel am 9.7.2020, URL: <https://tagesspiegel.de/kultur/autoren-warren-vor-zensur-66in-den-usa-der-ruf-nach-meinungsfreiheit-verschleiert-diemachtverhaeltnisse/25991236.html>

⁸⁴ Diese Formulierung wird so oder ähnlich in einem Großteil der demokratischen Literatur verwendet, z.B. „In einer Demokratie herrscht das Volk durch das Volk für das Volk“ bei Ulrich Wickert (2024), „Wir haben die Macht“, Carlsen in Hamburg (S. 84)

⁸⁵ Ulrich Wickert (2024), „Wir haben die Macht“, Carlsen in Hamburg (S. 12f)

Ein schönes Buch, anregend aufgemacht und gespickt mit Beiträgen aus Politik, SocialMedia, politischen Bewegungen und Medien, dazu Zitaten aus Vergangenheit und Gegenwart sowie vielen kurzen Erklärtexten zu Begriffen, Gremien und Verfahren im demokratischen Rechtsstaat. Wer aufmerksam liest, entdeckt in den Texten etliche Widersprüche zwischen Beschreibungen der Ideale und der Praxis aktueller Politik. „Beim Teilen des Kuchens muss jeder das Gleiche bekommen. Das ist gerecht“, steht auf Seite 36. Die Realität: Immer größerer Abstand zwischen Armen und Reichen in Deutschland und weltweit. Dann auf Seite 94: „Die wichtigste Aufgabe der Menschen heute lautet: Rettet die Natur! Denn davon hängt die Zukunft der Menschheit und die Zukunft der Umwelt ab.“ Die reale Politik sorgt sich aber vor allem um Profite der Konzerne, weltweiten Zugang zu Rohstoffen, weiteren Ausbau von Straßen usw. Eine Auflösung dieser Widersprüche oder auch nur ein Hinweis auf sie fehlt im Buch. Das ist daher hübsch, informativ, aber irgendwie ziemlich naiv.

⁸⁶ Nur die DDR-Regierung ließ am 6. April 1968 über ihren Verfassungsentwurf abstimmen, aber ausgerechnet diese Verfassung wird im heutigen Deutschland als rechtlich nicht gültig betrachtet. Die damaligen DDR-Bewohner hatten aber auch weder Alternativen zur Auswahl noch die Aussicht, durch ein Nein wirklichen Einfluss ausüben zu können.

⁸⁷ Alexis de Tocqueville, „Über die Demokratie in Amerika“ (zitiert nach <https://holbachinstitut.wordpress.com/tag/depotie>)

⁸⁸ Brigitte Geißel (2024, S. 56)

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Diskursveränderung am Beispiel des CDU-Parteiprogramms: Ahlener Programm von 1947 (oben) und 2024 (unten), <https://grundsatzprogramm-cdu.de/grundsatzprogramm>)

Wir stehen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Wir wollen eine Wachstumsagenda mit einer attraktiven Unternehmensteuer, schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und Regulierung sowie mehr Zukunftsinvestitionen.

Teil 2

Demokratischer Alltag

Aus den Konstruktionsfehlern demokratischer Systeme, sowohl den spezifischen der Volks-Herrschaft als auch den allgemeinen aller hierarchischen Systeme, ergeben sich praktische Probleme, die spürbar sind, die belasten, aber die in der demokratischen Propaganda stets äußeren Einflüssen angelastet werden. Die Demokratie inszeniert sich als Opfer dessen, was tatsächlich durch sie selbst entsteht.

Diskurse: „Software“ der Massen

Wie viele Geschlechter gibt es – und was zeichnet diese aus? Sind Fremde gefährlicher als Freundis? Nimmt die Kriminalität in der Gesellschaft zu? Ist Wirtschaftswachstum wichtig? Bedroht uns die Migration? Und wer ist eigentlich uns?

Kein Gesetz gibt vor, was wir über diese Fragen denken und wie wir sie beantworten. Wir können, formal betrachtet, unseren eigenen, freien Willen bilden. Aber irgendwie scheint es einen unsichtbaren Zwang zu geben, in eine gleiche Richtung zu ticken. Wie sonst ließe sich erklären, dass noch vor wenigen Jahrzehnten fast alle Menschen auf die Frage nach der Anzahl von Geschlechtern „zwei“ geantwortet und ohne Bedenken den Kategorien Mann und Frau bestimmte Eigenschaften zugewiesen hätten – jetzt aber ganz viele das nicht mehr tun? Vor zwei Jahrhunderten wurden Menschen mit dunkler Hautfarbe als oder wie Tiere in Hagenbecks Zoo gesperrt, begafft von anderen, aber hellhäutigen Wesen, die vermeintlich allein die Menschheit darstellten. Als das endete, blieb die Einteilung in „Rassen“ der Normalfall. Von Politik über Medien und Wissenschaft bis zu den Stamm-tischen zog sich ein scheinbares Wissen darum, welche „Rassen“ welche Eigenschaften haben, wie und warum sie unter- oder hochentwickelt, überlegen oder gefährlich sind. Heute ist vieles davon erledigt, sogar die grundlegende Idee, dass es „Rassen“ gibt, wird nur noch selten öffentlich vertreten – mit Tendenz zum gänzlichen Verschwinden. Das alles passiert ohne formalen Zwang, aber doch irgendwie gleichgeschaltet. Offenbar gibt es etwas, was stark beeinflusst, aber nicht direkt greifbar ist.

Foucault nannte es „Diskurse“. Grob vereinfacht meinte er damit das, unter anderem in der Sprache aufscheinende Verständnis von Wirklichkeit einer jeweiligen Kultur oder Epoche. Die Regeln des Diskurses definieren für einen bestimmten Zusammenhang oder ein bestimmtes Wissensgebiet, was sagbar ist, was gesagt werden soll, was nicht gesagt werden darf und von wem es wann in welcher Form gesagt werden darf.¹ Diskurs meint also die allgemeine Denkkultur. Zeitgeist und

Folgt man dem französischen Philosophen Cornelius Castoriadis, dann hat keine Formel die Essenz der Demokratie besser erfaßt als edoxe te boule kai to demo („Es erscheint Rat und Volk gut“). Diese Formel wurde von den Athenern allen Gesetzen, die sie erließen und die sie befolgt haben wollten als Routinepräambel vorangestellt. „Erscheint gut“ – und nicht „ist gut“.

Aus Werner A. Perger und Thomas Assheuer (2000, S. 28)

*Der allgemeine consensus (über Spielregeln, Wertkodifikationen, nationale Interessen und Freiheitsideen), von dem immer wieder als von der unerschütterlichen und unverzichtbaren Grundlage der Offenheit westlicher Gesellschaften und westlicher Staaten gesprochen wird, erweist sich letzten Endes als Grundfeste des politischen Staates und als hartes Mittel einer geschlossenen „sozialen Kontrolle“: er hebt die Offenheit der Gesellschaft wieder auf**. Er kriminalisiert die mögliche Zustimmung der Massen zu einer konkreten Emanzipation, zu einer Ausweitung der Demokratie, zu einer Veränderung auch der Wertmaßstäbe und macht daraus einen Anschlag gegen Demokratie und Freiheit.*

*** „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ – ein rationaler Satz, wenn nicht sinnigerweise die Feinde der Freiheit bestimmt und gerichtlich anerkannt würden durch die Vertreter der Herrschaft.*

Agnoli, Johannes (1967): „Die Transformation der Demokratie“,
Voltaire Verlag in Berlin (S. 83)

Jede Zeit hat ihre Mythen. Sie muss sich ja ausdrücken in ihrer Bezeichnung von Wirklichkeit, mehr noch aber in der Haltung zur Welt. Vermittels ihrer Erzählungen teilt eine Gesellschaft mit, wo sie hinwill.

Felix Bartels in Junge Welt am 1.4.2025 (S. 15)
<https://jungewelt.de/artikel/497197.genderdebatte-not-und-freiheit.html>

Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.

Michel Foucault: „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt 1991 (S. 10 f.)

*Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere.
All animals are equal, but some are more equal than others.*

Aus: Farm der Tiere bzw. (original) „Animal Farm“

Mainstream sind Begriffe ähnlichen Inhalts. Deren Inhalte verbreiten, verstetigen, verstärken und verändern sich über die allgemeine Kommunikation, wabern in den Köpfen aller, schaffen Symbole in Form von Begriffen, Kunst, Kultur, Denkmälern, Kleidung, Märchen- und Filmfiguren und vielem mehr. Sie setzen sich fest in Architektur, Gesetzen, Traditionen und Begriffen. Die Sprache bildet dabei einen zentralen Austragungsort der Diskurse. In allen Wörtern, in Betonung und Kontextualisierung findet sich wieder, wie wir denken, vor allem aber, wie die Gesellschaft, in der wir agieren, so tickt. Schwulsein war lange Zeit ausgegrenzt, ein Schimpfwort, mitunter eine Todesurteil. Heute wird Homosexualität in vielen Kreisen zumindest akzeptiert, manchmal sogar als besonders cool angesehen. Das ist in diesem Fall auch gut so,² schließlich bedeutet die Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten einen emanzipatorischen Fortschritt.

Gesellschaftliche Diskurse sind jedoch nicht immer fortschrittlich-emanzipatorisch. Sie können jede Richtung annehmen, denn aufgrund dessen, dass sie rein geistiger Natur sind (wenn auch beeinflusst von formalen bzw. sichtbaren Erscheinungen), wandeln sie sich ständig. Sie verändern laufend alle Menschen, die in und mit ihnen leben, kommunizieren, abwägen und werten. Ebenso tragen alle Menschen zum Diskurs bei – wenn auch mit sehr unterschiedlicher Wirkungskraft. Diskurse beschreiben somit, was Menschen gemeinsam denken bzw. was der Mainstream der gemeinsam Denkenden ist. Damit liegt der Begriff nahe am Konstrukt des Gemeinwillens, der wiederum synonym mit dem phantasierten Volk verwendet wird. Zudem folgt daraus, dass Diskurse und Populismus stark miteinander verschränkt sind. Beide verbreiten sich über die Köpfe der Einzelnen, die dabei, durch Diskurse sozial geformt oder von populistischen Positionen mitgerissen, eher Resonanzflächen als Gestalter ihrer Gedanken sind. Ähnlich dem Populismus halten auch Diskurse größere Gruppen von Menschen zusammen – und spalten sie. Der Unterschied liegt in der Vereinfachung und der gezielten Inszenierung. Über Einzelereignisse und lautstarke Interpretationen einzelner oder weniger Personen können populistische Positionen sehr schnell Verbreitung finden. Diskurse wirken langfristig, setzen sich fest. Die Sache, die in ihnen verankert ist, wirkt wie ein Naturgesetz oder schlicht als Wahrheit. Diskurse sind träge. In einer Demokratie ist es nicht oder zumindest nicht lange möglich, gegen den herrschenden Diskurs zu regieren. Was die allgemeine Meinung zu etwas ist, setzt sich langfristig auch in der praktischen Politik, also in Gesetzen, Förderprogrammen, Strafzumessungen, Bildungsinhalten, Medienberichten usw. durch. Deshalb sind Diskurse stets eine umkämpfte Sphäre. Diskurse privilegiert beeinflussen zu können, ist eine Form der Herrschaft – mit oder ohne formales Amt. Der Kampf um die Köpfe ist ein zentraler Schauplatz des Ringens um Hegemonie.

Populistische Positionen sind erfolgreicher, wenn sie auf Diskursen, z.B. Fremdenangst oder Vorurteilen gegenüber Frauen, Transmenschen bestimmten Weltan-

Jedes Erziehungssystem ist eine politische Methode, die Aneignung der Diskurse mitsamt ihrem Wissen und ihrer Macht aufrechtzuerhalten oder zu verändern.

Michel Foucault: „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt 1991 (S. 30)

Die Geschichte der Macht bekommt einen triumphalen und erbaulichen Ton mit dem Auftauchen der demokratischen Systeme. Hier werden die Meinung, die Überzeugungen, die Ideen offen als Grundlage der Macht anerkannt. Edward Bernays, eine bedeutende Person der Werbeindustrie, sagte, dass „die eigentliche Idee des demokratischen Prozesses selbst die Freiheit der Überredung und der Werbung sei“, das, was er die Leittechnik des Konsenses nannte. 1928 schrieb er: „Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element in einer demokratischen Gesellschaft.“

Aus José Antonio Marina (2011): „Die Passion der Macht“ (S. 81)

Das Gefährliche ist, dass sich fossile Gewohnheiten so schnell anfühlen wie Rechte oder Ansprüche. Das Mächtigste an einem Privileg ist seine Selbstverständlichkeit, der Moment, in dem das Privileg gar nicht mehr sichtbar ist, weil es längst ein Teil der eigenen Realität, der scheinbaren Normalität geworden ist.

Luisa Neubauer (2025): „Was wäre, wenn wir mutig sind?“
Rowohlt in Hamburg (S. 102)

Ein Buch, mitten aus dem Leben der bekannten Klimaschützerin und ihrer Oma, die von Neubauer immer wieder erwähnt wird als Inspiration und warnende, mitunter auch hoffnungslos gewordene Stimme. Der Ritt durch Erlebnisse, Gespräche und Entdeckungen zeigt die Motive für konsequentes Umweltschutzengagement. Die bei der Autorin oft zu merkende Neigung, sich selbst in den Vordergrund zu spielen und Aktionen vieler als eigene zu nutzen, ist hier kaum zu merken. Das ist angenehm.



Nach außen hin wird allerdings häufig ein Experten- und Wissenschaftsbild vermittelt, das sich auf die rüde Formel bringen lässt: Die Ahnungslosen sollen's Maul halten und machen, was „die“ Wissenschaft ihnen sagt. Und wenn sie ihr Maul nicht halten wollen, dann soll man zumindest versuchen, ihnen das Maul zu verbieten.

Thea Dorn (2024): in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 31)

schauungen oder Berufsgruppen aufsetzen. Sie verschieben umgekehrt die Diskurse, insbesondere dann, wenn die populistischen Positionen lange anhalten und sich dadurch in Handlungsrouinen, Gesetze, Normen und Traditionen einbrennen.

In Diktaturen dominiert eine Person, in Oligarchien stehen Wenige an den Hebeln der Macht. In der Demokratie „herrschen“ vor allem die Diskurse und das, was aus ihnen entsteht. Wer dort die wichtigen Posten einnimmt, temporär in der Politik, dauerhaft in Wirtschaft, Medien usw., wirkt vor allem durch den größeren Einfluss auf die Denkkulturen als andere. „Der Aktivbürger unmittelbar wird angesprochen. Er soll in seinen künftigen politischen EntschlieÙungen durch die Argumente, die er im Parlament hört, beeinflusst werden.“³

Gleichzeitig bleiben auch die Mächtigen getrieben von den Diskursen, die folglich mehr prägen als die Entscheidungsmacht Einzelner. Die gesamte Gesellschaft und damit auch der „demos“ der Demokratie tanzen im Takt der Diskurse. Jeder Blick in die Geschichte oder in aktuelle Sphären der Gesellschaft bestätigt das. So gab es Jahre, in denen sich Jugendkulturen gegen Erwachsene richteten. Es gab Phasen im Feminismus, die Zuordnung zu festen Geschlechtern zu überwinden. Es gab Zeiten mit starker Kritik am Prinzip der Erwerbsarbeit. Es war der Zeitgeist, einfach „hipp“, auf Selbstverwaltung zu setzen oder als „glücklicher Arbeitsloser“ aufzutreten. Wird eine solche Strömung dominant, machen das geföhlt alle, tatsächlich aber vor allem all diejenigen, die öffentlich agieren. Sie erzeugen den dominanten Eindruck, dass es „alle“ sind. „Die“ Bewegung. „Das“ Volk. „Die“ Jugend. „Die“ ...

Doch die Diskurse verändern sich. So lieÙen sich viele FridaysForFuture-Aktive von Erwachsenen ihre Inhalte diktieren („Hört auf die Wissenschaft!“),⁴ Pronomenrunden wurden zum neuen Standard und ein neuer Arbeitsfetischismus entstand. Auch solche neuen Diskurse spiegeln, wie die vorherigen, nicht die mehrheitliche, sondern die dominante Denkkultur. Umfrageergebnisse werden von dieser beeinflusst – und beeinflussen sie umgekehrt auch. Zwar sind Diskurse eben nicht automatisch auch die Meinung der Mehrheit, aber viele Menschen werden statt einer eigenen Meinung die auf sie einwirkenden Diskurse benennen. „Common sense ist Ideologie, die sich weigert, ihre eigene Ideologie zu sehen, ein Zoo, der aufrichtig glaubt, unberührte Natur zu sein.“⁵

Der Einfluss auf Diskurse kann sich verstärken, wenn etwas wissenschaftlich fundiert wirkt. Wer dagegenhält, gilt schnell als uninformat. Viele wagen dann keine Gegenmeinung mehr. Selbst populistische Kreise behaupten oft, es gäbe viele Studien, die ihre Meinung bewiesen. Alle anderen bemühen ohnehin gerne „die Wissenschaft“ oder etwas indirekter „die Faktenlage“. Sie verschweigen dabei, dass Forschung zwar wertvolle Erkenntnisse liefert, aber keineswegs unabhängig ist. Sie lebt von Fördermitteln und ist selbst in Diskursen gefangen.

Wählen schließt den Versuch mit ein, eine demokratische Aristokratie, eine politische Elite hervorzubringen, nachdem die Herrschaft einer ständisch abgehobenen, vererbbaaren Aristokratie in der industriellen Zivilisation ebenso widersinnig und unmöglich geworden ist wie die Erbmonarchie. Die Mitglieder der gewählten Elite der Demokratie können freilich abberufen werden. ... Wahl bedeutet also nicht Delegation von Volksboten, die im Parlament lediglich die Wünsche ihrer Wähler vortragen, sondern enthält eine Vertrauenserklärung an die Gewählten und ihre Fähigkeit, die wahren Interessen des Volkes richtig zu erkennen.

Aus Besson, W./Jasper, G. (1966): "Das Leitbild der modernen Demokratie", Paul List Verlag München (herausgegeben von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, S. 35 ff)

In Deutschland leben wir in einer Demokratie. Das Wort kommt aus dem Altgriechischen von „demos“ - Volk – und „kratos“ – Macht. In einer Demokratie herrscht also das Volk. Das sind ganz schön viele Menschen, in Deutschland ungefähr 82 Millionen! Da würde es ziemlich laut, wenn alle mitreden und sich einigen sollten. Deshalb wählen wir Personen, die für uns Entscheidungen treffen, Regeln aufstellen und durchsetzen: die Politikerinnen und Politiker.



Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021), „Demokratie für Einsteiger“, Carlsen in Hamburg (S. 2)

Ein kleines, bunt bebildertes Büchlein „für zukünftige Wählerinnen und Wähler ab 8, für Eltern und Lehrende“, wie es auf der Rückseite heißt. Demokratie und demokratische Institutionen werden in gut verständlichen, kurzen Texten ebenso erklärt wie Verfahren und Meilensteine der Demokratie in Deutschland. Allerdings ist die Darstellung sehr unkritisch, mitunter beim Versuch, die Demokratie als etwas uneingeschränkt Gutes darzustellen, sogar falsch – zB mit der Behauptung, Hitler hätte die Demokratie außer Kraft gesetzt. Tatsächlich erfolgte seine Ermächtigung zum Diktator „demokratisch“ im Parlament – wenn auch bereits unter massiver Einschüchterung, zum Teil willkürlichen Verhaftungen.

Gewählte Aristokratie

In einer herrschaftsfreien Welt würden alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, Denkkulturen und Diskurse zu beeinflussen. Gesellschaftliche Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten wären allen gleich zugänglich und nicht durch Eigentum bzw. Kapitalbesitz monopolisiert. Sollten doch einzelnen Menschen oder Gruppen aufgrund gesellschaftlicher Notwendigkeiten besondere Funktionen zugeordnet werden müssen, so hätten alle die gleichen Chancen, diese auszufüllen. Lösen, Rotationsverfahren, Transparenz usw. könnten, so gut es geht, die Gefahr der dauerhaften Anhäufung von Macht (über andere) begrenzen.

In demokratischen Systemen sind diese Anforderungen nirgends erfüllt. Die Regeln der Demokratie selbst verhindern dies. So gelten Wahlen als demokratischer Weg, wie Inhabis von Machtpositionen besetzt werden. Sie sind dann Teil der Funktionseliten, die kraft ihres Amtes und den damit verbundenen Möglichkeiten Herrschaft ausüben können. Alle Demokratien tolerieren selbst in zentralen Sphären der Gesellschaft nicht-demokratische Sektoren, in denen Machtpositionen durch Berufung oder Vererbung erworben oder schlicht gekauft werden – so in der gesamten Wirtschaft und den besonders diskursbeeinflussenden Medien.

Bereits diese Toleranz demokratischer Systeme gegenüber dem grundlegenden Sektor der Ökonomie lässt die Frage aufkommen, ob überhaupt davon geredet werden kann, dass ein Land wie Deutschland grundsätzlich dem angebotenen „Ideal“ einer Demokratie gerecht wird. Dafür spricht, dass der Wille, wesentliche Sphären der Gesellschaft der kapitalistischen Logik zu unterwerfen, demokratisch beschlossen wurde und auch heute erkennbar dem demokratischen Willen entspricht, also der dominanten Denkkultur, die – wie gezeigt – nicht aus der Mehrheit stammt, sondern von denen geformt wird, die den Gemeinwillen zu definieren in der Lage sind.

Demokratisch aufgebaut sind nur der als Politik bezeichnete Teil der Gesellschaft und einige Subräume. Allerdings wird selbst dort nur ein Teil der Personen direkt gewählt. Viele, gerade der exekutiv agierenden Politikis werden indirekt von den Gewählten gewählt. Die Wirkung des Wählens ist also auf mehrere Arten beschränkt. Dennoch wird es in der demokratischen Propaganda als das edelste Bürgerrecht beworben. Sie „sind der Schlüssel für eine funktionierende Demokratie“, ja schlicht unersetzbar: „Ohne sie wäre ein demokratisches Regieren nicht möglich“. Menschen sollten wählen gehen, weil „das der wichtigste Hebel ist, den sie haben“. Das geht bis zu der völlig paradoxen Behauptung, „Nichtwählerinnen und Nichtwähler überschätzen, was eine Regierung leisten kann – und sie unterschätzen, wie wichtig ihre Stimme ist.“⁶ Der Autor stellt also selbst fest, dass die Gewählten weniger zu sagen haben, als mensch denkt, es aber dennoch mehr bringen soll, sie zu wählen, als mensch annimmt.

*Nur die Politiker*innen sind in der Lage, die konkurrierenden Interessen innerhalb einer Gesellschaft auszugleichen und im Namen des Volkes zu entscheiden. Dementsprechend wird der Begriff Demokratie als eine Methode zur Auswahl von Vertreter*innen verstanden, wobei Wahlen als beste Methode erachtet werden. Die Bürger*innen sollten ihre Vertreter*innen wählen, aber nicht selbst das Steuer in die Hand nehmen. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob die Strukturen eines politischen Systems die Vorlieben der Bürger*innen widerspiegeln. Bürger*innen müssen von der politischen Elite verwaltet und regiert werden. Politische Willensbildung und Entscheidungsfindung sind Aufgaben der gewählten Politiker*innen, da (angeblich) nur sie über den notwendigen Überblick, die erforderlichen Kompetenzen und das nötige Wissen verfügen.*

Brigitte Geißel (2024, S. 37). Die Autorin beschreibt hier nicht ihre eigene Meinung, sondern gibt die von „repräsentations- und elitenorientierten (Politik-)Wissenschaftler*innen“ wieder.

Es ist zum Beispiel wahrscheinlich, dass die Kinder von Eltern, die Geld für einen Zoobesuch der Kleinen erübrigen können, später bessere Aussichten haben, in eine Körperschaft mit Machtbefugnissen gewählt zu werden oder Sachfragen nach ihren Wünschen entschieden zu sehen, als die Kinder von Mittellosen.

Dietmar Dath (2024): „Hände hoch, ihr habt die Wahl!“, in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 267ff)

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat genau das gleiche Recht darauf, dass die eigenen Interessen von der Politik vertreten werden. Aber die Abgeordneten in den Parlamenten spiegeln die Gesellschaft nicht wider. Zum Beispiel: In Deutschland gibt es ungefähr genauso viele Frauen wie Männer. Im Bundestag aber sitzen doppelt so viele Männer wie Frauen. Deswegen stimmen auch vor allem Männer ab.

Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021, S. 25f)

Das demokratische Prinzip, Ämter durch Wahl und auf Zeit zu vergeben, verwirklicht nicht nur den Anspruch einer Gesellschaft auf Selbstbestimmung (Input). Sie führt auch im Ergebnis zu der praktisch möglichen Bestenauslese (Output). Pointiert gesagt: Demokratische Herrschaft ist die wahre Aristokratie (und keine fingierte oder angemaßte wie bei der Herrschaft eines Geburtsadels).

Aus der Multiplikatorenmappe „Demokratie“, Wochenschau in Frankfurt

Allerdings sind solche (unbewusst) entlarvenden Formulierungen selten. Die Regel bildet eine Glorifizierung des Wählens und seiner Ergebnisse. „Der Bundeskanzler mag das Gesicht der deutschen Politik sein. Das Parlament aber ist das Herz der Demokratie.“⁷ Das klingt nicht mehr nach einem „Gemeinwillen“, der in der Gesellschaft wie von Geisterhand entsteht und dann das Geschehen bestimmt. Das Volk kommt in solchen Beschreibungen als tatsächlicher Akteur nicht mehr vor. Vielmehr gilt es als nötig und richtig, dass das Volk nicht selbst, sondern durch seine Vertretis agiert und regiert.

Das zu verstehen, nimmt der Demokratie bereits viel von ihrem Zauber. Doch die Wirklichkeit ist schlimmer, denn Wählen bedeutet Aussieben, bedeutet mehr Privilegien für die ohnehin Privilegierten. Demokratie wird so zum Verstärker bestehender Ungleichheiten.

Aussieben

Um Ämter, die durch Wahl besetzt werden, entsteht in der Regel ein Konkurrenzkampf. Die Chancen, gewählt zu werden, sind bei den Bewerberis aber entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten sehr unterschiedlich. Die gesellschaftliche Stellung, geprägt durch Gender, Herkunft und Alter, Bildungsgrad und Titel, körperlichen Einschränkungen und Biographie beeinflusst die Reichweite und die Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Die jeweiligen materiellen Möglichkeiten entscheiden über Zeit- und Werberessourcen, die für die Eigenwerbung eingesetzt werden können. Wer reich ist, folglich Zeit und Geld einsetzen kann, in der Folge zudem über gute Kontakte verfügt und dem Sympathiebild einer Gesellschaft entspricht, hat die besten Chancen, gewählt zu werden. „Laut Gesetz sind alle Menschen mit Staatsbürgerschaft politisch ‚gleich‘. In der Realität ist ihr Zugang zur politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung allerdings sehr unterschiedlich. Ressourcenstarke Bürger*innen sind in der Regel stärker involviert und können Politiker*innen leichter beeinflussen.“⁸

Verstärkt wird dieser Effekt durch die in der parlamentarischen Demokratie üblichen, indirekten Wahlen. Zunächst werden durch Parteien Wahllisten bestimmt. Die oben genannten Kriterien fließen hier in einen Vorauswahlprozess ein. Die eigentliche Wahl bedeutet dann im günstigsten Fall noch, aus dieser Vorauswahl dann auswählen zu können. Tatsächlich aber dominiert der Mechanismus, nur noch zwischen den Gesamtangeboten jeweils eine ankreuzen zu können, also die konkreten Personen gar nicht mehr auswählen zu können. So gibt es eine mehrfache Stufung, bei der ohnehin schon Privilegierte aus ihren Reihen die jeweils besonders Privilegierten bestimmen, die dann wiederum die Regierenden bestimmen, von denen sie später die Zustimmungsaufträge erhalten. Das Ergebnis: „Die Vorherrschaft von Akademikern bei den politisch Tätigen macht klar, dass Regie-

Man musste also bereits Verdienste haben, Achtung und Vertrauen ausstrahlen, vornehm sein, man musste bereits anders, besser, vortrefflicher sein als der Rest. Das repräsentative System war vielleicht demokratisch aufgrund seines Wahlrechts, doch es war von Anfang an auch aristokratisch aufgrund seiner Art der Rekrutierung: Jeder durfte wählen, aber die Vorauswahl war schon zugunsten der Elite erfolgt.

Aus: David Van Reybrouck (2016): „Gegen Wahlen“, Wallstein Verlag in Göttingen (S. 94)

An Wahlenden sieht es in der Politik oft so aus wie nach einem Fußballspiel. Das liegt in der Natur der Sache, denn wie im Fußball verliert eine Seite, wenn die andere gewinnt. ...

Auch eine Demokratie folgt Spielregeln. Eine der einfachsten Regeln lautet: Wer verliert, hat eben verloren. Es ist Teil des demokratischen Spiels, dass mal die einen gewinnen und mal die anderen. Wer das zu durchkreuzen versucht, verhält sich undemokratisch.

Jan Ludwig (2024 . S. 98, 177 und 206)

Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich [...] zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben.

Antonio Gramsci (1932): „Die Intellektuellen und die Frage der Hegemonie“
(https://linksjugend-solid.de/wp-content/uploads/2023/01/Reader_Antonio-Gramsci.pdf)

Der Weg an die Spitze eines Rudels ist eine lange Kette von Zweikämpfen rivalisierender Jungtiere, bis zuletzt die entscheidende Auseinandersetzung mit dem bisherigen Anführer zu bestehen ist. Der Weg an die Spitze einer Partei unterscheidet sich davon nur dadurch dass im Tierreich der Stärkste und Durchsetzungswilligste in der Regel auch der am besten geeignete Anführer ist, während in der Demokratie zwar ebenfalls der kampfeslustigste, intriganteste, bissigste Kandidat am Ende ganz oben steht, dass dieser damit jedoch nicht auch zwangsläufig jene Eigenschaften mitbringt, die für eine Politik zum Wohle des Volkes erforderlich wären.

Egon W. Kreutzer (2020, S. 21f)

rung, Parlament und andere demokratische Institutionen alles andere als eine tatsächliche Abbildung (Repräsentanz) der Bevölkerung sind.“⁹ Laut Peter Furth „ist also die sogenannte repräsentative Demokratie keine Volksherrschaft als Selbstherrschaft des Volkes, sondern eine vom Volk aus welchen Gründen immer geduldete Elitenherrschaft“. ¹⁰ Seine Beschreibung trifft zu, auch wenn er den Begriff „Volksherrschaft“ offensichtlich nicht tiefergehend analysiert hat. Denn richtigerweise müsste es „Selbstherrschaft der Menschen“ (oder: der Bevölkerung) heißen. Das Volk sind nicht die Menschen. Es agiert nur durch seine Eliten, daher ist Volksherrschaft synonym für Elitenherrschaft.

Das benannte stufige System des Aussiebens der besonders Privilegierten aus dem Kreis der Privilegierten ist in den demokratischen Staaten abgesichert. Artikel 21 des Grundgesetzes schreibt vor, dass nur an der Demokratie teilnehmen darf, wer nicht nur selbige, sondern auch die Staatsform der BRD gut findet. Auch die „innere Ordnung“ von Parteien wird dort festgelegt. Sie „muss demokratischen Grundsätzen entsprechen“. Wer von Besserem als Nationen und Staaten träumt, ist automatisch verfassungswidrig. Solche Daumenschrauben nennen sich dann „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Nur demokratisch Gesinnte und alle durch die beschriebenen Mechanismen Ausgewählten dürfen in der Demokratie um eine Beteiligung an der Macht buhlen.

Wer will an die Macht?

Hierarchische Systeme ziehen die besonders an, die nicht oder nur zweitrangig Ideen oder Idealen anhängen, sondern konkret Macht ausüben wollen und sich dafür entsprechende Fähigkeiten aneignen. „Bereiche, die verstärkt mit der Ausübung von Macht zu tun haben, sind gerade für Menschen, die gerne Einfluss nehmen wollen, attraktiv. So ist es nachvollziehbar, dass man in der Politik, wie zum Beispiel auch im Management, Personen findet, die mehr als andere Menschen machtorientiert sind.“¹¹ Wahlen sind durch Konkurrenzkämpfe geprägt, was Menschen ohne Machtinstinkt abschreckt. Übrig bleiben vor allem durchsetzungsstarke Kandidatis, die mit der Ausübung von Dominanz keine Probleme haben. Hierarchien züchten sich ihre kleinen Diktatoris selbst heran. Autor Egon W. Kreutzer vergleicht das mit den Rankkämpfen im Rudel und sieht darin „Abgründe der Demokratie, in welcher die Mehrheit der Habenichtse und Fast-Habenichtse nicht in der Lage ist, die Mehrheit der Vertreter der Reichen und Wohlhabenden in den Parlamenten abzuwählen.“¹²

David van Reybrouck meint, das repräsentative Verfahren in Amerika und Frankreich sei wegen des Wählens zwar demokratisch, doch deshalb von Anfang an auch aristokratisch aufgrund der Art der Rekrutierung: Jeder dürfe wählen, aber die Auswahl der Kandidatis erfolge zugunsten privilegierter Personen.¹³

Große Staaten wie Frankreich und England, in denen eine Minderheit Reicher über die Mehrheit Armer herrscht, konnten nach Rousseaus Auffassung keine Republik werden.

Aus Iring Fetscher: „Aus Liebe zur Freiheit“ in: FR am 22.10.2005 (S. 9)

Daß viele Journalisten einen erheblich größeren Einfluß auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit haben als die meisten anderen Menschen, ist ohnehin klar. Daß Wirtschaftsführer mit Hilfe ihres Geldes und wegen ihrer Position nicht nur in der öffentlichen Werbung ein entscheidendes Wort mitsprechen, versteht sich ebenso wie die Tatsache, daß z. B. Professoren einen weitaus 'öffentlicheren' Beruf haben als früher und ihr Einfluß nicht nur aus dem Umgang mit ihren Studenten resultiert. Geistliche beider Konfessionen sind vor allem in der Nachkriegszeit mehr als vordem auch in ihrer meinungsbildenden Funktion beachtet worden; beide Kirchen haben den Zugang zur Öffentlichkeit gesucht und gefunden; ihr 'Öffentlichkeitsauftrag' wird nicht bestritten. Auch Schriftsteller, leitende Beamte, führende Militärs, einflußsuchende Schauspieler wären in diesem Zusammenhang zu nennen. Verbandsvorsitzende, Mitglieder von Parteiführungsstäben, die leitenden Berufspolitiker schließlich haben einen gar nicht mehr zu übersehenden Einfluß. In der Demokratie gibt es, das ist zu folgern, eine 'herrschende Schicht', gibt es im einzelnen nie genau zu fassende Gruppen, deren Angehörige mehr Einfluß als andere haben, weil insgesamt die wichtigen Schalthebel der Willensbildung und des Vollzugs in ihren Händen liegen und sie deswegen über Amt, Macht oder Reputation leichter zueinander Zugang haben als die, die nicht 'dazu' gehören.

Aus Ellwein, Thomas (1967): „Politische Verhaltenslehre“, W. Kohlhammer in Stuttgart (S. 180 ff)

Politische Institutionen sind nicht neutral, für ein Ziel so geeignet wie für ein anderes. Sie selektieren. Sie belohnen die Anpassung, das Sich-Einlassen auf die vorgeschriebenen Regeln, dafür bilden sie allmählich den Berufspolitiker, in der Regel immer noch ein „großer Mann“ und „Hoffnungsträger“ heran. Sie stärken „Expertinnen“, Führergestalten und die Verrechtlichung und Bürokratisierung aller Lebensbereiche (das „Gehäuse der Hörigkeit“).

Aus Johann Bauer: „Direkte gewaltfreie Aktion ...“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 41)

Alle Parlamente demokratischer Staaten weisen ähnliche Ungleichverteilungen der Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht, Berufszugehörigkeit usw. auf. Das fällt oft sehr extrem aus, zum Beispiel „dass in den beiden Kammern des italienischen Parlaments lediglich 2 (zwei) Industriearbeiter sitzen (und damit 31 Prozent aller Arbeitskräfte vertreten), aber 122 Advokaten, 55 Journalisten, 51 Ärzte, 14 Steuerberater und so weiter.“¹⁴

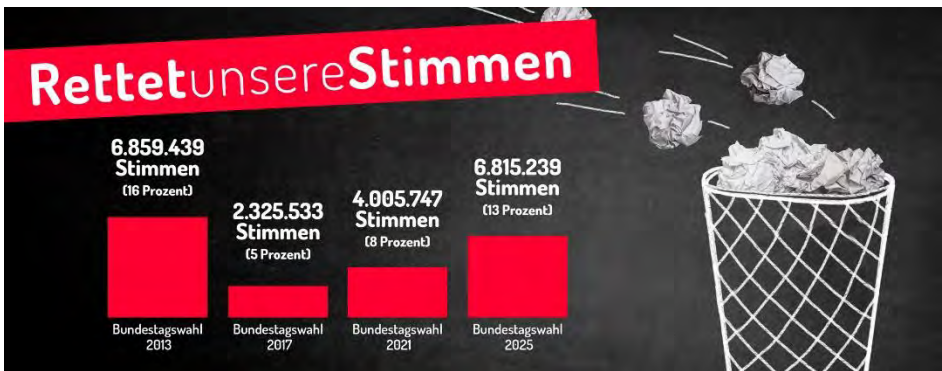
Bei den Wählenden sieht es nicht so viel anders aus. Die Wahlbeteiligung der Bessergestellten ist deutlich höher. Im Ergebnis wählen vor allem Privilegierte aus der von stärker Privilegierten ausgewählten Schar besonders stark Privilegierter die Runde derer, die dann an die Hebel der funktionalen Macht rücken.

In den demokratischen Subräumen herrscht die gleiche Tristesse. Für Führungspositionen in Konzernen, Gewerkschaften, Vereinen, Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen interessieren sich vor allem die Menschen, die Lust auf Führung haben. Die besseren Chancen, gewählt zu werden, haben die Bewerbers, die über Bekanntheit, Titel, materielle Ressourcen, rhetorische und wahltaktische Fähigkeiten verfügen oder mit früheren bzw. noch bestehenden, weiteren Ämtern punkten können. Reine Idealisten gewinnen sehr selten. Das führt in Parteien oft dazu, dass das Führungspersonal deutlich angepasstere Positionen als die Basis vertritt, denn es liebäugelt eher mit Machtoptionen als mit inhaltlicher Standhaftigkeit und beschönigt taktisch die eigenen Leistungen, während Küngeleien um Machtbeteiligung verschleiert werden. Überraschend ist das nicht: Wer ganz oben ankommen will, muss von denen, die vorher dort saßen, gefördert werden – und das über längere Zeiträume, Stufe für Stufe auf der Karriereleiter.

Dem allen stehen auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht nach. Gewerkschaftsspitzen sind bemerkenswert kapitalismusfreundlich und suchen die „Sozialpartnerschaft“¹⁵ mit den Konzernbossen, die sie dafür mit Aufsichtsrats- oder späteren Firmenpöstchen, Sonder- oder platten Bestechungszahlungen verwöhnen. Der Basis gegenüber und auf den alljährlichen 1.-Mai-Reden erklingen radikalere Töne, aber auch das ist eher Verschleierung als ernst gemeint. In anderen Verbänden, ob für Umweltschutz, soziale Ziele oder internationale Solidarität, sieht es nicht besser aus, auch wenn es hier vor allem um Verbandsegoismen (Spenden- und Mitgliederzahlen, Zugang zu Informationen und Machtzirkeln) und eigene Karrieren geht. Der Sprung aus Nichtregierungsorganisationen, die eigentlich unabhängige Aktion, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit machen sollen, in Regierungs- und Verwaltungsposten ist bemerkenswert häufig. Da herrscht offenbar eher Nähe als Konfrontation, auch wenn letztere gerne gegenüber der eigenen Basis oder bei Stellungnahmen an Medien vorgetäuscht wird.¹⁶ Vor allem aber dominiert eine ähnliche Kultur des Handelns von oben herab, in ständigem Abwägen der eigenen Karrierechancen und der Vorteile für die eigene Organisation.

Die zentrale Idee von Demokratie ist, dass die BürgerInnen das Recht haben zu entscheiden, wer regiert.

Martina Zandonella (2019): „Demokratie ist nicht gleich Demokratie“, Informationen zur Politischen Bildung (Wien, Nr. 44, S. 5)



Quelle: Mehr Demokratie

Trotzdem kommt es in Parteien und Organisationen immer wieder zu Kritik an den Führungen, die sich zum Beispiel in Änderungsanträgen bei Parteitage äußert. Solche Abweichungen entstehen in Untereinheiten, die sich eigenständig mit den Abläufen auseinandersetzen. Die Parteitage selbst, auf denen sich dann viele Menschen treffen, sind hingegen gut steuerbar, weil hier die beschriebenen Masseneffekte auftreten. Charismatische Führer versetzen die Masse in ekstatische Zustimmung und können dann den größten Blödsinn sagen, ohne dass der ständige Jubel abreißt.

Als wäre das alles noch nicht genug der Absicherung einer Herrschaft der Privilegierten, gibt es weitere Hürden. In deutschen Bundes- und Landesparlamenten sorgt vor allem die 5-Prozenthürde für eine weitere Auslese derer, die dem Mainstream nahestehen und deshalb große Teile der Bevölkerung zum Abgeben ihrer Stimme animieren können. Das hat erhebliche Wirkung. So entfielen bei der Bundestagswahl 2013 satte 15,69 Prozent der Stimmen auf Parteien, die nicht über die Hürde kamen. Bei der ersten Wahl zum Bundestag 1949 wären es noch deutlich mehr gewesen, allerdings bezog sich die 5-Prozent-Hürde damals auf das Ergebnis in jedem Bundesland. Gleichzeitig reichte ein Direktmandat, so dass am Ende doch mehr Parteien einzogen als eine bundesweite Hürde zugelassen hätte.

Reduzierte Komplexität

Die Spielregeln der Wahlen, nach denen nicht Ideen gewinnen, sondern Personen, fördern den Populismus. Komplexe Politikangebote sind schwierig auf Plakaten, in Wahlwerbespots oder knackigen Parolen darstellbar. Versprechungen, Angstmache und Denunziation haben so zumindest in Wahlkämpfen Hochkonjunktur. Populistische Positionen können sich ausbreiten, was vor allem den hierauf spezialisierten rechten Strömungen Vorteile verschafft. Ihr Führungspersonal kann sich als Retter des Abendlandes inszenieren, das große Aufräumen in der linksgrünver-sifften Welt ankündigen und so ohne großen Aufwand auf primitive Weise billigen Applaus einheimsen.

Aristokratie – früher auch Bestherrschaft – bezeichnet in der Politikwissenschaft die Herrschaft einer kleinen Gruppe besonders befähigter Individuen, wobei die Art der Befähigung nicht näher bestimmt ist. Die ursprüngliche Wortbedeutung ist „Herrschaft der Besten“.

Wikipedia zu Aristokratie

Aus dem Griechischen übersetzt heißt Aristokratie „Herrschaft der Vornehmsten“. Mit Aristokratie wird also eine Staats- und Regierungsform bezeichnet, in der eine bestimmte Gruppe der Gesellschaft die Macht hat.

Aus dem Kinderbildungsprojekt der Bundesregierung auf
<https://hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/a/aristokratie.html>

Gegenwärtig werden wir Zeugen einer merkwürdigen Refeudalisierung, die das Junktim von Kapitalismus und Demokratie zu zerstören droht. Macht und Reichtum ballen sich in den Händen kleiner oligarchischer Cliquen und Tech-Giganten, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen und sich den Versuchen, sie gewissen Regeln zu unterwerfen, immer erfolgreicher entziehen. Gerade erleben wir, wie der reichste Mann der Welt seinen Reichtum und seine Meinungsmacht in politischen Einfluss umsetzt. Perspektivisch soll sich die Welt dem Willen und den Geschäftsinteressen einer handvoll von US-Tech-Konzernen unterordnen. Im nachsozialistischen Russland hat sich für diese Herrschaftsform der Begriff Oligarchie eingebürgert. Nun hält diese auch in den ehemals liberalen Demokratien Einzug. In Österreich hat der Chef der FPÖ und Beinahe-Kanzler Herbert Kickl unlängst – stellvertretend für alle anderen rechten Populisten – erklärt, das Recht habe der Politik zu folgen und nicht die Politik dem Recht. ... Am Ende dieses Prozesses steht eine durch und durch kapitalistische Gesellschaft, die sich als nicht lebbar und lebensfähig erweisen wird. Wenn wir das erkennen, wird es allerdings zu spät sein.

Aus Götz Eisenberg: „Die Unübersichtlichkeit grassiert“,
 in: Gießener Anzeiger am 27.2.2025 (S. 26)
 Junktim = innere Zusammengehörigkeit

Wirtschaftliche Macht, Werbemacht, Medienmacht: Das sind die Hauptquellen der Macht in diesem unserem Land.

Friedrich Neunhöffer, in: Dagmar Everding (1999, S. 163ff)

Aristokratie: Herrschaft der Eliten

In modernen, demokratischen Gesellschaften entstehen Hierarchien über verschiedene Mechanismen. Einer davon sind die Wahlen, andere sind Reichtum, Besitz an Produktionsmitteln, große Reichweite über Medien oder Prominenz anderer Art. Alle werden in Demokratien gefördert oder sogar vorgeschrieben. Oben und unten sind gegenüber Diktaturen oder Monarchien neu verteilt, aber weiterhin vorhanden – und vor allem stabil, da das Prinzip der Wahlen eine Illusion der Veränderbarkeit der Situation erzeugt.

Die Herrschaft auserwählter Kreise heißt Aristokratie. Dabei kommt es nicht darauf an, wie die Auswahl stattgefunden hat. Die Vorherrschaft des Adels in der Vergangenheit war genauso aristokratisch wie heute die Dominanz der Funktions- und Deutungseliten in Demokratien oder der Oligarchen in autoritären Regimes.

Aristokratie ist quasi eine Diktatur mit vielen Spitzen. Die Privilegierten teilen sich die Mittel der Macht. In einigen Punkten konkurrieren sie, können einander unbittlich aus dem Weg räumen, übernehmen (bei Firmen) oder unterwerfen. Doch vor allem weisen die in demokratisch verfassten Aristokratien dominierenden Funktions- und Deutungseliten Verhaltenscodes und -kulturen auf, die einen ausreichenden Zusammenhalt garantieren. Funktions- und Deutungseliten sind sich nicht immer einig, aber der Code ist gleich: Es geht um den Ausbau von Macht und Profit, die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Bedingungen für uneingeschränktes Agieren und die Abgrenzung von den Nicht-Privilegierten. Die Prinzipien „eine Hand wäscht die andere“ und „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“ bilden dabei zwar eine Grundlage, garantieren aber nicht, dass Mensch sicher in den Eliten verharret. Wer herausfällt, sei es durch Abwahl, Skandale oder wirtschaftlichen Ruin, kann schnell ausgestoßen, zerhackt und ersetzt werden.

Die Sphäre moderner Eliten ist daher durchlässig, aber es gelten Verhaltenscodes, die sicherstellen, dass die personellen Veränderungen nicht die Hegemonie derer in Frage stellen, die an den privilegierten Stellen agieren.

Die Funktions- und Deutungseliten spielen sich die Bälle zu. Sie kontrollieren und belauern sich einerseits gegenseitig (im Rahmen der Eliten-Codes), andererseits sorgen sie gemeinsam dafür, dass die Struktur erhalten bleibt. Die parteiliche und die bürgerliche Opposition sind Teil der Funktions- und Deutungseliten. NGOs, die oft als unabhängig-kritische Regierungskontrolle wahrgenommen werden (wollen), sind das genau nicht, sondern Teil der in modernen Gesellschaften tragenden Machtstruktur. Die Chefetagen von Umwelt- und Sozialverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften usw. haben privilegierten Zugang zu Informationen, Presseterminen, Konferenzen, Entscheidungsprozessen usw. Im Bundestagswahlkampf 2025 drückte sich das zum Beispiel so aus, dass sich alle

Nun sind Exekutive, Legislative und Judikative in Deutschland formal zweifellos voneinander getrennt. Es gibt eine Regierung, ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament und ein breit gefächertes System von Gerichten. Allerdings existieren de facto zahlreiche Überschneidungen zwischen den einzelnen Bereichen. So sind die Bundesrichter zwar in ihren Entscheidungen nicht von der Politik abhängig. Da sie jedoch von einem Richterwahlausschuss ernannt werden, der sich aus den Justizministern der Länder und 16 Bundestagsabgeordneten zusammensetzt, kann die Politik durch eine entsprechende Personalauswahl zumindest auf die Entscheidungstendenzen Einfluss nehmen. Dies gilt auch für die Richter am für die Gewaltenteilung besonders wichtigen Bundesverfassungsgericht, die je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Insbesondere die gängige Praxis, das Vorschlagsrecht für die zu besetzenden Richterposten gemäß den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen unter den Parteien aufzuteilen und so die Rechtsprechung gemäß deren Interessen zu beeinflussen, widerspricht dabei dem Geist der Verfassung. Ein Gespür hierfür existiert bei den großen deutschen Parteien offensichtlich nicht. Eher ist das Gegenteil der Fall. So soll die aktuelle Gesetzesnovelle zum Bundesverfassungsgericht die politische Einflussnahme gerade im Grundgesetz verankern, anstatt Exekutive und Judikative sauberer voneinander zu trennen. ...

Auch zwischen Exekutive und Legislative gibt es enge Verbindungen. Das Bindeglied sind auch hier die Parteien, die mit ihren Parlamentsmehrheiten sowohl die Zusammensetzung der Regierung als auch den Gesetzgebungsprozess bestimmen. De facto besorgt sich damit die Exekutive die nötigen Mehrheiten bei dem für die Legislative zuständigen Organ. Beide sind damit so eng miteinander verflochten, dass von einer echten Gewaltenteilung keine Rede sein kann.

Rother Baron (2024): „Demokratie auf dem Prüfstand“, Literaturplanet (S. 9f)

Eines der wichtigsten Merkmale moderner parlamentarischer Systeme ist die Einheit von Parteiführung, Parlaments-Führung und – bei einer Mehrheitspartei – Regierungsspitze. [...]

Genauer bildet der politische Staat das (durchaus klassisch zu nennende) rechtliche Werkzeug, die Massen von politischen Entscheidungen fernzuhalten und politische Herrschaft zum Reservat mehr oder minder geschlossener Gruppen zu machen. [...]

Überall in der westlichen Welt kann - hinter der Fassade verfassungsmäßig ausgewogener Gewalten- und Kompetenztrennungen – eine weitgehende Symbiose der Parlamentsführung mit den Spitzen des Exekutivapparates beobachtet werden, die tendenziell den öffentlich-rechtlichen Bereich überschreitet und sich bis in die Führungsstäbe der Produktionssphäre hinein verlängert – teilweise durch Personalunion.

Agnoli, Johannes (1967): „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 14, 43 und 59)

„demokratischen Parteien im Bundestag auf ein einheitliches Verfahren für die Wahlprüfsteine“ einigten, bei dem diese nur „von einigen wenigen vorab gemeinsam vereinbarten, die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums repräsentierenden Verbänden und Organisationen“ formuliert werden durften.¹⁷

Angesichts dessen ist auch die in Demokratien immer wieder betonte Gewaltenteilung eher Legende. Schon formal ergeben sich schwere Bedenken, werden doch Richtis und Schöffis aus Parlamenten oder von diesen bestimmten Gremien berufen. Viele von ihnen haben Parteibücher, mitunter sogar politische Mandate inne, sind also sowohl in Judikative als auch in der Legislative tätig. Gerichte setzen gewählte Kandidatis, sogar Präsidentis ab, entheben sie ihrer Ämter, auch wenn sie zuvor demokratisch gewählt wurden.¹⁸ Gleichzeitig sitzen in diesen Gerichten oft die von den (vorherigen) Führis ernannte Richtis, wie im Supreme Court der USA, deren Angehörige vom Präsident ernannt und vom Senat bestätigt werden.¹⁹ Und mehr: Gerichte spielen auch gern mal Neben-Legislative, indem sie Gesetze durch eine deren Wortlaut mitunter klar widersprechende Auslegung verändern.²⁰

Noch weniger getrennt sind Exekutive und Legislative. Parlamente bestehen aus Abgeordneten, die unter der Ankündigung, bestimmte Personen zur Regierung zu machen, gewählt wurden. Sie tun dieses entsprechend den eintretenden Mehrheitsverhältnissen und erhalten ab diesem Zeitpunkt Vorlagen von ihrer Führung oder der Regierung, welches oft die gleichen Personen sind. Als reines Stimmvieh dürfen sie alles durchwinken. „Eines der wichtigsten Merkmale moderner parlamentarischer Systeme ist die Einheit von Parteiführung, Parlaments-Führung und – bei einer Mehrheitspartei – Regierungsspitze.“²¹

Hinzu kommen die Drehtüreffekte in den Eliten. Das Personal in den Spitzen von Politik, Wirtschaft und sogenannter Zivilgesellschaft überschreitet bei den Karrieresprüngen immer wieder die Grenzen zwischen diesen, in der Öffentlichkeit als getrennt wahrgenommenen Bereichen. Das fördert Zusammenhalt und Abhängigkeiten – verstärkt durch den Lobbyismus, der Funktions- und Deutungseliten ständig im Kontakt hält und die Drehtüreffekte nach sich zieht. Dieser Kungel zwischen den Akteuris, die unterschiedliche Machthebel bedienen, erhöht die Handlungspotentiale aller Beteiligten ständig weiter, während die Nicht-Privilegierten auf ihre Plätze des Zuschauens verbannt bleiben. Diese Einteilung wird von demokratischen Staaten sorgsam gepflegt. Topjournalistis werden Regierungssprechis.²² Die von Fördermitteln abhängigen Spitzen vieler NGOs erhalten besondere Zugänge zu Informationen und werden an vielen Planungen direkt beteiligt. Oft können sie via Verbandsklagerecht sogar gerichtliche Überprüfungen erreichen, was zwar zu Konkurrenzen und Streitereien innerhalb der Funktions- und Deutungseliten führen kann, deren Bestand aber absichert, weil Protest so kanalisiert und berechenbarer wird. Gefährdet wird das höchstens durch ungeschickte Antagonismen zwischen den Herrschenden. So streben einige konservativen Parteien Beschränkun-

Man könnte endlos fortfahren und dezentralisierte, scheinbar freie und unabhängige Städte aufzählen, die sich schließlich aus einigermaßen demokratischen Gemeinschaften in Aristokratien verwandelten.

Aus Murray Bookchin (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trozdem-Verlag in Grafenau (S. 61)

Das Interesse der Wenigen ist von dem allem das Gegenteil: Großer Abstand zum Volk, sowohl überhaupt als auch in den Einkommen; also niedrige Löhne, hohe Gewinne und Besitzeinkommen. Ein gewisses Maß von Arbeitslosigkeit, um die Untergebenen besser im Griff zu haben. Ein Informationswesen, das das Volk vom Gebrauch seiner Macht abhält, also manipulativ und möglichst entpolitisierend. Und ein Staat, der einem nicht in den Arm fällt.

Friedrich Neunhöffer: „Gedanken zur Machtfrage“,
in: Dagmar Everding u.a. (1999, S. 163ff)

Die Geschichte ist ein Friedhof von Eliten.

Pareto Trattato, zitiert in: Jürgen Gebhardt/
Herfried Münkler (1993): „Bürgerschaft und Herrschaft“, Nomos in Baden-Baden (S. 227)

gen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Eliten an, um die Macht nicht teilen zu müssen. Unter anderem will die CDU das Verbandsklagerecht wieder abschaffen.²³ Letztlich verfolgen Assimilierung und Repression aber das gleiche Ziel: Protest soll eingeebnet werden, dass die Herrschaft der Eliten nicht zu gefährden.

Dass Privilegien auch außerhalb der Regierungen und Wirtschaftsführungen geschätzt werden, zeigt nicht nur das Verhalten von NGOs und Organisationen. Seltensam realitätsentwichen wirken marxistische Konzepte, ausgerechnet durch die Ausbildung einer Avantgarde, die als politische Führung der Arbeitklasse fungiert, die klassenlose Gesellschaft erreichen zu wollen. So verstand Lenin, und mit ihm der spätere Marxismus-Leninismus, die kommunistische Partei als „Avantgarde der Arbeiterklasse“.²⁴

Ob nun Diktatur mit rein der Legitimation dienenden Scheinwahlen oder die im Zuge demokratischer Verfahren entstehende Aristokratie – Herrschaft ist beides. „Reformen werden selten auf der Grundlage der Vorlieben der Bürger*innen ausgewählt, geändert oder abgeschafft. Sie werden ausgewählt, geändert und abgeschafft, wenn Politiker*innen dies wollen. Die Dominanz der repräsentativen Demokratie und das Monopol der Politiker*innen bleiben unangefochten.“²⁵

Fatalerweise wird zwar häufig Kritik an der aristokratischen Realität aller Demokratien erhoben, aber nur selten die Demokratie selbst als Ursache benannt. Stattdessen dominieren Vorschläge für kleine Korrekturen oder Ergänzungen im System, vor allem Ideen für mehr Bürgerbeteiligung. Solange diese nicht mit echten Kompetenzen, also tatsächlichen Umsetzungsmöglichkeiten verbunden ist, macht sie den Eliten keine Probleme. Vielmehr integrieren sie Expertise und potentiellen Protest in rein beratender Funktion. Mitunter ähneln sie sogar eher einer Beschäftigungstherapie als einer Umverteilung von Macht und Möglichkeiten.

Konservative Kritiker an ausgeweiteten Beteiligungsformen verweisen interessanterweise auf die mangelnde Mündigkeit und Informiertheit der breiten Bevölkerung. Sie begehen damit ebenfalls einen logischen Fehler. Denn dieser Mangel an Kompetenz hätte zumindest zum Zeitpunkt des Eintritts von Personen in die Sphären der Macht bzw. dem Aufstieg in die Funktions- und Deutungseliten auch gegolten – oder gilt weiterhin. Da in Politik, Justiz, Polizei, Konzernleitungen usw. auch nur Menschen agieren, gibt es keinen Grund, solche Posten mit Verweis auf irgendwelche menschlichen Schwächen exklusiv in der Hand Weniger zu belassen. Zudem ist es die Existenz von Herrschaft selbst, die die Anwendung von Machtmitteln dann, wenn sie vorhanden sind, auch funktional erscheinen lässt. Hierarchien führen also sogar dazu, dass persönliche Schwächen, insbesondere ein Hang zu Unterdrückung und Ausbeutung, eher praktisch werden. Der Hinweis auf die Schwächen von Menschen spricht also eher gegen Hierarchien als für sie. Die Demokratie würde nur funktionieren, wenn alle Menschen stabil „gut“ sind.

Montesquieu (der mit der Gewaltenteilung) warnte ja, dass Macht dazu einlädt, sie auszunutzen.

Jan Ludwig (2024 , S. 171)

Herrschaftsinstitutionen neigen zur Selbstreproduktion – das scheint mir eine soziologische Binsenweisheit zu sein.

Aus Noam Chomsky (2004): „Eine Anatomie der Macht“, Europa Verlag in Hamburg (S. 283)

Die selbstausslösende Wirkung ist mit der Herrschaft immer verbunden, d.h. Herrschaft ist nicht ohne die Neigung, sie auch zu nutzen, denken oder definieren. Beständige Macht über andere zu haben, ist selbst der Auslöser, diese auch zu gebrauchen. Denn Privilegien aufzubauen und aufrechtzuerhalten, ist oft mit großem Aufwand verbunden – sie dann zu nutzen, senkt hingegen den jeweiligen Aufwand, zumindest kurzfristig und im Einzelfall. Daher fördert die Existenz von Herrschaft deren Anwendung.

Aus den genannten Gründen ist die Theorie, durch Kontrolle die Ausübung von Herrschaft einhegen zu können, sinnlos, denn in der Konsequenz würden bestimmten Menschen neue Privilegien zugebilligt, die ihnen Kontrollmöglichkeiten eröffnen. Wenn aber Herrschaft sich selbst auslöst, so würden diese Privilegien vor allem zur Ausübung von Macht führen - dann unkontrolliert. Konzepte einer humaneren Politik durch Steuerung von oben scheitern an dieser herrschaftsanalytischen Unschärfe schon vom Konzept her. Diese Kritik muss auch an romantische Utopien oder Erwartungshaltungen an freundlicheren (z.B. gewaltfreien) Umgang miteinander gerichtet werden. Es kommt nicht auf die Einstellung der Beteiligten an, sondern auf die Herrschaftsverhältnisse in ihrer Komplexität und Vielfältigkeit. Daraus ergibt sich auch eine Absage an personalisierte Herrschaftskritiken, die z.B. konkreten Personen oder Gruppen aufgrund derer Bösartigkeit die Schuld für die Verhältnisse auf der Welt zuschiebt.



Erläuterung einer These im Büchlein „Herrschaft“ (2013, SeitenHieb in Reiskirchen, 60 S., 3 €, S. 35)

Historisch betrachtet versuchen Staaten, mehr Gewaltmittel zu haben als der Gegner. Und wenn der Punkt kommt, wo man seine Konflikte nicht mehr friedlich lösen kann, dann greift man auch zu den Mitteln der Gewalt.

Ole Nymoen im Interview mit der Jungen Welt am 29.3.2025 (S. 3)

Herrschaft verstärkt sich selbst

Demokratie ist eine Form der Herrschaft. Somit gilt auch für sie, was für alle Formen der Herrschaft gilt: Sie verstärkt sich aus eigener Logik heraus. Der Grund ist einfach. Machtmittel, die vorhanden sind, zu nutzen, ist funktional. Wer Privilegien oder eine Waffe hat, das Gesetz oder die Polizei hinter sich weiß, muss nicht auf Augenhöhe verhandeln. Ob bei der Verteilung von Ressourcen oder dem Einfluss auf Diskurse, herausgehobene Handlungsmöglichkeiten verleiten dazu, sie zu nutzen. Es ist einfach effizient. Aus dem Erleben dieser Effizienz folgt der Wille, diesen Vorsprung abzusichern oder zu vergrößern.

Die realen Abläufe bestätigen das: Die Polizei wird immer weiter aufgerüstet, die Justiz erfindet immer neue Auslegungen bestehender Paragraphen zur Erhöhung von Strafen vor allem gegen politische Proteste. Strafen bei vergleichbaren Delikten werden insgesamt durchschnittlich immer höher und Forderungen bzw. eine Praxis von Vereins- und Parteiverboten, Zensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit greifen um sich. Im Herbst 2024 veränderte die Mehrheit im alten Bundestag die Gesetzgebung zum Bundesverfassungsgericht. Sie entzog die Wahl der Richter teilweise den demokratischen Gremien aus Angst davor, dass das „Volk“ dort hinein die „falschen“ Parteien wählt. Nach der Bundestagswahl 2025 ließen die „Volksparteien“ den alten Bundestag nochmals tagen, um sich mit den alten Mehrheitsverhältnissen riesige Geldmengen zur freien Verfügung zuzuschancen – eine Art Ermächtigungsgesetz für die kommende, damals erst in den Koalitionsverhandlungen befindliche Regierung. Beides war ein Abwehrmechanismus der bürgerlichen Parteien gegen die aufstrebenden Rechtspopulisten, deren Wunsch nach einem Obrigkeitsstaat damit aber einen guten Stück weiter erfüllt wurde. So zeigt sich, dass die Demokratie wie jede andere Herrschaftsform zwecks Eigenabsicherung stets neue und stärkere Machtmittel einführt.

Der sich ständig ausweitende Gebrauch der Machtmittel wird von vielen als Missbrauch wahrgenommen. Die Folge ist ein Ruf nach Kontrolle der Macht bzw. Mächtigen – der nächste, folgenschwere Fehler. Denn jede neu geschaffene Kontrollinstanz bedeutet nur, dass wieder ein Gremium mit noch mehr Machtmitteln geschaffen wird, welches der beschriebenen Tendenz zur Nutzung und zur Verschärfung dieser Mittel unterliegen würde. Das würde erneute Forderungen nach Kontrolle der Kontrolleure nach sich ziehen usw.

These 6 im Büchlein „Herrschaft“ lautet: „Herrschaft löst Herrschaftsausübung aus. Der sogenannte Missbrauch von Herrschaft ist nichts als der Gebrauch seiner Mittel.“ (genauere Erläuterung siehe links)



Demokratie wird mit der Beteiligung der Bürgerinnen an Wahlen gleichgesetzt und im Kern als die Herrschaft der Mehrheit gesehen. So können Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten, wenn nur eine Parlamentsmehrheit sie beschließt, ohne weiteres als demokratisch gelten, was sie nach einem substantzielleren Demokratieverständnis natürlich nicht sind.

Marc Mulia in Dagmar Everding u.a. (1999, S. 69)

Die Verfechter jedes beliebigen Regimes behaupten, es sei eine Demokratie, und befürchten, sie müßten auf den Gebrauch des Wortes verzichten, wenn es auf irgendeine Bedeutung festgelegt würde.

Aus George Orwell:(1975): „Politics and the English Language“ (laut Wikipedia)

*„Das Volk muss vor sich selbst geschützt werden.“
„Umso mehr, wenn's an der Macht ist.“*

Dialog in Ilija Trojanows Roman „Macht und Widerstand“

Demokratie und Menschenrechte

Demokratie und Rechtsstaat werden immer wieder in einem Atemzug genannt, so als würden sie untrennbar zusammengehören, als könne nur ein Rechtsstaat demokratisch sein. Diese Kopplung trifft zwar auf viele demokratische Staaten zu, ist aber nicht zwingend. Erst recht gilt das für die Einhaltung der Menschenrechte.

Daher sei in Erinnerung gerufen: Demokratie ist der Mechanismus der Entscheidungsfindung und Besetzung von Posten, für den eine Abstimmungsgemeinschaft als „demos“ bestimmt wird, welche dann Entscheidungen trifft (direkte Demokratie) oder delegiert (repräsentative Demokratie). Rechtsstaat hingegen meint, dass in einem Land für alle Menschen einschließlich der Mächtigen Gesetze gelten, die das Verhalten regeln. Sind Demokratie und Rechtsstaat verbunden, gelten für das Zustandekommen der Gesetze die Regeln der demokratischen Entscheidungsfindung. Das ist ein schwerfälliger, oft sehr lange dauernder Prozess, weshalb das Recht der gesellschaftlichen Entwicklung meist deutlich hinterher hinkt. Recht und Gesetz sind also eher ein Hemmschuh fortschrittlicher Entwicklung – und Gerichte die Trutzburgen des Gestern. Zudem: Ganz so wichtig scheint manchen Demokratien das Recht auch gar nicht zu sein. Präsident Trump ordnete den Ausstieg der USA aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IGStH) an. Die ebenfalls demokratischen Staaten Indien, Israel und Türkei waren da nie drin.²⁶ Als der IGStH sich mit Verbrechen demokratischer Staaten beschäftigte, verhängten die USA sogar extralegale Sanktionen gegen die dortigen Beschäftigten.²⁷

Auch Monarchien können Rechtsstaaten sein. Dann sind auch die Könige oder andere Führer ans Recht gebunden, werden aber nicht gewählt. Diktaturen sind hingegen keine Rechtsstaaten. Zwar verfügen sie in der Regel ebenfalls über Gesetze, Polizei und Gerichte, aber weder sind die Diktatoren an diese Gesetze gebunden noch kommen sie in demokratischen Verfahren zustande.

Gar keinen direkten Zusammenhang gibt es zwischen Demokratie und Menschenrechten, deren Einhaltung auch in Monarchien möglich ist. Vor allem aber ist unübersehbar, dass Demokratien Menschenrechte mit Füßen treten, wenn es den Inhabern der Macht nützt. Die illegalen Push-Backs an den Außengrenzen der EU, rechtsfreie Räume in Form von Gefangenenlagern (z.B. Guantanamo) oder Abschiebezentren (z.B. in Albanien), die mörderischen Besetzungen im Westjordanland und Nordsyrien, rassistische Polizeigewalt, Armut und Wohnungslosigkeit, ungleiche Bildungschancen – alles Werke demokratischer Staaten einschließlich derer, die von ihnen als besonders gut entwickelt gepriesen werden. Schlimmer noch als auf dem eigenen Territorium ist das Wirken solcher Staaten in anderen Ländern, wo der Kampf um Rohstoffe, Land, Patente und billige Arbeitskräfte zu brutalen Verhaltensweisen, paramilitärischen Aktivitäten, Vertreibung, Mord und Totschlag führt.

Die Geburt der Demokratie ist nicht aus dem Geist des Naturrechts, den Idealen einer universalen Menschlichkeit erfolgt, sondern aus dem Anspruch zunehmend selbstbewusster Bürger, nicht länger Unterworfenen zu sein, aus dem Anspruch, sowohl über die eigene Lebensführung als auch über die Belange des Gemeinwesens selbst zu entscheiden.

Thea Dorn (2024, S. 30)

Bemerkenswert ist, dass es eine auf Fortpflanzungsverbote setzende eugenische Praxis bis 1933 ausschließlich in demokratisch verfassten Staaten gegeben hat, allen voran den USA und der Schweiz ...

Aus Birgit Lulay: „Die frühe Eugenik“ in: GID August 2018 (S. 7)

Im übrigen erklärte Kissinger ausgerechnet anlässlich der wiederholten, für ihn lästigen, Wahlgänge in Chile, die zwischen 1970 und 1973 einen zunehmenden Erfolg der „Unidad popular“ signalisiert hatten, er sehe „überhaupt keinen Grund dafür, weshalb es einem Land gestattet sein müsse, ‚marxistisch zu werden‘, nur weil seine Bevölkerung verantwortungslos ist“.

Aus Luciano Canfora (2008): „Die Freiheit exportieren – vom Bankrott einer Ideologie“, Papyrossa in Köln (S. 70)

Henry Kissinger war US-Außenminister und der Architekt etlicher Putsche und Angriffe auf unerwünschte Regierungen, gleichzeitig aber gerade in Europa und Deutschland recht beliebt. Das Buch von Canfora listet bis 2008 den demokratischen Imperialismus und die Missachtung von Menschenrechten durch diesen auf.

Der Begriff Demokratischer Frieden entstammt der Politikwissenschaft und entwirft die Hypothese, dass Kriege zwischen demokratischen Staaten nicht (bzw. statistisch signifikant seltener als zwischen nichtdemokratischen oder gemischten Staatenpaaren) stattfinden. Die durch empirische Befunde gestützte Theorie wird teilweise auch als das einzige empirische Gesetz der internationalen Beziehungen bezeichnet. Allerdings werden für diese Theorie mögliche Gegenbeispiele oder Ausnahmen angeführt, wie beispielsweise der Kargil-Krieg oder der Libanonkrieg 2006.

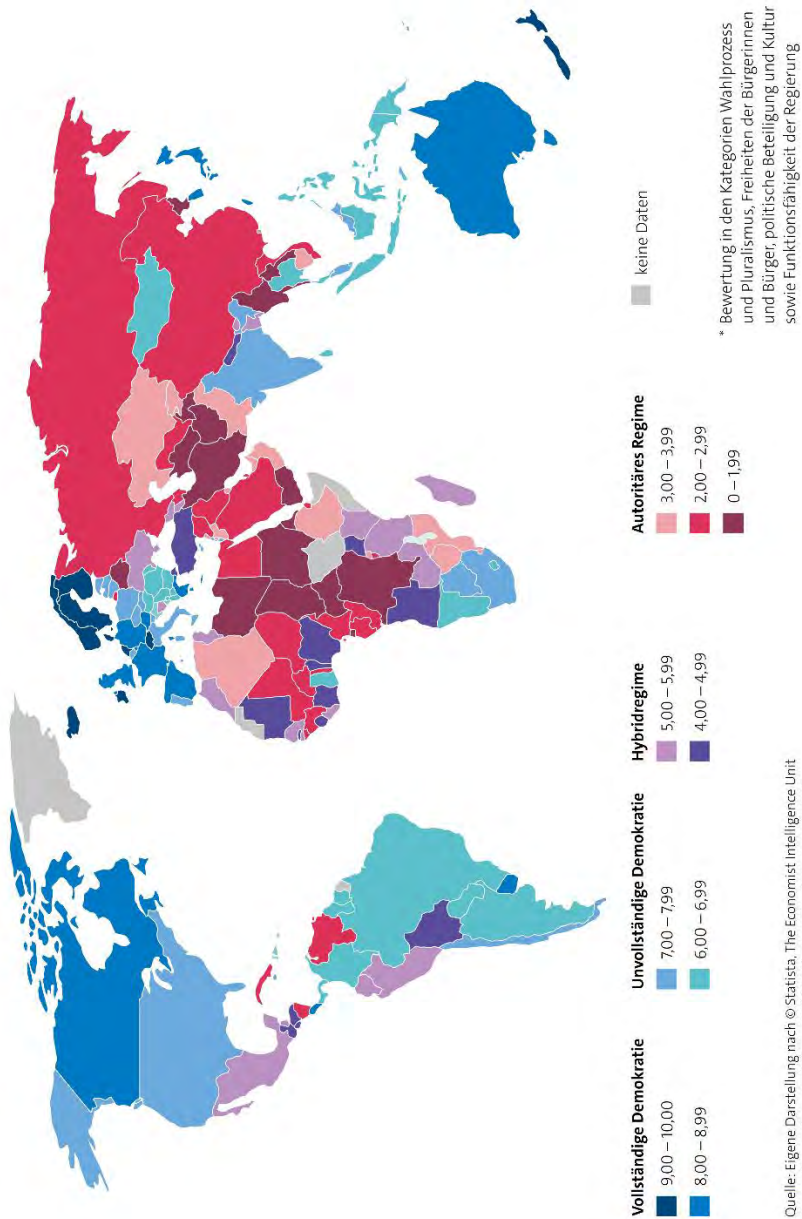
https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Frieden

Die moderne Demokratie ist auch nicht entstanden, um Menschenrechte zu schützen oder die Gleichheit aller herzustellen, sondern sie entwickelte sich im Machtkampf des heranwachsenden Bürgertums mit dem Feudalsystem des Adels. Die unterschieden sich vor allem in der Art, wie die Herrschenden ausgewählt werden, aber nicht in ihrer grundsätzlichen Struktur. Demokratie bedeutet die Herrschaft der Funktions- und Deutungseliten, die sogar weiterhin von ihrer Herkunft aus privilegierten Kreisen profitieren, wenn auch nicht so exklusiv wie früher der Adel. „Die Idee von Menschenrechten war der Antike völlig fremd“ – einschließlich der Orte und Zeiten, die heute als Wiege der Demokratie (Griechenland) oder des Rechtsstaates (römische Republik) gelten.²⁸

Bleibt zu klären, ob es wenigstens anzunehmen ist, dass Demokratien weniger kriegszerstörerisch sind. Der Wahrheitsgehalt lässt sich schnell überprüfen – und fällt nicht gut aus für die Demokratien. Die älteste Verfassungsdemokratie, die USA, führt jede Menge militärische Interventionen gegen fremde Staaten durch – mal allein, mal zusammen mit ihren Verbündeten: Vietnam, Irak (mehrfach), Syrien, Libyen und Serbien wurden in den letzten Jahren direkt bombardiert, gegen Regierungen anderer Staaten wie Chile, Venezuela und Kuba wurden paramilitärische Verbände ausgebildet und in den bewaffneten Kampf geschickt. Frankreich war und ist in mehreren Ländern Afrikas in militärische Auseinandersetzungen verwickelt, Großbritannien versenkte argentinische Kriegsschiffe im Kampf um die Falklandinseln, die Türkei (Präsidialdemokratie) griff Ziele in Syrien und dem Irak an. Im Irak, gegen Serbien und Afghanistan war dann jeweils gleich eine ganze Reihe demokratischer Staaten aktiv, darunter mehrfach auch Deutschland. Indien liefert sich immer wieder tödliche Grenzschießereien mit seinen Nachbarländern. Friedlichere Demokratien? Die Liste autokratischer Kriege ist vermutlich kürzer. Vor dem Hintergrund verwundert es nicht, dass die deutsche Regierung in vielen offiziellen Erklärungen und Propagandavideos den Angriff Russlands auf die Ukraine als ersten Krieg in Europa seit Ende des zweiten Weltkriegs bezeichnete. Da musste einiges vertuscht werden, damit die demokratische Propaganda Gehör findet. Doch ob NATO, Russland oder viele andere Staaten im weltweiten Konkurrenzkampf: Krieg ist ein Mittel des Imperialismus – und das können alle, ob Demokratie oder Diktatur. Der russische Angriffskrieg auf Tschetschenien erfolgte unter Boris Jelzin – in westlicher Lesart also in der demokratischen Phase Russlands.²⁹ Es war der fünfte bewaffnete Einsatz russischer Truppen außerhalb des Landes. Die anderen vier fanden 1991 und 1992 statt, also gleich in den ersten Monaten nach der ersten demokratischen Präsidentenwahl.³⁰

Allein die Theorie vom „Demokratischen Frieden“ scheint wenigstens ein bisschen zu stimmen. Sie besagt, dass „demokratische Staaten gegeneinander keine Kriege führen“³¹ und scheint auf den ersten Blick plausibel. Allerdings hat auch diese Statistik einen Haken. Denn es stellt sich die Frage, wer in kriegszerstörerischen Konflikten

Der Stand der Demokratie
Grad der Demokratie in Ländern weltweit (Democracy Index) 2023*



Weltkarte der Staaten, eingeteilt nach dem Demokratiegrad (Quellenangabe in der Abbildung)

definiert, was eine Demokratie ist? Wenn die westlichen Demokratien, was sie tun, nur die mit ihnen verbündeten, Wahlen durchführenden Staaten als Demokratien betrachten, ist es nicht überraschend, dass diese keine Kriege untereinander führen – sie sind ja Verbündete. Wen auch immer der imperial-demokratische Westen angreift, zunächst wird (neben anderen Schauermärchen) stets festgestellt, dass der Gegner keine Demokratie ist.

Praktische Bedeutung hat der „demokratische Frieden“ auch deshalb kaum, weil sich ja, wie anfangs geschildert, fast alle Staaten der Welt als demokratisch bezeichnen. Daher kommt dieser These wenig Bedeutung zu. Immerhin steht ganz ehrlich auf der Bildungsseite der Regierung, dass die demokratischen Staaten „gegenüber nicht-demokratischen Staaten nicht weniger kriegsgeneigt sind als andere Staaten.“³²

Politik kann man in diesem Land definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung.

Kurt Tucholsky

Das gleichzeitige Aufkommen von Massenproduktion und Massenkonsum durch Menschenmassen leitete die Umwandlung der Massengesellschaft in die Massendemokratie ein und wurde durch drei zentrale Erscheinungen begleitet, die sowohl einzeln als auch komplementär die analytisch-kombinatorische Denkfigur gleichsam inkarnierten. In allen dreien herrscht die Vorstellung von letzten nicht weiter analysierbaren Elementen, die an sich gleichwertig sind und sich auf einer ebenen Fläche miteinander kombinieren, wobei die Dimension der Zeit bzw. der Geschichte kaum eine Rolle spielt und die funktionellen Gesichtspunkte die substantziellen beiseite gestellt haben. Diese Erscheinungen sind die (fortgeschrittene) Arbeitsteilung, die Atomisierung der Gesellschaft und die soziale Mobilität.

Panajotis Kondylis (1991): „Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne“, VCH in Weinheim (S. 191)

Die großen Demokratien zeichnen sich heute weniger durch eine Überschneidung als vielmehr durch eine Verschmelzung von unternehmerischer und staatlicher Macht aus.

Aus Wendy Brown: „Wir sind jetzt alle Demokraten ...“, in: Giorgio Agamben u.a. (2012), „Demokratie?“ (S. 58f)

Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es [...] von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, dass kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.

Lenin (1960, 405), zitiert von Salomon, David (2012): „Demokratie“, PapyRossa in Köln (S. 18)

Demokratie und Kapitalismus

– ein Traumpaar

Die kapitalistische Wirtschaft steht in einem offensichtlichen Widerspruch zu ihrem Versprechen wachsenden Wohlstands für alle Menschen. Ähnlich gilt das für die vermeintlich soziale Marktwirtschaft vieler demokratischen Staaten. Beide schaffen Reichtum für Wenige, zerstören dabei global die Lebensgrundlagen, beuten viele Menschen aus, vertreiben oder töten andere. Große Teile der Menschheit werden in elendige Wohn- und Arbeitsverhältnisse gezwungen. Fast eine Milliarde hat zu wenig zum Essen, obwohl genug Nahrungsmitteln vorhanden sind. Millionen flüchten vor den Verheerungen der Profitsucht, werden aber gerade von den demokratischen Staaten, die wichtigste Verursacher sind, schroff abgewiesen.

Angesichts solcher Schreckensbilder und -nachrichten über Zerstörung und Elend käme es propagandistisch nicht gut, wenn die Demokratie, stets als große Errungenschaft der Menschheit gefeiert, in den Verdacht rücken würde, an diesem Gemetzel beteiligt, mit- oder gar hauptsächlich verursachend zu sein. Also wird kräftig auf die Pauke gehauen, dass die schlimmen Folgen von Ausbeutung und Zerstörung nicht wegen, sondern trotz der tollen Demokratie erfolgen. So behauptete Franz Müntefering als damaliger Bundesvorsitzender der SPD: „Die international forcierten Profitmaximierungsstrategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie.“³³ Die Marxistischen Blätter sehen einen Kampf „Markt gegen die Demokratie“.³⁴ Solche Auffassungen sind weit verbreitet. Aber falsch.

Heiner Geißler, der inzwischen verstorbene ehemalige CDU-Generalsekretär, irrte, als er aussagte: „Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist nicht konsensfähig und zutiefst undemokratisch“.³⁵ Johannes Agnoli vertrat schon viel früher die gegenteilige Meinung und bezeichnete die „westliche Demokratie“ als „zweifelloso die der ‚Marktwirtschaft‘ adäquate Weise öffentlich-rechtlicher Herrschaft“.³⁶ Das ist damit also heute keine neue Erkenntnis. „Die Demokratisierung und die Industrialisierung des Globalen Nordens vollziehen sich also ungefähr zeitgleich“, schreibt Luisa Neubauer und verweist auf den Politologen Timothy Mitchell, der wegen dem offensichtlichen Zusammenhang von „Carbon Democracies“, also Kohlenstoff-Demokratien sprach.³⁷

Demokratie und Kapitalismus passen einfach gut zusammen – und zwar schon immer. Sie „haben eine gemeinsame Geschichte. Der wachstumsgetriebene globale Kapitalismus hat historisch betrachtet zunächst in demokratischen Gesellschaften wie den USA und Großbritannien einen rasanten Aufstieg gefeiert“,³⁸ während umgekehrt die Durchsetzung moderner Gesellschaftsformen jenseits der Herrschaft Einzelner oft liberale Unterstützung fand. Systemverwandt scheint auch, dass die Masse der Menschen die Grundfigur der Demokratie bildet – und Masse

Eine Mehrheit (etwa Zwei-Drittel) der Bundesbürger:innen sagt seit langem bei Meinungsumfragen, dass Einkommen und Vermögen sowie die Steuerzahlungen sehr ungleich und ungerecht verteilt sind. Eine Mehrheit (etwa Zwei-Drittel) sagt auch, dass zu wenig für den Umweltschutz und gegen die Ursachen und Folgen des Klimawandels getan wird. Eine weltweite Umfrage zum Thema wirtschaftliche Ungleichheit erbrachte folgendes Ergebnis: „In keinem der untersuchten Länder gab ein höherer Prozentsatz der Befragten an, dass Ungleichheit mindestens ein ‚einigermaßen großes Problem‘ sei, als in Deutschland mit 92 Prozent. 61 Prozent sagten sogar, dass sie ein ‚sehr großes Problem‘ sei. – Die Reichen sorgen dafür, dass die Kluft so groß bleibt, indem sie die Politiker bearbeiten: Das ist die Ursachen-Deutung der wirtschaftlichen Ungleichheit, die in der Umfrage am meisten Anklang fand. Rund 60 Prozent teilen die Analyse, dass reiche Personen zu viel politischen Einfluss haben und dadurch in großem Maße zur Ungleichheit beitragen.“ („Deutsche finden Ungleichheit besonders gravierend“, in: F.A.Z. vom 10. Januar 2025)

Das zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen durchaus ein zumindest ansatzweise realistisches Bild von den Verhältnissen hat und diejenigen nicht Recht haben, die davon ausgehen, dass das Bewusstsein der Menschen weitgehend von Meinungsmachern und Einflussagenturen bestimmt wird. Wie kommt es dann, dass dennoch die Hälfte der Wähler:innen – wie gerade wieder bei der Bundestagswahl – Parteien bevorzugt, die an diesen Missständen wenig oder nichts ändern wollen, die sich gegen Vermögens- und Erbschaftssteuern und gegen zureichende Maßnahmen zum Klimaschutz wenden und wehren?

Aus Reiner Diederich: „Rechtspopulismus“, in: BIG Business Crime (Beilage der Stichwort Bayer 2/2025)

Direkte Demokratie ist gut für die Wirtschaft.

Überschrift einer Pressemitteilung von Mehr Demokratie e.V. am 2.11.1998

Staat, Nation und Eigentum standen in einem engen historischen Zusammenhang und bedingten sich gegenseitig. Staaten hatten vor allem die Aufgabe, das Privateigentum zu schützen.

Aus Ute Scheub (2019): „Europa – die unvollendete Demokratie“, Oekom in München (S. 17)

Die weltweite Ungleichheit wird immer größer: Während die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt haben, haben die ärmsten fünf Milliarden Menschen mehrere Milliarden verloren. [...] Auch in Deutschland werden die Reichsten immer reicher und die Ungleichheit nimmt weiter zu: Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen wuchs danach seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar.

Auf tagesschau.de am 15.1.2024, URL: <https://tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/oxfam-studie-reichtum-armut-100.html>

auch ein Credo des Kapitalismus ist, der stets auf Wachstum, also ein Mehr an Output und Profit orientiert. Im Massenkonsum vereinigen sich die beiden Seiten.

Den Kapitalbesitzis ist dieser Zusammenhang klar. Moderne Konzerne nutzen zwar gerne die Ausbeutungsbedingungen in fernen Diktaturen, an ihrem Stammsitz und in Staaten, in denen sie bevorzugt agieren, wissen sie aber um die Vorteile der Demokratie. Siemens-Chef Roland Busch warnte vor der Bundestagswahl am 23. Februar vor einer „massiven Zunahme fremdenfeindlicher Positionen“: „Die Bundestagswahl darf keine Protestwahl werden.“ Ohne stabile Demokratie gebe es keinen Wohlstand und kein Wachstum.“³⁹ Vincent Warnery, CEO der Beiersdorf AG, ergänzt: „Demokratie bildet das Fundament für [...] wirtschaftliche Stabilität“.⁴⁰

Überall sind Kapitalismus und Demokratie verbunden. Der Ökosozialist Bruno Kern spricht von einer „selbstverständlichen Gleichsetzung von Demokratie und Marktwirtschaft“.⁴¹ Es scheint sogar so: Je demokratischer ein Land, desto neoliberaler seine Wirtschaftsordnung. Fast alle Staaten, deren Konzerne, unterstützt von Regierungsstellen, sogenannter Entwicklungshilfe und Armeen, weltweit an härtesten auf Jagd nach Profiten, Rohstoffen und Billigarbeitis sind, sehen sich selbst als hoch entwickelte Demokratien – und haben recht damit. Demokratie und Kapitalismus stehen halt nicht gegeneinander. Im Gegenteil: Demokratische Regierungen biedern sich als Dienstleister von Wirtschaftsinteresse an. Laut dem Politologen Manfred G. Schmidt seien „Wahlen und die sonstigen Spielregeln [...] nur noch Fassade. Hinter der Fassade aber herrschten abgehobene Eliten und Regierungen, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten würden. Wirtschaftslobbys und die globalen Unternehmen spielten dabei die Schlüsselrolle - und sie wirkten zusammen mit den Regierungen eine radikale marktfreundliche Politik.“⁴²

Demokratien lassen das Kapital weitgehend ungestört agieren. Ein jähes Ende ihrer Profitmaximierung müssen die Chefs und wenigen Chefinnen der Konzerne kaum fürchten, anders als in Diktaturen, wo schlechte Laune derer, die das Land führen, schon mal zum Rauswurf, zur Inhaftierung oder sogar zum künstlichem Lebensende führen kann. In einer Demokratie dominieren die Diskurse, und auf die haben Kapitalbesitzis dank Geld und Integration in die Seilschaften der herrschenden Eliten viel Einfluss und Reichweite. Aufgrund ihrer Macht können die Konzerne viele Vorteile durchsetzen. So zahlen die größten Konzerne, relativ gerechnet, die geringsten Steuern. Die Reichsten der Reichen werden immer reicher und erobern neue Freiräume für ihre angehäuften Milliarden.

Die Sympathie beruht auf Gegenseitigkeit: Viele Demokratiefans und -verteidigis sehen Wirtschaftswachstum und kapitalistische Wirtschaftsordnung positiv. Gleichzeitig hetzen sie gegen Alternativen. Wenn antikapitalistische Personen gewählt werden, heißt es schnell: „Undemokratisch“. Es kommt zu Vorwürfen des Wahlbetrugs, Annullierung der Wahl oder nachträglicher Absetzung der Gewähl-

Eine zentrale Grundlage dieses Funktionierens leistet die Wirtschaft. Sie ermöglicht dem Staat die Leistungen zu erbringen, die ihn als Sozialstaat ausmachen. Zugleich ermöglicht sie, den Wohlstand der Gesellschaft, und damit den Lebensstandard zu sichern. [...]

Der Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit werden maßgeblich durch das Wirtschaftssystem bestimmt, das den demokratischen Prinzipien gerecht wird. Eine Planwirtschaft, wie sie in der Sowjetunion und in der DDR vorherrschte, in der die Entscheidungen über die Produktion von Gütern und Dienstleistungen von einer zentralen, staatlichen Instanz getroffen werden, entspricht nicht diesen Prinzipien. [...]

Die Leistungen des Staats sind mit dem Wachstum der Wirtschaft verbunden. Mit wirtschaftlichem Wachstum steigen die Erträge der Unternehmen, so dass der Staat mehr Steuern einnehmen kann, und es steigen die Löhne. [...]

Die Wirtschaft erwirtschaftet, was diese Bürger an Einkommen, Vermögen, Wohnmöglichkeiten und Bildungschancen haben und was der Staat verteilen und investieren kann.

Helmut Gabler (2024, S. 133ff.)

Zu diesen Grundrechten gehört nach herrschendem Verständnis vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln, in das politisch, also durch den ‚demokratischen Willensbildungsprozess‘, nicht eingegriffen werden darf. Schon dadurch werden der demokratischen Willensbildung klare Grenzen gesetzt.

Hirsch 2005, 76, zitiert nach Salomon, David (2012):
„Demokratie“, PapyRossa in Köln (S. 13)

ten durch die Justiz, Interventionen aus dem kapitalistischen Ausland oder ganz plump der Anstiftung und Aufrüstung zum, oft blutigen, Umsturz. Wer zwecks Durchsetzung kapitalistischer Interessen putscht, erhält ohnehin Beifall, zumindest aus den führenden Demokratien der Welt, oft aber auch direkte Unterstützung bei der Vorbereitung und propagandistischen Begleitung. Beispiele finden sich zuhauf, von afrikanischen Staaten im letzten Jahrhundert bis zu aktuellen Fällen vor allem in Südamerika. „Party der Demokratie“ nannte die taz regierungskritische Demonstrationen im März 2025 in Serbien. Die dortige Regierung ist – na klar – in den meisten EU-Ländern, darunter Deutschland, unbeliebt.⁴³

Dass Demokratien ihren Kapitalismus als Systembestandteil betrachten, zeigen auch die Aktivitäten ihrer Geheimdienste. So definiert der deutsche Verfassungsschutz Antikapitalismus als systemgefährdend, obwohl der Kapitalismus weder im Grundgesetz festgeschrieben ist noch in der Theorie der Demokratie benannt wird. Offenbar ist denen, die das System erhalten sollen, aber klar, dass der Kapitalismus einen festen Bund mit der Demokratie bildet.

Noch eines gefällt Kapitalistis an der Demokratie: Die geringere Wahlbeteiligung in der ärmeren Bevölkerung und ihre geringe Vertretung in den Parlamenten und Parteiführungen. „Kurzfristige finanzielle Engpässe halten arme Menschen in Deutschland davon ab, wählen zu gehen und politisch zu partizipieren“, stellte das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung fest.⁴⁴ So ist Reichenpolitik leicht durchsetzbar und erscheint als demokratisch legitimiert.

Die starke Stellung der Kapitalbesitzis in den Demokratien und die fehlende Demokratisierung der Wirtschaft schaffen eine auffällige Hierarchie und damit einen offensichtlichen Bruch mit dem Versprechen angeblicher Gleichberechtigung und sozialen Ausgleichs. Dass Reiche immer reicher werden, und damit mächtiger, ist ein Baustein auf dem Weg in eine autoritäre Welt. Die Demokratie hat „eine ökonomische Grundlage, die den Autoritarismus aus sich selbst hervorbringt“, ⁴⁵ womit wir bei der Kernthese dieses Buches angekommen sind.

Die Demokratie überwindet sich selbst.

Autoritarismus wird „zu Unrecht [...] als Gegensatz zu Demokratie“ betrachtet. Die enge Verbindung zum Kapitalismus ist danach also eine der entscheidenden Ursache dafür, dass sich die Demokratie unweigerlich selbst abschafft.

„Materielle Demokratie ist dann gegeben, wenn für alle Menschen, die in der betreffenden Gesellschaft leben, die Befriedigung der Grundbedürfnisse sichergestellt ist. Dies bedeutet, dass für alle die körperliche Unversehrtheit garantiert ist, dass alle genug zu essen und ein Dach über dem Kopf haben, im Winter im Warmen sitzen und an dem sozialen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können.“⁴⁶ Davon ist wenig zu sehen.

Gegner des demokratischen Prinzips setzen denn auch alles daran, ihre eigene Abwählbarkeit zu beseitigen, wenn sie einmal an die Macht gekommen sind. Sie kommen in der Demokratie an die Macht, nutzen aber dann die demokratischen Verfahren, um sie abzuschaffen.

Andre Wilkens in: Checkpoint: Demokratie e.V. (Hg., 2018): „Impulse für eine Demokratie der Moderne“, Schüren in Marburg (S. 22)

Gleichzeitig erzählt Star Wars – inspiriert von zahlreichen historischen Beispielen – die politische Geschichte darüber, wieso sich Demokratien aufgeben und gute Menschen einem Tyrannen folgen. Der Tyrann – in der Gestalt des Imperators Palpatine – kommt dabei nicht durch einen Putsch an die Macht. Das Staatsvolk gibt freiwillig seine Macht an einen „starken Führer“ ab. Dass jedoch Palpatine eine gesamte Gesellschaft zur „dunklen Seite“ verführen kann, ist nicht allein dem politischen Intrigenspiel der „Sith“ zu verdanken. Die legale Machtergreifung und Inthronisierung eines allmächtigen Imperators ist begünstigt durch das in ihrem Kern bereits kränkelnde politische System der Republik.

Aus „Scheiternde Demokratie im Star Wars-Universum“, auf Legal Tribune Online am 4.5.2025
<https://lto.de/recht/feuilleton/f/star-wars-tag-mahnung-demokratie-scheitern>

Die in der populistischen Verführung der Massen angelegte Missachtung der eigentlichen Interessen des Volkes schlägt logischerweise in offene Verachtung und Unterdrückung des Volkes um, sobald die populistischen Bewegungen ihr Ziel des Machterwerbs erreicht haben. Die populistische Maske fällt dann und gibt den Blick frei auf die dahinter verborgenen autoritär-diktatorischen Züge. Das Volk wird damit hier zum Steigbügelhalter einer Herrschaft, die seine Interessen mit Füßen tritt. Auch in späteren Jahrhunderten lagen Führung und Verführung der Massen eng beieinander. Insbesondere in revolutionären Bewegungen war und ist dies ein wichtiger Aspekt. Allzu oft treten jene, die dem Volk als Anführer der revolutionären Massen die Freiheit zu bringen versprechen, diese Freiheit mit Füßen, sobald sie die Macht errungen haben. Der Unterschied zwischen populistischen und revolutionären Bewegungen ist dann lediglich, dass in letzterem Fall der Glaube an die freiheitlichen Ziele vor dem Erringen der Macht echt ist, während diese Ziele in populistischen Bewegungen von Anfang an nur in zynischer Weise vorgetäuscht werden.

Dieter Hoffmann (2024): „Autoritärer Populismus und populistischer Autoritarismus“, Literaturplanet (S. 12f)

Demokratie überwindet sich selbst – zum Autoritären

„Der große Trend geht zu illiberalen, defekten Regimen“, stellt der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel ungeschminkt fest.⁴⁷ Das ist keine Überraschung. Die Logiken der Demokratie geben den Weg vor, schaffen Eliten, fördern Populismus und schließlich sich zuspitzende Hierarchien. Der Trend verstärkt sich, wie bereits dargestellt selbst. Am Ende des ständigen Ringens um Absicherung und Ausdehnung der eigenen Privilegien gegen Konkurrenz oder vermeintliche Feindis steht das Ende der Demokratie. All das ist in vollem Gange.

Am Anfang stehen viele kleine Schritte, die unscheinbar wirken. Sie kommen meist unter dem Deckmantel des Guten daher: Sicherheit, wirtschaftlicher Wohlstand, Umweltschutzaufgaben, Schutz vor Kriminalität und „Extremismus“, vor Bedrohungen von außen. Jede einzelne Maßnahme scheint in sich schlüssig, regelt oder löst ein Detailproblem unter Akzeptanz von ein bisschen mehr Kontrolle, aber insgesamt nimmt der Wandel ins Autoritäre immer mehr Fahrt auf. Zudem bessert sich die Gesamtsituation nicht – und so steigt die Unzufriedenheit. Die „demokratische Mitte“ bröckelt, kann mit neuen Angstgeschichten, Versprechungen oder Wahlgeschenken die Gunst der Masse immer mal wieder zurückgewinnen, aber nur temporär. Irgendwann wird das Maß des Zerfalls unübersehbar. Autoritäre Gruppen und Parteien, seien sie politischer, religiöser oder sonstiger Art, finden immer mehr Anklang. Die politische Mitte, Wirtschafts- und Medieneliten zeigen erste Anzeichen von Panik. Ein Beispiel ist die aktuelle Ausweitung von Kontrolle aus Angst vor auf demokratische Art entstandenen Entwicklungen, die den Eliten aber nicht passen. So wurden der Justiz immer mehr Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt, die ihr neben den eigentlichen Aufgaben exekutive und normschaffende Kompetenzen gaben. Der Politikwissenschaftler Philip Manow benennt Beispiele: „Verfassungsgerichte erhielten weltweite Entscheidungsbefugnisse und mischten sich teils äußerst aktivistisch in die Politik ein. Dieses starke Einschränken von Mehrheiten und damit auch von Parlamenten, das kriert Krisen.“⁴⁸

Besonders auffällig war das Finanzpaket im Frühjahr 2025, welches CDU und SPD mit Hilfe des bereits abgewählten Bundestages durchsetzten und das ihnen in der angepeilten Regierung freie Hand für eine an den demokratischen Gremien vorbei organisierte Ausgabenpolitik geben sollte. Das Vorgehen ähnelte einem Geld-Ermächtigungsgesetz, durchgebracht unter offen gezeigter Ignoranz gegenüber dem Ergebnis der zuvor stattgefundenen Wahl. Dieser Trend wird weitergehen, denn die Möglichkeiten der Macht korrumpieren oder verändern die innere Logik der Handelnden, die an den Hebeln der Macht sitzen, immer weiter. Erhalt, Absicherung und Ausdehnung dieser Macht und Privilegien wird zum Fokus aller Analysen, Strategien und des Handelns. „Entscheidungsträger in Demokratien neigen

Inbesondere in Krisenzeiten ist jedoch eher das Gegenteil der Fall. Dann erlebt das demokratische System rasch jenen Kurzschluss, der durch die Kontinuität hierarchischer Herrschaftsstrukturen in ihm selbst angelegt ist. Unklare parlamentarische Mehrheitsverhältnisse, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft zu Diskurs und Kompromiss, lassen dann regelmäßig den Ruf nach dem „starken Führer“ aufkommen, der die Probleme angeblich besser lösen könne als die zerstrittene politische Klasse. [...] Die Sehnsucht nach der „starken Hand“ spült vielmehr eher Personen nach oben, denen es um die Machtausübung als solche geht, unabhängig von den damit verbundenen Inhalten. So vertreten sie auch immer wieder Extrempositionen, die zwar nach einfachen Lösungen klingen, langfristig aber gerade denjenigen, die diese selbst ernannten Volkstribunen wählen, Schaden zufügen. Das destruktive Potenzial derartiger Volks(ver-)führer macht sich jedoch noch auf einer viel grundsätzlicheren Ebene bemerkbar. Es unterminiert nicht nur das kritische Denken, sondern zugleich dessen wichtigste Voraussetzung: die Individualität. Das Ich soll in der Masse der Anhänger aufgehen. Der gedankenlose Gleichschritt der Vielen ist die beste Garantie dafür, dass die Parolen des Anführers nicht hinterfragt werden. [...]

Gustave Le Bon „unterscheidet zunächst zwischen einer einfachen Menschenmenge und einer Masse. Im Unterschied zu Ersterer verfügt Letztere Le Bon zufolge stets über eine „Gemeinschaftsseele“ (Le Bon 1895, S. 10). Diese bedingt, dass die in der Masse zusammengeschlossenen Einzelnen „in ganz anderer Weise fühlen, denken und handeln, als jeder von ihnen für sich fühlen, denken und handeln würde“. Als Beispiel verweist Le Bon hier auf den Konvent der Französischen Revolution, in dem „aufgeklärte Bürger mit friedlichen Gewohnheiten“, zur Masse vereinigt, „die offenbar unschuldigsten Menschen aufs Schafott“ geschickt hätten (17 f.). Die wesentlichen Charakteristika des Massen-Ichs sind nach Le Bon das „Schwinden der bewussten Persönlichkeit“, die „Vorherrschaft des unbewussten Wesens“, die „Leitung der Gedanken und Gefühle durch Beeinflussung und Übertragung in der gleichen Richtung“ sowie eine „Neigung zur unverzüglichen Verwirklichung der eingeflossenen Ideen“. Letzteres ergibt sich aus einem durch das Aufgehen in der Masse bedingten „Gefühl unüberwindlicher Macht“, das zu einem Hang zur „Unverantwortlichkeit“ und zu einem unkontrollierten Ausleben irrationaler Impulse führe. [...]

Zum Führer einer so verstandenen Masse qualifiziert man sich dadurch, dass man das, was diese auszeichnet, in gesteigerter Form in sich vereinigt. Dies gilt auch und gerade für die geistige Ebene: Wie abwägendes, vernünftiges Argumentieren durch die Reden der Rattenfänger in den Zuhörern erstickt wird, sind auch die Rattenfänger selbst in der Regel nicht hierzu fähig. Meistens seien sie, so Le Bon, eher „beschränkt“ und hätten „wenig Scharfblick. Letzteres liegt nach Le Bon in der Natur der Sache: Scharfblick führe „im allgemeinen zu Zweifel“ und würde die Führer so davon abhalten, ihre Überzeugungen mit „Kraft und Gewalt“ zu vertreten und durchzusetzen. So finde man die klassischen Führer „namentlich unter den Nervösen, Reizbaren, Halbverrückten, die sich an der Grenze des Irrsinns befinden“. [...] Zu groß ist aber auch die Gefahr, dass das Volk in dem Führer einen gottgleichen Guru sieht, der ihm das Heil bringt, ohne dass es sich seines eigenen Verstandes bedienen muss; dass es also durch die Identifikation mit dem großen Übervater lustvoll in einen kleinkindhaften Zustand regrediert. Gerade in Deutschland müsste man für derartige Prozesse sensibilisiert sein.

dazu, kurzfristige Ziele zu verfolgen. Belohnungsaufschub ist schon im privaten Leben schwer. Die Diagramme aus der Systemtheorie – A wirkt auf B, B auf C, C auf D und D wiederum zurück auf A, mit unerwünschten Nebenfolgen und Rückkopplungen –, solche Diagramme liegen eher selten auf ihren Schreibtischen. Dafür die letzte wöchentliche Meinungsumfrage.“⁴⁹

Immer mehr wächst die Distanz der Mächtigen zu den Menschen. Sie werden als Bedrohung der eigenen Macht wahrgenommen, aber auch als Masse, die mit einfachen Losungen, Angstmake und der Mobilisierung gegen vermeintliche äußere oder innere Feinde gefügig gemacht werden kann. Der charismatische, mit solch populistischer Rhetorik auftretende Führer hat vor der Masse die besten Chancen – und siegt deshalb oft bei Wahlen. Adolf Hitler lässt grüßen: „Die Nazis wurden demokratisch gewählt. Die Kommunisten fanden in vielen osteuropäischen Ländern anfangs eine gewisse Unterstützung in der Bevölkerung. Orban, Kaczynski oder Putin haben oder hatten Mehrheiten. Sie alle gingen daran, neue Gesetze zu schaffen, Rechts- und Bildungsinstitutionen oder die freien Medien auf legalem Wege umzubauen.“⁵⁰ Die Genannten sind nicht gleich in ihren Politiken, aber in der Art, wie sie es schafften, die Masse zu euphorisieren und demokratische Abstimmungen zu gewinnen. Populismus muss nicht im Faschismus enden, aber mit ziemlicher Sicherheit in einer autoritären Zuspitzung, dem Nährboden des Faschismus. Das wusste schon Clara Zetkin vor über 100 Jahren: „Nur wenn wir verstehen, dass der Faschismus eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können.“⁵¹

Es ist der Effekt, der dem Roman „Animal Farm“ (deutsch: Farm der Tiere) zugrunde liegt und damit eigentlich einem breiten Publikum zugänglich geworden sein müsste. In der Realität wird das Allgemeinwissen allerdings verdrängt. Immer wieder wird in die Wahl neuen Führungspersonals Hoffnung gesetzt – und enttäuscht, ohne dass sich an diesem ewigen Im-Kreis-Drehen irgendetwas ändert. Demokratie verschleiert den Weg ins Autoritäre. Die Propaganda kommt hinzu. So findet sich im Büchlein „Demokratie für Einsteiger“ die Behauptung, dass „Hitler die demokratische Verfassung außer Kraft gesetzt“ hätte. Das ist schlicht falsch, aber macht sich gut für alle, die weiter an die Demokratie glauben wollen oder sollen. Das Ermächtigungsgesetz, welches Hitler zum Diktator machte, beschloss „demokratisch“ ein Parlament.⁵² Auch „Mussolinis Diktatur [...] gründete sich, das zeigten die nun folgenden Maßnahmen, auf die legitimen Strukturen des Staates und nicht auf die paramilitärischen der Ursprungszeit.“⁵³ Wie nahe sich Demokratie und Faschismus sind, lässt sich auch daraus ableiten, wie Winston Churchill, gefeierter Held des demokratischen Sektors, den Faschismus noch 1933 einordnete: „Der von Mussolini, dem größten lebenden Gesetzgeber, verkörperte römische Geist hat vielen Nationen gezeigt, wie man dem Ansturm des Sozialismus

Der Faschismus kam in Deutschland, Italien und Japan zu einer Zeit sozialer und wirtschaftlicher Unruhe an die Macht. Eine kleine Gruppe von Männern, die hinter den Kulissen von mächtigen finanziellen und militärischen Kreisen unterstützt wurde, überzeugte eine ausreichende Anzahl verunsicherter Menschen davon, dass der Faschismus ihnen die Dinge geben würde, die sie sich wünschten. Dies gelang ihnen unter anderem durch geschickte Propaganda und Täuschung. Sie versprachen den Menschen, dass der Faschismus ihnen große Macht und Wohlstand bringen würde. Die genauen Vorgehensweisen unterschieden sich von Land zu Land, aber das Grundmuster war dasselbe. Die Japaner sprachen von einer „Großostasiaschen Wohlstandssphäre“. Mussolini redete von humanitären Idealen und versprach ein neues Römisches Reich. Hitler und seine Gefolgsleute gaben sich den Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) und formulierten Ziele, für die sich viele Deutsche begeisterten.

Aus einer Broschüre des US-Kriegsministerium vom 24. März 1945, dokumentiert unter <https://riffreporter.de/de/international/faschismus-demokratie-regierung-wahlen-geschichte-politik-usa-praesident-trump>

Wir Deutschen – das ist die bittere Wahrheit – konnten nicht selbst die Diktatur überwinden, konnten uns nicht selbst aus ihr befreien. Es bedurfte der totalen militärischen Niederlage. Das hieß aber auch: Die Siegermächte (bald zerstritten) bestimmten den weiteren Weg Deutschlands – in die freiheitliche Demokratie bzw. in die neue, die kommunistische Diktatur. Diktaturen muss man vor ihrer Installation bekämpfen und verhindern. Es ist schnell zu spät.



Wolfgang Thierse (2023): „Aus der Erfahrung der Diktatur den Umgang mit der Diktatur lernen?“, in: Perspektiven 2/2023 (S. 83)

„Bedrängte Demokratie“ heißt der Schwerpunkt dieser Ausgabe der „Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik“ (Schüren Verlag in Marburg). Verschiedene Autoris tragen darin ihr Wissen und, meist im Vordergrund, ihre Erfahrung zu den Veränderungsprozessen in der öffentlichen Meinung und dem Umgang damit vor. In keinem Text kommt die Idee auf, dass die Mechanismen der Demokratie selbst das Problem sein könnten. Die Gefahr, so der Tenor, kommt nur von rechts.

widerstehen kann, und hat den Weg gewiesen, dem eine mutig geführte Nation folgen kann. Mit dem faschistischen Regime hat Mussolini eine Orientierung gegeben, von der sich die Länder in ihrem gemeinsamen Kampf gegen des Sozialismus leiten lassen müssen.“⁵⁴ Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Da ist die Demokratie dann auch schnell egal – und selbst der Faschismus willkommen.

Der Hinweis auf die Vergangenheit müsste gerade in Deutschland zu der Erkenntnis führen, dass die Demokratie mit ihren Wahlen, der Vermassung der einzelnen Menschen zum Volk und den vielen Bühnen für Populismus und Verführung schnell in die Diktatur führen kann. Ist 1933 schon vergessen? Zumindest erwächst aus dem mehrfachen Ende der Demokratie in Richtung sich zuspitzender Herrschaft und nicht selten des Faschismus wenig Lerneffekt. „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.“⁵⁵

Warum sind so viele Menschen blind gegenüber der Gefährdung der Demokratie durch die derzeitige Politik und den Weg, den unsere Gesellschaft eingeschlagen hat, obwohl wir doch nur zurückblicken müssen, um zu erkennen, dass wir dabei sind, einige der dunkelsten Abschnitte unserer Geschichte zu wiederholen? Oder hat es die Propaganda geschafft, den offensichtlichen Zusammenhang mit der Demokratie erfolgreich aus der Erinnerung an dieses dunkelste Kapitel zu löschen?

Dabei waren die Etappen des Wandels der Demokratie zum Faschismus zwischen 1930 und 1933 kein Einzelfall. Im historischen Athen und Rom, erstere die behauptete Geburtsstunde der Demokratie, zweitere des Rechtsstaates, verschwanden die kleinen Anfänge in Populismus bzw. einem kriegslüsternden Kaiserreich. Die französische Revolution führte in die Alleinherrschaft Napoleons. Dem arabischen Frühling folgten nach begrenzten Lockerungsübungen fast überall Diktaturen. Waren diese den kapitalistisch-westlichen Staaten zugeneigt, wurden sie von denen freudig akzeptiert. Autoritäre Regimes folgen auf Demokratien, manche durch Putsch oder Eroberungskrieg, andere durch Wahlen. Von Regierungen anderer Staaten und Unternehmen, denen der Wandel nützt, kommt Beifall. Moral und Ideale gelten meist nur in Wahlkampfzeiten.

Die Anzeichen, dass Deutschland auf dem Weg von der Demokratie über ihre eigene Zuspitzung in autoritäre Welten schon weit fortgeschritten ist, gibt es zuhauf. So stieg die „Zunahme der Befürwortung von ‚Diktatur‘ von 2,2 % auf 6,6 % und zusätzlich 23,3 % statt zuvor 15,5 % der ‚teils/teils‘-Haltungen.“ Ebenfalls erhöhte sich „der Anteil solcher als rechtsextrem eingeordneter Weltsichten von nur 4,4 % der ab 65-Jährigen bis auf 12,3 % der unter 35-Jährigen“.⁵⁶

Laut einer Auswertung des „Deutschland-Monitors“ Anfang 2025 im Spiegel „gebe es zwar einen breiten Konsens, dass es sich bei der Demokratie um die beste

Unzufrieden mit der Demokratie

Alarmierender Befund bei einer Umfrage – Deutlicher Ost-West-Unterschied

Artikelüberschrift im Gießener Anzeiger am 19.2.2025

Insgesamt lässt sich wohl sagen, dass sowohl das System der Demokratie an sich als auch die demokratischen Institutionen immer mehr Unterstützung in der deutschen Bevölkerung verlieren. So bejahten Personen die Frage, ob sie der Demokratie noch vertrauen, nur noch zu ca. 50%. Bei einer weiteren Umfrage verneinten die Frage 30% der Befragten sogar ausdrücklich, wobei sich weitere 20% unsicher waren. Betrachtet man die demokratischen Institutionen, so stellte man fest, dass der Bundesregierung und dem Bundestag nur ca. 30% der Befragten vertrauen, während es bei den Parteien nurmehr 20% sind. Dem bereits erwähnten Credo der Populisten (Wir hier unten, gegen die da oben) stimmten in abgewandelter Form („Die führenden Leute in Politik und Medien leben in ihrer eigenen Welt, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung herabsehen“) sogar ca. 60% der Befragten zu. [...]

Die Bürger haben immer weniger das Gefühl, dass sie mit dem Wählengehen überhaupt einen merklichen Einfluss auf die Politik und deren Entscheidungen nehmen können.

Paul Killats (2024): „Bürgerräte als Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie?“ (GRIN Verlag in München, S. 4, genauere Quellenangaben dort)

Politikverdrossenheit, niedrige Wahlbeteiligung, die Wiederkehr des Populismus, Protestparteien, Bewegungen wie Occupy, Femin, #me too oder die Gelbwesten, es scheinen alles Symptome für ein Versagen der Demokratie zu sein.

Marten van den Berg (2020, S. 9)

Staatsform handle. Doch knapp 40 Prozent der Gesamtbevölkerung sind der Stufe zufolge mit ihrer Funktionsweise unzufrieden – im Osten gar mehr als die Hälfte der Befragten, 53 Prozent.⁵⁷ Dort ist die rechtsextreme AfD fast flächendeckend bereits die stärkste Partei, Tendenz zunehmend.⁵⁸ Im Juli 2023 gewann erstmals ein Kandidat mit dem Parteibuch der Rechtsextremen eine Bürgermeister-Direktwahl.⁵⁹ Weitere sowie einige Landratswahlen sollten folgen, bis bei der Bundestagswahl 2025 fast alle Direktmandate an die Rechtsextremen gingen. In anderen Ländern ist der Prozess schon weiter.⁶⁰ In den USA schockiert der fremden- und frauenfeindliche Oligarch Trump mit wilden Eroberungsphantasien, Massenabschiebungen und dem Streichen vieler Bestimmungen zum Schutz vor Umweltzerstörung und Diskriminierungen. In der Türkei unterdrückt der religiös-autoritärer Führer Erdoğan⁶¹ Pressefreiheit und die kurdische Bevölkerung, lässt seine Armee in Nachbarländern morden, unterstützt religiöse Fanatiker der Region, lässt massenhaft Oppositionspolitikis verhaften⁶² und Internetzugänge blockieren.⁶³ Der sich mit dem absurden Begriff ‚Anarchokapitalist‘ schmückende argentinische Präsident Milei⁶⁴ schwenkt machtbeseffenen Motorsägen als Symbol des Abbaus aller Profithemmnisse sowie von Menschen- und Umweltrechten. Im Nachbarland Brasilien war mit Bolsonaro⁶⁵ bereits ein Faschist mehrere Jahre an der Macht.⁶⁶ Indien steuert seit Jahren unter Führung des religiös-nationalistischen Modi⁶⁷ in eine autokratische Zukunft.⁶⁸ Italien ist von einer Faschistin und Mussolini-Bewundererin regiert, in Frankreich, Österreich und einigen anderen europäischen Staaten eilen rechtsextreme Parteien von Wahlsieg zu Wahlsieg. In Israel und den Niederlanden sind sie im Jahr 2025 an der Regierung beteiligt. All das geschah ganz demokratisch, und wird sich Stück für Stück zuspitzen, auch wenn es hier und da aus Enttäuschung darüber, dass rechte Politik den meisten Menschen (auch) keine Vorteile bringt, der bürgerlichen Mitte oder sogar linken Kandidatis gelingt, an die Macht zurückzukehren. Das erfolgt meist nur zeitweise, vor allem aber hält es den Weg in die autoritäre Zukunft nicht auf.

Denn alle Privilegierten an den Schalthebeln der Macht trachten nach Absicherung und Ausbau ihrer Stellung. Sie nutzen dabei jede sich bietende Chance, um unter dem Deckmantel der Fürsorge und Sicherheit Kontrollmechanismen zu verschärfen. Die Corona-Pandemie war dafür ebenso ein Beispiel wie jedes spektakuläre Verbrechen. Zwei Todesfahrten mit Autos in Menschenmengen Anfang 2025 wurden zu riesigen Medienereignissen mit Staatstrauer und schnellen Forderungen nach härteren Gesetzen. Damals kamen zwei bzw. fünf Menschen ums Leben, deutlich weniger, als jeden Tag in Deutschland durch andere Autos getötet werden (plus durchschnittlich über 1000 Verletzte pro Tag). Für Letztere interessiert sich die Politik aber nicht.

Der weitere Weg ist daher vorgezeichnet, aber keine Einbahnstraße von oben. Läuft es mal nicht so gut (oder fühlt sich zumindest so an), entwickeln die Massen

Des Weiteren erscheinen auch die Mechanismen der Gewährleistung von Demokratie als demokratisch angreifbar, was zur dritten Paradoxie führt, dass die Aufrechterhaltung der Demokratie sowie der Bedingungen, auf denen sie basiert, wohl nicht – zumindest nicht auf demokratisch unbestrittenem Wege – gewährleistet zu werden vermöge (Böckenförde 1976 [1967], 60). Besonders offensichtlich ist dies mit Blick auf den Einsatz von Abwehrmechanismen gegenüber demokratiefeindlichen Bestrebungen, also sämtlichen Erwägungen zur „Wehrhaftigkeit“ von Demokratie (Ginsburg/Huq 2018, 170). Dies gilt indes ebenso für andere Maßnahmen, die zur Sicherstellung der Voraussetzungen von Demokratie ergriffen werden – sei es im Rahmen der Organisation von Willensbildung (Gärditz 2015, 126; Ingold 2017, 521) oder der Gewährleistung hinreichenden Zusammenhalts, um eine Entfremdung der Bürger voneinander zu verhindern und „Gemeinschaft“ zu erhalten (v. Bogdandy 2003, 179). Grund hierfür ist, dass die meisten der hierfür einsetzbaren Mechanismen vor dem grundlegenden Problem stehen, dass sie, obgleich zum Schutz der Demokratie gedacht, potenziell undemokratisch wirken, es ihrer gleichzeitig jedoch zumindest partiell wohl bedarf, um Demokratie überhaupt zu ermöglichen. Deutlich wird dies insbesondere im Rahmen der Diskussion über die Notwendigkeit der Unterdrückung von Hate Speech und Fake News im Internet qua Upload-Filtern bzw. über Content-Curation wie auch in Bezug auf den Disput über die Notwendigkeit von Vielfaltssicherung.

Laura Münkler (2024, S. 231)

Die Zahl der Länder, in denen die Menschen in Freiheit leben und auf die Herrschaft des Rechts vertrauen können, nimmt immer weiter ab, während die Zahl der Menschen, die extremen politischen Positionen zustimmen, weiter steigt. Die wählen im demokratischen Verfahren Autokraten, die die Demokratie beseitigen wollen, zu politischen Führern. Aus Demokratie wurde aber vielfach auch die Herrschaft von Parteien und Verwaltung, aus sozialer Marktwirtschaft vielerorts die Herrschaft von Oligarchen. Der Kampf um die Macht verdrängt die Sorge um das Gemeinwohl.

Rupert Graf Strachwitz in „Die Stiftung“ April 2025 (S. 7)

schnell selbst eine Sehnsucht nach starker Führung. Das kompensiert die eigene Unsicherheit und Unentschlossenheit, ist eine Projektion dessen, wie mensch selbst eigentlich sein möchte – das klassische Schema bei Idolen, seien sie im Sport, in der Musik oder eben in der Politik. 60 Prozent der Deutschen wünschen sich Politikis, die sich vehementer durchsetzen – und mehr Machtbefugnisse bekommen. Nur 25 Prozent lehnen dies ab.⁶⁹

Thea Dorn verwendet eine Metapher für das offenbar unausweichliche, selbstverursachte Ende jeder Wohlfühlphase. Diese seien wie ein großer Fisch, auf denen Rücken sich einige Zeit gut leben ließe. Aber „wer beginnt, sich für die Geschichte der Demokratie zu interessieren, findet schnell heraus, dass der Fisch bislang noch jedes Mal abgetaucht ist.“⁷⁰

Neben populistischen Führis haben Ideologien und Identitäten gute Chancen, sich diskursiv in der Demokratie durchzusetzen. Sie müssen einfach sein und Orientierung bieten in der komplexen, durch die vielen Nachrichtenkanäle zunehmend auch als komplex wahrnehmbaren Welt. Die offensichtlichsten Widersprüche gehen dabei durch Verzicht auf analytischen Denken unter. Identitäten können schnell gewechselt werden – gleich bleibt das Prinzip, einer einfachen Projektion zu folgen. Das Beispiel Fußball zeigt das eindrucksvoll. Da trennen die Fans einmal in „wir Schwaben und die Hamburger; aber auf der anderen Seite bei einem Fußball-Länderspiel im Sport zwischen Deutschland und Italien: wir Deutsche und die Italiener.“⁷¹

Die Reaktionen auf den drohenden Verlust der herrschenden Gesellschaftsordnung sind seitens der Machthabis und ihrer Anhängis immer gleich: Assimilierung durch Fördermittel, Angebote für berufliche oder Parteikarrieren, wo immer es geht. Wehrhaftigkeit, wo das nicht wirkt. Dabei wird das Absurde Wirklichkeit. Es „müssen alle nichtdemokratischen und umstürzlerischen Organisationen verboten werden [...] verboten in der offenen – diversen und parlamentarischen Demokratie.“⁷² Diese Forderung steht unter einem Aufruf zur Rettung der „offenen“ (!) Demokratie, obwohl dort klar benannt wird, dass diese „Diskurs“ sei. Sie „ist Freiheit, ist Prozess, ist Zweifel, ist Mitbestimmung und Solidarität.“ Rettung durch Repression ist selbst der Weg in den autoritären Staat. Oder anders ausgedrückt: Der Kampf gegen die Ggnis der Demokratie bringt diesen den Sieg. Das Gerede von der „wehrhaften Demokratie“ ist das Schmieröl in dieser Entwicklung.

Dass die Eliten für den Erhalt der Demokratie (mit)kämpfen, überrascht nicht. Schließlich sind sie die Nutznießis eines System, welches diejenigen fördert, die ohnehin schon bevorteilt sind, bessere Startchancen ins Leben haben, über mehr Ressourcen und bessere Kontakte verfügen. Folglich können sie ihre Methoden der Macht in der Demokratie besser nutzen, ohne die Launen eines Diktators fürchten zu müssen. Demokratie ist ihr Spiel.

Unsere Vorfahren haben Könige und Diktatoren gestürzt, aber sie haben die Institutionen, mit denen Könige und Diktatoren regierten, nicht abgeschafft: Sie haben sie demokratisiert. Doch unabhängig davon, wer diese Institutionen betreibt – ein König, ein Präsident oder ein Wähler –, die Erfahrung, die man macht, ist in etwa die gleiche. Gesetze, Bürokratie und Polizei gab es schon vor der Demokratie; in der Demokratie wie in der Diktatur dienen sie dazu, die Selbstbestimmung zu unterbrechen. Der einzige Unterschied besteht darin, dass wir, weil wir darüber abstimmen können, wie sie angewandt werden sollen, sie als die unseren betrachten sollen, selbst wenn sie gegen uns eingesetzt werden.

Aus der Definition „democracy“ im Contradictionary, übersetzt mit DeepL.com
(<https://de.crimethinc.com/books/contradictionary>)

Nur ein organisierter demokratischer Widerstand kann den Aufstieg des Populismus, die Ausbreitung von Rassismus und die Welle der Furcht, die ihn speist, zurückdrängen.

Can Dündar (2024): „Jetzt braucht es Mut“, in:
„Demokratie – wofür ...“ (S. 231ff)

Es gibt kein richtiges Leben im Falschen⁷³

Wenig hilfreich sind die Reaktionen aus dem Demokratie-Fanclub. Diese sei in einem „schlechten Zustand“, schrieb die Humanistische Union in ihrem Memorandum „Demokratisierung: Vorschläge zur Rettung der Demokratie“. Die Probleme verorteten die Autoris als Gefahren von außen oder Fehlentwicklungen: „Unter anderem Autoritarismus, Rechtsextremismus, Wirtschaftslobbyismus, wachsende soziale Ungleichheit, eine Einengung der öffentlichen Diskursräume, der Rückgang von Parteimitgliedschaften, parlamentarische Dysfunktionalität und eine wachsende Kluft zwischen den politisch Repräsentierten und Repräsentierenden gefährden die Demokratie.“ Offensichtlich können sich die an den Debatten Beteiligten nicht vorstellen, dass die Demokratie selbst die Ursache dieser Entwicklungen ist. Das führt dann zur Schlussfolgerung, „dass die beste Verteidigung der Demokratie darin besteht, einen Schritt nach vorne zu gehen und die Demokratie weiterzuentwickeln und das politische und gesellschaftliche System weiter zu demokratisieren“.⁷⁴ Wenn aber die Demokratie die Ursache für die Probleme ist, wird „Demokratisierung“ als Strategie der Lösung scheitern.

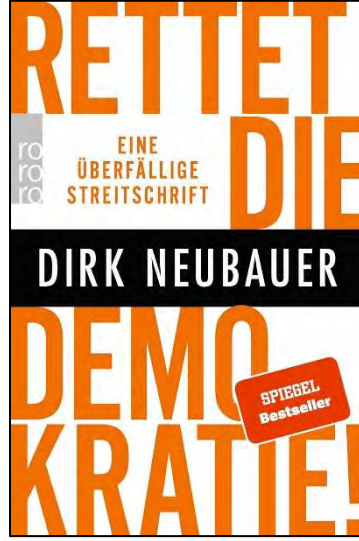
Wenn es mit der Demokratie nicht klappt ... mehr davon! Der Bock wird zum Gärtner. Die Rettung erfolgt mit den Mitteln, die das Problem hervorgerufen haben – eben demokratische Prozesse. Den Zweifelnden bietet die Demokratie die typische Illusion, nämlich die Hoffnung auf den Wechsel des Führungspersonals. Das macht die Volks-Herrschaft so stabil, und die Lage so aussichtslos.

Die Philosophie-Professorin Elif Özmen will ihren Glauben an die Demokratie nicht aufgeben. Sie findet, „dass der Liberalismus, vor allem in seiner demokratieverträglichen Form, die beste von allen schlechten Alternativen ist“.⁷⁵ Zwischen den Zeilen liest sich da wieder der alte Trick: Die Demokratie mit noch schlechteren Varianten vergleichen und feststellen, dass es zwar nicht klappt mit der Demokratie, aber letztlich alles so bleiben muss. Die Perspektive jenseits von Abstimmungsgemeinschaften, dem ewigen Wählen und der ständigen Ausweitung von Durchsetzungsgewalt und Kontrolle bleibt verbannt. Stattdessen dominieren hilflose Appelle an den Gemeinschaftsgeist. Demokratie sei „ein vitales Konstrukt, was immer wieder belebt werden will und das eben von allen gemeinsam gestaltet werden muss. Jeder Einzelne trägt in unserer Gesellschaft Verantwortung dafür, dass dieses hohe Gut bestehen und lebendig bleibt.“⁷⁶

Dafür zieht die Demokratie alle Register von Zuckerbrot und Peitsche. Preise für gut(gemeint)e Taten, Pseudobeteiligung, Wahlen, Fördergelder und Karriereangebote waschen die Gehirne. Reicht das nicht, greifen demokratische Strukturen (wie Diktaturen auch) auf autoritäre Mechanismen zurück, was bei den wenigen Kritikis der Verhältnisse die Angst erhöht, über die Kritik an Details und Symptomen hinauszugehen. Also singen die mit bei der Ode an die Demokratie.

-
- ¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Diskurs>
- ² In Anlehnung an den berühmten Satz des damaligen Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit, der es als erster führender Politiker schaffte, seine Homosexualität positiv öffentlich darzustellen (<https://dw.com/de/wowereit-ich-bin-schwul-und-das-ist-auch-gut-so/a-57815167>)
- ³ Aus der Rede von Gerhard Leibholz auf einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung, in: „Parteien, Wahlrecht, Demokratie“, Westdeutscher Verlag in Köln (S. 54)
- ⁴ <https://fff-halle.de/beitrag/hoert-auf-die-wissenschaft/>
- ⁵ Aus: David Van Reybrouck (2016): „Gegen Wahlen“, Wallstein Verlag in Göttingen (S. 28)
- ⁶ Jan Ludwig (2024, S. 102 und 168)
- ⁷ Jan Ludwig (2024): „Demokratie“, Carlsen in Hamburg (S. 65)
- ⁸ Brigitte Geißel (2024, S. 48)
- ⁹ Marten van den Berg (2020, S. 20)
- ¹⁰ Peter Furth (2015, S. 60)
- ¹¹ Marten van den Berg (2020, S. 20)
- ¹² Egon W. Kreutzer (2020, S. 17)
- ¹³ David van Reybrouck (2016), „Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist“, Wallstein in Göttingen
Das zitierte Werk Reybrouck 2019 trägt den Titel „Gegen Wahlen“ (Wallstein in Göttingen)
- ¹⁴ Vladimiro Giacché (2006, S. 26f)
- ¹⁵ Von der Politik forcierte Nähe zwischen Firmen und deren Bediensteten mit dem Ziel, Interessengegensätze durch Konsenspolitik zu lösen und offene Konflikte einzudämmen, siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpartnerschaft>.
- ¹⁶ Vgl. Jörg Bergstedt (2002): „Nachhaltig, modern, staats-treu“, SeitenHieb in Reiskirchen und ders. (2002): „Reich oder rechts?“, IKO in Frankfurt
- ¹⁷ Quelle: SPD, URL: <https://spd.de/wahlpruefstein>
- ¹⁸ <https://ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/oberste-gehilfen-7185/>
- ¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Oberster_Gerichtshof_der_Vereinigten_Staaten
- ²⁰ <https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18152/richterrecht> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Richterrecht>
- ²¹ Johannes Agnoli (1967), „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 14)
- ²² <https://taz.de/Regierungssprecher-Stefan-Kornelius/!6084684/>
- ²³ <https://taz.de/CDU-saegt-am-Verbandsklagerecht/!6063888/>
- ²⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Avantgarde>
- ²⁵ Brigitte Geißel (2024, S. 15)
- ²⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Strafgerichtshof
- ²⁷ Legal Tribune Online am 7.2.2025, URL: <https://lto.de/recht/nachrichten/n/trump-sanktionen-istgh-nachhaftbefehl-netanjah-einreiseverbote-einfrieren-vermoegenswerte>
- ²⁸ Aus izpb 361 (a.a.O., S. 29)
- ²⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Tschetschenienkrieg
- ³⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_Russlands_und_der_Sowjetunion
- ³¹ Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/504242/demokratischer-frieden/>
- ³² <https://bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/504242/demokratischer-frieden/>
- ³³ Rede auf dem 3. Programmforum der SPD am 13.4.2005
- ³⁴ Marxistische Blätter 5/2006 (S. 23)
- ³⁵ Heiner Geißler in der Sendung von Maybrit Illner am 31. Mai 2007, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Heiner_Ge%C3%9Fler
- ³⁶ Agnoli, Johannes (1967): „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 7)
- ³⁷ Luisa Neubauer (2025): „Was wäre, wenn wir mutig sind?“ Rowohlt in Hamburg (S. 55)
- ³⁸ Thomas Mühlnickel in: Checkpoint: Demokratie e.V. (Hg., 2018, S. 191)
- ³⁹ <https://sueddeutsche.de/bayern/gemeinsamer-aufruf-konzernchefs-fordern-kurz-vor-bundestagswahl-politikwechsel-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250206-930-366899>
- ⁴⁰ <https://wirstehenfeuerwerte.de/>, abgerufen am 15.3.2025
- ⁴¹ Bruno Kern (2024, S. 192)
- ⁴² Zitiert in Ben Stenz (o.J., S. 7)

-
- ⁴³ <https://taz.de/Massenprotest-in-Belgrad/!6072762/>
- ⁴⁴ <https://wzb.eu/de/pressemitteilung/finanzielle-notlagen-und-wahlbeteiligung>
- ⁴⁵ Institut für Radikalisierungsforschung beim Bildungskollektiv Biko (Hg., 2023): „Radikalisiert euch!“, Unrast in Münster (Vorwort, S. 9)
- ⁴⁶ Rother Baron (2024, S. 66)
- ⁴⁷ Zitiert in der Beilage „wochenende“ des Redaktionsnetzwerks Deutschland am 28.12.2025
- ⁴⁸ Zitiert in der Beilage „wochenende“ des Redaktionsnetzwerks Deutschland am 28.12.2025
- ⁴⁹ Michael Maar (2024): „Ja, Demokratie“, in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 279ff)
- ⁵⁰ Matthias Nawrat (2024): „Orwells Wespe“, in: „Demokratie – wofür ...“ (S. 34ff)
- ⁵¹ Clara Zetkin (1924): „Der Kampf gegen den Faschismus“, zitiert in: Junge Welt am 8.2.2025 (URL: <https://jungewelt.de/artikel/493594.faschismus-und-massen.html>)
- ⁵² Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021, S. 33)
- ⁵³ Daniel Bratanovic: „Chef der Verbrecherbande“, in: Junge Welt am 28.12.2024 (S. 15, URL: <https://jungewelt.de/artikel/490726.italien-chef-der-verbrecherbande.html>)
- ⁵⁴ Quellenangabe in Marxistische Blätter 5/2006: Rede vor der britischen Antisozialistischen Liga, 18. Februar 1933. Diese Rede wurde gehalten, als Hitler bereits zum Reichskanzler ernannt war. Zit. bei Canfora, La democrazia (S. 232)
- ⁵⁵ Theodor W. Adorno in einem Vortrag auf der Erzieherkonferenz in Wiesbaden am 6. November 1959
- ⁵⁶ Detlef Lehnert (2023): „Überblick und Hinweise zu einigen neueren Demokratie- und ‚Polarisierungs‘-Studien“, in: Perspektiven 2/2023 (S. 27)
- ⁵⁷ Aus „Die Lage am Abend“ auf Spiegel online am 17.1.2025 (URL: <https://spiegel.de/politik/deutschland/news-des-tages-demokratie-in-deutschland-erling-haaland-david-lynnch-a-804109cf-02d0-48f2-b2cf-be79ebcb6bcf>, abgerufen am 17.1.2025)
- ⁵⁸ <https://bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>
- ⁵⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Hannes_Loth
- ⁶⁰ <https://europawahl-bw.de/rechtsruck-in-europa>
- ⁶¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Recep_Tayyip_Erdo%C4%9Fan
- ⁶² <https://stern.de/politik/ausland/tuerkei--justiz-verhaftet-erdogan-kontrahenten-ekrem-imamoglu-35564184.html>
- ⁶³ <https://heise.de/news/Proteste-in-der-Tuerkei-Immer-mehr-regierungskritische-Accounts-auf-X-gesperrt-10325789.html>
- ⁶⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Javier_Milei
- ⁶⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Jair_Bolsonaro
- ⁶⁶ <https://blaetter.de/ausgabe/2019/juni/brasilien-der-neue-faschismus>
- ⁶⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Narendra_Modi
- ⁶⁸ <https://zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/premier-guru-nationalist-wer-ist-narendra-modi-100.html>
- ⁶⁹ <https://koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/demokratie-in-der-vertrauenskrise/>
- ⁷⁰ Thea Dorn (2024, S. 22)
- ⁷¹ Helmut Gabler (2024, S. 188)
- ⁷² Quelle: <https://checkpoint-demokratie.de> (abgerufen am 8.1.2025)
- ⁷³ Meistzitiertes Satz aus „Minima Moralia“ des deutschen Philosophen Theodor W. Adorno
- ⁷⁴ https://humanistische-union.de/wp-content/uploads/2025/02/Positionspapier_Broschur.pdf
- ⁷⁵ Elif Özmen, Philosophie-Professorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen, zitiert in der Beilage „wochenende“ des Redaktionsnetzwerks Deutschland am 28.12.2025
- ⁷⁶ Ingolf op den Berg in: Checkpoint: Demokratie e.V. (Hg., 2018, S. 182)



Teil 3

Retten, Scheitern, Verzweifeln

Riesige Versprechungen machen, große Hoffnungen wecken, dann kleine Vorschläge machen und kaum Taten folgen lassen – so geht demokratischer Alltag. Was ist das für ein Gesellschaftssystem, in dem alles so schwerfällig wirkt, dass selbst die Anhängis stöhnen, Reformen oder mehr fordern, aber nur eine Antwort kennen: Mehr von dem, was gerade nicht funktioniert. Ein prominentes Beispiel ist Dirk Neubauer, Bürgermeister im sächsischen Augustusburg. Er hat ein Buch geschrieben, gedacht als Appell „Rettet die Demokratie“.¹ Klein denken will er dabei eigentlich nicht: „Alles anders machen“ steht gleich in der Einleitung zum ersten Kapitel. Auf dem Buchumschlag fordert er einen kompletten „Neuanfang“. Aber wäre eine Demokratie noch eine Demokratie, wenn „alles anders“ ist?

Diese Frage stellt sich Neubauer nicht. Denn in den nach Politikbereichen sortierten Kapiteln schließen sich dem flammenden „alles anders“ nur sehr zaghafte, zudem vollständig den bestehenden, demokratischen Politlogiken entsprechende Vorschläge an. Das ist typisch für das Gemeinwesen namens Volks-Herrschaft. Der Fetisch notwendiger Mehrheitsfähigkeit führt zum Downgrade politischer Ideen. Die rudimentären Reste mutiger Entwürfe, so sie überhaupt mal eronnen wurden, müssen stets durch die Mühlen der Instanzen gejagt werden, in denen ihre praktische Umsetzung ganz unterbleibt oder zu weitgehend wirkungslosen Mini-veränderungen abgespeckt wird.

Demokratische Politik heißt im Wesentlichen: Pfründe sichern, Konkurrenz und Veränderung abwehren. Vielfach führt das einfach zu Stillstand, einer Erstarrung im Kampf um Erhalt des Bestehenden. Veränderungen werden im Wesentlichen angetrieben von der Ausweitung des Profits und dem Ausbau der Herrschaftsinstrumente. Geringeren, aber spürbaren Einfluss haben soziale Bewegungen mit ihren Forderungen. Bis auf wenige Ausnahmen setzen sich jedoch nur solche Vorschläge durch, die Macht und Profite nicht in Frage stellen oder, noch beliebter, sogar verstärken. Die Erosion gesellschaftlicher Systeme in Richtung autoritärer Staat schreitet folglich ungebrems fort. Polizeistaatliche Methoden, diskriminierendes Verhalten, Zurückdrehen der wenigen emanzipatorischen Errungenschaften, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sowie zunehmende zwischenstaatliche Konkurrenzen bis hin zu Wirtschafts- und militärischen Kriegen lassen mehr und mehr Zukunftszweifel aufkommen. Doch es fehlt der Mut, die notwendigen Veränderungen zu fordern, geschweige denn anzupacken. Fast alle Vorschläge verbleiben innerhalb der demokratischen und Rechtsstaatslogik, meist sogar integrierbar in oder nützlich für das kapitalistische Wirtschaften. Viele Menschen und politische Gruppen verhalten sich wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der

Da muss marxistische Kritik bemüht sein, einen Begriff von Demokratie zur Geltung zu bringen, der einer fortschrittlichen Gestaltung der Gesellschaft, einer Alternative zum notorisch undemokratischen Kapitalismus, überhaupt noch eine Chance lässt und demokratischen Anspruch den Kräften streitig macht, die offenkundig damit nur noch Schindluder treiben können.

Aus dem Vorwort „Demokratie“ in: Marxistische Blätter 5/2006 (S.18)

„Demokratie“ ist eins der Schlüsselwörter, die es zurückzuerobern gilt (wie im Übrigen die Wirklichkeit der Demokratie in ihrer authentischen und unverfälschten Bedeutung) ... Wir müssen die Demokratie mittels der Gleichheit befreien.

Vladimiro Giacché: „Welche Demokratie?“,
in: Marxistische Blätter 5/2006 (S.19 und 27)

Schlange. Sie bleiben bewegungslos in Folge eigener Angst, aus dem demokratischen Konsens ausgeschlossen zu werden. Was bei den Kaninchen durchaus einen Sinn macht, weil viele Fressfeinde solche Lebewesen, die als Beute in Frage kommen, an der Bewegung orten², ist für die sozialen Bewegungen fatal. Sie legen sich selbst Denkgrenzen auf, die ihnen die Erarbeitung oder Benennung von progressiven Vorschlägen unmöglich machen, die jenseits aktueller Verhältnisse liegen.

Mit dieser Selbstbeschränkung auf Spielregeln der Demokratie stehen Sozial- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und andere Player im Felde der Politik nicht allein. Auch die Wissenschaft laboriert vor allem an Minikorrekturen und -ergänzungen des demokratischen Systems, einschließlich sozialer Experimente und Methoden. Studien und Evaluationen beschränken sich meist auf Teilfragen der Methodik, bestimmter Verfahren oder Institutionen. Steigt der Druck angesichts wachsender Probleme und fallender Akzeptanz, werden schnell irgendwelche Arbeitskreise oder Kommissionen gebildet, die Abhilfe schaffen sollen. „Doch kein Gremium ist für die Evaluation des gesamten Systems und seiner Funktionsweise zuständig“, berichtet Brigitte Geißel über Großbritannien.³

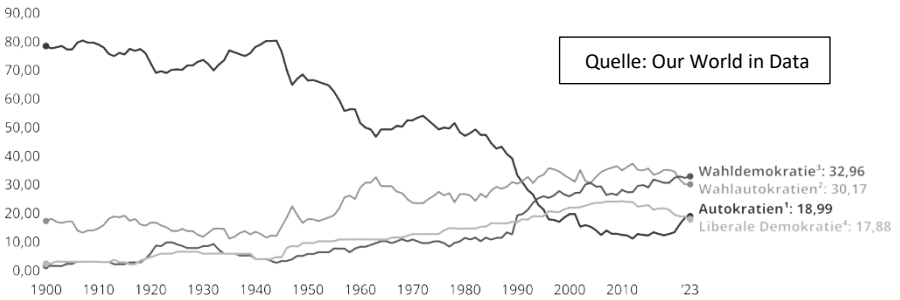
Da verwundert es nicht, dass selbst eingefleischte Marxistis und Anarchistis so tun, als würden sie nur an Verbesserungen der Demokratie selbst werkeln, aber keine Ambitionen darüber hinaus hegen.

Das schien lange Zeit begründet, die Demokratie befand sich auf einer Erfolgsspur. Ein Grund: Nach dem zweiten Weltkrieg erreichten die Bilder und Zahlen des Grauens durch die technischen Entwicklungen fast die gesamte Weltbevölkerung. Das förderte für einige Jahrzehnte die Neigung, mehr Menschlichkeit in den Vordergrund staatlicher und internationaler Politik zu rücken. Die Konzepte unterschieden sich zwar in den schnell miteinander in Konkurrenz geratenen Machtblöcken, aber die Versprechungen ähnelten sich. Lange gehalten haben sie nirgends. Statt im Sozialismus fanden sich die Menschen im Osten eingezäunt im Überwachungsstaat wieder, während die westlichen Demokratien ihre koloniale Welteroberung mittels starker Armeen fortzusetzen versuchten. Ihr wachsender Wohlstand beruhte zu großen Teilen auf der Ausbeutung des globalen Südens. Aufmüpfige Regierungen wurden blutig weggeputzt. Den meisten Menschen in den westlichen Demokratien war es egal, wo und wie der neue materielle Reichtum entstand bzw. wer daran irgendwo in der Ferne kreierte. Der Höhenflug der Demokratie und des mit ihr verbündeten Kapitalismus ging wortwörtlich über Leichen. Schnell ruinierten sie die Natur, was in vielen Ländern zur Entstehung der Umweltbewegung der 70er und 80er Jahre führte.

Dieser Blick auf die Geschichte ist wichtig, denn er zeigt, dass die Demokratie nie von sich aus blühte, sondern immer nur auf Basis der Ausbeutung anderer. Das spricht nicht per se gegen die Demokratie, sondern vor allem erstmal gegen eine

Liberales Demokratien unter Druck

Anteil der weltweiten politischen Regime nach Herrschaftsform (in %)



imperiale Lebens- und Wirtschaftsweise, eben den marktförmigen oder den staatsmonopolitischen Kapitalismus. Beide schleifen Mensch und Natur. Weder diktatorische noch demokratische Systeme setzten wirksame Grenzen. Seit das Wohlstandsversprechen von immer größeren Anteilen der Bevölkerung angezweifelt und die gigantische sowie schnell wachsende Kluft zwischen Arm und Reich für alle sichtbar wird, geht der Glaube in die Demokratie als mäßigender Rahmen für die rücksichtslose Wirtschaftsform des Kapitalismus immer weiter verloren. Letztlich hat sie diese Rolle nie erfüllt, sondern nur die Folgen durch die Auslagerung der negativen Wirkung in entlegene Teile der Welt abgepuffert. Eine Mitsprache der Betroffenen, wie es die Demokratie eigentlich verspricht, hat es dort jahrzehntelang nicht gegeben. Die Metropolen mit ihrer Machtkonzentration benutzen die Peripherie ungefragt als Rohstoff- und Arbeitskraftquellen, und als Müllhalden.

Nun blättert der Lack ab und die durch diesen Wohlstandstransfer erkaufte Zustimmung schwindet. Statt einer klaren Analyse der Ursachen einschließlich einer schonungslosen Reflexion der imperialen Verhältnisse, die der formalen Kolonialzeit folgten, erhebt sich ein kollektives Jammern um die schöne Demokratie, die eine so schöne Zeit der (scheinbaren) materiellen Absicherung schuf, verbunden mit dem Versprechen, dass Wohlstand und die gesamte Wirtschaft immer weiter wachsen würden. Dieser Blick auf die jüngere Geschichte übersieht das beschriebene Aussaugen anderer Teile der Erde, romantisert und verschleiert das Vergangene. Er drückt eine staatsegoistische bis nationalchauvinistische Grundhaltung aus, in dem er sehnsüchtig auf Phasen verweist, in der durch blutig durchgesetzte Abhängigkeitsbeziehungen der eigene Wohlstand sicher schien.

Diese Phase ist vorbei. Die bisher einseitig ausgebeuteten Nationen erringen größere Eigenständigkeit und wehren sich dagegen, anderen Ländern zu dienen. Die einfachen Menschen haben davon in der Regel nichts. Statt den Eliten des Nordens dienen sie nun Diktaturen, Oligarchien oder, im Fall demokratischer Verfasstheit, den Eliten der Aristokratie im eigenen Land.

Die Zustimmung zur Demokratie sinkt. Nutznießer sind bislang nicht die, die das demokratische Gemeinwesen in eine emanzipatorische Richtung weiterentwickeln wollen, sondern die, die zurück zu den früheren Hierarchien wollen, die den Privilegierten noch mehr nutzen – auf Kosten der anderen. Die demokratische Mitte, darunter große Teile der von den demokratischen Verhältnissen profitierenden Wirtschaft, begegnet dieser Entwicklung mit verschärfter Propaganda. Das Demokratische wird zum Heilsbringer und zur einzigen Rettung verklärt. Es entpuppt sich nun als Kampfbegriff. Demokratisch ist, was erwünscht ist. Was mensch nicht gefällt, ist „undemokratisch“.

Das gilt auch innenpolitisch. Als die CDU (demokratisch gewählte Partei im Bundestag) im Frühjahr 2025 erstmals zusammen mit der AfD (demokratisch gewählte



Demokratie kurz vor dem Tod, als Beute autoritärer, demokratisch gewählter
Regierungen – so dargestellt im Gießener Anzeiger am 21.3.2025 (S. 8)

Partei im Bundestag) sowie einigen Kleinparteien (ebenfalls demokratisch gewählt) einen Antrag im Parlament durchbrachte, hielten Aktivistis von Scientist Rebellion in Bonn ein Plakat mit der Aufschrift „die CDU verrät Demokratie“ hoch.⁴ Für die Fraktionsvorsitzende der Grünen war es ein „schwarzer Tag für die Demokratie“.⁵ Fraglos war das Verhalten der CDU verheerend: Die behauptete Brandmauer gegen rechts war eingerissen, dem Rechtsruck in der gesamten Gesellschaft und Parteienlandschaft neue Nahrung gegeben. Aber undemokratisch?

Die Propaganda wirkt. Wie ein Klebstoff zwischen den zum Teil recht gegensätzlichen Strömungen in der Gesellschaft eint alle der Glaube an die Demokratie. Die marxistische Junge Welt, vom Staat selbst als verfassungsfeindlich eingestuft, also in der Außenansicht nicht auf Demokratie gebürstet, geißelt es als „Demokratieabbau konkret“, wenn Medien „als Pressestellen des Staates wirken“.⁶ Sie verkennt dabei, dass genau diese Gemeinsamkeiten der Funktions- und Deutungseliten das Wesen der Demokratie sind. Staat und Medien die wichtigsten der Player, die als Verkünder des Gemeinwillens den „demos“ zuerst erschufen und seitdem als selbiger auftreten. Die Junge Welt macht das im Übrigen auch selbst gerne, wenn sie Behauptungen darüber aufstellt, was das „Volk“ oder „die Mehrheit“ will. Sie jammert aber, wenn andere das mit anderen Inhalten machen. Dabei ist genau das das übliche Spiel namens Demokratie.

Gejammert wird über alles und von allen Seiten – bis hin zur Untergangsstimmung. Söder nannte die im Mai 2025 gebildete CDU/CSU-SPD-Regierung sogar die „letzte Patrone der Demokratie“. Das klingt nach einem nahen Ende. Unklar blieb, auf wen er damit eigentlich schießen wollte. Auf sein „Volk“, welches aus seiner Sicht falsch wählt? Auf die Menschen, die seiner Meinung nach nicht dazugehören, wie es die AfD-Scharfmacherin Beatrix von Storch bereits vorschlug?⁷

Natürlich binden diejenigen, die sich über den Zustand der Demokratie aufregen, in die Vorschläge zur Rettung ihre ideologischen, wirtschaftlichen oder schlicht machtausbauenden Ziele ein. Sie verschleiern all das aber immer als Beitrag zur Demokratisierung.

Beweint werden niedrige Wahlbeteiligungen. Nicht-Wähler werden beschimpft, für unerwünschte Wahlergebnisse verantwortlich gemacht, obwohl ja gerade sie sich nicht beteiligt haben, also am konkreten Ergebnis am wenigsten Schuld tragen. Sie können auch nichts dafür, dass alle Parlamentssitze immer vollständig unter den Parteien aufgeteilt werden, unabhängig von der Zahl der abgegebenen bzw. der gültigen Stimmen. Aber was soll's: Mit Logik hatten es die Ideologien von Herrschaftssystemen noch nie so. Das gilt auch für die Demokratie.

Wahlen bergen das Risiko, dass die bisher Mächtigen die Macht einbüßen und durch konkurrierende Politiker ersetzt werden. Die Möglichkeit eines solchen Elitenwechsels ist der Kern der Demokratie.

Kommentar „Demokratischer Putinismus“
von Karl Grobe in: FR 4.10.2005 (S. 3)

Innerhalb eines Systems hingegen gehen nur Führungskonflikte vor sich, die im wesentlichen Konkurrenzkämpfe zur Ablösung der jeweiligen Führungsgruppe sind und die der teilweisen Umgruppierung innerhalb eines Oligarchenkreises dienen. Die Verkürzung des Herrschaftskonflikts auf den Führungskonflikt reproduziert staatlich-politisch den gesellschaftlichen Vorgang - und den manipulativ vorgenommenen Versuch – der Reduzierung des Antagonismus auf den Pluralismus. Diese Verkürzung – das eigentliche technisch-politische Kernstück des Friedens - trägt wesentlich zur Anpassung und schließlich zur Auflösung eines antagonistischen Bewußtseins gegenüber den Oligarchien bei.

Zitat aus Johannes Agnoli/Peter Brückner (1967):
„Die Transformation der Demokratie“ in: Voltaire Verlag Berlin (S. 30 f.)

Bequeme Hoffnung ist niemals konkret, niemals vielschichtig, niemals zärtlich, nie fordert sie Machtverhältnisse heraus. Bequeme Hoffnungsvolle setzen in Wahlkämpfen zum Beispiel verlässlich auf denjenigen Kandidaten (hier muss man in der Regel nicht gendern), der verspricht, Belastungen wegzuzaubern. Zu welchem Preis, mit welchen Mitteln – das spielt keine Rolle, denn es gibt diesen einen Menschen, der macht schon, der kümmert sich, der beseitigt, was nicht sein soll. Was die Ursachen der Belastungen sind, spielt dabei keine Rolle.

Luisa Neubauer (2025, S. 20)

*In der Praxis ist es noch absurder: Wenn Autos, Flugzeuge oder andere Klimakiller ausgebremst werden, hagelt es saftige Strafen. Wenn hingegen Autos durch rein egoistisch motiviertes Falschparken die Fußgänger oder Fahrradfahrer auf ihrem Weg blockieren, passiert meist gar nichts oder es gibt ein paar Euro Bußgeld. Auch das System des Rechts dient dem, was in Staat und Wirtschaft gewollt ist.

Das ewige Hoffen in Regierungswechsel

Läuft es in Diktaturen nicht gut und steigt die Unzufriedenheit bei größeren Teilen der Bevölkerung, stellt sich sofort die Frage einer Revolte. Dem Diktator bleibt wenig anderes übrig, als sein Arsenal an Unterdrückung zu vergrößern – eine oft blutige Spirale, deren Ausgang ungewiss ist. Oft gibt es anfangs viele Opfer unter den Aufständischen, aber am Ende muss der Diktator gehen oder verliert selbst sein Leben. Die schlechten Erfahrungen mit der Diktatur lassen dann oft den Wunsch aufkommen, es mal mit der Demokratie zu versuchen. Die Revolte führt zu Systemwechsel.

Das passiert der Demokratie nicht so leicht. Denn sie hält einen passenden Mechanismus bereit, der Protest ins Leere laufen lässt. Wenn es nicht läuft und die Unzufriedenheit steigt, richtet sich der Zorn der Menschen nicht gegen das System, sondern gegen die jeweilige Regierung. Die ist schließlich abwählbar. Versagt also die Demokratie hinsichtlich ihrer Versprechungen, so bietet sie selbst das Mittel, in jeder Krise neue Hoffnung auf Besserung zu erzeugen, in dem eine andere Regierung gewählt werden kann. Das kanalisiert jeden Protest aufs Wählen, sichert dem demokratischen System das Weiter-so und ist in dieser Form ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der Demokratie. Deren Propaganda klingt dann so: „Wahlen garantieren den friedlichen Übergang der Macht von einer Person oder einer Gruppe zur anderen“.⁸ Oder so: „Die Bürger dürfen wählen. Herrschaft kann höchstens Herrschaft auf Zeit sein. Und damit können die Wähler immer wieder andere beauftragen; denn ohne Regierungen kommen sie ja nicht aus.“⁹ Das letzte Zitat von Christian Meier ist bemerkenswerter Klartext. Das „Volk“, dem ansonsten einschmeichelnd vorgegaukelt wird, der Souverän zu sein, von dem alle Macht ausgeht, sei schlicht nicht fähig, sich ohne Regierungen selbst zu organisieren. Der Autor¹⁰ war Professor für Alte Geschichte an mehreren Universitäten, daher zeigt sein Zitat, was die Eliten über die von ihnen regierten Massen denken – komplett entgegengesetzt ihrer demokratischen Propagandareden und -texte.

Jenseits dieser ungewöhnlichen Ehrlichkeit, das „Volk“ für blöd zu erklären, besteht das eigentliche Problem aber darin, dass Unzufriedenheit stets nur auf die abwählbaren Personen projiziert wird, hingegen selten auf die dahinterstehende und eigentlich verursachende Machtstruktur. Rein rechtlich ist auch kaum anderes zulässig. Neben dem Austausch der Regierenden mittels Wählens bleibt nur das Versammlungsrecht, welches kaum Rechte schafft, sondern vor allem die zulässigen Mittel der Äußerung von Unzufriedenheit auf das rein Appellative beschränkt. Menschen dürfen sagen, dass ihnen etwas nicht gefällt – mehr nicht. Wer sich auf die Straße klebt, um den klimazerstörenden und täglich tötenden Autoverkehr auch real zu stoppen, landet schnell für mehrere Monate im Gefängnis*: Nötigung heißt die Straftat, wenn Menschen unerträgliche Verhältnisse selbst ändern, statt

Es ist immer leichter, nicht für sich selbst denken zu müssen. Such dir eine hübsche, gesicherte Hierarchie und mach es dir darin gemütlich. Bloß keine Veränderungen machen, bloß keine Mißbilligung herausfordern, bloß nicht die Syndiks verärgern! Der bequemste Weg ist immer noch, sich ganz einfach regieren zu lassen.

Aus Le Guin, Ursula K. (1976): „Planet der Habenichtse“, Heyne Verlag in München (S. 156)

Wenn man, wie Popper, die „Demokratie“ als eine „Methode des Machtwechsels ohne Blutvergießen“ definiert, heißt das in anderen Worten, dass „Demokratie“ ein Mittel sei, um den sozialen (oder politischen etc.) Konflikt unter Kontrolle zu halten.

Vladimiro Giacché (2006, S. 22)

So kritisch wir die Linkspartei aus den unterschiedlichsten Gründen sehen – nicht zuletzt wegen ihrer unerträglichen Kompromissbereitschaft, wenn es ums Mitregieren ging – und so sehr wir manches an ihrem Wahlprogramm kritisieren, welches zwischen emanzipatorischen Grundsätzen und Formelkompromissen schwankt: Sie ist derzeit die einzige Partei, die im Deutschen Bundestag die Themen von sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Internationalismus im Verbund mit der ökologischen Erneuerung unserer ökonomischen Lebensgrundlagen überhaupt vertritt. Wird sie im Bundestag und damit in der medialen Öffentlichkeit nicht mehr präsent sein, wird es keinen parlamentarischen Druck von links auf SPD und Grüne mehr geben und keine Unterstützung für die Linken in diesen Parteien. Für eine absehbare Zukunft wird dann auch keine rot-rot-grüne parlamentarische Alternative zu einer reaktionären Merz-Regierung existieren, gleich, ob sie grün, rosa oder gar blau flankiert wird.

Namentlich für die gesellschaftliche Bewegungslinke und für die demokratische, feministische und antifaschistische Zivilgesellschaft würde die Nichtpräsenz der Linkspartei im Deutschen Bundestag eine besonders schmerzliche Zäsur bedeuten, denn sehr viele Projekte der antifaschistischen und demokratischen Zivilgesellschaft werden von der Rosa Luxemburg Stiftung nicht mehr finanziert werden können. Angesichts der Stärke der AfD auf kommunaler und Landesebene bedeutete das besonders in Ostdeutschland eine dramatische Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeit zahlreicher linker Initiativen. Wir, aus linken Bewegungen kommende Unterzeichner:innen, appellieren darum an linke Grüne, linke Sozialdemokrat:innen, an Gewerkschafter:innen, Kolleg:innen und Freund:innen aus den verschiedensten betrieblichen und sozialen Initiativen, am 23. Februar 2025 die Partei Die Linke zu wählen. Lasst uns gemeinsam versuchen, die einzige noch wählbare Partei mit mehr als 5 Prozent in den deutschen Bundestag zu hieven!

Wahlauf Ruf für die Partei Die Linke, unterzeichnet von vielen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft, zur Bundestagswahl 2025 (<https://geschichte.von.untenostwest.org/auf-ruf-von-ausser-parlamentarischen-linken-zur-wahl-der-partei-die-linke-am-23-februar>)

nur an die Mächtigen zu appellieren oder neue Regierende zu wählen – um in beiden Fällen meist einfach wieder von Neuem enttäuscht zu werden.

„Befürworter der repräsentativen Demokratie versichern, dass Wahlen der beste Weg zur Selbstbestimmung“ seien.¹¹ Sie seien das edelste in einer Demokratie. Der Subtext solcher Formulierungen lautet: Etwas Besseres gibt es nicht. Dabei sind die Grenzen von Wahlen völlig offensichtlich. Sie beschränken sich darauf, dass die Regierenden ausgetauscht werden dürfen. Meist ist die Auswahl zudem auf Angehörige gesellschaftlicher Eliten reduziert, weil nur diese auf die oberen Listenplätze der Parteien vordringen. Konkreten Einfluss auf Inhalte, Entscheidungen oder auch das große Ganze haben die einfachen Menschen nicht. „Obwohl die meisten Menschen übereinstimmen, dass die Bürger*innen der Souverän in einer Demokratie sind ..., wird dieser Grundsatz ignoriert, wenn es darum geht, über die Ausgestaltung der Demokratie zu entscheiden.“¹²

Die Entmachtung der Menschen ist auch eine Selbstentmachtung. Nur ein sehr kleiner Teil sieht sich als echter Akteur, die meisten verstehen ihre Rolle selbst als reine Mitläufis und Stimmvieh. Sehr deutlich zeigte sich das nach dem Bruch der Bundesregierung im Herbst 2024 sowie noch mehr als Folge des dramatischen Rechtsrucks einschließlich des Einreißens der sogenannten „Brandmauer“ gegen Rechts¹³ durch gemeinsames Abstimmen der CDU mit AfD, BSW und FDP Ende Januar 2025.¹⁴ Es kam zu Petitionen, Aufrufen, Massendemonstrationen und Eintrittswellen in bürgerliche und (vermeintlich) linke Parteien nach Ampel-Aus und Rechtsruckdebatte. Der Partei Die Linke verschaffte all das zudem einen überraschenden Stimmengewinn bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Damit sind die Reaktionsmuster aber erschöpfend beschrieben. Sie bewegen sich alle nicht nur im System, sondern zeigen, dass Protest ein konstituierendes Element des Weiter-so ist. Scheinbar kritische Parteien sowie insgesamt die Existenz von Opposition in Parlamenten bewirkt, dass enttäuschte bis verärgerte Menschen im Rahmen des demokratischen Handelns gehalten werden können. Laut Johannes Agnoli erfüllten die Grünen in ihren Anfangsjahren „die Aufgabe aller institutionskonformen Oppositionen: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen und in die Ordnung zurückzuholen. Wie vormals die Sozialdemokratie“.¹⁵ Und wie schon zweimal, nämlich in ihrer Fusionsphase sowie aktuell die Linken. „Die Regierungsbeteiligung der Linkspartei [...] be- und verhinderte das öffentliche In-Aktion-treten von Massen, sie hat den außerparlamentarischen Kampf großer Gruppen, und das weder notwendig noch automatisch, weitgehend zum Erliegen gebracht.“¹⁶ Trotz des Wissens um die Begrenztheit von Parteien erfolgen immer wieder Aufrufe zur Wahl der Linken (siehe das Beispiel links). „In der Gesellschaft vorhandene, teils sich hart widersprechende Kräfte sollen parlamentarisch und durch das Parteiensystem nicht reproduziert und damit politisch potenziert, sondern repräsentiert, und in ihrer Widersprüchlichkeit entschärft werden.“¹⁷ So böse das klingt,

Die PDS hat seit 1990 schon viele Leute mit verqueren Auffassungen langsam, aber sicher von überkommenen Vorstellungen abgebracht und ihnen so einen Weg in diese Gesellschaft gebahnt.

Gregor Gysi im Jahr 2007 in einem Interview der Zeitung „Vanity Fair“, zitiert in: Junge Welt, 4.9.2007 (S. 8)

*Bürger*innen werden aufgefordert, sich zu beteiligen, aber ihre Beteiligung hat keine Auswirkungen auf politische Entscheidungen. Eng verwandt mit dieser symbolischen Partizipation ist das Particitainment. Der Begriff wurde von Klaus Selle, einem deutschen Wissenschaftler, erfunden. Er beobachtete, dass Partizipation in vielen Gemeinden als Unterhaltung für die Bürger*innen stattfand. Bürger*innen werden mit partizipativen ‚Wohlfühl-Veranstaltungen‘ beschäftigt, aber ihr Engagement hat keine politischen Konsequenzen. [...]*

*Die ablenkende Beteiligung folgt einer ähnlichen Logik. Die Bürger*innen werden eingeladen, über Themen von geringer Bedeutung zu diskutieren, zum Beispiel darüber, wo eine Parkbank aufgestellt werden soll. Gleichzeitig werden sie von der Entscheidungsfindung bei wichtigen Fragen ausgeschlossen, zum Beispiel beim Verkauf von Wäldern und Parks. [...] Mit anderen Worten: Die Bürger*innen können über einige Krümel des Kuchens oder vielleicht sogar über den ganzen Kuchen entscheiden. Aber die Bäckerei gehört den Politiker*innen, die bestimmen, welche Kuchen gebacken werden und wann sie gebacken werden. Sie bestimmen auch, ob sie die Bäckerei schließen oder an wen sie die Bäckerei verkaufen.*

Brigitte Geißel (2024, S. 135f)

Die Angemessenheit der Tat entfällt nach herrschender Meinung unter anderem dann, wenn die Rechtsordnung abschließende Spezialregeln zur Auflösung einer Interessenkollision vorsieht (sog. Sperrwirkung staatlicher Verfahren). Zur Beeinflussung der staatlichen Klimaschutzpolitik durch den einzelnen Bürger sieht die Verfassung eine Reihe von Gestaltungsinstrumenten vor (z.B. Meinungsfreiheit, Petitionsrecht, aktives und passives Wahlrecht, Freiheit zur Bildung politischer Parteien und deren Unterstützung durch Spenden, Demonstrationsrecht ohne Gewaltausübung). Für eine Aufwertung des§ 34 StGB zu einem „Supergrundrecht“, das noch weiterreichende Einflussnahme auf die Politik ermöglicht, ist daneben aus guten demokratietheoretischen Gründen kein Raum.

Aus dem Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 17.1.2024 zu einer Abseilaktion über der A3 (Az. 5/05 Ns 6120 Js 248353/20 (106/22))

es ist genau die Melodie, welche die Parteien selbst spielen. „Ein linkenfreies deutsches Parlament ist keine legitime Volksvertretung“, formulierte ein Linken-Funktionär selbst – in einem von Linken herausgegeben Buch.¹⁸ Und die Partei schreibt selbst: „Darüber hinaus gelingt es der Linkspartei als einziger Partei in relevantem Maße, NichtwählerInnen an die Wahlurnen zu holen. Sie hat damit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Beteiligung sich ansonsten selbst wahlpolitisch enthaltender Bürgerinnen und Bürger geleistet.“¹⁹ Es sind die scheinbar kritischen Parteien, die dem demokratischen Herrschaftssystem ihre Legitimation verleihen, in dem sie den Eindruck erwecken, es sei der gesamte „demos“ im Parlament repräsentiert und damit jedi Einzelne irgendwie auch persönlich an der Macht.

Etwas Ähnliches gilt im Übrigen auch für die schon länger immer wieder wie eine Mode aufploppenden Beteiligungsangebote. Sie kommen unter Tausenden von Namen daher, von Lokale Agenda über runde Tische bis zu den aktuell gehypten Bürgerräten.²⁰ Ihnen ist in der Regel von vornherein immanent, dass sie keine wirkliche Entscheidungsmacht bringen. Das steht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zur notwendigen Zeit, die in solchen Beteiligungen verbracht wird – oder zum Aufwand, mit dem die Formate angekündigt werden, mit zigfacher hauptamtlicher Begleitung und glamouröser Ergebnisdarstellung. Beteiligungsrounden solcher Art reden selten über die zentralen Grundfragen gesellschaftlicher Entscheidungswege, Machtstrukturen und Ressourcenverteilung: „Das Prinzip der Demokratie als Herrschaft des Volkes wird erstaunlich vernachlässigt, wenn es um die Frage geht, wie eine Demokratie gestaltet werden sollte, also welche Werte und Strukturen sie umsetzen will. Das Prinzip der Selbstbestimmung verschwindet aus dem Blickfeld – demokratische Werte und Strukturen scheinen eine Angelegenheit von Politiker*innen zu sein.“²¹ Will heißen: Beteiligung von Menschen im politischen Raum dient eher der Beschäftigung und simuliert echte Mitbestimmung nur. Die Runden sind unverbindlich, methodisch mitunter interessant, oft aber völlig überorganisiert. Mangels Entscheidungskompetenz gleichen sie Wohlfühlveranstaltungen, die „Befriedungs- und Kooptationsstrategien“²² folgen, also kritische oder gutgläubige Menschen ruhig stellen sollen. Dazu passt, dass sich die führenden Persönlichkeiten in Politik, Institutionen und Wirtschaft auf solchen Veranstaltungen regelmäßig blicken lassen, schlaue Reden halten und sich bei den Menschen bedanken, dass sie sich dort engagieren. Wenn dann noch ein paar Umwelt- und Engagementspreise verliehen werden, ist die Assimilation möglicher Protestgruppen vollendet. Aufstände, wie sie autoritäre Systeme immer wieder erleben und (oft blutig) niederschlagen, fehlen in der Demokratie nicht nur weitgehend, sie sind angesichts der vielen (Pseudo-)Angebote des ohnmächtigen Mitredens kaum noch vorstellbar. Die selten notwendigen Strafen für die wenigen, noch stattfindenden direkten Aktionen werden seitens der Gerichte in Deutschland passend damit begründet, dass Demokratie und Rechtsstaat ausreichende Möglichkeiten der legalen Beteiligung bereitstellen (Beispiel siehe links).



Screenshot von <https://openpetition.de/petition/online/demokratie-staerken-vetorecht-bei-gesetzen-des-bundestages>, abgerufen am 6.2.2025

Wir brauchen heutzutage mehr konkrete Demokratie.

Aus Alain de Benoist (2011): „Aufstand der Kulturen“ (S. 9)
Benoist gilt als maßgeblicher Vordenker der Neuen Rechten
(https://de.wikipedia.org/wiki/Alain_de_Benoist)

Die Beispiele der Schweiz, des Brexits oder Kaliforniens zeigen folglich auch, dass direktdemokratische Verfahren anfällig sind für manipulative Eingriffe in die politische Öffentlichkeit: ... Ein weiteres systematisches Problem stellt der Umstand dar, dass direkte Abstimmung immer nur Einzelthemen adressieren können – und diese dann auch noch zu einer Ja/Nein-Frage zuspitzen müssen.

Aus izpb 361 (a.a.O., S. 32)

Die WählerInnen können zwischen Antwortmöglichkeit A oder B wählen, ohne tatsächlich auf die Hintergründe Einfluss zunehmen. Deshalb wurden derartige Abstimmungen auch gerne von faschistischen Systemen inszeniert, um dem Volk das Gefühl zu geben, die Entscheidungen mitgetragen zu haben, oder seine Maßnahmen gegenüber dem Ausland zu rechtfertigen. Zudem schauen die Herrschenden schon darauf, dass das Ergebnis einer Abstimmung keine ihnen unangenehmen Überraschungen bringt. Die Antwort ist in der Fragestellung bereits vorgegeben. Oder hat mit dem eigentlichen Problem gar nichts zu tun.

Aus dem Text „Parlamentarismus vs. Basisdemokratie“
(<http://anarchismus.at/txt4/parlamentarismus6.htm>)

Demokratische Verschlimmbesserungen

Manch Beteiligte im demokratischen Rettungsbusiness setzen große Hoffnung in direkt-demokratische Methoden. Das ist verständlich, schließlich kann – rein theoretisch – über solch eine Abstimmung ein emanzipatorischer Sprung gelingen. Dummerweise geschieht das kaum. Die Fälle, in denen in solchen Gesamtabstimmungen Ergebnisse erzielt wurden, die dem herrschenden Diskurs bzw. Mainstream widersprachen, sind selten.²³ Selbst die Gleichberechtigung der Menschen, welche in der Demokratiepropaganda eine große Rolle spielt, ließ sich bisher nicht oder nur sehr mühsam erwählen. So dauerte es bis 1971, bis in der Schweiz das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Im Kanton Appenzell Innerrhodens mussten Frauen sogar bis 1990 warten. Erreicht wurde ihr Wahlrecht per Klage vor dem Bundesgericht, also auf gar nicht so demokratische Weise. Die bis dahin allein wahlberechtigten Männer hatten auch 1990 noch den Frauen das Wahlrecht per Volksabstimmung verweigert.²⁴ In Basel scheiterte Ende 2024 ein Volksbegehren zum zweiten Mal, alle Einwohnin der Stadt als wahlberechtigt zu erklären.²⁵

Bei direkten Abstimmungen agiert die Masse Mensch so, wie es „Volksherrschaft“ im originären Sinn meint – und wie es das Konzept der „Volksouveränität“ in rechten Kreisen vorsieht. Die Probleme, die bei der Formierung eines Gemeinwillens aus der Vielfalt der Unterschiedlichen entstehen, treten hier offen zutage. Sie sind nicht hinter Repräsentation versteckt. Das Volk agiert selbst, die Einzelnen sind in ihm und im Mainstream aber untergegangen. Die Ergebnisse der Abstimmungen richten sich nach den herrschenden bzw. gemachten Meinungen. So fielen in der Schweiz Abstimmungen zu Klimathemen sehr unterschiedlich aus, je nachdem wie stark das Thema gerade die öffentliche Debatte bestimmte. Im Juni 2023 stimmte eine Mehrheit für mehr Klimaschutz²⁶. Es war das letzte Jahr, in dem der Klimawandel noch viel Raum in der öffentlichen Debatte einnahm und hohe Zustimmungswerte erzielte. Danach flaute das Interesse ab, wurde durch Kriegs- und Wachstumspropaganda ebenso verdrängt wie durch die ausufernde Angstdebatte um Migration. In der Folge stimmte im Februar 2025 eine deutliche Mehrheit gegen einen Klimaentscheid.²⁷

Die Verkürzung auf Ja-Nein-Fragen tut sein Übriges zu der Zuspitzung. Menschen können keine eigenen Vorschläge einbringen und müssen im Zweifel das kleinere Übel wählen. Neben der Beeinflussung öffentlicher Diskurse entscheidet die Fragestellung oft über Erfolg und Misserfolg. Auch dabei sind die Menschen, die später als „Volk“ die vermeintliche Entscheidungsgewalt haben, ausgeschlossen. Ihnen bleibt nur, ein fertiges Paket abzunicken oder scheitern zu lassen. Wobei die Sache mit der Fragestellung in konsensdemokratischen Abstimmungen noch wichtiger ist, wirkt das dort allen Abstimmenden zukommende Vetorecht doch jeweils nur in eine Richtung. Hieße die Frage beispielsweise „Darf hier geraucht werden?“,

In einer Gesellschaft der Massenmedien gerät das Referendum leicht zur Waffe derjenigen, die sich eine Medienkampagne leisten können und es verstehen, die Empörung eines »gesunden Volksempfindens« aufzustacheln. Die rechtskonservative SVP zeigt in der Schweiz seit Jahren, wie gut das geht, und bringt so chauvinistische Referenden durch, etwa zur Begrenzung der Zuwanderung im Februar 2014. Referenden stellen Ja/Nein-Fragen, die, einmal gestellt, nicht mehr verändert werden, und sie bieten keinen Raum, in denen ein aufgeklärter Diskurs über ein politisches Problem stattfinden könnte. Die Medien sind dieser Raum nicht. Auch eine »Referendumsdemokratie« hat nicht die Absicht, den Bürger vom Untertan des alle vereinheitlichenden Staates, der seine Stimme abgibt, in einen politischen Menschen zu verwandeln, der auf Augenhöhe mit anderen politischen Menschen gemeinsam Entscheidungen trifft.

Aus Niels Boeing (2015): „Von Wegen“ (S. 53)

Eifrig propagiert wird von rechter Seite die Ansicht, Volkssouveränität bedeute primär die Kompetenz, darüber zu entscheiden, wer dazu gehört und wer nicht, wie in den letzten Jahren besonders deutlich die Kontroversen um die Einbürgerung dokumentiert haben.

Aus Marti, Urs (2006): „Demokratie – das uneingelöste Versprechen“, Rotpunkt in Zürich (S. 130)

In der Tradition des 19. Jahrhunderts und seiner in Deutschland verpaßten Chancen einer Demokratisierung stellt die Verfassung einen Versuch dar, unter Federführung des preussischen Reformbeamtentums eine Kompromiß über die (mehr oder weniger ideellen) Staatszielbestimmungen zu formulieren. Die ideellen Staatszielbestimmungen sollten auf diesem Weg der politischen Auseinandersetzung entzogen und auf Dauer festgeschrieben werden. Dieser Versuch einer kompromißhaften Einigung zwischen Monarchie, Handels- sowie (entstehendem) Industriebürgertum und der de facto herrschenden Reformbürokratie schloß dabei freilich die Bevölkerung weitgehend aus, – stellte vor allem die sich zu organisieren beginnende Arbeiterbewegung vor die Tür. Es ging in dieser Form der politischen Vertragsbildung vordringlich um die vorpolitische und vordemokratische Festschreibung stabiler Staatsziele. Die Verfassung entzog diese dem unmittelbaren Einfluß des Monarchen wie auch des Bürgertums, die freilich beide an seiner Formulierung noch gemeinsam beteiligt waren; es entzog sie freilich vor allem und gänzlich dem demokratischen Prozeß und den Ansprüchen einer politisch wirksam werdenden Volkssouveränität, die von vornherein und auf Dauer von einer Einwirkung auf die „Grundlagen der Verfassung“ ausgeschlossen wurden. An die Stelle der „Staatstreue“ trat die „Verfassungstreue“. Und die Konstitution war (vor allem in Deutschland, aber nicht nur dort) in erster Linie der – erfolgreiche – Versuch, die Richtlinien politischen Handelns von der Volkssouveränität abzukoppeln. „Verfassungsstaatlichkeit“ oder „Konstitutionalismus“ standen in unmittelbarem und politisch beabsichtigtem Gegensatz zu Demokratie und plebiszitären Rechten.

Hans J. Lietzmann in: Dagmar Everding u.a. (1999, S. 158f)

würde ein Veto den Bereich, für den die Abstimmung stattfindet, rauchfrei machen. Hieße die Frage aber „Soll hier Rauchen verboten werden?“, würde theoretisch eine Person mit Mut zum Veto reichen, um das Rauchen zu erlauben.

Die Folge: „Volksabstimmungen sind sehr anfällig für populistisch agierende Personen und Parteien“.²⁸ Dadurch haben die bestehenden Eliten nur einen unsicheren Vorsprung gegenüber spontan in Debatten um Volksentscheide aufkommenden, vor allem populistischen Positionen oder rhetorisch gewandten bzw. über Medien reichweitenstarken Personen. Darum will „die deutsche Elite von direkter Demokratie nichts wissen“.²⁹ In der repräsentativen Demokratie können sie sich sicher sein, immer die überwältigende Mehrheit der Funktionsebenen zu stellen und so das Geschehen einigermaßen gut im Griff zu haben.

Angesichts des laufenden Rechtsrucks könnten direkt-demokratische Elemente schnell eine weitere Zuspitzung mit sich bringen, da die aktuelle angstbesetzte Aufladung der Gesellschaft die Chance erhöht, mit populistischen Positionen Mehrheiten zu generieren. Die rechten Parteien sind sich dessen bewusst und „fordern Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. Denn die uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer seit fast 200 Jahren bewährten Gestaltung hat dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand, Frieden und Freiheit gesichert.“³⁰ Schon 2021 brachte die AfD einen Gesetzentwurf für Volksabstimmungen in den Bundestag ein, der an den anderen Parteien scheiterte.³¹

In den AfD-Formulierungen versteckt sich ein grundsätzliches, demokratietheoretisches Problem. Wenn das Volk, sei es über direkte Sachabstimmungen in direkter Demokratie oder über Wahlen von Repräsentanten, die dann die Entscheidungen fällen, die volle Souveränität haben soll, also „alle Gewalt vom Volke ausgeht“ (Art. 20 GG), dann dürfte es keine Schranken geben. Zu jedem Thema und in jede Richtung dürfte entschieden werden. Einen Krieg anzetteln, alle Nichtdeutschen verjagen, wieder Konzentrationslager errichten oder die Todesstrafe einführen, Frauen an den Herd zurück zwingen, die Prügelstrafe für Kinder erneut legalisieren, Gefängnis für Abtreibungen verhängen – die Liste der vorstellbaren Entscheidungen, die je nach populistischer Aufladung eine Mehrheit erhalten könnten, ist lang. Dass dies nicht nur Theorie ist, zeigt die Geschichte. Der Übergang von Demokratie zum autoritären Staat erfolgte in der Regel auf demokratischen Wegen.

Tatsächlich sehen viele genau diese uneingeschränkte Herrschaft des Volkes, d.h. in der Praxis dann derer, die als Volk aufzutreten und zu agieren privilegiert sind, als Wesensmerkmal der Demokratie. „Das Prinzip der Volkssouveränität bestimmt das Volk zum souveränen Träger der Staatsgewalt“, schreibt Wikipedia,³² und fügt verstärkend hinzu, „das Volk in seiner Gesamtheit [stehe] einzig über der Verfassung“. Die Regierungsinternetseite für Kinder schreibt ähnlich: „Mit ‚Souverän‘

Demokratie bedeutet zwar, dass man gemeinsam entscheiden kann. Demokratie bedeutet aber nicht, dass man gemeinsam über alles entscheiden kann.

Bundeszentrale für politische Bildung auf <https://bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/demokratie-2025/559049/zwischen-volkssouveraenitaet-und-rechtsstaatlichkeit/>

Der entscheidende Schlüssel für gesellschaftliche Veränderungen ist die direkte Demokratie. Und solange wir Bürgerinnen und Bürger diesen Schlüssel nicht in der Hand haben, gehen alle Proteste gegen bestehende Verhältnisse ins Leere. ... Wir sind das Volk – wir sind der Souverän!

Aus der „Berliner Erklärung“, abgedruckt in der Zeitschrift für Direkte Demokratie 3/04 (S. 32)

Auf die Frage nach erwünschten Grundgesetzänderungen wurde im November 1991 die Einführung des Volkstentscheids in den alten Ländern von 66 Prozent, in den neuen Ländern sogar von 80 Prozent genannt. Zurückhaltender äußern sich allerdings die Eliten, besonders in Westdeutschland.

Theo Schiller in: Dagmar Everding u.a. (1999, S. 15)

bezeichnet man den unumschränkten Herrscher eines Landes. Früher waren das Kaiser und Könige. In den modernen Demokratien ist es das Volk, von dem alle Macht im Staat ausgeht.³³ Laut Regierungsplattform für Erwachsene ist Volkssouveränität „ein verfassungsrechtliches Prinzip aller Demokratien, das besagt, dass die höchste Gewalt des Staates und oberste Quelle der Legitimität das Staatsvolk selbst ist.“³⁴

Das ist offensichtlich falsch. In allen Demokratien gibt es Grund- oder Verfassungsrechte, „checks and balances“³⁵ und einiges mehr, die unumstößlich gelten und nach den eigenen Mantras auch von Mehrheiten nicht gekippt werden dürfen. Verfassungsgerichte oder ähnliche Institutionen wachen darüber. Praktisch handelt es sich also um konstitutionelle Demokratien, und damit nicht wirklich um Volksherrschaft oder Volkssouveränität. Was ein Glück ist, denn der größte Fehler in der (u.a. von der AfD geforderten) Volkssouveränität ist, dass „Volk“ eben nicht die unterschiedlichen Menschen in einer reflektierten Debatte sind, sondern der entfachte Mainstream bzw. Diskurs, der eher den lautesten Stimmen entspricht als einer bewussten Entscheidung der Vielen. „Volks“souveränität wäre also eher die Diktatur der Volks(ver)führer, denn „in einer Gesellschaft der Massenmedien gerät das Referendum leicht zur Waffe derjenigen, die sich eine Medienkampagne leisten können und es verstehen, die Empörung eines ‚gesunden Volksempfindens‘ aufzustacheln“.³⁶

Für das Offensichtliche sind viele aber blind. Es gab sogar mal eine Partei, deren einziger Zweck die Durchsetzung von Volksabstimmungen war. Sie kritisierte die klassische Demokratie:³⁷ „Das Volk betreffende Grundsatz- und Schicksalsfragen [...] werden von der demokratischen Obrigkeit entschieden, auch bewußt gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit. Das Volk wird nicht gefragt. Das Volk hat im gegenwärtigen System tatsächlich keinen Einfluß auf die Staatsgewalt.“ Das wäre zutreffend, wenn da nicht der Begriff des „Volks“ genutzt würde. Denn das, was mit „Volk“ gemeint ist, ist nur seine Elite. Die Menschen, nicht das Volk, werden in der Demokratie ignoriert, mitsamt ihrer Individualität und Vielfalt. Volksabstimmungen sind kein Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, sondern nur ein anderes Mittel, Vielfalt und Eigenarten der Menschen in der Masse verschwinden zu lassen.

Die Dissonanz zwischen Volkssouveränität und Grundrechtsstaat prägt viele Demokratiedebatten. Angesichts der offensichtlichen Gefahr treten viele für die Begrenzung der Macht des Volkes ein. Es müsse Grenzen geben, die nicht übersprungen werden dürfen. Faktisch ist das auch so geregelt, doch der Streit spitzt sich im populistischen Schlagabtausch immer wieder zu. Die Fronten sind dabei sehr interessant und zeigen vor allem eines: Alle sehen in der Demokratie die Basis ihrer eigenen Privilegien – und wünschen sich die dazu passende Form einer Demokratie. Die Funktions- und Deutungseliten, in ihrer Selbstinszenierung zur Rettung der



Alice Weidel ✓
@Alice_Weidel

Folgen

Dänemark, Tschechien, Italien und weitere EU-Länder reagieren: Sie stellen das öffentliche Leben praktisch ein. Nur in  kann sich [#COVID19](#) ungehindert ausbreiten. Das wird fatale Folgen haben! Die Regierung muss jetzt endlich angemessene Schritte einleiten! [#coronadeutschland](#)

10:46 vorm. · 12. März 2020 · [Twitter Web App](#)

Besonders skeptisch sollten Vorschläge betrachtet werden, die in der direkten Wahl des politischen Führungspersonals einen Ausweg aus der Krise des politischen Systems erkennen wollen. Hier besteht die Gefahr einer Zentralisierung der Macht in einer Hand, die dann nicht für, sondern gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung in Anschlag gebracht werden könnte. Die demokratische Rhetorik soll in diesem Fall dabei helfen, politische Zustände herbeizuführen, in denen das „Volk“, das heißt, eine Masse vereinzelter, voneinander isolierter Individuen, in einem möglichst direkten, unmittelbaren Verhältnis zu seinen politischen „Führern“ steht.

Thomas Wagner (2011): „Demokratie als Mogelpackung“ (S. 10ff)

Demokratie, betonen das, was die Volkssouveränität begrenzt. Von CDU/CSU bis zu Grünen und oft auch den Linken feiern alle die Stärke des Rechts ab, glorifizieren Justiz und das durch Gesetze geordnete Gemeinwesen, während AfD und viele andere rechte bis rechtspopulistische Gruppen, die vom Führer- oder zumindest autoritären Staat träumen, die absolute Entscheidungsmacht der Mehrheit über alle propagieren. Die einen sehen sich selbst an den Hebeln des Rechts, die anderen hoffen auf eine Führerschaft durch populistische Hoheit über die Volksmeinung. So ist es insgesamt ein Machtkampf zwischen Lagern, die alle nicht wirklich die Menschen stärken wollen und auf Selbstermächtigung setzen. Die oben zitierte Partei für Volksabstimmungen wandelte sich auch schnell in eine offen rechtsextreme Organisation unter dem Namen „Bündnis für Deutschland“, verschwand dann aber mangels Erfolg.

Im gesamten Streit geht es nur darum, wer Hegemon ist, nicht um den Abbau von Hegemonie und mehr Selbstbestimmung der Einzelnen. Direkte Entscheidung durch das Volk ist kein Gegensatz zur Entscheidung durch Stellvertreter, denn schließlich existiert das Volk nur in Form seiner Stellvertretung.

AFD und andere rechte Strömungen hoffen, durch eine Verschärfung autoritärer Verhältnisse die Grundrechte schleifen zu können. Immer wieder äußerten ihre Spitzenvertreter Sympathien für Regimes wie Russland oder China, so zum Beispiel die AfD-Chefin am Beginn der Corona-Pandemie, als sie ein hartes Durchgreifen und einen totalen Lockdown forderte. China benannte sie dabei als Vorbild.³⁸

Im Fanclub der direkten Demokratie geht es nicht nur um Sachabstimmungen. Auch die führenden Politikis sollen direkt gewählt werden statt, wie heute, durch die Parlamente. Laut Hans Herbert von Arnim hätten direkt gewählte Regierungschefs „dann die für kraftvolles Regieren nötige demokratische Legitimation“. ³⁹ Das ist Klartext und legt nahe, dass „kraftvoll“ hier durchaus im Sinne von „autoritär“, also von oben nach unten, ausgestattet mit verstärkten Machtmitteln, gemeint ist. Die NPD klatschte Beifall. ⁴⁰ „Hans Herbert von Arnim fordert mehr direkte Demokratie. Dahinter steht keine emanzipatorische Perspektive, sondern das Konzept einer „Führerdemokratie“ zum Schutz kapitalistischer Herrschaft“, entgegnet Thomas Wagner in der Jungen Welt. ⁴¹ „Die demokratische Legitimationsgrundlage dafür will er durch die plebiszitäre Selbstentmachtung des Wahlvolkes schaffen.“

Angesichts dessen, dass Direktwahlen des Führungspersonals in einer Demokratie die vorhandenen Hierarchien weiter steigern können, überrascht es wenig, dass auch die AfD fordert: „Der Bundespräsident, als höchster Repräsentant des Staates, soll direkt vom Volk gewählt werden.“ ⁴² Wie ein solcher Wahlkampf dann auch hierzulande aussehen würde, gäbe es eine Direktwahl des Staatsoberhauptes, lässt sich mit Blick auf die USA, Türkei, Frankreich oder Venezuela errahnen? Er wäre zugespitzt auf Personen, ihre Ausstrahlung, die von ihnen entfachten Stim-

In diesem Sinn fordert man unter dem Titel „Mehr Demokratie“ präsidentielle und plebiszitäre Instrumente, die in den Händen eines Volkstribuns jedoch hervorragend geeignet sind, eben erwirkte demokratische Spielräume wieder einzuschränken. Entsprechend soll auch die Rolle der Öffentlichkeit umdefiniert werden; sie muß nicht länger als demokratische Arena der Willensbildung geschützt, sondern soll vielmehr als Instrument der Loyalitätsbeschaffung in Dienst genommen werden. [...] Zusätzlich werden langwierige Prozesse der öffentlichen Willensbildung durch Referenden oder Fokusgruppen abgekürzt oder durch kampagnengesteuerte Volksentscheide neutralisiert – eine Entwicklung, die nicht auf die jungen Demokratien beschränkt ist.

Aus Werner A. Perger und Thomas Assheuer (2000, S. 9 und 11)

Erhebt im amerikanischen Fernsehen Barack Obama das Wort, wird geschwiegen wie im Gottesdienst. [...] Die Worte des Präsidenten werden als Bereicherung, nicht als Belästigung empfunden. Das Volk hört sich in ihm. Es spricht gewissermaßen zu sich selbst.

Aus Gabor Steingart: „Land voller Abschiede“, in: Spiegel, 9.3.2009

Die vor- und antidemokratische Tradition des Konstitutionalismus hat auf europäischer Ebene aber noch eine weitere Pointe: Es gehörte und gehört zu den politischen Ausgestaltungen des Konstitutionalismus immer auch die „konstitutionelle Diktatur“. Neben der „konstitutionellen Monarchie“, die das monarchische Regime an festgefügte politische Ziele band, und neben der „konstitutionellen Demokratie“, die die Demokratie und ihre politischen Ziele vor-politisch und vor-demokratisch fest-schrieb, (und manch anderer Ausprägung konstitutioneller Herrschaft) war die „konstitutionelle Diktatur“ eine verfassungsgemäße Regierungsform, die bestimmte Ziele festschrieb, zu deren Erreichung eine vorübergehende diktaturähnliche Herrschaft zugelassen wurde. Das Vorbild lag in dem „Kommissariat“ traditionaler römischer Senatoren.

Hans J. Lietzmann in Dagmar Everding u.a. (1999, S. 160)

mungen. Das „Volk“ kommt nur noch als gedankenlose Jubelmasse vor, die ihre Popstars anhimmelt, auch die dümmsten Bemerkungen, Lügen oder Gesten verzeiht, wenn nicht abklatscht – und dann wählt. Die deutsche Geschichte lehrt eigentlich ausreichend, welche Gefahr von personenzentrierten Führungskämpfen ausgeht. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde nur Sinn machen, wenn dieser auch mit echten Befugnissen ausgestattet würde. Das würde den heute stattfindenden Übergang der Demokratie in den autoritären Staat der historischen Vorlage vom 30. Januar 1933 ein Stück ähnlicher machen.

Der aktuelle Rechtsruck verläuft in den Ländern schneller, in denen die Führiis direkt gewählt werden. In Deutschland geschieht dieses in geringerem Maße, aber auch deutlich erkennbar. Parteien mit klaren Führungsfiguren neigen stärker zu populistischen Auftritten und Inhalten, wie BSW, Freie Wähler (mit ihrem Chef Aiwanger) und zum Teil die CSU zeigen.

Parteien wie die AfD, die für die Überwindung der Demokratie Richtung autoritärer Republik eintreten, wissen um die Chancen, die auf charismatische Führungspersonen zugeschnittene Wahlkämpfe bieten – Trump lässt grüßen! Diese Ansicht teilen auch andere rechte und konservative Kreise wie die Freien Wähler⁴³ oder das Magazin Cicero⁴⁴. „Unbedingt sollte der Bundespräsident vom Volk gewählt werden“, forderte selbst ein ehemaliger Bundespräsidentenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen.⁴⁵ Es ist einer der vielen Punkte, bei denen die verschiedenen politischen Lager sehr ähnlichen Vorstellungen über immer mehr Demokratie anhängen – verbunden mit der Illusion oder bewusst täuschenden Propaganda, dass noch mehr Demokratie, hier in Form von noch mehr Wahlen, die Welt verbessern würde.

Beim Blick auf konkrete Beispiele verdunkelt sich dieses Bild sogar noch weiter. Es ist keine Seltenheit, dass sich auch Diktatoris der Wahl stellen oder sie ihre Entscheidungen durch Volksabstimmungen absegnen lassen – ein leichtes Spiel, wenn mensch die Hoheit über Meinungsbildung und Diskurse hat. So wurden und werden „Abstimmungen auch gerne von faschistischen Systemen inszeniert, um dem Volk das Gefühl zu geben, die Entscheidungen mitgetragen zu haben, oder seine Maßnahmen gegenüber dem Ausland zu rechtfertigen.“ Daher: „Formale Demokratie kann auch in autokratischen Gesellschaften gegeben sein.“⁴⁶ Grund- und Menschenrechte, die gesellschaftliche Ordnung als Verfassungsstaat – das alles kann auch in einer konstitutionellen, also durch garantierte Rechte beschränkten Monarchie oder einem Präsidialsystem gelten. Es ist nicht das Alleinstellungsmerkmal der Demokratie. Es ist sogar überhaupt kein obligatorischer Bestandteil von Volksherrschaft, auch wenn viele dies zu ihrer Ehrenrettung behaupten. Demokratie kann, wie andere Staatsformen, an Rechtsstaatlichkeit gebunden sein oder auch nicht. Sie ist es oft, muss aber nicht. Auf jeden Fall würde diese hochgehaltene Rechtsstaatlichkeit im Prozess hin zu autoritären Regierungsformen verloren



gehen, so dass Demokratie keinen vollständigen Schutz für die Grundrechte schafft. Bevorzugt geschieht dieser Abriss des Rechtsstaates auf vollständig demokratische Art und Weise – wie im Moment an vielen Orten der Welt.

Der Trend von Demokratien zum Autoritären ist, wie gezeigt, bereits aus sich selbst heraus unaufhaltsam. Versuchen in höchste Ämter Gewählte aktiv, dauerhaft ihre Machtposition zu erhalten, werden sie schnell zu Diktatoris. Das ist aus herrschaftstheoretischer Perspektive keine Überraschung. Wer die Instrumente der Macht in der Hand hält, handelt schlicht funktional, sie auch zu verwenden sowie zwecks zukünftiger Nutzung abzusichern oder zu erweitern. Herrschaft ist nie neutral, sondern selbst Antrieb seiner Anwendung.

Beispiele gibt es zuhauf, auch in der jüngeren Vergangenheit. Immer wieder berichten Medien über den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, einen demokratisch gewählten Politiker, der ganz offen durch Parteiverbote, Verhaftungen von Oppositionellen und unabhängigen Journalistis, Verfassungsänderungen und einseitiger Besetzung aller Ämter mit eigenen Leuten den Staat in eine Diktatur umbaut. Die Präsidenten von Argentinien, Venezuela und Nicaragua, Milei, Maduro und Ortega, verhalten sich ähnlich. In den USA ist dieser Versuch unter Präsident Trump ebenso unübersehbar und schon weit fortgeschritten.

Trotzdem feiern viele Organisationen, Strömungen und Einzelpersonen, die ein kritisches Verhältnis zum Staat haben, die direkte Demokratie. Sie sei eine Methode, die „befreit und befriedet“.⁴⁷

In manchen Bemerkungen wird offen zugegeben, dass es gar nicht um die Ermächtigung der Menschen geht – nicht einmal als Masse –, sondern um Akzeptanzbeschaffung: Direkte Demokratie als Schmieröl der Aristokratie. „Sie ist ein wichtiges Instrument, um Identifikation von Bürgern mit dem Staat zu steigern.“⁴⁸

Die absurdeste Unterstützung der direkt-demokratischen Ideen kommt aus dem anarchistischen Spektrum. Definitionen legen eigentlich nahe, es gäbe dort „keine staatliche Gewalt“⁴⁹, den „Zustand der Abwesenheit von Herrschaft“⁵⁰ oder einfach „ohne Herrschaft, ohne Obrigkeit, ohne Staat“.⁵¹ Da für die Abgrenzung von Abstimmungsgemeinschaften wie dem Volk eine staatliche oder zumindest ähnliche Struktur nötig wäre, ist Anarchie mit demokratischen Logiken unvereinbar.⁵²

Doch was passiert? Viele, im deutschsprachigen Raum sogar die meisten anarchistischen Strömungen vertreten die Ansicht, besonders gute Demokratis zu sein. „Anarchie als Direkt-Demokratie“ heißt zum Beispiel eines ihrer Bücher, und auf ihren Internetseiten stehen Sätze wie: „Demokratie, radikal verstanden, käme der Anarchie, Akratie, also Herrschaftslosigkeit gleich.“⁵³ Auch Wikipedia erklärt Anarchie zu einer Form der (direkten) Demokratie.⁵⁴

Sogar einige Anarchist_innen behaupten, dass radikale Demokratie eigentlich dasselbe sei wie Anarchie. Das soll Anlass genug sein, sich mit der Frage zu beschäftigen, was „Demokratie“ eigentlich für eine emanzipatorische Politik bedeutet. Sollten Anarchist_innen angesichts der kleiner werdenden Gruppe der Stimm-Abgeber_innen den Verfall der Demokratie bedauern? Kann Demokratie als anarchistischer Bezugspunkt gelten? Oder ist „radikale Demokratie“ ein Widerspruch in sich, in etwa so wie „Anarchokapitalismus“, oder „militärische Lösung“?

Aus „Ist Anarchie radikale Demokratie?“, in: Graswurzelrevolution 11/2014
(<https://graswurzel.net/gwr/2014/11/ist-anarchie-radikale-demokratie>)

Gründung:	1947
Sitz:	Berlin
Verlag:	„Verlag 8. Mai GmbH“; gehört zur „Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.“ (LPG)
Chefredakteur:	Stefan Huth
Erscheinungsweise:	täglich
Die Tageszeitung „junge Welt“ (jW) strebt die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung nach klassischem marxistisch-leninistischem Verständnis an. Sie ist das bedeutendste und auflagenstärkste Medium im Linksextremismus mit einer Druckauflage von 20.400 Exemplaren (samstags 23.500 Exemplare). Die jW ist mehr als ein Informationsmedium. Sie wirkt als politischer Faktor und schafft Reichweite durch Aktivitäten wie zum Beispiel die Durchführung der alljährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenz. Einzelne Redaktionsmitglieder und einige der Stamm- und Gastautorinnen und -autoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Die jW bekennt sich nicht ausdrücklich zur Gewaltfreiheit. Vielmehr bietet sie immer wieder eine öffentliche Plattform für Personen und Organisationen, die politisch motivierte Straftaten befürworten.	

Die Tageszeitung
jungeWelt

Es ist allgemein bekannt, daß der ‚Schließen‘-Knopf in den meisten Aufzügen ein völlig funktionsloses Placebo ist, um den Individuen den Eindruck zu vermitteln, sie hätten irgendeinen Einfluß auf die Schnelligkeit, mit der der Fahrstuhl arbeitet. Dieser extreme Fall vorgegaukelter Partizipationsmöglichkeiten ist eine passende Metapher für die Einflußmöglichkeiten der Individuen auf unseren ›postmodernen‹ politischen Prozeß.

Slavoj Žižek zur Mitbestimmung in der Demokratie,
zitiert nach: Junge Welt, 8.7.2005 (S. 10)

Das ist aber wenigstens noch umstritten. Ein Autor in der ansonsten oft demokratie-zugewandten, anarchistischen Zeitung Graswurzelrevolution, verneint eine Kompatibilität von Anarchie und Demokratie klar: „Anarchismus dagegen ist keine Form der Demokratie, auch keine ‚radikale‘. Demokratie heißt immer Vereinheitlichung in einer Struktur, die über den Individuen steht und mit ihnen selbst nichts zu tun hat. Anarchie ist stattdessen die organisierte Mannigfaltigkeit, die jede Vereinheitlichung sprengt.“ Und fügt hinzu: „Im Gegensatz zur Demokratie ist Anarchie deshalb auch kein Zustand, der irgendwann erreicht sein kann, sondern ein permanenter Prozess des Kampfes gegen Herrschaftsstrukturen.“⁵⁵

Umso lustiger ist, dass der Verfassungsschutz Kommunismus und Anarchie als systemfeindlich und außerhalb der Demokratie ansiedelt. So finden sich regelmäßig Parteien wie die DKP oder Teile der Linken in seinen Berichten, ebenso die Tageszeitung „Junge Welt“.⁵⁶ Die Betroffenen versuchen in der Folge verzweifelt, sich als gute Demokratis darzustellen und fordern ihre Streichung und Rehabilitierung, unter anderem mit Klagen vor Gerichten.⁵⁷ Die sind Teil des gleichen Staates wie der Verfassungsschutz, aber trotzdem ebenso immer wieder Projektionsflächen für Hoffnungen – ähnlich den Wahlen und neu gegründeten Parteien.

Propagandastellen der Bundesregierung erklären das besser als manch Anarchist: „Eine Gesellschaft, in der Anarchie herrscht, ist eine Gesellschaft, in der niemand das Sagen hat. Hier gibt es keine staatliche Gewalt und keine gewählten Volksvertreter in einem Parlament.“⁵⁸ Klingt doch super, aber auf keinen Fall demokratisch.

Bleibt noch der Hinweis, dass auch die Basis- und besonders stark die Konsensdemokratie unter dem Grundproblem der Demokratie leiden, nämlich der notwendigen Konstruktion eines Innen und Außen, also der Abstimmberechtigten und der anderen. Gibt es ein Vetorecht, ist das besonders wichtig. Personen, die solche Prozesse hierarchisch steuern, definieren widerspenstige Personen dann oft als nicht dazugehörig, sodass ein Veto nicht mehr zählt. Beim systemischen Konsensieren zählt vor allem, wie viele Bedenken vorhanden sind. Auch hier braucht es der Abgrenzung, wer dazugehört und wer nicht – abgesehen davon, dass die Methode der Aufwertung von Bedenken diese Form der Demokratie noch schwerfälliger und innovationsfeindlicher macht.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass alle neuen Verfahren letztlich sind nur Reparaturen am Demokratiebetrieb sind, die den zentralen Fehler des „demos“ mit seinen Dynamiken und Grenzziehungen außer Acht lassen. Damit werden sie im günstigsten Fall zu bunten Farbtupfern im Einheitsbrei des Gemeinwillens, im schlimmeren Fall zu Feigenblättern, was die echte Weiterentwicklung erschwert oder verhindert.

Es gilt, sich nicht weiter vom Mythos Demokratie blenden zu lassen, sondern Demokratie als Regelwerk zu begreifen, das die Disziplinierung von Interessenskonflikten in der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft betreibt.

Claudia Bernhard: „Kritik der historischen Demokratie“, in: Schwertfisch (Hrsg.): Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie, Bremen 1997 (S. 222). Bernhard ist seit August 2019 Senatorin in Bremen.

Demokratie kann nur verwirklicht werden, wenn alle Bürger im Staat begreifen, daß sie selbst der Staat sind. Demokratie erfordert von jedem Bürger Mitarbeit, Mitverantwortung und die Bereitschaft, über das eigene Wohl hinaus am Wohl der Gemeinschaft mitzuwirken. Nicht alle Menschen sind dazu bereit und fähig.

Aus Hilde Kammer/Elisabeth Bartsch, 1993: „Jugendlexikon Politik“, Rowohlt Taschenbuch Verlag in Reinbek (S. 52 f.)

Wir sind die Borg. Sie werden assimiliert werden. Widerstand ist zwecklos.

Aufforderung der Borg (Figuren in der Filmserie StarTrek)

Nichts ist widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkommodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrölt, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will.

Johann Wolfgang von Goethe

Demokratische Disziplinierung

Wer an den Hebeln der Macht sitzt, sei es in staatlichen Ämtern, an den Produktionsmitteln oder in wichtigen Medien als Schaltzentralen der Deutungshoheit, entwickelt ein Interesse, die eigenen Privilegien zu behalten, mindestens abzusichern, am besten aber sogar auszubauen. Kaiser, Königs oder Diktatoris rüsten dafür Polizei und Armeen auf. In Demokratien geschieht das auch. Es kommt aber mehr mehr darauf an, die öffentliche Stimmung, die ja wesentlich bestimmt, was „Volk“ jeweils ist, für sich zu gewinnen. Reicht das nicht, stehen ähnliche repressive Mittel wie in Diktaturen zur Verfügung. Deren Anwendung ist für die Auftraggeber aber riskant, denn Unzufriedenheit führt zur Abwahl, also zum Austausch des ausführenden Personals. Das System als solches bleibt zwar im Wesentlichen erhalten, kann sich aber auch Stück für Stück verändern, was ja aktuell und typischerweise in Richtung populistischer und autoritärer Zuspitzung geschieht.

Daher sind Methoden der Integration von Protest und Unzufriedenheit in der Demokratie häufiger, beliebter und wirksamer als repressive.

Die nette Art der Gleichschaltung: Assimilation

Demokratische Regierungen verfügen über sehr ähnliche Machtmittel wie Diktaturen. Während letztere vor allem ihren Sturz fürchten müssen und sich daher einseitig mit immer mehr Sicherheitsstrukturen zu schützen versuchen, sind demokratische Regierungen abwählbar. Sie müssen sich also auf eine Art und Weise durchsetzen, bei der sie anerkannt bleiben. So entwickelten sich im Laufe der Jahrzehnte vielfältige Strategien, die möglichst viele Menschen mitnehmen und diejenigen, die abweichender Meinung sind, zum Stillhalten bewegen oder auf harmlose Protestformen, quasi Sandkästen für Unmutsäußerungen, verweisen.

Das wichtigste Mittel ist Geld. Fast alle oppositionellen Parteien und sozialen Bewegungen werden in modernen Demokratien mit erheblichen Mitteln vom Staat gefördert, nehmen Geld von Konzernen oder lassen sich in gemeinsame PR-Projekte mit diesen verwickeln. Zudem sind sie auf ständige Spendenflüsse aus den finanziell gut bis sehr gut gestellten Teilen der Bevölkerung angewiesen.⁵⁹ Da deren Angehörige überwiegend zu den Gewinnern der gesellschaftlichen Entwicklung gehören, sind viele Organisationen recht staatsreu, pro-demokratisch und im gemäßigt linksgrünen Sektor verortbar. Sowohl dem Geldgeber Staat als auch solchen Spendern gegenüber dürfen die Organisationen, Parteien und Institutionen, die auf Geldsegen hoffen, nicht allzu kritisch gegenüberzutreten. Verfügt die Organisation aufgrund der erheblichen Geldflüsse nach einiger Zeit über mehrere Hauptämter, so entsteht eine Abhängigkeit, dass die Gelder regelmäßig ankommen. Aktionen, Positionen und Forderungen dürfen die Geldgeber nicht verschrecken.



Beispiel für industrielle Förderung eines Naturschutzprojektes,
hier der Deutschen Umwelthilfe (aus: DUHwelt 2/2008, S. 25)

Das zentrale Problem ist, dass Bürger und Zivilgesellschaft nur oberflächlich eingebunden und vom Prozess der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden. Die fehlende Integration der Beteiligten in den Argumentationsaustausch findet sich nicht nur in der Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung, die im Rahmen von Genehmigungsverfahren von Infrastrukturprojekten durchgeführt wird. Das Problem betrifft nahezu alle Einbindungsformen, so zum Beispiel auch in Gremien mit Verbandsbeteiligung, wie der Kommission für Anlagensicherheit oder dem ZDF-Fernsehrat.

Aus Jonas Gobert (2013): „Beteiligungsverfahren – Das uneingelöste Versprechen der Deliberation“ (<https://juwiss.de/2013-88/>)

Der erste, zentrale Kritikpunkt lautet, dass Partizipation in der Stadtplanung in der Regel keine Beteiligung an relevanten politischen Entscheidungen bedeutet. Demnach können BürgerInnen weder die stadtentwicklungspolitische Agenda setzen, also verbindliche Ziele formulieren, noch über deren konkrete Umsetzung etwa in Bauprojekten entscheiden. Wenn die wesentlichen politischen und planerischen Ziele aber schon vorab feststehen, werden Beteiligungsverfahren zu „Alibi-Veranstaltungen“.

[https://bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/
216888/etwas-besseres-als-beteiligung](https://bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216888/etwas-besseres-als-beteiligung)

Dieser Mechanismus prägt heute die Strategien fast aller Nichtregierungsorganisationen (engl. abgekürzt: NGOs). Neue Themen aufmachen, mal was Neues probieren – das ist seit langem den wenigen unabhängigen Gruppen und kleinen Zusammenschlüssen überlassen, die es neben den großen Verbänden und Parteien noch gibt. Entwickeln sich ihre Aktionen erfolgreich, erhalten auch sie Angebote für Fördergelder – ein ewiger Teufelskreis. Unabhängige politische Bewegung existiert daher nur noch in kleinen Zirkeln, die meist schnell wieder verschwinden.

Ähnlich wie mit Geldern verläuft es mit Jobangeboten. Die Zeiten, in denen eine ordentliche, in der Regelzeit und mit guten Noten abgeschlossene Ausbildung die besten Chancen auf einen Arbeitsplatz brachte, sind in vielen Branchen vorbei. Wer sich in sozialen Kämpfen als leistungsfähig zeigt, bekommt Angebote, betritt aber dann eine Sphäre, in der radikale Aktionen oder Staatskritik den eigenen Arbeitsplatz gefährden. Dass am Arbeitsplatz dann Personen Druck ausüben würden, deren Job daran hängt, dass Förder- oder Spendengelder nicht wegbrechen, tut ein Übriges.

Ein weiteres Mittel der Ruhigstellung: Beteiligung. Immer wieder ploppen neue Formate auf, wie Menschen in politische Prozesse eingebunden werden können. Stets werden diese als tolle Mittel gegen Politikverdrossenheit gepriesen, verschwinden aber nach einiger Zeit wieder in der Versenkung. Runde Tische, „Planning for Real“, Zukunftswerkstätten, lokale Agenda und vieles mehr hatten ihre Zeit, weckten Hoffnungen, verblieben aber stets im unverbindlichen Raum. Aktuell sind Bürgerräte angesagt, werden auf lokaler und überregionaler Ebene organisiert, medial inszeniert, von Prominenten hofiert – und ihre Ergebnisse dann vergessen. Allen Beteiligungsformaten ist nämlich eines gemeinsam: Tatsächliche Entscheidungsmacht haben sie nicht. Das wäre verfassungsrechtlich auch nicht möglich. Die konstitutionelle Demokratie, also der Verfassungsstaat, zieht eine klare Grenze zwischen Macht und Machtlosen. Die Zuschauränge für die einfachen Menschen werden zwar ständig reformiert und neu tapeziert, bedeuten auch keine reine Passivität mehr. Wer sich jedoch in den Angeboten verirrt, lernt zwar, dass Engagement heute gelobt wird und der Händedruck mit den Mächtigen dazugehört, aber auch, dass alles wenig oder nichts verändert. Die Propagandaabteilung der Bundesregierung nennt das selbst „Scheimbeteiligung“⁶⁰ und stellt die Kritik näher dar. Danach „wird Beteiligung selbst ganz grundsätzlich als eine Strategie begriffen, mit der Stadtpolitik, Stadtverwaltung und immobilienwirtschaftliche AkteurlInnen städtische Konflikte zu befrieden versuchen“. Die Politik bleibt allein entscheidungsbefugt, die Wirtschaft ist gar nicht erreichbar. Gab es vorher soziale Proteste, so haben sich diese in den Beteiligungsverfahren aufgelöst. Eine Reorganisation gelingt oft nicht mehr. De eine oder andere, de mit besonderem Engagement und strategischen Fähigkeiten auffiel, erhält Angebote für Jobs, manche Gruppe Fördergelder. Dann ist wieder Ruh‘.

Umweltschädigung ist kriminell, Umweltschutz hat Vorrang vor hemmungslosem Wirtschaftswachstum.

Aus den Offenbacher Beschlüssen der F.D.P. Hessen am 21.4.1974

Das Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung geht von der Vorstellung aus, dass nachhaltige Entwicklung nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen erreicht werden kann.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Drei-S%C3%A4ulen-Modell_\(Nachhaltigkeit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Drei-S%C3%A4ulen-Modell_(Nachhaltigkeit))



Reicht das im Einzelfall mal nicht, gibt es eine breite Palette von Schlichtungstechniken. Per Mediationsverfahren wurden so in der Vergangenheit die Proteste gegen den Frankfurter Flughafenausbau und das Projekt Stuttgart 21 entschärft, ohne dass relevante Abstriche an den Projekten selbst erfolgten.

Zu alledem kommt eine Modernisierung hinzu, bei der überkommene Traditionen geopfert werden, um die zentralen Bausteine der Macht und des profitorientierten Wirtschaftens zu erhalten. So werden die (nach wie vor bestehenden) Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen Stück für Stück abgebaut. Einzelne Frauen rücken in Spitzenpositionen, bei ganz modernen Organisationen oder Firmen sogar quotiert. Fraglos ist damit durch soziale Bewegungen etwas erreicht worden. Die zunehmende Anzahl von Frauen in Führungspositionen schützt allerdings gleichzeitig die hierarchische Formierung der Gesellschaft, die ein Kernmerkmal des Patriarchats ist, vor der Forderung nach einer grundlegenden Änderung gesellschaftlicher Strukturen. Sehr ähnlich verläuft es mit der gewachsenen Akzeptanz sexueller Orientierungen oder des selbstbestimmt gewählten Geschlechts. Auch hier führt die Akzeptanz der Unterschiedlichkeiten dazu, dass die vormals Ausgegrenzten wieder Teil des Ganzen, und dann auch zu Verteidigern des Ganzen werden können.

Staat und Konzerne sind sich der steuernden Macht ihres Geldes bewusst. Mit ihren Förderprogrammen bestimmen sie schon per Angebot, wer später an welchen Projekten arbeitet. In Hauptamtlichenapparaten werden potentielle Geldquellen ständig gescannt, um eigene Aktivitäten darauf anzupassen. So wurden Mitte der 90er Jahre die bis dahin bestehenden Begrifflichkeiten im Umweltschutz durch das schwache Vokabular der Nachhaltigkeit dadurch verdrängt, dass Zuschüsse an die Nutzung des Neusprechs⁶¹ gekoppelt wurden. Dabei ging es nicht nur um Worte, sondern auch um eine inhaltliche Korrektur, die dem damals führenden Zeitgeist des Neoliberalismus entsprach: Das Wohl der Wirtschaft sollte fortan genauso wichtig sein wie der Erhalt der Umwelt und die soziale Gerechtigkeit. Wirtschaften wurde damit erstmals in der Umweltdebatte zum förderungswerten Selbstzweck erklärt – und das nicht nur offiziell, sondern auch von Seiten der ‚Ökos‘ selbst.

In der Wirtschaft sieht das im Übrigen nicht viel anders aus. Um ihre Profite zu erhöhen, richten sich Firmen an staatlichen Förderprogrammen aus – und fordern ständig neue Geldmittel ein. Der aktuelle, riesige Schub in Richtung Rüstungsproduktion ist durch die Mittelfreigabe des Bundes verursacht worden. Selbst profitabel arbeitende Produktionsbereiche werden wegen des gigantischen Sondervermögens zu Waffenschmieden umgebaut zwecks (noch) höheren Profits. Lahmende Produktionsstätten werden dieses Schicksal ohnehin erleiden.⁶² Dass selbst für die Gesellschaft wichtige Wirtschaftszweige überführt werden (z.B. Waggonbau in Görlitz⁶³), zeigt einerseits, wie wenig die Wirtschaft für das bessere Leben da ist, und andererseits, wie stark den staatlichen Geldflüssen folgt.

Demokratisierung bedeutet meistens, dass die soziale Eingriffstiefe herrschender Strategien vorangetrieben wird – Partizipation begrenzt hier nicht Macht, sondern wird ihr Transmissionsriemen nach unten, zu den einzelnen Menschen, zum Alltag, zur konkreten „Mikropolitik“. Demokratie verbürgt also keineswegs Emanzipation, und Emanzipation im demokratischen Zeitalter bedeutet immer auch Schutz vor „Demokratisierung“, d.h. vor dem Anspruch anderer, im eigenen Leben herumzupfuschen.

Aus Christoph Spehr, 2000: „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 47)
Download: <https://core.ac.uk/download/pdf/71727296.pdf>

Allerdings geschieht das auf Gegenseitigkeit. Der Staat ist von Steuern aus der Wirtschaft und der von ihnen verwalteten Lohnarbeit abhängig, auch wenn viele große Konzerne geschickt alle Steuerschlupflöcher nutzen und deutlich weniger abführen, als sie eigentlich verpflichtet wären. So sind alle voneinander abhängig. Geld ist ein wichtiges Schmiermittel der Funktions- und Deutungseliten, und der wichtigste Kit in fast allen Demokratien.

Das Einbinden aller Akteure in die durch finanzielle Begehren und Abhängigkeiten sowie Karrierewünsche und Drehtüreffekte zusammengehaltene Gesellschaft hat die repressiveren Vorphasen abgelöst und die krassen, ständig wachsenden sozialen Ungleichheiten, die Umweltzerstörung und vieles mehr verkleistert. Protest ist zur „Begleitfolklore des Unabwendbaren“⁶⁴ oder sogar zu einem profitablen Geschäft geworden. Gewerkschaften und Unternehmen sind mehr Sozialpartner⁶⁵ als Kontrahenten.

Rückwärtsgewandt neigen Regierungen in den letzten Jahrzehnten wieder mehr zu repressiven Methoden, darunter zur Begrenzung der finanziellen Förderungen auf wohlgesinnte Organisationen. Das Demokratiefördergesetz⁶⁶ sortiert hierzulande in gute und schlechte NGOs, während eine ähnliche Überwachung der Zivilgesellschaft im Ausland heuchlerisch kritisiert wird.⁶⁷ Unerwünschten Parteien und ihren Stiftungen wird mit Geschäftsordnungstricks der Geldhahn abgedreht.⁶⁸ Auch wenn wegen der Mittelstreichung für rechtsextreme Parteien wie der AfD und ihrer Stiftung aus emanzipatorischer Sicht keine Träne fließen muss, zeigt all das doch den autoritären Wandel. Er wird nicht die AfD, sondern die Demokratie zerstören – und zwar genau in die Richtung, die die AfD will. Die Bekämpfung der AfD erfüllt das politische Programm dieser Partei, und zwar besser als es die Partei selbst hinbekommen würde.

So oder so bedeuten all diese demokratischen Strategien, dass Reglementierung immer tiefer in den Alltag der Menschen und aller gesellschaftlicher Sphären eindringt. Mit Vergabe und Entzug von Privilegien, Geld, Jobs, Zugang zu Öffentlichkeit und Marktanteilen lassen sich beliebige soziale Sphären steuern – viel besser als mit repressiver Gewalt. Auf letztere muss der Staat dabei aber nicht verzichten. Sie bleibt ihm als Absicherung im Rücken, wenn die Assimilierung nicht funktioniert. Ihre Anwendung trägt dann aber die Gefahr in sich, die Spirale in Richtung autoritäres System neu zu starten bzw. zu befeuern. Das geschieht gerade.

Kann auch anders: Wehrhafte Demokratie

Auch wenn die Assimilation deutlich wirkungsvoller scheint, verzichten die Akteure an den Hebeln der Macht nicht auf repressive Mittel. Die einen, moderneren Demokratis sehen darin eine Rückabsicherung oder bevorzugen die Mischung

Kritische Staatsrechtler markieren den Einschnitt nicht am 11. September 2001. Bereits seit den 80er Jahren beobachtet etwa der Jura-Professor Erhard Denninger eine Entwicklung des Strafrechts zur „Bekämpfungsgesetzgebung“. Damit setzt sich der Staat selbst ins Recht, weil er vorgibt, der Prävention von Gewalt dienlich zu sein.

Aus Arning, Matthias: „KOMMENTAR: Jenseits des Demokratischen“ in: FR, 16.12.2005 (S. 3)



Ausschnitt aus dem Titel des Buches „Extremismus“ von Anja Reumschüssel (Carlsen-Verlag in Hamburg)



aus Zuckerbrot und Peitsche. Die anderen, angesiedelt hauptsächlich im konservativen Lager, hadern grundsätzlich mit der Idee, die ihnen kulturell Fremden zu füttern, um sie still zu halten. Damit verzichten sie zwar auf ein hochwirksames Mittel der Integration von Abweichung, aber bestätigen sich in ihrer Identität mittels der Tradition von Ab- und Ausgrenzung.

In der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung, die von zunehmenden Konkurrenzkämpfen, knapper werdenden Ressourcen bei ungebretem Wachstumswahn und steigender sozialer Spaltung geprägt ist, verstärkt sich der rückwärtsge wandte Rückgriff auf repressive Mittel – und zwar auch durch die Parteien, Organisationen und Einzelstimmen, die für die Rettung der Demokratie eintreten. Viele von ihnen wollen das mit mehr Zwang, Kontrolle und Abschottung erreichen – also durch Zuspitzung der autoritären Verhältnisse. AfD und Co. werden damit nicht bekämpft, sondern sind bereits erfolgreich. Gemeinsam arbeiten alle Seiten, angefeuert durch den Konkurrenzkampf untereinander, am Untergang der Demokratie und am Übergang zu einem autoritären Staat. Fast jeden Tag erfolgt ein Schritt in diese Richtung.

Die Liste der repressiven Mittel ist lang und beginnt beim Ausschluss von Förder töpfen und Berufsverboten für kritisch eingestellte Personen.⁶⁹ Vielen NGOs ist die Gemeinnützigkeit entzogen worden,⁷⁰ um auch die Spendenflüsse von Privatpersonen zu begrenzen (was allerdings nicht klappte). Die Grenzen, wer und was nicht zur „Volksgemeinschaft“ dazugehört, werden enger gezogen, dazu im sozialen und kulturellen Bereich kräftig gekürzt. Ständige Gesetzesänderungen bauen eine Polizeistaatsperspektive auf mit neuen Waffen, einem immer dichteren Überwachungsnetz sowie härteren Strafen. Insbesondere Delikte gegen Repräsentanten des autoritärer werdenden Staat sind dafür anfällig. Ein Paragraph zur Politikerbeleidigung wurde neu eingeführt⁷¹ und der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamten verschärft. Interessant ist dabei eine Ergänzung von besonders schweren Fällen, wenn „die Tat mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich begangen wird“. ⁷² Danach reicht es, wenn zwei Personen der Polizei oder anderen staatlichen Organen im Weg stehen oder sitzen. Mindeststrafe ist ein halbes Jahr Haft.

Eingeschränkt werden inzwischen selbst parlamentarische Freiheiten für gewählte Abgeordnete. Aus Angst vor denen, die die Demokratie abschaffen wollen, wird Stück für Stück die Demokratie abgeschafft. Was absurd klingt, wird allmählich zum Regelfall. Der Weg von der Demokratie in den autoritären Staat führt über die wehrhafte Demokratie und deren stetige Aufrüstung. Der Bundestag sicherte das Verfassungsgericht gegen unerwünschte Wahlergebnisse ab.⁷³ Dazu riefen sogar NGOs auf, die sichtbar große Angst vor demokratischen Prozessen entwickelten⁷⁴ (völlig zu Recht, nur dass sie die Demokratie nicht als Problem erkannten). Als die befürchteten Wahlergebnisse eintraten, offensichtlich zusätzlich befeuert durch die Ausgrenzungsstrategien, wurde der abgewählte und schon überwiegend aus

Stadtteilinitiativen formulieren aber auch eine grundsätzliche Kritik an Partizipation als eine politisch-administrative Regierungsstrategie: Sie dient der Einhegung und Befriedung von Konflikten sowie als Instrument zur Spaltung des Widerstandes gegen die jeweils dominante Stadtpolitik. Die Teilnahme an Beteiligungsverfahren führt, so die Argumentation, von den eigentlichen Forderungen und Zielsetzungen städtischer Bewegungen weg, begrenzt die Gegenstände der Auseinandersetzung auf verhandelbare Teilaspekte und dient zugleich der Legitimationssteigerung eigentlich hochumstrittener Stadtplanungsprojekte. Die Strategie einer Befriedung durch Spaltung wurde etwa in der Hausbesetzungsbewegung der 1970er und 1980er Jahre beobachtet: Die „Verhandler“ unter den BesetzerInnen ließen sich auf die Beteiligungsangebote der Stadtverwaltung und Sanierungsträger ein – Stichwort behutsame Stadterneuerung. So konnten sie einige der besetzten Häuser erhalten und legalisieren, gaben damit aber weitergehende Ziele – Basisdemokratie, Selbstverwaltung, Wohnen ohne Miete und VermieterInnen – zumindest teilweise auf. Die „Nicht-Verhandler“ dagegen wurden zunehmend isoliert und gerieten auch durch repressivere Polizeistrategien in die Defensive.

<https://bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216888/etwas-besseres-als-beteiligung>

Jugendumweltbewegung:

Radikale Ökologie und Selbstverwaltete Strukturen

stellen die etablierten Umweltverbände in Frage...

Ausschnitte aus Schriften der 90er-Jahre-
Jugendumweltbewegung (kabrack!archiv)

Umwelt- und Projektwerkstätten: Plattform für konkrete Umweltprojekte!

Projektwerkstatt Initiativenzentrum Kiel

 Mitten in Kiel direkt beim Bahnhof gelegen, ist die Umweltwerkstatt Teil des Zentrums, das von Ausländer-, Dritte Welt und weiteren Initiativen gemeinsam getragen wird. Da das Haus viel zu klein für alle ist, wird nach einer neuen Bleibe gesucht.

 Layoutraum (mit EDM), Zugang zu Fotolabor (eigene Entwicklung), Zugang zum Offenen Kanal Kiels (Bibliothek und Ideenarchiv, zT. noch im Aufbau), Wasseranlagengedächte im Aufbau, Großer Versammlungsraum, Zugang zu

Jugendumweltwerkstatt Bad Oldesloe

 Direkt im örtlichen Jugendzentrum am Bürgerpark gelegen, wird die Werkstatt vor allem von Initiativen und Einzelnen aus der direkten Umgebung genutzt. Gute Kontakte bestehen zudem nach Mecklenburg-Vorpommern.

 Layoutraum (mit EDM), Fotolabor des Jugendzentrums, Wasseranalyselabor, Bibliothek und Ideenarchiv im Aufbau, Versammlungs- und Arbeitsgruppenräume, Bastelwerkstatt (Ton und Holz), Bühne und Café des Jugendzentrums.

Jugend-Umwelt-Infostelle Bad Hersfeld

 Aus zwei, die das Projekt gestartet haben, sind inzwischen deutlich mehr geworden, einige Projektgruppen haben zwischen Büchern und anderem mehr die Arbeit begonnen.

 Bibliothek, Fach- und Ideenarchiv, Materialverkauf, Layoutwerkstatt mit Computer, Wasseranalyse, Versammlungsraum, Weitere Räume im Jugendhaus.
 Regionale Zeitung, Arbeitsgruppen Wasser, Reduktion, Umweltmonitoringsteam, Materialauswahl Umwelt.

den Berliner Büros abgezogene vorherige Bundestag nochmals einberufen, um ein finanzielles Ermächtigungsgesetz zu beschließen, damit die künftige Bundesregierung (die zu dem Zeitpunkt noch nicht feststand) im Alltag ihrer Entscheidungen nicht mehr auf die Repräsentantis des Volkes achten mussten.

Kombiniere ... assimilieren, spalten und herrschen

Die beschriebenen Disziplinierungsmethoden schließen einander nicht aus. Sie sind gut kombinierbar. Wer finanziell abhängig ist, ist erpressbar. Der Entzug ist repressiver Natur, die Androhung sanktioniert schärfer als der Entzug selbst, würde dieser doch, wenn die Pleite abgewendet werden kann, zu Unabhängigkeit und mehr Distanz zum Geldgebi führen. Dann würden nur noch rein repressive Methoden wirken können, allerdings weiterhin verbunden mit dem Lockmittel, wieder in die Komfortzone staatlicher Förderungen aufgenommen zu werden.

Geldflüsse und andere Privilegien können spalten, wenn die Angst vor ihrem Entzug zur Entsolidarisierung von denen führt, die mit Staat oder Konzernen im Streit liegen. „Der Gehorsam des Bürgers in der Demokratie ist von anderer Art. Er ist idealiter vom Bürger sich selbst auferlegt und nicht von anderer Seite; tatsächlich ist er ein Gehorsam aus Einsicht, was nicht ausschließt, daß ,die Einsichtigen den Uneinsichtigen deren Gehorsam aus Einsicht auferlegen werden‘ müssen.“⁷⁵

Die Personen an den Hebeln der staatlichen Macht sind sich der beschriebenen Möglichkeit bewusst. Und sie wenden sie an: Die recht starke, herrschaftskritische Jugendumweltbewegung der 90er Jahre wurde unter anderem auf diese Weise zerschlagen. Den ca. 50 damals existierenden unabhängigen Jugendumwelthäusern, meist Projekt- oder Umweltwerkstätten genannt, wurden erhebliche Finanzmittel und staatlich bezahlte Stellen zum Beispiel im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) angeboten, wenn sie sich von ihrer radikalen Vergangenheit lösten und von denen, die sich nicht anpassen, distanzieren. In Hessen hat das von damals sechs unabhängigen Projektwerkstätten drei abtrünnig gemacht. Sie erhielten die entsprechenden Stellen und sind heute harmlose Anbieter nachhaltiger Bildungsarbeit, soweit sie überhaupt noch existieren.⁷⁶

Aktuelles Beispiel ist die staatliche Demokratieförderung: Geld für die Braven, Knüppel für die Widerspenstigen: „Die Strategie zeigt auf, wie präventive Maßnahmen der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention mit repressiven Maßnahmen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden politisch-strategisch ineinandergreifen können.“⁷⁷

Menschen brauchen eine oberste Instanz, einen letzten Entscheider, um zu einer Ordnung zu finden und aus dieser Ordnung heraus sinnvoll arbeitsteilig wirken zu können. Die Feuerwehr braucht einen Kommandanten, die Fußballmannschaft einen Trainer, der Handwerksbetrieb braucht einen Chef, die Gemeinde braucht einen Bürgermeister und der Staat einen Regierungschef. Je klarer die Vorstellung des jeweiligen „Chefs“ sind, je weniger er sich in Kompromisse verstricken lässt, je unerschrockener er an die Umsetzung seiner Pläne geht, je diktatorischer er also wirken kann, desto schneller wird sich der Erfolg einstellen, vorausgesetzt, die Sache war klug und bis zum Ende durchdacht und mit den verfügbaren Ressourcen realisierbar.

Egon W. Kreutzer (2020, auch unter <https://egon-w-kreutzer.de/die-wehrhafte>)

Formal schließt die Angemessenheitsklausel eine Rechtfertigung dann aus, wenn zur Durchsetzung des Erhaltungsinteresses ein bestimmter Verfahrensweg gesetzlich vorgegeben ist [...]. In diesen Fällen liegt eine sogenannte „Sperrwirkung rechtlich geordneter Verfahren“ vor, welche auch eingreift, wenn das vorgesehene Verfahren im Einzelfall eine Gefahrenabwehr nicht ermöglicht. [...]

Entscheidungen, die durch Mehrheitsbeschlüsse zustande gekommen sind – und bisher auch durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gebilligt werden – können im Rahmen der geltenden Rechtsordnung nicht von einzelnen Personen durch die Begehung von Straftaten untergraben werden, nur weil diese von der Überlegenheit ihres Anliegens überzeugt sind. Dies auch dann wenn das Handeln im Einzelfall gemeinnützige Zwecke verfolgen mag.

Aus einem Strafgerichtsurteil gegen Klimaaktivist in
Flensburg (Az. Cs 107 Js 25914/20)

Not-Propaganda: Alles andere ist böse

Dass in der Demokratie alle gleich sein sollen, aber manche eben doch gleicher sind,⁷⁸ fällt offenbar immer öfter auf. Das zunehmende Murren gegen ‚die da oben‘ zeigt das. Als Gegenmittel hilft die passende Propaganda. Längst ist sie nicht mehr nur einfach das platte Bestreiten des Offensichtlichen, das Fälschen von Statistiken, Streuen offizieller Fake-News oder ein Vertrösten auf Besserung. Ein wichtiges Erfolgsrezept demokratischer Propaganda ist die Erzählung, dass ohne sie alles viel schlimmer wäre – entweder weil sonst nichts klappen, sich die Menschen gegenseitig massakrieren würden, oder schlicht weil alle anderen Systeme noch schlimmer wären.

Angst vor Chaos, Stillstand, Wohlstandsverlust, Unsicherheit, vor fremden Menschen oder Mächten zu schüren, ist eine stark wirkende Medizin gegen Zweifel am Sinn hierarchischer Verhältnisse. Solche Propaganda verfängt in der Masse viel besser als die offensichtlich beschönigende Glorifizierung eigener Regierungsarbeit. Die Formulierungen ähneln sich stark. Ein Beispiel: „Stell dir vor, wir würden tun, worauf wir gerade Lust haben. Ohne Rücksicht aufeinander. In der Klasse reden alle gleichzeitig und keiner hört der Lehrerin zu. Die Autos parken kreuz und quer auf dem Gehweg, weil da eben gerade Platz ist. Deine Eltern bekommen manchmal Geld für ihre Arbeit, manchmal nicht, je nachdem wie es ihrer Chefin gerade passt. Das gäbe ein ganz schönes Chaos. Und sicher auch einige Tränen.“⁷⁹

Klingt schlüssig, aber stimmt es auch? Würde ohne Regeln und Kontrolle alles zum unproduktiven Chaos?

Eine endgültige Antwort darauf ist nicht möglich. Alles wäre rein spekulativ, weil mit keinerlei empirischen Daten oder theoretischen Überlegungen untermauert. Dass durch fehlende Kontrolle automatisch Chaos eintritt, ist aber ebenfalls reine Spekulation und durch nichts bewiesen. Hinzu kommt, dass viele der Schreckensbilder, die (wie das Beispiel oben) gezeichnet werden, in der Demokratie zum selbstverständlichen Alltag gehören. Autos stehen fast überall auf den Gehwegen – illegal, aber akzeptiert. Arbeitnehmern werden immer wieder von ihren Chefs geprellt. Das ist im Kapitalismus, der alle demokratischen Staaten prägt, einfach der Normalfall. Was also als schlimme Zukunft beschrieben wird, wenn Demokratie bzw. Staat verschwinden, ähnelt eher dem Status Quo und nicht einer Zukunft, die nicht vorhersagbar wäre. Die Menschen können sich einfach nicht vorstellen, wie es anders sein könnte. Was überall vorherrscht, wirkt wie ein Naturgesetz.

Experimente jenseits aller Regeln sind selten und leiden immer darunter, dass die Menschen, die in ihnen agieren, in einer Welt der Regeln, des Zwangs und der strafenden Sanktionierung von Fehlverhalten aufgewachsen, also in selbstorganisierter Gleichberechtigung nicht geübt sind. Zudem sind sie Verlockungen und

Schauen wir uns die Thesen mal genauer an. Es ist nämlich ganz anders. „These 1: Verkehrsteilnehmer wollen ihre Ziele schnell erreichen. Das geht am besten, wenn die Straßenverkehrsordnung weitgehend abgeschafft wird.“ Suttner will Suttner, dass stattdessen ein geregelter Verkehr sinnvoller ist. Aber schon bei dieser These zeigt ein genauerer Blick, dass das nicht stimmt. Regeln und Verkehrsschilderwald tragen wenig zu mehr Verkehrssicherheit und schnellem Vorankommen bei. Im Gegenteil sind die Unfallzahlen niedriger, wenn die Fahrer_innen mehr aufeinander achten. Verkehrskreisel sind z.B. günstiger als Ampelkreuzungen. Hier liegt Suttner aber immerhin noch nicht ganz daneben, auch wenn vieles dafür spricht, dass er die These formuliert hat, ohne sich wirklich zu informieren. Sehr viel deutlicher wird das bei „These 2: Sportler wollen Wettkämpfe gewinnen und Freude erleben. Deshalb sollte es keine einengenden Vorschriften wie z.B. das Dopingverbot geben.“ Es gibt ein spannendes, seit Jahren andauerndes Experiment, was eigentlich eher aus der Not geboren wurde, nicht genügend Schiedsrichter_innen zu haben. So wurden in einigen Ligen des Jugendfußballs Spiele ohne solche ausgetragen. Die Mannschaften mussten sich einigen. Das Beeindruckende: Die Spiele verliefen harmonischer – störend waren nur die Eltern am Rande, die für Regelgenauigkeit statt Vereinbarung eintraten und immer wieder die gute Stimmung versauten. Das ist ein beeindruckender Beleg, dass Regeln und vor allem Kontrolle nicht immer oder vielleicht auch nie die Lage verbessern, sondern dass die Menschen in freien Vereinbarungen besser miteinander klar kommen. Gesetz dem, dass niemand über die anderen herrscht. Ähnlich zweifelhaft ist auch die „These 3: Menschen wollen angenehm wohnen. Aus diesem Grund sollten alle Hausbewohner ohne Hausordnung tun und lassen können, was ihnen gefällt.“ Hausordnungen werden von jemandem erlassen, die der Abweichungen auch sanktionieren kann. Das verlagert Verstöße ins Geheime, fördert falsche Darstellungen und gegenseitiges Misstrauen. In den 70er Jahren gab es gute Erfahrungen mit regellos gemeinsam gestalteten Innenhöfen.

Aus dem Leserbrief von Jörg Bergstedt an die „Ökologie&Politik“ (wurde abgedruckt)

KINDERFUSSBALL

FAIR PLAY



- a) Die Spiele werden ohne Schiedsrichter*in ausgetragen. Die Kinder treffen die Entscheidungen auf dem Platz selbst.
- b) Die Trainer*innen geben nur die nötigsten Anweisungen und halten sich zurück. Sie unterstützen die Kinder unter Berücksichtigung ihrer Vorbildfunktion aus einer gemeinsamen Coaching-Zone.
- c) Alle Zuschauer*innen halten mindestens 3 Meter Abstand zum Kleinspielfeld ein, wobei das Großfeld nicht betreten werden soll. Dies gilt insbesondere auch für Familienmitglieder der Spieler*innen.

Ausschnitt aus „Kinderfußball“ des DFB, URL:
[https://assets.dfb.de/uploads/000/276/058/
 original_Booklet_-_Wettbewerbsformen_im_
 Kinderfu%C3%9Fball__01_2023.pdf](https://assets.dfb.de/uploads/000/276/058/original_Booklet_-_Wettbewerbsformen_im_Kinderfu%C3%9Fball__01_2023.pdf)

oft auch repressivem Druck von außen ausgesetzt. Dennoch gibt es einige interessante Fälle, die Hoffnung machen können und zeigen, dass die Sache mit der Alternativlosigkeit demokratischer Beherrschung so eindeutig nicht ist. Drei davon waren Gegenstand eines Artikels des langjährigen bayrischen Landesvorsitzenden der Ökologisch-Demokratischen Partei, Bernhard Suttner. Im Parteiorgan⁸⁰ namens Ökologie&Politik schrieb er einen Text, der für den Ordoliberalismus, eine staatlich regulierte Marktwirtschaft warb. Darin formulierte er vier Thesen, mit denen er belegen wollte, dass eine Welt ohne klare Regeln nicht funktioniert. Er hat keine These begründet, sondern einfach angenommen, alle würden von allen „relativ leicht als absurd zu erkennen“ sein. Doch er irrte: Drei der vier waren typische Demokratiepropaganda und wurden per Leserbrief widerlegt. Der zeigte, dass es längst gute Beispiele gibt, die belegen, dass das Herunterfahren von Herrschaft möglich ist und sichtbar Vorteile bringt (siehe links). Das eindrucksvollste war dabei der Verzicht auf Schiedsrichtis beim Fußball. Aus einem Mangel von Personen, die dazu bereit sind, wird in Teilen des Spielbetriebs auf Schiedsrichtis verzichtet. Die Mannschaften müssen sich auf einen Umgang mit Fouls, Abseits usw. einigen.⁸¹ Das Spannende: Die Spiele sind fairer – außer wenn die Eltern am Rande stehen und Druck machen. Ganz ähnliche Erfahrungen entstehen, wenn Plätze ohne Verkehrsregeln geschaffen werden.

Ein weiteres Beispiel sind Nachkriegssituationen in den Gebieten, in denen die militärischen Abfolgen ergaben, dass die bisherigen Machthaber vertrieben wurden, die neuen aber die Flächen nicht besetzt hielten, zum Beispiel weil sie weiter vorrückten. Solch eine Lage entstand 1944 in der Erzgebirgsregion Schwarzenberg in Folge einer ungenauen Grenzziehung zwischen sowjetischer und US-amerikanischer Besatzungszone. Die vorher regierenden Nazis waren geflohen, so dass die Bevölkerung auf sich gestellt war – und eine Räterepublik gründete.⁸²

Es gibt also durchaus Hinweise darauf, dass der Abbau von Kontrolle und Beherrschung eine friedfertigerere Welt schaffen könnte. Das ist eigentlich Alltagswissen. „Gewalterfahrungen in der Kindheit können langfristig zu negativem, unerwünschtem Verhalten führen. Dazu zählen aggressives, kriminelles und antisoziales Verhalten im Kindesalter und als Jugendlicher, aber auch als erwachsene Person. Zudem besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, im Erwachsenenalter selbst zur Tatperson (z. B. in Bezug auf häusliche oder sexuelle Gewalt) oder sonst straffällig zu werden.“⁸³ Stimmt diese Korrelation, dann lässt sich umkehren und bleibt richtig: Wenn Gewalt und Beherrschung aus sozialen Verhältnissen herausgenommen werden, werden auch die Menschen weniger zu Gewalt und Unterwerfung neigen. Strafen, Sanktionen, Gefängnisse⁸⁴ und Zwanganstalten sind kontraproduktiv. Sie dienen weder dem Schutz der Gesellschaft noch der Besserung von Menschen, die sich (vermeintlich) falsch verhalten haben, sondern allein der Machtdemonstration des Staates und der Einschüchterung.



Was gibt es sonst noch?

1 Monarchie

In einer Monarchie ist das Oberhaupt des Staats eine einzelne Person: etwa eine Königin oder ein Kaiser. Das Amt wird häufig an ein Familienmitglied vererbt. In einer absoluten Monarchie herrscht der Monarch oder die Monarchin. In anderen Monarchie-Formen liegt die Macht bei einem demokratischen Parlament. So ist es etwa in Großbritannien.

2 Diktatur

In einer Diktatur liegt die alleinige Macht bei einer einzelnen Partei oder Person. Freie Wahlen finden nicht statt. Menschen, die eine andere Meinung vertreten, werden unterdrückt. In vielen Diktaturen sind die Herrschenden mit Gewalt an die Macht gekommen, indem sie vom Militär unterstützt wurden.

Aus Andrea Weller-Essers (2024): „Was-ist-was: Demokratie“

Die gegebene staatliche Realität wird als die beste aller möglichen hingestellt, was den Gedanken an radikale Veränderungen im Keim erstickt. In der Folge verfestigen die gegebenen Verhältnisse sich immer weiter, so dass der Glaube an die Möglichkeit von Strukturreformen immer mehr abnimmt.

Rother Baron (2024): „Demokratie auf dem Prüfstand“, Literaturplanet (S. 6f)

Neben dem Märchen von den Menschen, die sich ohne Staat und Regeln die Köpfe einschlagen, gibt es eine zweite große Legende, die der bestehenden Herrschaft als Legitimation dient. Sie besagt, dass ein Ende der Demokratie unausweichlich alles schlimmer machen würde, weil die Demokratie zwar nicht fehlerfrei sei, aber doch besser als alles andere: „Demokratie ist die schlechteste Staatsform - mit Ausnahme aller anderen“, soll Winston Churchill am 11.11.1947 in einer Rede vor dem englischen Unterhaus gesagt haben. Der Satz wird immer wieder zu Propagandazwecken für die Demokratie benutzt – und missbraucht. Denn das Weglassen der Folgeworte verfälscht die Aussage deutlich: „Democracy is the worst form of government – except for all those other forms, that have been tried from time to time“, sagte er vollständig. Es ging ihm also nur um die bislang ausprobierten Formen. Demokratie ist besser als frühere Gesellschaftsformen. Ob es aber in Zukunft bessere geben könnte, ließ er offen.

Laut der verfälschenden Zitierung gäbe keine bessere Alternative, darum müsse an der Demokratie festgehalten und für sie eintreten werden – gerade jetzt, wo sie in Gefahr ist. So denken Hunderte, Tausende, Millionen – und gehen unter anderem deshalb in Massen zu Demos, um nichts anderes zu fordern als das Beibehalten des Status Quo.

Äußerst erfolgreich hat sich in den Köpfen festgesetzt, dass es nur ganz schlimme „andere Staatsformen“ gibt: „die Monarchie, wo eine Königin oder ein König die Macht haben, und auch in der Diktatur bestimmt nur einer.“⁸⁵ Ganz nahe am Churchill-Original äußert sich Jan Ludwig: „Eine Demokratie hat ihre Mängel. Sie macht Fehler, ist nie perfekt. Aber sie bietet eben auch mehr Vorteile als alle anderen Staatsformen. [...] Kein anderes System gibt so vielen Menschen so viele Möglichkeiten, sich in ihrer Persönlichkeit zu entfalten.“⁸⁶ Der letzte Satz ist bemerkenswert, denn Kommunismus und Anarchie als Alternativen zur Demokratie geben zumindest vor, gerade die bessere Entfaltung der Persönlichkeit erreichen zu können. Mensch muss sich der Auffassung nicht anschließen, aber einfach zu behaupten, dass es „kein anderes System gibt“, ist schon dreist.

Selbst ansonsten kritische bzw. intellektuelle Kreise verfallen der Propaganda, dass es jenseits der Demokratie nur Schlimmeres gibt: „Es gibt vermutlich kein besseres Gesellschaftssystem als den bundesdeutschen demokratischen Rechtsstaat.“⁸⁷

Es fehlt offenbar bei den einen an Mut und fast überall auch an Phantasie, sich etwas Besseres vorzustellen als die Demokratie, während es bei anderen kühle Berechnung ist, angesichts der offensichtlichen Probleme demokratischer Gesellschaften die Angst zu schüren, dass es nur schlimmer werden könne. Die Folge ist, „dass es heute kaum denkbar erscheint, Utopien für ein verändertes, demokrati-

Das Neue am gegenwärtig grassierenden Misstrauen gegen das Volk seitens relevanter Teile der Eliten scheint mir zu sein, dass dieses Misstrauen ausgerechnet als Verteidigung der Demokratie ausgegeben wird – womit die Kategorien nun doch in erhebliche Verwirrung geraten sind.

Thea Dorn (2024, S. 32)

Nur mühsam lässt sich, zumal in Zeiten geschürter Ängstlichkeit, das Feld abstecken, auf dem die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur überhaupt verläuft.

Aus Arning, Matthias: „KOMMENTAR: Jenseits des Demokratischen“, in: FR, 16.12.2005 (S. 3)

scheres Staatswesen zu entwickeln und dann auch noch daran zu glauben, dass diese Utopien eines Tages Wirklichkeit werden könnten.“⁸⁸

Mitunter hilft nur noch Galgen- oder schwarzer Humor, zum Beispiel wenn in einem Demokratie-Erklärbuch⁸⁹ über die Feinde der Demokratie zu lesen ist: „Viele Extremistinnen und Extremisten versuchen, andere Menschen durch persönliche Gespräche, in den sozialen Netzwerken und Medien und auch in der politischen Arbeit von ihren radikalen Ansichten zu überzeugen.“ Aha. Klingt ja wirklich schlimm. Immerhin wird nachgeschoben: „Man kann meist schlecht mit ihnen diskutieren. Sie stellen einfach Behauptungen ohne logische Grundlage auf.“ Nun ja. Das kommt sicherlich vor, nur ist das im Fanblock der Demokratie nicht anders – und in beiden Fällen bedauerlich.

Dann wird es interessant: „Ihre Weitsicht (man spricht auch von ‚Ideologie‘) ist fast wie in einem Märchen: Es gibt Gute (sie selbst) und Böse (die, die nicht ihrer Meinung sind). Gegen die Bösen wollen sie kämpfen.“ Moment, ist das nicht die Erzählung der Demokratie, dass sie selbst das Gute in der Welt sei im Ringen mit dem Bösen? Die Wertegemeinschaft der demokratischen Staaten (in deren Runde seltsamerweise auch brutale Diktaturen wie Saudi-Arabien, Monarchien wie Monaco oder Kirchenstaaten wie der Vatikan zu finden sind) steht in der Eigendarstellung doch gegen das Autoritäre in der Welt. Wird nicht gerade in den Propagandaschlachten westlicher Staaten gegen wahlweise Russland, China, Iran oder andere autoritär regierte Staaten auf „Werte“ verwiesen, also in Gut und Böse geteilt? Immerhin schließt der zitierte Text mit dem Satz: „Doch so einfach ist das wirkliche Leben nicht.“ In der Tat – das gilt jedoch auch für die Demokratie.

Genau wegen dieser simplen Einteilungen in gute und böse Menschen, Staaten usw. sind weder autoritäre Regimes noch demokratische Gesellschaften in der Lage, eine Politik für die Menschen zu machen. Sie leben beide von Vereinfachungen und gehören deshalb schleunigst auf den Müllhaufen der Geschichte. Diktaturen und Monarchien, Gottesstaaten und staatenähnlich aufgebaute Großkonzerne sowieso, wie in vielen Ländern ja auch schon geschehen. Die Demokratien aber nun auch, bevor es zu spät ist, weil sie sich selbst zu dem entwickelt haben, was in ihrer Logik unausweichlich steckt: Die Herrschaft der Vereinfachungen, des populistischen Mainstreams – und seiner Folgen.

Bleibt noch eine letzte Legende, diesmal nicht in der Innenwirkung. Behauptet wird, dass Demokratien weniger Kriege führen. Möglicherweise brauchen einige Staaten das nicht, weil sie mittels ihrer wirtschaftlichen Dominanz Länder unterwerfen können. Aber werfen wir im folgenden Kapitel einfach mal einen genaueren Blick auf diese Behauptung ...

Zur vordringlichen Aufgabe der internationalen Politik muss es gehören, gerade in „schwachen“ Staaten den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen zu fördern.

Aus dem kirchlichen Diskussionsbeitrag „Habgier schürt Gewalt“, dokumentiert in: FR, 31.10.2006 (S. 7)

Wenn westliche Geberländer hoffen, dass gebeutelte Länder wie Kongo, Irak, Afghanistan oder Osttimor demokratisch werden, meinen sie eigentlich, dass diese Länder Wahlen abhalten sollen, am liebsten nach westlichem Modell: mit Wahlkabinen, Wahlzetteln und Wahlurnen, mit Parteien, Kampagnen und Koalitionsbildung, mit Wahllisten, Wahllokalen und Siegellack. Kurz: genau wie bei uns, nur eben dort. Dann bekommen diese Länder Geld von uns. Lokale demokratische und protodemokratische Institutionen (Dorfversammlung, traditionelle Konfliktvermittlung, althergebrachte Rechtsprechung) haben nicht die Spur einer Chance: Auch wenn sie ihren Wert für eine friedliche und kollektive Beratschlagung haben mögen, der Geldhahn geht zu, sobald von unserem erprobten Rezept abgewichen wird – ähnlich wie auch die traditionelle Medizin verschwinden muss, sobald die westliche Medizin naht.

Aus: David Van Reybrouck (2016): „Gegen Wahlen“, Wallstein Verlag in Göttingen (S. 46ff)

Wenn aber der Hegemon im Können und im Wollen an Grenzen stößt, dann bleiben als Alternativen nur der Weg multilateraler Ordnung oder das Chaos von Bürgerkriegen und Staatenanarchie.

Aus Sutor, Bernhard (2004): „Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden?“, Wochenschau-Verlag Tausenstein (S. 176)

Jede staatliche Ordnung beginnt mit der Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt. Wer beträchtliche Teile des Globus nicht Warlords oder gar Killerbanden überlassen will, muß auf dieser Unterscheidung bestehen.

Aus Eppler, Erhard (2005): „Auslaufmodell Staat?“, Suhrkamp in Frankfurt (S. 225 f.)

Viele afrikanische Staaten kritisieren den IStGH schon seit mehreren Jahren. Sie werfen ihm vor als Gericht der Weißen mit einer neokolonialen Agenda in erster Linie afrikanische Staaten zu verfolgen. Diesen Vorwurf bekräftigt allein die Anzahl der Verfahren die das Weltstraßgericht mit Sitz in Den Haag seit seinem 14-Jährigen Bestehen aufgenommen hat. Neun der bislang zehn Ermittlungen betrafen allein afrikanische Länder.

<https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/warum-immer-mehr-afrikanische-staaten-den-internationalen-gerichtshof-verlassen/>

Demokratischer Imperialismus

Wenn die Stimmung im Land schlechter wird, bleibt den Mächtigen eine weitere Chance: Die Flucht nach außen. Das machen Diktaturen so. Und Demokratien auch. Letztere haben aber ein Motiv mehr. Sie wollen andere Länder beglücken. Schließlich sind ihrer Legende nach ja alle anderen Staatsformen viel schlechter. So bringen sie den Segen der Demokratie überall hin: „Externe Demokratieförderung hat weltweit Konjunktur“⁹⁰ – und das gerne auch mit roher Gewalt.

„Je mehr das Ideal der »liberalen Demokratie« Schaden nimmt, desto stärker melden sich diejenigen zu Wort, die dieses Ideal zum Maßstab einer moralisch unantastbaren Freund-Feind-Unterscheidung erheben. Die wehrhafte Demokratie stellt sich ihren Gegnern, und sie beruft sich dabei auf eine Werteordnung, die eine universelle Gültigkeit zum Maßstab hat.“⁹¹ Dieses „Stellen“ des Gegners ist seitens der Demokratien eine blutige Angelegenheit. Geheimdienste organisieren Putsch, paramilitärische Einheiten werden ausgebildet, die dann Regierungen stürzen sollen, aber vor allem Bevölkerungen terrorisieren. Und reicht das alles nicht, kommen Panzer, Bomben, Artillerie und Infanterie – selbstverständlich nur zu „humanitären Zwecken“, hinter denen sich die angriffslustige Demokratie immer wieder versteckt. Die Liste der weltweiten Militäroperationen eines der behaupteten Musterländer von Grundrechten und Demokratie, der USA, ist lang.⁹² Der langjährige Konkurrent um die Weltmacht, die Sowjetunion bzw. später Russland, hat eine ähnliche Liste,⁹³ ist damit aber der einzige kriegsorientierte nicht-demokratische Staat. Auf der demokratischen Seite gibt es mit Großbritannien und Frankreich⁹⁴ zwei weitere demokratische Nationen, die vor allem in ihren Kolonien blutig wüteten sowie darüber hinaus an der Seite der USA an Kriegen der Neuzeit (Irak, Libyen, Jugoslawien) mitwirkten. Deutschland beteiligte sich ebenfalls an den Angriffen auf Jugoslawien und Afghanistan. Demokratische Geheimdienste organisieren und verschleiern Verbrechen in vielen Ländern. So deckten deutsche Institutionen flüchtige NS-Verbrecher⁹⁵ oder nahmen sie in die eigenen Reihen auf. Später unterstützten sie Siedlungen wie die Colonia Dignidad, die der Militärdiktatur half und in der es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kam.⁹⁶

Interessant ist auch das Verhalten demokratischer Staaten gegenüber den Führern anderer Länder. Anerkannt werden nicht die demokratisch gewählten Personen, sondern die pro-westlichen. Wahlen, bei denen unerwünschte Kandidaten gewinnen, werden angezweifelt, während offensichtlich durch Wahlfälschung oder sogar Selbstakklamation in Ämter kommende Personen sofort anerkannt werden, wenn sie sich auf die Seite der kapitalistischen West-Länder stellen.⁹⁷ Der Internationale Strafgerichtshof, fest in westlicher Hand, klagte in den ersten Jahren nur Personen afrikanischer Herkunft an. Es ist offensichtlich, dass hier mit doppelten Standards agiert wird.⁹⁸

-
- ¹ Dirk Neubauer (2021): „Rettet die Demokratie – eine überfällige Streitschrift“, Rowohlt in Hamburg
- ² <https://de.wikipedia.org/wiki/Schreckstarre>
- ³ Brigitte Geißel (2024, S. 63)
- ⁴ Pressemitteilung der Scientist Rebellion vom 4.2.2025
- ⁵ https://instagram.com/katharina.droege/reel/DFa-FR_tipR/
- ⁶ Ausgabe vom 17.1.2025 (S. 16, URL: <https://jungewelt.de/aktion/jwstaerken/492104>)
- ⁷ <https://faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrix-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html>
- ⁸ Jan Ludwig (2024, S. 102)
- ⁹ Aus Christian Meier: „Die Parlamentarische Demokratie“, dtv in München (S. 16)
- ¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Meier
- ¹¹ Brigitte Geißel (2024, S. 114)
- ¹² Brigitte Geißel (2024, S. 41)
- ¹³ <https://bpb.de/themen/deutschlandarchiv/559041/von-nutzen-und-nachteil-der-brandmauer/>
- ¹⁴ <https://rosalux.de/news/id/53102/was-ist-eigentlich-die-brandmauer>
- ¹⁵ Johannes Agnoli (1990, 209f), zitiert nach Annette Ohme-Reinicke (2012): „Das große Unbehagen“, Herder in Freiburg (S. 186-189)
- ¹⁶ Kurt Pätzold: „Die verweigerte Bilanz“, in: Junge Welt 2.10.2006 (S. 3)
- ¹⁷ Agnoli, Johannes (1967): „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 28)
- ¹⁸ Gerhard Zwerenz: „Neue Köpfe braucht das Land“ in: Maurer, Ulrich/Modrow, Hans (2005): „Überholt wird links“, Edition Ost Berlin (S. 81)
- ¹⁹ Analyse nach einer Bundestagswahl auf der Linken-eigenen Internetseite www.sozialisten.de
- ²⁰ <https://buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/methoden-und-verfahren-der-buergerbeteiligung-von-a-bis-z>
- ²¹ Brigitte Geißel (2024, S. 41)
- ²² Brigitte Geißel (2024, S. 136)
- ²³ Ein Beispiel wäre der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz in Bayern, dessen Erfolg recht überraschend kam und vermutlich auch an schweren taktischen Fehlern und einer zu offensichtlichen Arroganz der Regierenden lag (siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_%E2%80%9ENichtraucherschutz%E2%80%9C_in_Bayern).
- ²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenstimmrecht_in_der_Schweiz
- ²⁵ <https://untergrund-blättle.ch/politik/schweiz/basel-44-prozent-ja-zum-einwohnerinnenstimmrecht-008734.html>
- ²⁶ <https://tagesschau.de/ausland/europa/schweiz-volksabstimmung-klimaschutz-100.html>
- ²⁷ <https://blick.ch/politik/die-abstimmung-ueber-die-umwelt-initiative-im-ticker-gelingt-den-jungen-gruenen-heute-die-sensation-id20572294.html>
- ²⁸ Marten van den Berg (2020, S. 91)
- ²⁹ Titel in: Neue Züricher Zeitung am 25.4.2023 (<https://nzz.ch/feuilleton/direkte-demokratie-warum-politiker-angst-vor-dem-volk-haben-ld.1734941>)
- ³⁰ Aus dem Bundestagswahlprogramm 2025 der AfD
- ³¹ <https://bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-de-direkte-demokratie-821786>
- ³² <https://de.wikipedia.org/wiki/Volkssouver%C3%A4nit%C3%A4t>
- ³³ <https://hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/s/souveraenitaet.html>
- ³⁴ <https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18441/volkssouveraenitaet/>
- ³⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Checks_and_Balances
- ³⁶ Niels Boeing (2015): „Von Wegen“, Nautilus in Hamburg (S. 53)
- ³⁷ Nicht mehr online, aber archiviert unter <https://web.archive.org/web/20060308070344/https://www.helmut-fleck.de/Weltnetzseiten/Programm-Grundsatzprogramm.htm>
- ³⁸ Bundestagsrede von Alice Weidel im Frühjahr 2020, URL: <https://youtu.be/TcisVADAFdc>
- ³⁹ Hans Herbert von Arnim (2001): „Das System“, Kopp Verlag in Rottenburg (S. 336 ff.)
- ⁴⁰ Parteivorsitzender Udo Voigt im Interview mit der Jungen Freiheit (40/2004, 24.9.2004)
- ⁴¹ Thomas Wagner: „Alte Rezepte“, in: Junge Welt, 27.1.2009 (S. 10 f.)
- ⁴² Aus dem Bundestagswahlprogramm 2025 der AfD
- ⁴³ <https://fw-bayern.de/aktuelles/mitteilungen/pressemitteilungen-details/bundespraesident-sollte-kuentig-vom-volk-gewaehlt-werden>, abgerufen am 13.1.2025

-
- ⁴⁴ <https://cicero.de/innenpolitik/direktwahl-statt-abschaffung-bundesprasident-brodkorb>, abgerufen am 13.1.2025
- ⁴⁵ Text in Publik Forum am 26.6.2016, URL: <https://publik-forum.de/politik-gesellschaft/bundespraesidenten-direkt-waehlen>
- ⁴⁶ Rother Baron (2024, S. 63)
- ⁴⁷ Aus „Ohne Demokratie keine Ökologie“, in: „ÖkologiePolitik“, Journal der ÖDP, Nov. 2004 (S. 11)
- ⁴⁸ Andreas Osner, Bertelsmann Stiftung, zitiert von Petra Mies in „Mehr Mitsprache für die Bürger“ in: FR, 8.6.2005 (S. 25)
- ⁴⁹ <https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/319821/anarchie/>
- ⁵⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchie>
- ⁵¹ Erich Mühsam (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Fanal Verlag in Berlin, URL: https://de.wikisource.org/wiki/Die_Befreiung_der_Gesellschaft_vom_Staat
- ⁵² <https://anarchie-demokratie.siehe.website>
- ⁵³ Text „Parlamentarismus vs. Basisdemokratie“ auf <http://anarchismus.at/txt4/parlamentarismus6.htm>
- ⁵⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Direkte_Demokratie
- ⁵⁵ Aus „Ist Anarchie radikale Demokratie?“, in: Graswurzelrevolution 11/2014
- ⁵⁶ Verfassungsschutzbericht 2023 (S. 198), URL: <https://verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html>
- ⁵⁷ <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/vg-berlin-1k43721-verfassungsschutz-junge-welt-berichte-marxistisch-leninistisch>, <https://lto.de/recht/hintergruende/h/verfassungsschutzbericht-verfassungsschutz-junge-welt-pressefreiheit> und <https://jungewelt.de/prozess/>
- ⁵⁸ <https://hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/a/anarchie.html>
- ⁵⁹ Jörg Bergstedt (2002): „Reich oder rechts“, IKO in Frankfurt
- ⁶⁰ <https://bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216888/etwas-besseres-als-beteiligung>
- ⁶¹ Bezeichnung der politisch umgestalteten Sprache in George Orwells Roman 1984, siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Neusprech>
- ⁶² <https://kettner-edelmetalle.de/news/rustungsindustrie-fordert-radikalen-umbau-vom-autobauer-zum-panzerproduzenten-06-03-2025>
- ⁶³ <https://panzerfabrik.siehe.website>
- ⁶⁴ Untertitel des Buches „Direct Action“ im Seiten-Hieb-Verlag
- ⁶⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpartnerschaft>
- ⁶⁶ <https://deutschlandfunk.de/demokratiefoerdergesetz-100.html>
- ⁶⁷ Beispiel Georgien: <https://amnesty.de/pressemitteilung/georgien-verabschiedung-anti-ngo-gesetz-gefahrung-versammlungsfreiheit> und <https://zeit.de/politik/ausland/2024-04/georgien-agenten-gesetz-kritik-olaf-scholz-eu>
- ⁶⁸ <https://tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-finanzmittel-streichung-100.html>
- ⁶⁹ <https://jungewelt.de/artikel/493539.radikalenerlass-2-0-renaissance-der-berufsverbote.html>
- ⁷⁰ <https://zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/ngos-gemeinnuetzigkeit-campact-attac-100.html>
- ⁷¹ § 188 StGB, siehe <https://bundestag.de/resource/blob/1030684/3d3b36ace9c1b2d2b614c5d9edead227/Der-Straftatbestand-der-gegen-Personen-des-politischen-Lebens-gerichteten-Beleidigung-188-Absatz-1-StGB-.pdf>
- ⁷² https://gesetze-im-internet.de/stgb/_113.html
- ⁷³ <https://tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-verfassungsgericht-schutz-100.html>
- ⁷⁴ <https://campact.de/verfassungsgericht-vor-afd-schutzen/>
- ⁷⁵ Aus Ellwein, Thomas (1967): „Politische Verhaltenslehre“, W. Kohlhammer in Stuttgart (S. 218 ff)
- ⁷⁶ Unterlagen dazu befinden sich im kabrack!archiv der Projektwerkstatt in Saasen.
- ⁷⁷ Aus der Strategie „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ (<https://bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/strategie-gemeinsam-fuer-demokratie-und-gegen-extremismus-2284760>)
- ⁷⁸ „Alle sind gleich, aber manche sind gleicher“, heißt es in George Orwells „Farm der Tiere“ (orig. „Animal Farm“).
- ⁷⁹ Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021, S. 6f.)
- ⁸⁰ „ÖkologiePolitik“, Ausgabe Aug. 2016 (S. 18)
- ⁸¹ <https://fairplayliga.de>
- ⁸² https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Republik_Schwarzenberg

- ⁸³ <https://kinderschutz.ch/themen/gewaltfreie-erziehung/auswirkungen>
- ⁸⁴ https://bmj.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2021_Rueckfallstatistik.html
- ⁸⁵ Vollständige Aufzählung „anderer Staatsformen“ in Ulrich Wickert (2024): „Wir haben die Macht“, Carlsen in Hamburg (S.13)
- ⁸⁶ Jan Ludwig (2024 , S. 205)
- ⁸⁷ Aus einem Text von Assunta Tammelleo, Vorsitzender des Bundes für Geistesfreiheit München, in: IBKA-Rundbrief Winter 2024/25 (S. 4)
- ⁸⁸ Rother Baron (2024): „Demokratie auf dem Prüfstand“, Literaturplanet (S. 6)
- ⁸⁹ Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021, S. 39)
- ⁹⁰ Aus der Einladung zu einem Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung (<http://boell.de/democratisation>)
- ⁹¹ Norbert Wohlfahrt (2024), a.a.O
- ⁹² https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_der_Vereinigten_Staaten
- ⁹³ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_Russlands_und_der_Sowjetunion
- ⁹⁴ <https://de.euronews.com/2015/05/05/wie-der-zweite-weltkrieg-frankreich-gepragt-hat>
- ⁹⁵ https://ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Ausstellung/Sonderausstellungen/Berlin_lebt_auf_Flucht_von_NS-Taetern.pdf
- ⁹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Colonia_Dignidad
- ⁹⁷ <https://nzz.ch/international/die-wichtigsten-westlichen-laender-erkennen-guaido-als-interimspraesidenten-andoch-andere-bedeutende-akteure-auf-der-weltbuehne-zoegern-ld.1456988>
- ⁹⁸ <https://internationalepolitik.de/de/westliche-doppelstandards-prinzipien-unter-beschuss>

Die Demokratie selber war lange Zeit undenkbar, genau wie andere Neuerungen, die einst unsere Vorstellungskraft überstiegen. Jeder Fortschritt beginnt mit der Betrachtung des noch nie Dagewesenen.



Ekkehart Hansmeyer (2016): „Die Demokratie und das Kapital im 21. Jahrhundert“, Köln (epubli, S. 289)

Das Buch behandelt vor allem ökonomische Fragen, vor allem das Finanzsystem einschließlich seiner vielen Krisen und die Logik des Eigentums. Der entsprechend dem Titel als Schwerpunkt zu erwartende Zusammenhang zwischen Volksherrschaft und Kapitalismus wird nur am Rande angesprochen.

Politiker, wenn sie ehrlich wären, müssten zugeben: Demokratie war gestern, morgen ist Postdemokratie, und heute der Übergang. Was sich im nächsten Jahrhundert Demokratie nennt, wird nicht mehr die Herrschaft des Volkes sein, sondern die Herrschaft einer neuen, weltweit agierenden Nomenklatura von Managern, Lobbyisten, Experten, Technokraten und Bürokraten, welche demokratisch gewählte Regierungen beliebig entmachten können.

Christian Nürnberger in der Süddeutschen Zeitung am 19.3.1998 (S. 15)

Teil 4

Aufbruch

In vielen Ländern ist die Demokratie älter als in Deutschland, aber selbst dort schon so lange prägend, dass es nur noch wenige Menschen gibt, die die Zeiten der Diktatur aus eigener Erinnerung kennen. Die demokratische Ordnung und ihre Abläufe sind also der einzige Erlebnishorizont, mit dem die Menschen seit 1949 in Westdeutschland, ab 1989 auch in den östlichen Bundesländern sowie vielfach auch in anderen Herkunftstaaten aufgewachsen sind. Das Gerichte Streit schlichten oder ahnden, es Reiche und Arme gibt, Kinder als unmündig gelten, alle paar Jahre gewählt wird, aber sich meist kaum was ändert, morgens Straßen und Züge überfüllt sind von Menschen auf dem Weg zur Arbeit – das und vieles mehr ist derart alltäglich, dass es wie ein Naturgesetz erscheint. Es fühlt sich an wie ‚das war schon immer so‘, aber das stimmt schon mal nicht. Erst recht ist nicht richtig, dass es nicht anders geht, also immer so bleiben muss.

Demokratie überwinden – zum Besseren

Kommen wir erneut auf Churchill zurück und den schon öfter zitierten Satz: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen“. Diese verkürzte Zitierung führte zur Verwechslung der Menge der schon dagewesenen Gesellschaftsformen mit den theoretisch möglichen. Denn im Vergleich mit Feudalsystem, Gottesstaaten oder Diktaturen mag auch der beschnittene Satz von Churchill Sinn ergeben – im Lichte möglicher, noch nicht erprobter oder durch äußere Gewalt verhinderter Alternativen jedoch nicht.

Inzwischen ist die Demokratie angesichts der offensichtlichen Fehlentwicklungen in die Kritik geraten. Die Debatte leidet jedoch an dem grundsätzlichen Problem, dass die Mängel zwar beschrieben werden und daraus folgend „eine aufrichtige und offene Debatte um die Zukunft der Demokratie“¹ gefordert wird. Die Dimension des Problems wird als dramatisch bis apokalyptisch erfasst: „Sonst haben wir diese vielleicht bald nicht mehr“ oder gleich „Demokratie war gestern“. Dann aber erschrecken die meisten davor zurück, die Ursachen in der Logik der Volks-Herrschaft selbst zu suchen. Stattdessen sei das, was Probleme macht, keine ‚richtige‘ Demokratie. Die müsste erst geschaffen werden. „Wenn Demokratie Selbstregierung freier Menschen und Gerechtigkeit für alle bedeutet, dann würde die Verwirklichung der Demokratie die Abschaffung der bestehenden Pseudo-Demokratie voraussetzen“, sagt selbst Herbert Marcuse² – und irrt.

Es macht den Wesenskern von Demokratie aus, dass diejenigen, die von einer Sache betroffen sind, über diese Angelegenheit auch entscheiden können. Die Folgen unserer systematischen Naturzerstörung betreffen nun aber gerade die elementaren Lebensmöglichkeiten von Menschen (künftiger Generationen, der Bevölkerung im globalen Süden), die keine Chance haben, darüber mitzubestimmen. Die formaldemokratischen Spielregeln versagen hier, und deshalb ist es gerechtfertigt, über sie hinauszugehen, um die elementaren Lebensinteressen der von den Entscheidungen Ausgeschlossenen zu sichern.

Aus Bruno Kern (2024): „Industrielle Abrüstung jetzt! Abschied von der Technik-Illusion“, Metropolis in Marburg (211 S., 10 €, S. 193f)

Ein typisches Buch aus dem Kreis der Ökosozialistis, in denen Bruno Kern eine der häufigsten Stimmen ist. Mit bemerkenswerter Präzision zerlegt er die Illusionen der bürgerlichen Umwelt- und Klimaschutzstrategien. Der von CDU bis Grünen, bei Umwelt-NGOs und Medien fest verankerte Glauben, die fortschreitende Zerstörung mit ihren Folgen für Mensch und Natur durch neue Techniken und grüne Marktwirtschaft in den Griff zu bekommen, ist kaltschnäuzig kalkuliert als reine Wirtschaftsförderung. Schließlich stellt jeder erzwungene Wechsel technischer Systeme eine riesige Profitquelle dar. Die Schwäche des Buches beginnt im Kapitel über die nötige Gegenwehr – und auch das ist typisch für marxistische Kreise. Sie sind einfach in ihren Theoriestuben gefangen, in denen eine kritische Distanz zur Praxis und zu politischen Bewegungen zum guten Ton gehört. Die wäre eigentlich auch nötig, schließlich agieren die meisten Protestgruppen inhaltlich auf einem sehr flachen Niveau und übernehmen oft die Legenden der Rettung innerhalb des bestehenden Systems. Nur: Wer Proteststrategien kritisiert, sollte sie kennen. Und diesen Eindruck

macht der Autor nicht. Schon die blanken Fakten, wer wann was gemacht hat, sind mehrmals falsch. Die Kritik an den inhaltlichen Positionen beruht zudem in vielen Teilen auf der Phantasie des Autors. Er erfindet die Bewegung, um sie dann zu kritisieren.

Das ist einfach, gelingt auf dem theorie-sozialistischen Sofa und bedarf keiner eigenen Teilnahme an den Kämpfen, Protesten und Protestchen draußen. Dass die, oft eher anarchistisch orientierten Analysen von Bewegungsstrategien, die meist aus einer Binnensicht erfolgen, also der Beteiligung an den Protesten und Kämpfen, dann im Quellenverzeichnis nicht auftauchen, überrascht wenig. Die Praxis gilt in den theorieverliebten Elfenbeintürmen einfach nichts.



Ein Entrinnen aus dem vorgezeichneten Weg der Demokratie in ein autoritäres System ist gerade nicht innerhalb der Demokratie möglich, sondern nur durch deren Überwindung. „Es ist nicht die Frage, ob sich diese Gesellschaft radikal verändern wird, sondern nur, was an die Stelle des falschen westlichen Universalismus treten wird: Autoritäre Herrschaft oder ein wirklicher Universalismus, ein Projekt emanzipativer Neuvergesellschaftung jenseits der Arbeitsreligion. Ein ‚Verein freier Menschen‘ (MEW 23: 92), der neue, an deren vielseitigen Bedürfnissen orientierte Formen der Kooperation entwickelt, mag als Utopie erscheinen. Die Vorstellung, die liberale Demokratie sei auf Dauer zu retten, ist erst recht utopisch.“³

Es ist eine beunruhigende Vorstellung, dass die Demokratie Gefahr läuft, in autoritäre Verhältnisse überzugehen, mit gewisser Wahrscheinlichkeit bzw. in dem einen oder anderen Land sogar in den Faschismus, aber die Gegenmaßnahmen von vornherein chancenlos sind. Denn die aufgrund falscher Analyse oder der Furcht, sich gegen den Mainstream der Demokratiefürwortung zu stellen, abgeleiteten Vorschläge bleiben im günstigsten Fall wirkungslos, wahrscheinlich aber beschleunigen den Sturz in den Abgrund noch.

Daher ist es schlicht notwendig, damit zu beginnen, die engen Grenzen des Demokratischen zu sprengen und über den problematischen Bezug auf den „demos“ als Abstimmungsgemeinschaft, über Grenzen und Abschottung, über den Mythos des Gemeinwillens und die Einhegung durch Gesetze, Normen und Sanktionen hinauszuschreiten. Das Ziel, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“,⁴ ist innerhalb der demokratischen Grenzen nicht umsetzbar. Jenseits dieser aber bestehen Möglichkeiten, denn die Legende der Demokratie, sie sei die relativ beste Staatsform, ist eine Lüge. Die Besseren sind nur noch nie ausprobiert worden, werden in der demokratischen Propaganda einfach verschwiegen und die Orte, wo sie doch benannt werden, assimiliert oder bekämpft.

Die Bürgerrat-Mitglieder werden per Losverfahren aus den Einwohnermelde-registern der Städte und Gemeinden ermittelt. Die Ausgelosten werden ange-schrieben und eingeladen, sich für eine Teilnahme am anstehenden Bürgerrat zu bewerben. Dabei machen die Bewerberinnen und Bewerber Angaben, die aus den Einwohnermelderegistern nicht hervorgehen. Dabei geht es z.B. um ihren Bildungsabschluss oder einen Migrationshintergrund. Anhand dieser Angaben und den bereits vorhandenen Daten zu Geschlecht, Alter und Woh-nort wird eine Gruppe gebildet, die in ihrer Zusammensetzung ein möglichst gutes Abbild der Bevölkerung darstellt. So ist z.B. jeder Bürgerrat zur Hälfte mit Frauen besetzt. Sämtliche Kosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden übernommen. Ein Kümern um die Betreuung von Kindern und Pfle-gebedürftigen wird angeboten. Die Zugänglichkeit des Veranstaltungsortes für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen wird garantiert.

<https://buergerrat.de/wissen/was-ist-ein-buergerrat/>

Wir sind schon unterwegs

Den echten Sprung nach vorne zu wagen, statt ständig am bestehenden System herum zu reparieren, klingt wagemutig, für viele sicherlich auch überfordernd. Viel zu stark gewöhnt haben wir uns daran, dass Reformen und Reförmchen nur aus Maßnahmen bestehen, von denen Politik und Öffentlichkeit eigentlich wissen, dass sie das Problem nicht lösen werden. Den Motortyp austauschen statt einer echten Verkehrswende, die Zäune um Europa erhöhen statt Fluchtursachen bekämpfen, Überfluss an Nahrungsmitteln nach Afrika schiffen statt über Landreformen den Menschen die Subsistenz zu ermöglichen – all das sind Beispiele, wie Politik mit zaghaften Korrekturen das Problem mehr verschiebt als löst. Unzählige solcher Fälle ließen sich aufführen. Wie kann es da gelingen, über das demokratische Zeitalter hinaus zu einer herrschaftsfreien Welt zu schreiten? Schließlich ginge es da ums Ganze, also nicht nur um Teilfelder gesellschaftlicher Gestaltung, in denen Politik, Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft ständig versagen.

Eine Antwort lautet: Wir sind schon unterwegs. Und diese ersten Ansätze können Mut machen, auch wenn sie noch sehr klein sind. Aber sie zeigen bereits, dass die Überwindung demokratischer Prinzipien neue und interessante Spielräume ermöglichen kann und wird.

Im Folgenden werden einige Beispiele ausgewählt. Sie stehen für weitere, denen gemeinsam ist, dass die eine oder andere Idee aufblitzt, die mit den Logiken der Demokratie bricht – und sie zu überwinden beginnt.

Bürgerräte (genderneutral: Bürgiräte)

Immer häufiger werden sogenannte Bürgiräte eingerichtet. Die Teilnehmenden dieser zu einem konkreten Thema und für einen festgelegten Zeitraum aktiven Runden werden im Losverfahren bestimmt – und das zusätzlich noch nach repräsentativen Kriterien. Damit sind sie den Parlamenten in Sachen Repräsentativität deutlich überlegen. Denn die repräsentative Demokratie ist vor allem eins nicht: repräsentativ. Mensch kann höchstens an die Gewählten appellieren, trotz ihrer sehr einseitigen Zusammensetzung an alle zu denken. „Damit die Bedürfnisse aller Menschen möglichst gut berücksichtigt werden, sollten Vertreter aus vielen gesellschaftlichen Gruppen in der Politik mitreden: Frauen, Männer und Trans*menschen, Menschen aller Herkunft, Menschen mit viel und Menschen mit wenig Geld, mit und ohne Kinder, Menschen mit und ohne Behinderungen und so weiter.“ Dieser Satz steht in einem Buch über Demokratie.⁵ Ihm folgt der hilflose Appell, „dass die gewählten Politikerinnen und Politiker so gut es geht an alle denken und für sie entscheiden.“ Klingt wie ein Gebet, und hat vermutlich die gleiche Nullwirkung und vor allem auch keine wirklichen Adressatis.

Vorgeschlagen wird die dauerhafte und flächendeckende Einrichtung eines Netzwerkes von „Zukunftsräten“. Darunter verstehen wir eine dauerhafte Einrichtung einer Gemeinde oder eines Stadtteils, aber auch großflächiger Gebietskörperschaften wie der Länder, des Bundes und der Europäischen Union, die wichtige Zukunftsfragen identifiziert und in einem kooperativen Modus Lösungsvorschläge ausarbeitet. Einem Zukunftsrat gehören zufällig ausgewählte Personen an, welche die lokale Bevölkerung annähernd repräsentativ und dabei vor allem die Generationenmischung spiegeln. Die Mitwirkenden treffen sich regelmäßig und erhalten, ähnlich wie Schöffen, eine maßvolle Aufwandsentschädigung. Die Amtsperiode des Zukunftsrates beträgt zwei Jahre, er wird von einem professionellen Team von Moderatoren unterstützt, die an der Agenda-Bildung und Geschäftsführung mitwirken. Zukunftsräte entstehen von unten, werden aber in der Gemeindefestsetzung und in Geschäftsordnungen von Parlamenten fest verankert. Stadtverordnete und Magistrate sind verpflichtet, sich mit den Vorlagen der Zukunftsräte substantiell auseinanderzusetzen und diese in den Entscheidungsprozess einzubringen, ohne damit einem imperativen Mandat zu unterliegen. Von der lokalen Ebene ausgehend, kann sich ein Netzwerk analoger Zukunftsräte auf der Landes-, Bundes- und europäischen Ebene ausdehnen. [...] Die hier vorgeschlagene Zufallsauswahl überwindet diese soziale Selektion und bringt Stimmen zum Sprechen, die sonst kaum einmal artikuliert werden.

Claus Leggewie in: Checkpoint: Demokratie e.V. (Hg., 2018, S. 234f)



Eine gute Beschreibung der Idee, Stärken und Schwächen von Bürgerräten enthält Paul Killats Studienarbeit aus 2024: „Bürger-räte als Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie?“ Zwar fehlen den einleitenden Ausführungen über Probleme der Demokratie Analysen hinsichtlich Grundfehlern der Demokratie, die oft als Repräsentationskrise oder Vertrauensverlust bezeichneten Entfremdungen vieler Menschen von staatlichen Institutionen sind aber gut zusammengefasst. Die Wirkungsweise von Bürger-räten wird zunächst allgemein und dann am Beispiel des Stutt-garter Bürgerrats Klima dargestellt (GRIN Verlag in München (31 S., <https://grin.com/document/1491554>).

Paul Killat hat in einer weiteren Studienarbeit „Deliberative Strukturen als Retter der klassischen Demokratien im Hinblick auf die Klimakrise“ untersucht – mit ähnlichen Ergebnissen (23 S., <https://grin.com/document/1517760>).

Die Demokratie bietet kein Mittel, um zu verhindern, dass den sozialen Unterschieden zwischen Menschen unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft folgen, weshalb, wie gezeigt, Demokratie praktisch eine Form der Aristokratie ist. Ganz anders sieht das bei den Bürgeräten aus, wenn deren Teilnehmers nach repräsentativen Maßstäben ausgelost werden. Denn während Wahlen die ohnehin Privilegierten fördern, bringt das Losen zum einen allen die gleichen Chancen und bietet zudem in der Organisation des Losverfahrens die Möglichkeit, eine hohe Repräsentativität zu erreichen. Das geschieht bei den Bürgeräten in der Regel auch. Es überrascht deshalb nicht, dass dort „bessere Problemlösungen“ entwickelt werden als im Parlament. „Denn erstens werden Entscheidungen durch die Einbeziehung vielfältiger Perspektiven besser, und zweitens heben sich kognitive und andere Unzulänglichkeiten einzelner Teilnehmer*innen auf, wenn eine große, diverse Gruppe diskutiert.“⁶ Die Bürgeräte haben infolgedessen Konjunktur und finden auf allen Ebenen von Kommunen über Bundesländer bis zum Bund immer häufiger statt. Claus Leggewie von der Universität Gießen schlägt solche Gremien als dauerhafte Ergänzung zu gewählten Parlamenten vor. Er nennt sie Zukunftsräte, um sie von den temporären Bürgeräten zu unterscheiden.

Auch die Humanistische Union schlägt eine dauerhafte und themenunabhängige Variante vor und nennt sie „Bürgerkammer“. Sie „soll aus 160 bundesweit aus den Bürgerinnen und Bürgern mit passivem Wahlrecht gelosten Mitgliedern bestehen“ und eine Art dritte Kammer neben Bundestag und Bundesrat bilden.⁷

Allerdings blenden solche Vorschläge, Bürgeräte dauerhaft einzurichten, mehrere herrschaftstheoretische Erkenntnisse aus. Alles, was dauerhaft privilegiert existiert, entwickelt den Hang, die eigene Position zu festigen und auszubauen. Das könnte durch eine ständige Rotation zwar begrenzt werden, dann aber stellt sich die Frage, warum das Gremium überhaupt dauerhaft eingerichtet werden soll, wenn es, um frei von dieser Herrschaftsdynamik zu bleiben, über keine Kontinuität verfügen soll.

Die Ergebnisqualität der bisherigen Bürgeräte ist beeindruckend. Dennoch kommt aus der Sphäre derer, die das Regieren durch privilegierte Gewählte vorziehen, Kritik, unter anderem mit der Behauptung, dass zufällig ausgeloste Menschen nicht über genügend Sachverstand verfügen. Zum einen ist das auch bei Parlamentaris keineswegs gesichert, die sich ziemlich häufig auch nur an Expertis oder Lobbyistis orientieren. Zum anderen „werden die Bürger*innen die Kompetenzen, die sie für die Selbstbestimmung benötigen, während der Beteiligung erwerben können.“⁸ Das ist sogar ein Ziel der Dezentralisierung von Macht weg von Eliten, hin zu den Menschen. Die Erkenntnis, tatsächlich mitentscheiden zu können, wird das Interesse an der jeweiligen Sache und die Bereitschaft zu intensiver Befassung fördern, während heute zum Beispiel Wahlentscheidungen sehr oberflächlich getroffen werden. Untersuchungen zeigen, „dass Bürger*innen politisch kompetenter

BertelsmannStiftung

Q DE ▾ ☰



76.03.2024

© Sebastian Pfötze

Gemeinsam für eine starke Demokratie: Bürgerrat Forum gegen Fakes gestartet

Auch der Bertelsmann-Clan ist dabei: Bürgirat als Beitrag sogar zur „starken Demokratie“ (<https://bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/new-democracy/projektnachrichten/gemeinsam-fuer-eine-starke-demokratie-buergerrat-forum-gegen-fakes-gestartet>)

werden, wenn sie die Möglichkeit haben, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen“.⁹ Umgekehrt führt die Beteiligung in den abgehobenen Eliten der Parlamente und Institutionen möglicherweise zu einer Art Verblödung. „Infantil“ nennt Joseph A. Schumpeter das Gebaren vieler Politikis im 1976 erschienenen Werk „Capitalism, Socialism and Democracy“. Kommen sie an die Macht, vergessen sie das, was sie mal versprochen haben, um Wählers zu gewinnen: „Es gibt zwar einen Zusammenhang zwischen den Vorlieben der Öffentlichkeit und den Positionen der politischen Parteien, aber dieser Zusammenhang schwächt sich erheblich ab, sobald die politischen Parteien an der Regierung sind.“¹⁰

Das Hauptproblem der Bürgerräte liegt momentan woanders. Sie gelten nur als gute Ergänzung der Demokratie. Damit besteht die Gefahr, dass Machtverhältnisse und die Abgehobenheit der Volksvertretungen von der Bevölkerung nur verschleiert werden. Bürgerräte wären dann reine Alibiveranstaltungen. Das gilt genauso für andere Beteiligungsformen mit rein empfehlendem Charakter wie runde Tische, lokale Agendagruppen usw. Den bisherigen Bürgerräten war diese Problem auch bewusst: „Die Umsetzung von Empfehlungen ist ungewiss“ analysierte der „Bürgerrat Demokratie“, ein offiziell aus der Bundespolitik unterstütztes Projekt im Jahr 2019 „eine grundlegende Schwäche“ und forderte: „Die Regierung muss sich zu Empfehlungen der Bürgerbeteiligung verpflichtend äußern.“¹¹ Beteiligung bleibt ein stumpfes Schwert, wenn die Integration der Ergebnisse in den realen Politikbetrieb gar nicht vorgesehen ist und dafür auch keine Mechanismen bereit stehen.

Ein zweites Problem ergibt sich daraus, dass Bürgerräte als Ergänzung innerhalb der Demokratie, also als deren integraler Bestandteil dargestellt werden. Das ist eine unzutreffende Vereinnahmung. Denn tatsächlich weisen sie von der Methodik her darüber hinaus. Sie verlassen die Logik der hierarchischen Gesellschaft, weil ihre Zusammensetzung per Zufallsauswahl klar macht, dass hier alle gleiche Chancen auf Teilnahme haben und das gesamte Bevölkerungsspektrum vertreten sein wird – nicht nur die Besseren, Schlaun, Privilegierten bzw. formal Entscheidungsbe-
fugten. Demokratisch ist bereits das nicht mehr. Grundsätzlicher ist aber ein weiterer Unterschied: Den Ausgelosten fehlt jegliche Legitimation. Sie sprechen für sich, nicht „im Namen des Volkes“. Damit konstruieren sie das Volk auch nicht, welches ja ansonsten erst entsteht, wenn Einzelne für das Gesamte sprechen. Das Volk bleibt als Konstrukt draußen, in den Bürgerräten existiert kein „demos“. Damit aber fehlt in ihnen der Wesenskern der Demokratie.

Trotzdem werden Bürgerräte in der Propaganda demokratischer Institutionen meist als Beitrag zur Demokratie dargestellt. Nur manchmal scheint einigen zu dämmern, dass es um mehr geht. Die Idee der Bürgerräte „stößt nicht nur auf Widerstände in der Praxis, sondern erzeugt auch demokratiethoretische Bedenken“,



Deine Stimme zählt!

Bürgerräte für eine stärkere Demokratie.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

weiß Steffen Kreuzer in der Verbandszeitung von „Mehr Demokratie“ zu berichten.¹² Wenn dieses Stirnrunzeln davon zeugt, dass begriffen wird, dass Bürgerräte den Rahmen des Demokratischen sprengen, signalisieren sie genau das Richtige. Denn „wenn Bürger*innen selbst bestimmen, wie sie sich regieren bzw. regiert werden wollen“, also auch vereinbaren könnten, eben nicht mehr demokratisch zu handeln, nicht mehr ständig abzustimmen, nicht mehr in Dazugehörende und Ausgegrenzte zu unterscheiden (und Letztere wahlweise einzusperrern, zu entmündigen oder abzuschieben), dann „wird die Demokratie“ eben nicht mehr „vertieft und erweitert“,¹³ sondern überwunden.

Es ist ein häufiges Problem und garantiert das Fortbestehen des Demokratiejubels, wenn gute Ideen, die über die Demokratie hinausweisen, als Beitrag zur Demokratie dargestellt werden – und nicht als Alternativen jenseits dieser. Positive Erfahrungen festigen dann den guten Ruf der Demokratie, obwohl sie eigentlich zeigen, dass es jenseits des Demokratischen besser läuft. So bestätigen sie den Mythos, dass die Demokratie alternativlos und einfach das Beste ist, was geht. Hoffnungen auf eine menschlichere, sozial-ökologische Zukunft werden verdrängt oder enden in der frustrierenden Erkenntnis, dass die Menschheit offenbar zu nichts Besserem in der Lage ist. Die einen geben auf, die anderen reduzieren sich zu Handwerkim im Reparaturbetrieb eines bestehenden Systems, welches nicht zu retten ist.

Wer beschreibt, die Demokratie sei „keine ‚Schönwetterveranstaltung‘, in der Mächtige die Mitwirkungen gewähren“, sondern eine, wie John Dewey es beschrieb ‚Lebensform‘, die davon lebt, dass unterschiedliche Interessen selbstbestimmter Menschen miteinander diskursiv ausgehandelt werden, Perspektiven aller einfließen und ständig um bessere Lösungen gerungen wird“, ¹⁴ schreibt eigentlich nicht über Demokratie, sondern über ein gesellschaftliches Miteinander, das über die Demokratie hinaus weist. Denn die Herrschaft des Volkes über die Bevölkerung benötigt konstitutiv das Entscheiden für alle durch dafür zuständige Gremien – repräsentative oder ein behauptetes „Alle“ in Volksabstimmungen, Plena oder anderen Vollversammlungen. Eine klare Grenze zwischen denen, die (mit-)entscheiden, und denen, die nicht dazugehören, ist dafür immer nötig. Offendynamische Räume hätten all das nicht und wären deshalb gerade nicht demokratisch. Demokratie so zu definieren, wie oben zitiert, erhöht die Verwirrung und macht Demokratie zu einem Begriff, der keinen klaren Inhalt mehr hat, sondern stets so gewendet wird, dass er in einem guten Licht erscheint. Das ist keine Analyse, sondern Propaganda.

Das gleiche Schicksal ereilt Brigitte Geißels Idee des „Selbst-Regierens“. Auch das, was sie unter diesem Begriff beschreibt, weist deutlich über die Demokratie hinaus – aber sie verkauft es als Rettung der Demokratie: „Wenn wir aus der aktuellen Stagnation herauskommen wollen, müssen wir den Geist der Demokratie neu beleben und neue demokratische Begeisterung schaffen.“¹⁵ Und Marten an den

D. [lat.: deliberare, dt. abwägen] beschreibt eine auf den Austausch von Argumenten angelegte Form der Entscheidungsfindung unter Gleichberechtigten. Das bessere Argument und nicht die Mehrheitsabstimmung soll die Entscheidungen prägen und zu besseren Entschlüssen führen, weil – im Idealfall – alle Argumente gegeneinander abgewogen werden und eine Einigung auf die »beste« Lösung möglich ist.

Definition von Deliberation bei der Bundeszentrale für politische Bildung
(<https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176777/deliberation/>)

Google keimzelle gesellschaft

 **Der Paritätische**
<https://www.der-paritaetische.de> » allo-meldungen » voru... »

Vorurteil: "Die Familie aus Vater, Mutter und Kind ist die ...
Vorurteil: "Die Familie aus Vater, Mutter und Kind ist die Keimzelle der Gesellschaft." 01. April 2017
Fachinfo - Bereichsübergreifende Themen.

 **CDU/CSU-Fraktion**
<http://www.cducsu.de> » themen » sylvia-pantel-die-kei... »

Sylvia Pantel: Die Keimzelle der Gesellschaft sind Familien
13.09.2018 — Die Keimzelle der Gesellschaft sind Familien. Hier werden Kinder geboren und großgezogen, hier lernen sie an erster Stelle in Gemeinschaft und ...

 **Deutscher Bundestag**
<https://webarchiv.bundestag.de> » dasparlament » Thema »

Keimzelle der Gesellschaft stärken
Die Bundesbank errechnet, "dass Haushalte, in denen im Jahr 2000 Kinder lebten, die ihnen gewährten Vergünstigungen zu etwa einem Drittel selbst finanzierten".

 **Deutschlandfunk Kultur**
<https://www.deutschlandfunkkultur.de> » familie-als-kei... »

Familie als Keimzelle der Gesellschaft
24.03.2006 — „Die Menschen einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft werden lange vergessene Verbündete brauchen: Vertrauen, Uneigennützigkeit, ...

 **Badische Neueste Nachrichten**
<https://brn.de> » karlsruhe » soziologin-laura-castiglioni-... »

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft

Sie halten das Internet am Laufen – heimlich, freiwillig, ohne Lohn. Doch was passiert, wenn die, die alles zusammenhalten, selbst am Limit sind? Eine Geschichte über Open Source, Verantwortung und den Preis digitaler Freiheit.

Aus der BR-Reihe Wild Wild Web am 17.04.2025, URL:
<https://br.de/nachrichten/netzwelt/systemrelevant-und-unsichtbar-die-wahren-stuetzen-des-internets,UiRC2fm>

Berg behauptet in seinem Buch „Demokratie?!“ sogar, die „Möglichkeit des Einzelnen, sich als vertreten, repräsentiert zu erfahren im Prozess der Entscheidungsfindung“ sei „ausschließlich möglich in einem demokratischen System“.¹⁶

Geloste, repräsentative Bürgerräte sind aktuell noch Spielwiesen, weil ihre Ergebnisse keinerlei direkte Wirkung entfalten. Doch die Methode zeigt, dass es etwas jenseits der Demokratie gibt, was besser sein kann. Analytisch richtig gibt es aus dem Lager der überzeugten Demokratis deshalb die Kritik, „dass Demokratie nicht Deliberation und Deliberation nicht Demokratie ist.“¹⁷ Diese Leute haben durchaus Recht. Bürgerräte sind nicht trotzdem, sondern deshalb eine große Chance – bzw. wären es, wenn sie nicht als machtloses Feigenblatt missbraucht würden.

OpenSource und Debatte um Keimzellen

Wer „Keimzelle Gesellschaft“ in eine Suchmaschine eingibt, erhält jede Menge Treffer, die zu Artikeln über Familie führen. Doch diese klassische Zusammenlebensform der Neuzeit mit dem Begriff zu belegen, ist absurd. Schließlich ist eine Keimzelle „Ausgangspunkt, allererster Anfang von etwas, aus dem sich ein größeres Ganzes entwickelt“.¹⁸ Genau das sind Familien nicht. Sie waren und sind vielmehr Stabilisator des Bestehenden, sorgen also dafür, dass sich eher gerade nichts Neues entwickelt. Gerade sie geben die Diskurse, Traditionen und Normen an künftige Generationen weiter und reichen die Logik von Hierarchie und Unterwerfung, von Rollenbildern und Ökonomisierung des Alltags nach unten durch.

Nicht die Familie schafft den Staat, sondern der Staat die Familie – immer auf der Basis der Diskurse, die bestimmte Wertordnungen und Denkmuster verankern. In der politischen Debatte um Keimzellen geht es dagegen um Anfänge und Entwicklungsorte gesellschaftlicher Alternativen. Der Höhepunkt solcher Debatten liegt schon einige Jahre zurück und verband sich damals stark mit einer, im Nachhinein betrachtet naiven, Euphorie über die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich aus dem Internet ergeben.

Erste sichtbare Ausdrucksform waren Softwareprojekte, die über eine subversive Nutzung des Urheberrechts verwertungsfreie Räume schufen. Viele dieser Räume unter GPL-¹⁹ bzw. Creative-Commons-Lizenz²⁰ waren frei zugänglich. Alle Menschen konnten an den Projekten mitarbeiten. Je nach Gestaltung der virtuellen Räume waren diese mehr oder weniger hierarchiearm. Auch gänzlich hierarchiefreie Organisationen, in denen also alle Beteiligten die gleichen Rechte und Möglichkeiten hatten, wurden diskutiert und probiert. Ziel waren keine Abstimmungen darüber, was richtig oder falsch bzw. was gelten oder nicht gelten sollte, sondern die Beteiligten sollten sich frei assoziieren und dann nach ihren Vorlieben kooperieren können. Vieles daran wies also über das Verharren im demokratischen

Es ist ein ehrenwerter Versuch, die Erfahrungen der freien Software-Entwicklung auf andere Wirklichkeitsebenen übertragen zu wollen. Aber dieser Versuch muss scheitern. Das Internet ist tatsächlich zu einem derart komplexen System geworden, dass es sich einer vollständigen Kontrolle und Steuerung immer wird entziehen können. Das schafft Freiheit, die aber letztlich beschränkt ist auf einen virtuellen Raum. Real können wir es nicht verhindern -- und seien unsere Zirkel noch so autonom --, dass wir Teilsysteme eines übergeordneten sozioökonomischen Systems bilden, das wiederum eingebettet ist in das uns umgebende Ökosystem. Die Zwänge, die sich aus diesen Vernetzungen ergebenden Rückkopplungen lassen sich niemals abschütteln, wir brauchen es gar nicht erst zu versuchen.

Kommentar auf opentheory.org am 10.2.2003

Modus des Abstimmens, der ständigen Konstituierung eines „demos“ mit Innen und Außen sowie der Konstruktion eines Gemeinwillens hinaus.

Die größten Projekte, die auf diese Art entstanden, sind das OpenSource-Betriebssystem Linux, Software wie Firefox oder Open- bzw. LibreOffice sowie die gigantische Enzyklopädie Wikipedia. Sie alle beweisen, dass effektive Produktivität genauso oder sogar besser möglich ist als unter hierarchischen Bedingungen. Linux und die darauf basierende Software ist dort, wo sie ihre Schwerpunkte setzt, den proprietären Anwendungen sogar überlegen. So basieren die erfolgreichsten Smartphone-Betriebssysteme, Browser und Server, über die das Internet organisiert wird, auf Programmierungen mit Linux-Kernel. Die 500 schnellsten Superrechner der Welt nutzen ebenfalls Linux-basierte Software.²¹ In allen Fällen stehen große Teams hinter den Produkten, die zum Teil weltweit zusammenarbeiten. Das geht mit und ohne Bezahlung, mit und ohne Hierarchie. Dass gerade moderne Softwarehäuser längst gemerkt haben, dass ihre Mitarbeitis kreativer und leistungsfähiger sind, wenn sie nicht in starre Hierarchien eingepfercht werden, beweist zwar die Flexibilität und die Assimilierungskraft des Kapitalismus, aber ebenso, dass der Wegfall von Hierarchien keine Nachteile bringen muss.

Auch Wikipedia vereint eine hohe Zahl von Menschen in einer Kooperation. Die Enzyklopädie entwickelte sich vom Start weg sehr dynamisch, wurde schnell sehr groß und vor allem bemerkenswert zuverlässig. Dabei blieb das Onlineprojekt lange Zeit offen. Alle möglichen Menschen konnten ihr Wissen einbringen, Positionen anderer verändern oder ergänzen. Das führte zwar mitunter zu chaotischen Streitereien um Formulierungen, sogenannten „Editwars“. Aber insgesamt entstand nicht nur ein großes, sondern auch – verglichen mit Enzyklopädien in Buchform²² – recht fehlerfreies Online-Lexikon. „Der Organismus Wikipedia zeigt, dass es funktionieren kann. [...] Die Chance, mitzumachen – das ist die große Errungenschaft der Wikipedia.“²³

Statt nun über Ursachen dieser bemerkenswerten Erfolge nachzudenken und die bisher geltenden Auffassungen zu hinterfragen, dass komplexe Arbeitsvorgänge Hierarchien zur erfolgreichen Abarbeitung brauchen, wurde an Legenden von Missbrauch, Fremdsteuerung und Manipulation gearbeitet. Interessanterweise erzeugten vor allem bürgerliche Medien Druck auf Wikipedia mit der ständig wiederholten Behauptung, dass angesichts der fehlenden Kontrolle das so erfolgreiche Projekt früher oder später schief gehen müsste.²⁴ „Natürlich gibt es Probleme. Weil jeder mitmachen kann, wird auch viel Falsches in Wikipedia-Artikel hineingeschrieben“, heißt es im gleichen Text der taz, in dem (obiges Zitat) so euphorisch die Organisationsstruktur beschrieben wurde. So tickt der Fanblock von Rechtsstaat und Demokratie. Experimente von freier Assoziation bzw. gleichberechtigten Handelns werden beklatscht, aber dann als utopisch abgetan. „Weil jeder mitma-

Allerdings zeigen sich fast alle auch immer wieder anfällig, als Nischen im bestehenden System den Verlockungen oder dem Druck von außen nicht zu widerstehen. So nutzten kommerzielle Nutzungsmöglichkeiten immer wieder Schlupflöcher, während das diskursbildende Wikipedia zum Schlachtfeld von Hegemonialkämpfen mutierte. Aufgrund des starken Bezugs zur Nutzung von Computern, der Fähigkeit zu genauer Recherche und zum Verfassen von Texten und der geübteren Anwendung der Arbeitsmodule von Wikipedia prägte eine technische Elite das Geschehen so stark, dass schließlich primitive Ranglisten darüber entstanden, wer am meisten andere User rauszensiert hätte, und in internen Zirkeln der Name Adminpedia gewöhnlich wurde.

Aus <https://wikipedia.siehe.website>

chen kann“, entstehen Probleme. Deutlicher kann mensch eine Absage an Gleichberechtigung und Offenheit kaum formulieren. Dass dadurch „natürlich“ Probleme entstehen, suggeriert, dass es immer so wäre. So zeigt sich der trübe Blick der Demokratis: Alle sind gleich, aber manche müssen gleicher sein, weil sonst alles aus dem Ruder läuft. „Das Fehlen einer autoritativ verbürgten Verantwortlichkeit sowie eines institutionalisierten Peer Reviews steht im Fokus der Kritik.“²⁵ Der Mensch brauche Kontrolle, so der Tenor. Das führt geradewegs in die Widerspruchsfalle jeder Kritik an Herrschaftsfreiheit, nämlich dass die Kontrollierenden auch Menschen sind. Deren erhöhte Machtfülle fördert die Neigung, hierarchisch zu handeln und die Dinge nach eigenem Gusto zu regeln. Will heißen: Kontrolle in Wikipedia würde die Gefahr erhöhen, dass (neben der Gefahr versehentlicher Fehler, die stets gegeben ist) absichtlich Falsches oder Einseitiges eingebaut wird.

So ist es gekommen: „In größeren Sprachversionen haben sich mehr Qualitätssicherungsmaßnahmen entwickelt.“²⁶ Gemeint sind damit Kontrollen und Checks. „Bei der deutschen Wikipedia müssen Änderungen von einem sogenannten Sicherbestätigt werden, bevor sie für alle sichtbar werden. Bei der englischen Wikipedia dürfen neue Artikel nur von registrierten Benutzern angelegt werden.“

Die Legende lebt: Eliten sind schlau, die unkontrollierten Vielen dagegen nicht vertrauenswürdig. Das ewige Duell Rechtsstaat gegen Volkssouveränität findet auch hier seinen Wirkungsbereich und wird wieder nicht in Richtung einer Weiterentwicklung von Kooperations- und Kommunikationsstrategien aufgelöst. Stattdessen obsiegen am Ende diejenigen, die an das Gute in Hierarchien und Eliten glauben. So dominieren bei Wikipedia inzwischen die technisch-digitalen Bildungseliten. Die Vorliebe für technische Gesellschaftslösungen in Verbindung mit blinden Flecken in sozialen Fragen prägt heute sehr viele Texte.

Das ist kein Wunder. Technikaffine Bildungseliten sind (wie alle anderen auch) keine neutrale Gruppe, sondern meist Anhängis der Idee, dass rationale Politik, Marktmechanismen und Expertise das Geschehen bestimmen sollen. Sie stammen aus eher besser gestellter Herkunft, sind überwiegend männlich und akademisch vorgebildet bzw. vorbelastet. Erwartungsgemäß verteidigen sie geltende Normen und behaupten die Existenz wissenschaftlicher Wahrheit. Dafür haben sie sich einen eigenen Begriff kreiert: „Der neutrale Standpunkt (neutrale Sichtweise; engl. Neutral Point of View, kurz NPOV) ist eines der vier unveränderlichen Grundprinzipien von Wikipedia. Er soll im Sinne wissenschaftlicher Wertfreiheit dazu dienen, Themen sachlich darzustellen und persönliche Standpunkte aus Wikipedia-Artikeln herauszuhalten.“²⁷ Das ist komplett nicht neutral. Menschen können nicht wertfrei denken und schreiben. Es gibt keine Objektivität in dem, was Menschen erschaffen. Wer das für sich behauptet, will sich durchsetzen. NPOV ist Ideologie einer sich selbst als Wissenselite verstehenden, gesellschaftlichen Schicht – und ein

*Die Wikipedia ist eine großartige Wissensdatenbank, die viele Menschen benutzen, um ihr Wissen zu erweitern. Sie lebt vom Engagement tausender ehrenamtlicher Mitarbeiter*innen. Allerdings wird es Neulingen oft schwer gemacht, neue Artikel anzulegen, besonders wenn diese nicht dem veralteten Sprach- und Geschlechterverständnis der Wikipedia entsprechen. [...]*

Wikipedia-Artikel werden standardmäßig im generischen Maskulinum verfasst. Das heißt, dass bei Begriffen wie „Autor“, „Politiker“ oder „Nobelpreisträger“ Frauen und Menschen, die sich in der Zweiteilung der Geschlechter nicht wiederfinden, mitgemeint sein sollen. Das generische Maskulinum kann jedoch zu falschen Annahmen verleiten. Wer den Satz liest: „Im alten Griechenland durften alle Bürger wählen“, weiß damit noch nicht, dass Frauen von der politischen Beteiligung ausgeschlossen waren.

*Die Verwendung des generischen Maskulinums führt nachweislich dazu, dass Frauen und nicht-binäre Menschen in der Wahrnehmung der Leser*innen kaum oder gar nicht vorkommen und von Suchmaschinen nicht gefunden werden. Wird versucht, den Frauen auch sprachlich mehr Raum zu geben, muss bei der Wikipedia mit teilweise massivem Widerstand von Administratoren gerechnet werden.*

Aus der (abgelehnten) Petition #wikifueralle, URL:
<https://change.org/p/wikipedia-autor-innen-wikifueralle>

interessanter Hinweis darauf, woran die gesamte Debatte um Qualitäten bei Enzyklopädien immer krankte und bis heute krankt: Nämlich, dass sie alle von Menschen geschrieben werden, die sich für besonders gebildet und objektiv halten – und damit irren. Ob Brockhaus, Britannica oder andere – sie sind alle aus bestimmten Blickwinkeln verfasst und folgen dominanten Diskursen. Je nach sozialer Einbettung der Autoris einer Enzyklopädie fällt diese entsprechend aus. Demokratie hilft da wenig. Das von selbsternannten Elitemännern und ihren Themen dominierte Wikipedia²⁸ ist eine der letzten Domänen des rein männlichen Sprachstils. Wie in der Schweiz wurde darüber auch schon abgestimmt – und die deutlich in der Überzahl befindlichen Männer lehnten eine gendergerechte Sprache ab.²⁹ Demokratie in Aktion.

Auch die Keimzellendebatte verfehlte ihr Ziel, Impulse in den gesellschaftlichen Raum zu geben. Anders als Wikipedia, welches sich den üblichen gesellschaftlichen Organisationslogiken anpasste, erlahmte die Diskussion um Keimzellen im Laufe der Zeit. Die moderne Gesellschaft erwies sich als stabil genug, diese und andere Nischen einfach auszuhalten, ohne grundlegende Änderungen zu erfahren. Soweit es nützlich war für Profit, mehr Effizienz und bessere Organisation der Hierarchien, assimilierte sie die Ideen, das entstandene Wissen und vor allem die konkret Handelnden selbst in ihre herrschaftsförmigen und kommerziellen Systeme.

Ein Beispiel dafür ist die Entpolitisierung des Keimzellenbegriffs in der modernen Umweltbewegung mit ihrer Vorliebe für kleine Projekte, die guten Willen zeigen, aber problemlos in das bestehende System integrierbar sind. Gemeinsam genutzte Kleingärten, Müllsammeln oder Blumenkübel als Farbtupfer in Asphaltwüsten als „Keimzellen“ zu bezeichnen und damit zu suggerieren, aus ihnen könnte Größeres erwachsen, ist nicht nur völlig übertrieben, sondern gefährlich, weil es Hoffnungen schürt, die keine reale Basis haben. Ein Blumenkübel in einer grauen Welt mag das Auge erfreuen, einen gesellschaftlichen Wandel bringt er nicht hervor. „Von Coworking bis Urban Gardening“ heißt der Titel über dem Absatz zu konkreten Beispielen im Text „Keimzellen für die Transformation“³⁰. Weder Coworking noch Urban Gardening weisen über die Logiken der aktuellen Gesellschaftsformation hinaus. Sie sind Nischen oder Modernisierungen im kapitalistischen Einerlei, aber kein Gegenentwurf, daher auch kein „Ausgangspunkt“ oder „allererster Anfang von etwas, aus dem sich ein größeres Ganzes entwickelt“.

Trotz allem bleibt das Fazit: Die Beispiele offener Systeme, von denen es noch viele mehr gab und gibt, beweisen, dass sie funktionieren können. Sie scheitern am Druck von außen, sei es repressive Einmischung, die Assimilierung in das Bestehende oder einfach die sozialen Vorbelastungen bzw. Lebensumstände, die Akteure mit in solche Projekte hineintragen.



Die erwähnten Methoden werden im Reader „HierarchNIE“ des SeitenHieb-Verlags und unter <https://hierarchnie.siehe.website> näher erläutert.

Im Kleinen ausprobieren – aber damit nicht enden

Weitere relevante Erkenntnisse über die Frage „geht-oder-geht-nicht“ herrschaftsfreier Organisation lassen sich aus Experimenten gewinnen, die im politischen Raum, in Firmen, Wohnprojekten oder an anderen Orten gestartet werden. Viele von ihnen dienen dem Abbau von Dominanz, der Steigerung von Kreativität oder sollen die vorher unterrepräsentierten Gruppen zwecks Kooperation auf Augenhöhe fördern. Schon ihre Existenz zeigt etwas Wichtiges: Es herrscht vielerorts Unzufriedenheit. Die üblichen Strukturen sind nicht effizient, beeinträchtigen das Wohlbefinden der Beteiligten oder blockieren die Weiterentwicklung. Da es kleine Versuche sind, lassen sie sich nicht 1:1 auf die Gesamtgesellschaft übertragen, sind dennoch in zweierlei Hinsicht nützlich. Zum einen braucht auch die große Veränderung die Schritte im Kleinen, um sich nicht als abgehobener Überbau von den Menschen und ihren konkreten Zusammenschlüssen zu entfremden und dadurch letztlich zu scheitern. Zum anderen geben Erfahrungen im Kleinen oft Detailhinweise auf das Große. Zudem können sie Mut machen, auch das Große zu versuchen. Damit das dann auch wirklich passiert, bedarf es des Ehrgeizes, nicht als Nische im tristen sozialen Umfeld zu enden. Schließlich lassen moderne Gesellschaften viel Spielraum für Abweichungen im Kleinen, die im Ganzen nicht stören. Das gehört zu ihren Assimilationsstrategien.

Sowohl Motive als auch gewählte Methoden sind sehr unterschiedlich. Immer wieder sind die ökonomischen Unterschiede Ansporn für Experimente. Wohngemeinschaften teilen sich ihre Einnahmen und Ausgaben, Betriebe werden gemeinschaftlich verwaltet. Gemeinsame Ökonomien entstehen sogar über größere Entfernungen hinweg, wenn Menschen ihr Geld teilen, sei es durch gemeinsame Konten oder durch regelmäßigen Ausgleich.

In anderen Experimenten steht der Abbau formaler Hierarchien im Mittelpunkt. Die Lösungswege sind dabei sehr unterschiedlich, mitunter gegensätzlich. So glauben viele, dass es am gleichberechtigtesten zugeht, wenn alle immer über alles gemeinsam reden. Sie organisieren eine Vielzahl von „Plena“, während andere genau in solchen Runden die höchste Gefahr informeller Hierarchien wittern, weil dort Einzelne mit rhetorischen Mitteln oder Wissensvorsprung die Treffen dominieren können. In der Folge experimentieren sie mit einem ständigen Wechsel von Kleingruppen- und Plenumsphasen oder organisieren ihre Treffen nach der Open-Space-Methode ganz ohne zentrale Treffen.

Ämter oder Funktionen werden mancherorts rotierend immer wieder neu besetzt, damit sich Hierarchien nicht verfestigen. Andere lösen aus, wer eine bestimmte Aufgabe übernimmt – und das immer nur auf Zeit. Lösen kann auch Sachabstimmungen ersetzen. Es ist ein universelles Mittel, egal ob es um das Layout eines Flyers, die Vergabe von Räumlichkeiten oder irgendeine andere Sachfrage geht.

Rätedemokratie



Eigene Darstellung auf Basis von „Menschen und Politik“. Sekundarstufe II © Westermann Gruppe, Braunschweig 2019, S. 47

Räte-Modell auf Staatsebene in einer Zeichnung der Bundeszentrale für politische Bildung (<https://bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/weimarer-republik-346/332803/konstituierung-der-demokratie-1918-1919>)

Weit verbreitet sind kleine Formalien, um unterrepräsentierte Gruppen zu fördern. Klassisch ist die Quotierung bei der Postenvergabe oder auf Redelisten. Dabei lassen sich interessante Unterschiede betrachten. So fördern die einen komplette Gruppen, ohne auf deren interne Unterschiede zu achten. Eine solche Quotierung, üblich im Männer-Frauen-Verhältnis oder zur Stärkung von Menschen mit Migrationshintergrund, von Jugendlichen oder Menschen mit Einschränkungen, kann dann dazu führen, dass einzelne Personen sehr dominant werden können, weil sie zu den Privilegierten gehören, aber das nötige Merkmal aufweisen. Treffsicherer sind Quotierungen konkreter Verhältnisse, also zum Beispiel die Erstredni-Quotierung in Versammlungen oder die Erstkandidierenden-Quotierung bei Wahlen.

Einige Organisationen arbeiten mit Räte-Modellen. Sie verbinden damit die Hoffnung, dass die einzelnen Beteiligten sich mehr und direkter einbringen können. Danach schicken Basis- bzw. Bezugsgruppen jeweils eine oder zwei Personen als Vertretung in ein koordinierendes Gremium, welches die Vorschläge aus den Gruppen sammelt und entweder selbst Entscheidungen trifft oder Entscheidungsvorschläge an die Gruppen zurückgibt. Im basisdemokratischen Ansatz bleibt die Entscheidungsgewalt bei den Gruppen. Spezielle Verfahren der Kommunikation sollen überlange Verfahren verhindern, die entstehen, wenn ständig Änderungen oder Neuanschläge zwischen Basisgruppe und Koordinierungsrat hin- und hergehen. Die Gruppen können dauerhaft oder, etwa bei Aktionen, temporär gebildet werden. Für große Projekte wurden auch mehrstufige Modelle ausprobiert. Dann entsendet der die Gruppen koordinierende Rat wiederum ein bis zwei Vertretis in ein noch höheres Gremium. Allerdings wird dann der Informationsfluss immer schwieriger, so dass die Gefahr informeller Hierarchien steigt. Schließlich gibt es im mehrstufigen System keine direkte Kontrolle der Basis über den Überbau mehr.

Bildungsangebote und Projektarbeit sind Hauptanwendungsfelder der Methoden zur Steigerung von Kreativität und zum Abbau von Dominanzen. Ein typisches Beispiel ist die Fishbowl. An ihr lassen sich Motive, Mittel und Probleme anschaulich beschreiben. Die Methode reagiert auf schlechte Erfahrungen mit Streitdebatten in größeren Gruppen. Werden diese plenar ausgetragen, dominieren oft die Lautesten oder Aggressivsten. Politischer Streit wird auf Podien oder, wie im parlamentarischen Raum oder vor Gericht, in einer verregelten Abfolge von Einzelbeiträgen ausgetragen. Solche Settings fördern Schaufensterreden, bei denen die Diskutierenden nicht aufeinander Bezug nehmen, sondern zum Publikum reden. Bei einer Fishbowl diskutieren hingegen in einem mittleren Kreis nur 3 bis 6 Personen. Das ist eine Größenordnung, bei der ein Gespräch untereinander noch möglich ist. Zudem sitzen die Beteiligten einander zugewandt. Das Publikum befindet sich in ihrem Rücken, so dass Schaufensterreden nicht naheliegen. Das Gefälle zwischen innerem Kreis und Publikum wird durchbrochen, weil jederzeit Personen aus dem



Zwei Beispiele für eine Fishbowl: Oben in der Art, wie die Methode eigentlich funktioniert mit Innen- und Außenkreis ohne Privilegien.

Unten von NGOs veranstaltet auf dem „Wir-haben-es-satt“-Kongress mit Moderation, fünf festen Plätzen für die NGO-Führis sowie nur zwei freien Stühlen (Aufnahme der Situation zu Beginn).



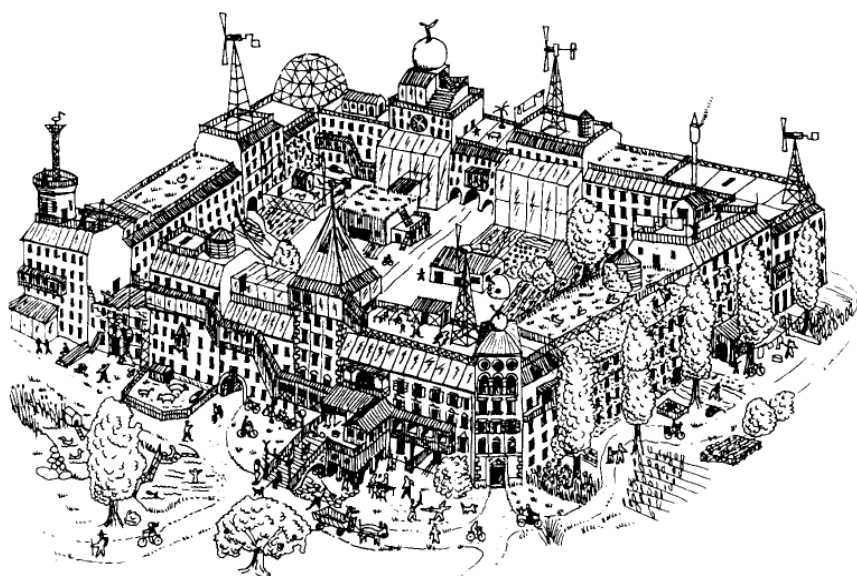
Publikum in den inneren Kreis gehen und sich hinter eine dort sitzende Person stellen können, die dann im fliegenden Wechsel ausgetauscht wird. De neue Mitdiskutierende im inneren Kreis ist dann auf Augenhöhe mit den anderen dort – ganz anders als am Saalmikrofon gegenüber einem Podium.³¹

Die Erfahrungen mit dieser Methode des Streitens und der Diskussion sind zweischneidig. Die Methode selbst erfüllt ihre Erwartungen, wenn sie so durchgeführt wird, wie beschrieben. Mit dem Ende einer Einleitungsphase, in der etwaige Veranstalter:innen die Methode erklären oder, um die Debatte zu befeuern, kleine Ausgangsstatements zu den verschiedenen Positionen vortragen (lassen), ist jede hierarchische Kontrolle über den Ablauf weg. Die Debatte im inneren Kreis steuert Themen und Ablauf. Wer dazu etwas beitragen will, geht in den inneren Kreis. Die Diskussion ist zuende, wenn der Kreis leer ist oder sich die Verbliebenen darauf einigen, dass alles gesagt ist. In einer Vielzahl solcher Diskussionen hat sich die Beteiligung nach anfänglichen Ungleichheiten in Richtung der durchschnittlichen Alters-, Gender- oder Bildungsverteilung aller Anwesenden verschoben.

Der benannte Kontrollverlust hat aber im Laufe der Zeit dazu geführt, dass hierarchische Organisationen das Instrument in einer veränderten Form nutzen. Sie setzen eine Moderator:in in den Kreis, die nicht ausgetauscht werden kann – oder besetzen sogar einige der Stühle mit privilegierten, meist prominenten Personen, die ebenfalls dauerhaft dort bleiben. Solche Abwandlungen zeigen, wie stark das Bedürfnis privilegierter Kreise wie Vorstände, Partei- oder Geschäftsführungen entwickelt ist, stets die Kontrolle zu behalten – und wie hoch die Angst vor einem „Volk“ ist, welches nicht als Gemeinwille und damit nur fiktiv agiert, sondern wenn die Menschen selbst in Aktion treten können.

Was lässt sich aus den bisherigen Experimenten lernen? Erstmal: Es geht einiges. Jedenfalls sind keine methodischen Grenzen erkennbar. Herrschaftsfreiheit oder zumindest herrschaftsärmere Organisationsformen sind nicht unmöglich, auch nicht ineffizient und erst recht nicht der Auslöser von Machtkämpfen angesichts fehlender Kontrolle von oben. Damit scheiden solche Argumente aus, mit den aus dem Demokratie-Fanblock heraus behauptet wird, Menschen würden bei fehlender Kontrolle rücksichtslos handeln. Die Fishbowl zeigt exemplarisch das genaue Gegenteil. Die direkte Kommunikation ohne Orientierung auf Masse ist kreativer und kann Hierarchien besser vermeiden. Die fehlende Kontrolle führt regelmäßig zu stabiler Selbstorganisation, in deren Rahmen die Beteiligten selbst darüber sprechen, wie sie agieren wollen.

Die Probleme liegen woanders, nämlich auch hier in der Einbettung aller Experimente in die herrschaftsförmige und vor allem kapitalistische Normalität. Diese drängt über Druck von außen, die umgebenden Strukturen, den rechtlichen Rahmen und die Sozialisation der Beteiligten in jede Gruppe hinein, egal wie



Zeichnung aus P.M. utopischen Roman „bolo'bolo“

idealistisch die daran arbeiten will, sich davon freizumachen. Das geschieht oft ohne Absicht und unbemerkt. In solchen Fällen kann der Rückgriff auf bewährte Methoden die Lage verbessern. Leider steht aber der bewusste Wille privilegierter oder ideologisch pro Hierarchien eingestellter Kreise den Experimenten im Weg. Es sagt einiges über das Denken in den zivilgesellschaftlichen Sphären der demokratischen Gesellschaften aus, dass in Parteien, Organisationen und auch großen Teilen von Graswurzelbewegungen die hierarchiemindernden Methoden nur selten oder nur in den veränderten, re-hierarchisierten Formen Verwendung finden.

Da überrascht es nicht, dass Losen als Alternative zu Abstimmungen oder Wahlen so gut wie nie vorkommt. Schließlich schafft es gleiche Chancen für alle und verändert zudem die Diskussionskultur stark, da rhetorische Tricks zwar noch möglich sind, aber keine Wirkung auf die Erfolgswahrscheinlichkeit haben. Die Angst vor Hierarchie- und Kontrollverlust dominiert das Geschehen in allen Gesellschaftsformen – und es gibt sie immer und überall: Die Privilegierten, die nicht auf ihre Vorteile verzichten wollen und die genauso Angst vor der Gleichberechtigung aller haben wie der Staat vor seiner Bevölkerung.

Interessant ist noch, dass ökonomischer Ausgleich nur in wenigen Betrieben und Wohnprojekten eine Rolle spielt. Dabei führen unterschiedliche materielle Möglichkeiten in allen Gruppen zu einem Gefälle, wer welchen Einfluss hat, wie stark auf eine Einigung in der Gruppe angewiesen ist usw.

Große Theorien entwickeln und Ideen spinnen

Vom Kommunismus träumen, A-Buchstaben im Kreis an Wände sprühen, ganze Bücher voll schöner Theorien verfassen – was soll das bringen angesichts des elenden Absturzes in eine autoritäre Zukunft?

Wenn es bei symbolischen Handlungen bleibt: Wenig bis nichts. Sonst aber kann es viel verändern, wenn auch zunächst nur indirekt. Denn klare Vorstellungen davon zu haben, wie Gesellschaft funktioniert, welche Mechanismen hinter Entwicklungen stehen und in Richtung welcher Ziele und Utopien mensch unterwegs ist, kann von vielem abhalten: blindem Aktionismus, systemstabilisierenden Reformvorschlägen oder Hoffnung auf Regierungswechsel. Ob ein Verständnis gesellschaftlicher Abläufe und klare eigene Ziele dann auch vor Verschwörungsglauben und einfachen Freund-Feind-Schemata schützen, hängt von der Theorie selbst ab. Ist sie emanzipatorischer Natur, so kann zusätzlich helfen, die konkreten Vorschläge auf dem Weg in eine herrschaftsfreiere Zukunft auf konkrete Anwendungsgebiete zu fokussieren und das Vorgehen immer wieder nachzujustieren. Denn die Einflüsse von Innen und Außen sind stark und können jedes Projekt schnell vom ursprünglichen Weg abbringen in Richtung Kommerzialisierung oder

Das Projekt: open theory

Maintainer: Stefan Meretz, Version 1, 05.05.2000

Projekt-Typ: halboffen

Status: Archiv

(1) Offene Theorie - open theory, kurz **ot**, ist der Versuch, das Modell freier Softwareentwicklung auf die Entwicklung von Theorie zu übertragen. Uns interessiert in diesem Zusammenhang die Art und Weise der Entwicklung von freier Software (mehr zum [Vorbild](#)). Wir wollen ihre Methode für die Entwicklung von Theorien für ein freies Leben nutzen. Dabei geht es uns um:

- die Freiheit von Unterdrückung und Bevormundung
- die Freiheit vom Zwang zur Lohnarbeit
- die Freiheit von Warenmüll und Kommerzwahnsinn
- die Freiheit von der Unfreiheit des Lebens

Ausschnitt aus <https://opentheory.org>

Die Soziokratie will ohne Abstimmungen auskommen, es sollen Argumente zählen und nicht die Anzahl der Stimmen. Jedes Kreismitglied wird gehört und kann durch einen schwerwiegenden Einwand die Entscheidung zu einem ungeeigneten Vorschlag verhindern. Eine Entscheidung ist gültig, sobald alle Kreismitglieder ihren Konsent (keinen Einwand) geben. Dabei entscheidet jeder ganz individuell, ob es sich im Hinblick auf das gemeinsame Ziel um einen „schwerwiegenden“ Einwand handelt. Allerdings gehört zu dem Einwand auch immer ein Argument, um zu verstehen, was hinter dem schwerwiegenden Einwand steckt. Mit Hilfe der Argumente wird in der Gruppe eine neue Lösung gefunden. Diese Entscheidungsfindung braucht eine kompetente Moderation und etwas mehr Zeit, als einfach die Anzahl der Stimmen entscheiden zu lassen. Andererseits gibt es keine „Verlierer“ und alle Mitglieder können sämtliche Entscheidungen verstehen und mittragen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Soziokratie>

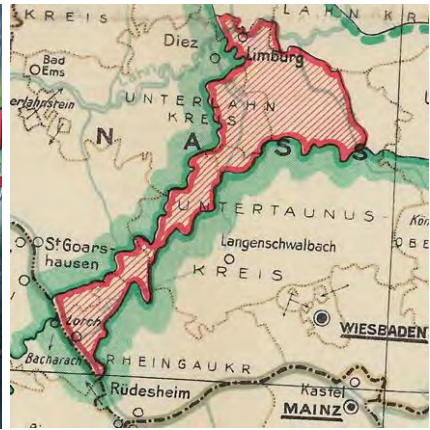
anderen Formen der Anpassung an die Normalität. Theorie ist dabei nicht per se fortschrittlich. Anti-emanzipatorische Theorien können denen Kraft vermitteln, die Herrschaft ausüben wollen. Solche Ideologien beruhen auf Verkürzungen und Vereinfachungen und können zu Hass, Ausgrenzung, Diskriminierungen usw. führen.

Die meisten Theoriebeiträge zur Idee der Herrschaftsfreiheit stammen aus fernen Teilen der Welt. Einige englischsprachige Texte wurden übersetzt, unter anderem die von Urs Gordon und CrimethInc. Deutschsprachig waren vor allem Texte in vergangenen Jahrhunderten als Beiträge zu marxistischer und anarchistischer Theorie prägend. In marxistischen Strömungen finden immer wieder Debatten zur Weiterentwicklung der damaligen Auffassungen statt, während im anarchistischen Sektor wenig passiert. Das im und für den Widerstand gegen die technikorientierte Zukunftswelt der Expo2000 in Hannover entstandene Theorieprojekt „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ mit dem gleichnamigen Buch, weiteren Einzeltexten und einigen Seminaren zur Theorie der Herrschaftsfreiheit bildet eine der wenigen Ausnahmen.³² Das gilt auch für die Idee der „Open Theory“, mit der marxistisch und anarchistisch ausgerichtete Menschen in den Nuller Jahren versuchten, gemeinsam Theorieentwicklung zu betreiben. Nach anfänglicher hoher Beteiligung versandete das Projekt leider, ist aber als Archiv noch heute online zugänglich. Weitere Erfahrungen und konkrete Methoden und werden in Werken wie dem HierarchNIE!-Reader oder „from democracy to freedom“ beschrieben.³³

Der Großteil anarchistischer Bewegungen im deutschsprachigen Raum ist nur mäßig theorieinteressiert und verharret in oberflächlichen Phrasen gegen Staat und Konzerne. Viele Beteiligte kehren nach einiger Zeit wieder in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurück.

Das mutmachende an den existierenden Theorien ist, dass es sie gibt und dass viele in sich schlüssig wirken. Sie enthalten keine offensichtlichen Widersprüche, wie es die Demokratie nötig hat, indem sie einen Volksbegriff zur Grundlage hat, der suggeriert, dass die Menschen hier das Sagen haben, aber tatsächlich mit allen Regeln, Normen und Traditionen genau das Gegenteil, nämlich eine Aristokratie erreicht und erreichen muss, um überhaupt funktionieren zu können. Sehr deutlich ist allerdings auch der innere Widerspruch starker Strömungen im Marxismus, über eine Eroberung und dann zunächst Verstärkung des Staatsapparates am Ende eine Herrschaftsfreiheit zu erreichen. Das blendet grundlegende herrschaftstheoretische Überlegungen wie die Selbstverstärkung von Herrschaft aus.

Es fließt bislang nur wenig Praxiserfahrung mit größeren Menschenmengen bzw. in größeren Projekten des realen Zusammenlebens in die Theorieentwicklung ein. Anwendungsversuche wie die in soziokratischen Projekten oder als temporäre Hierarchiefreiheit auf Camps und Kongressen zeigen aber zumindest ein Interesse am Ausprobieren.



Lageplan der Republik Schwarzenberg am Erzgebirge (links, Quelle: <http://weitwanderungen.de/Bilder-Erzgebirge.htm>) und des Freistaat Flaschenhals



Titel des Buches von Abdullah Öcalan zu „Demokratischer Konföderalismus“ (2012, SeitenHieb in Reiskirchen)

Die EZLN organisiert sich in klandestinen Gremien und stellte die Autonomie der widerständigen Gemeinden (ehemals: Municipios Autónomos Rebeldes Zapatistas, MA-REZ[2]) sicher, übt jedoch keinen alltäglichen Einfluss auf die kommunale Selbstorganisation aus. Kommandeure und Mitglieder der Entscheidungsgremien der EZLN dürfen zeitgleich keine Ämter in den zapatistischen Gemeinden und Räten übernehmen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Ej%C3%A9rcito_Zapatista_de_Liberaci%C3%B3n_Nacional

Ganze Länder gestalten schon um

Die größten Experimente mit dem Abbau von Herrschaft geschehen dort, wo Menschen in ganzen Regionen nach einer Revolte oder durch ein Wegbrechen bisheriger Machtstrukturen die Selbstverwaltung probieren. Spannende Berichte stammen aus Gebieten, die in Phasen kurz vor oder nach Kriegsende ihre bisherige, zentrale Verwaltung verloren, ohne dass bereits eine neue entstanden war. In Deutschland sind vor allem die Republik Schwarzenberg³⁴ Ende des zweiten Weltkrieges und der Freistaat Flaschenhals³⁵ nach dem ersten Weltkrieg bekannt. „Die Hollywoodnarrative vom Menschen in Not, der schlagartig zum Wolf des Mitmenschen wird, sind falsch“, schreibt Udo Hase. „Stand der Wissenschaft ist die Erkenntnis, dass Menschen, die mit Katastrophen konfrontiert werden, extrem solidarisch zusammenstehen, sich gegenseitig helfen und sich selbst organisieren.“³⁶

Vermutlich gibt es weltweit viele Beispiele, in denen die Menschen einer Region zumindest versuchen, hierarchieärmere, gleichberechtigtere Formen des Zusammenlebens zu entwickeln. Aktuell prominent sind die Experimente mit dem demokratischen Konföderalismus in Nordsyrien und der Aufstand der Zapatistas in der mexikanischen Region Chiapas. Ersterer „soll eine demokratisch-ökologische Zivilgesellschaft im Nahen Osten schaffen, die keine Staatsgründung zum Ziel haben soll, sondern die Abschaffung des Staates und aller Hierarchien.“³⁷ Das war nicht immer das Ziel der vor allem kurdischen Organisationen, in denen die Idee entwickelt wurde und deren in der Türkei inhaftierter Führer Abdullah Öcalan mehrere Bücher mit den theoretischen Grundlagen verfasste.

Die von der Allmacht zentraler Regierungen befreite Zone in Chiapas entstand in Folge eines Aufstandes Anfang 1994. Die bewaffneten Gruppen der EZLN drängten die Regierungstruppen zurück, übernahmen aber nicht selbst die Macht, sondern sahen sich als Garanten der Selbstorganisation der Bevölkerung.

Beide autonomen Zonen ohne Zentralregierung leiden unter massivem militärischem Druck von außen sowie unter Umsturzversuchen herrschaftsbefürwortender Kreise im Inneren. In der Region Rojava, in der der demokratische Konföderalismus angestrebt wird, sind es vor allem die ständigen Angriffe des NATO-Landes Türkei sowie religiös-fundamentalistischer Kreise. In Mexiko versucht die Zentralregierung immer wieder, die volle Gewalt über das Gebiet zurückzuerlangen. Zudem gibt es bürgerliche Spektren, die über Wahlen und Abstimmungen eine Rückkehr zum alten System anstreben.

Vermutlich gibt es viele weitere Fälle, über die zu berichten lohnen würde.³⁸ In der Literatur über indigene Stammesgesellschaften, über Matriarchate oder Bewohnnis abgeschiedener Inseln lassen sich weitere Anhaltspunkte für das Funktionieren oder Scheitern von Experimenten der Herrschaftsfreiheit aufspüren. Vieles der

Diese Zeit sei für die Demokratie und das Parlament nicht die schlechteste gewesen, sagt der 48-Jährige Politiker, der zugleich stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender ist. „Wir haben viele kluge Gesetze beschlossen, weil wir im hessischen Landtag über den Inhalt diskutiert haben – jenseits von Koalitionsverträgen. Das war eine Stärkung der Demokratie.“ Der hessische SPD-Chef hat auch konkrete Beispiele, die seinen Vorstoß untermauern sollen: die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen, die bundesweite Signalwirkung gehabt habe und ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gewesen sei. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken wurde dies gegen CDU und FDP durchgesetzt. „Damals haben wir auch die Abkehr vom G8-Murx in die Wege geleitet“, sagt Schäfer-Gümbel. Last but not least die Einrichtung einer Härtefallkommission für Bleiberechtsfragen.

Auch Nancy Faeser, Generalsekretärin der hessischen SPD, hat eine Sichtweise auf die Zeit zwischen 2008 und 2009. „Ich schaue positiv auf die Zeit zurück. Es war eine Sternstunde des Parlamentarismus.“ Die Fraktionen hätten sich konstruktiv beteiligt. Es sei keineswegs so gewesen, dass die Entscheidungen länger gedauert hätten als unter einer regulären Regierung.

Aus „Warum ein Minderheitskabinett im Bund nicht die schlechteste Lösung wäre“ mit Meinungen von SPD-Politikern zur Phase der CDU-FDP-Minderheitsregierung in Hessen 2008, in: Frankfurter Neue Presse am 2.11.2018
(URL: <https://fnp.de/politik/warum-minderheitskabinett-bund-nicht-schlechteste-loesung-waere-10435191.html>)

Vergangenheit ist aber verloren, weil Geschichtsschreibung ein eurozentristisches Weltbild schrieb und alles Abweichende als primitiv abtat.

Interessanterweise liefern Phasen von vermeintlicher Instabilität sogar innerhalb parlamentarischer Systeme einiges an Anschauungsmaterial. Wenn zum Beispiel einer Regierung die klare Mehrheit im Parlament fehlt, kann die Exekutive nicht einfach Beschlüsse fassen in der sicheren Annahme, dass ihre Fraktionen im Parlament alles absegnen. Vielmehr müssen Minderheitenregierungen jedes einzelne Vorhaben zumindest mit den Abgeordneten diskutieren und für ihre Anliegen werden. Das erzeugt einen deutlich kommunikativeren Prozess. Es gibt einige Hinweise darauf, dass in der Folge qualitativ hochwertigere Entscheidungen getroffen werden.

Ein Beispiel sind die „hessischen Verhältnisse“ unter anderem mit einer Minderheitsregierung von CDU und FDP im Jahr 2008. Als Belgien vor einiger Zeit ein halbes Jahr ohne Regierung überlebte, stand es danach sogar in den Wirtschaftsdaten besser da als die Resteuropäer.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das waren keine Experimente herrschaftsfreier Gesellschaft. Solche kann es wegen des inneren (soziale Zurichtungen der beteiligten Menschen) und äußeren Drucks (umgebende Zwänge und repressive Einwirkung) aktuell auch nicht geben. Die Darstellungen sollten zum einen zeigen, dass Menschen experimentieren und offenbar einen gewissen Drang haben, sich selbst zu organisieren und nicht fremdbestimmen zu lassen. Zum anderen, und das ist hier der wichtigere Aspekt, sollen sie aber auch belegen, dass das Herausnehmen von Herrschaft zu positiven Effekten hinsichtlich Gleichberechtigung, solidarischem Miteinander sowie in Fällen wie den Selbstverwaltungen von Rojava und Chiapas auch zu offeneren Gesellschaften und einem rücksichtsvollen Umgang mit der Natur führen. Das macht Mut. Die Theorie, dass zentrale Kontrolle notwendig ist, damit Menschen sich nicht gegenseitig niedermetzeln, ist widerlegt. Es gibt also keinen Grund, mit dem Weg raus aus der Demokratie (und aus Diktaturen, Gottesstaaten usw. schon sowieso) in Richtung Herrschaftsfreiheit zu warten.

Die Stärkung der Institutionen, durch die die Faschisten ihre Politik durchsetzen werden, ist Mittäterschaft. Die Normalisierung der Gewalt gegen die Menschen, die die Faschisten ins Visier nehmen wollen, ist Mittäterschaft.

Text von crimethinc DeepL-übersetzt von <https://de.crimethinc.com/2024/11/06/history-repeats-itself-first-as-farce-then-as-tragedy-why-the-democrats-are-responsible-for-donald-trumps-return-to-power>

Autoritarismus bzw. echte politische Theorien gehen laut Schmitt vom Natur aus bösen bzw. gefährlichen oder riskanten Menschen aus (zB Macchiavelli, Hobbes), Anarchismus und Liberalismus vom Natur aus guten, also harmlosen und ungefährlichen Menschen, mit der Konsequenz der radikalen Verneinung des Staates oder Unterstellung des Staates unter die Gesellschaft.



Burkhard von Grafenstein (2022): „Carl Schmitt, ‚Der Begriff des Politischen‘ und die Folgen“, GRIN Verlag in München (Seminararbeit, 38 S., <https://grin.com/document/1437083>, S. 9)

Die Studienarbeit widmet sich den unübersehbaren Tendenzen demokratischer Staaten, ihre autoritären Mechanismen zu schärfen – nach innen und außen. Der Autor nennt zunächst aktuelle Anhaltspunkte für diese Entwicklung und untersucht dann das Werk von Carl Schmitt, wieweit dessen Denken Vorlagen für diese Entwicklung bietet.

Keine Schattenregierung beim LWV

**Bürgerkräfte sind das
Ende von Freiheit,
Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit**



**Deutschland.
Aber normal.**



Fraktion im
LWV Hessen

Wege, die in die Irre führen

Noch ein letztes sei geklärt, bevor es dann als perspektivisches Finale dieses Buches um die Schritte raus aus dem demokratischen Raum in Richtung von immer mehr Herrschaftsfreiheit geht. Es mag aus den bisherigen Ausführungen schon nahegelegt sein, sei aber noch einmal explizit benannt: Ein kurzer Atem bei der Umsetzung politischer Ideen birgt die Gefahr, immer wieder das Bestehende neu zu stärken. So verlockend es klingt, für anstehende Einzelfragen doch wieder die Mittel der Macht anzuwenden oder einzufordern, es legitimiert und stärkt diese.

Darin liegt der große Irrtum, wenn antifaschistische Gruppen, Parteien oder Medien härtere Strafen oder Demoverbote für Nazis fordern, wenn sich Umweltschützer höhere Sanktionen gegen Menschen wünschen, die Müll wegwerfen oder zu schnell fahren, oder wenn mehr Kontrollen und Überwachung im öffentlichen Raum gegen Sexismus helfen sollen. Das alles dient am Ende auch als Legitimation für die autoritäre Zuspitzung. Sie ist ohnehin der aktuelle Trend einer Herrschaftswelt, die sich selbst absichern und ausdehnen will durch Sicherheitsgesetze, immer höhere Strafen, Aufwertung wirtschaftlicher Interessen gegenüber den betroffenen Menschen und zunehmende Konkurrenzen und Aggressionen zwischen den Staaten.

Die Anrufung der (staatlichen) Macht für im Detail sinnvoll erscheinende Projekte, wie sie in vielen gut gemeinten Vorschlägen vorkommt, stärkt die angerufene Gewalt. Noch deutlicher in die Irre führt die sozialistische bzw. kommunistische Phantasie, der Staat könne selbst der Auslöser des Weges in die Herrschaftsfreiheit sein. Das übersieht die Logik der Selbstverstärkung von Herrschaft.

Andere Vorschläge führen zwar nicht in die Irre, sind aber zu wenig, mitunter viel zu wenig – und können unangenehme Nebenwirkungen haben: Basisdemokratie beharrt auf der Logik von Entscheidungen und Abstimmungen eines konstruierten Ganzen, braucht also wie jede Demokratie eine klare Abgrenzung. Konsens kann zu Abgrenzungsbedürfnissen führen, während Verfahren der direkten Demokratie vor allem dann die Populismusgefahr steigern, wenn im Mittelpunkt Wahlen statt alternativer Methoden der Beteiligung und kreativen Aushandlung stehen.

Unter den Parteien hat die AfD am besten erkannt, wo und wie sich durch noch mehr Demokratie der Weg in eine autoritäre Gesellschaft ebnen lässt. Folgerichtig fordert sie „direkte Demokratie statt Bürgerräte“,³⁹ womit sie deutlich macht, dass ihre Hoffnung in der manipulierbaren Masse steckt, während sie eine Dezentralisierung nicht-demokratischer Diskussions- und Entscheidungsformen ablehnt. Volksabstimmungen generieren Massen, setzen auf den „demos“ und seine Anfälligkeit für populistische Positionen. Bürgerräte organisieren das genaue Gegenteil

*Tatsächlich gibt es an der Pegida-Bewegung ein Moment, das mir gefällt. So traurig und verachtenswert ich die Inhalte der Menschen finde, die sich unter dem Begriff „Pegida“ zusammengefunden haben, so gefällt mir doch, dass sie auf die Straße gingen und gehen, für etwas, das ihnen nicht passt. Und zwar anders, als die bürgerliche Linke, die fast ausschließlich für singuläre Themen wie Ausstieg aus der Atomkraft, gegen Gentrifizierung oder für die Ehe für Alle auf die Straße geht, begründen die Pegida-Anhänger*innen ihre Lage und ihre daraus resultierende Unzufriedenheit mit dem politischen System. Sie wagen es, wie sonst nur die radikale Linke es noch tut, das etablierte System mit seinem etablierten Personal und Persönlichkeiten infrage zu stellen.*

Silke Burmester in: Checkpoint: Demokratie e.V. (Hg., 2018, S. 107)

und sind damit ein kleiner Schritt, über das demokratische Zeitalter hinauszuwachsen – in die Gegenrichtung zu AfD und Co.

Was rechte Gruppen seit längerem zudem viel offensiver und öffentlichkeitswirksamer schaffen als alle anderen, ist die Systemkritik. Das war lange eine Domäne der Linken. Deren Anpassung an Mainstreampositionen bereitet den Rechten den Weg. Sie können sich erfolgreich als einzige Systemalternative darstellen und so den größten Teil des Protestwählspektrums auf sich ziehen. Ihnen hilft dabei das panische Geschrei aus politischer Mitte und linken Gruppen, die die AfD und andere als Demokratiefeindis beschimpfen, aber dabei letztlich kostenfrei für diese werben. Schließlich bestärkt das die Wahrnehmung, dass Systemkritik und ein Systemwechsel nur (noch) von rechten Gruppen zu erwarten bzw. zu erhoffen sind.

Als Ausweg erscheint hier eine stärkere Dezentralisierung der Machtstrukturen, im Sinne einer Rückverlagerung von Befugnissen auf lokale Entscheidungszirkel. Diese müssten als offene Diskussionsgruppen organisiert sein, an denen unterschiedslos alle in der betreffenden lokalen Einheit Lebenden teilnehmen könnten.

Rother Baron (2024, S. 58)

Was braucht es? Schritte voran

Nach der Klärung aller Fallstricke eines Festhaltens an der Demokratie und der Nennung mutmachender Beispiele, dass der Abbau von Herrschaft positive Wirkungen zeigt oder zumindest zeigen kann, geht es nun ins Eingemachte der konkreten Möglichkeiten – zuerst in Form praktischer Politiken, dann in einem Plädoyer dafür, mutige Utopie zu entwickeln und lautstark in die Debatten zu werfen. Der konkrete Kampf scheint oft nur ein Handgemenge möglich und muss sich im Kleinklein bewähren. Aber er speist sich, soll er auf Dauer bestehen, von der Strahlkraft emanzipatorischer Zukunftsentwürfe und der Hoffnung, dass am Ende alles nicht nur ein Reparieren an kaputten Verhältnissen ist, sondern die Aussicht besteht, wirklich relevante Veränderungen zu erreichen.

Diese Aufgabe ist groß. Sie erfordert Mut und Entschlossenheit. Die Komfortzone wird hier und da verlassen werden müssen. Gelingt uns eine grundsätzliche Wende zum Emanzipatorischen nicht, wird das mit der Komfortzone für viele von uns ohnehin zu Ende gehen. Das ist es schlauer, sie bewusst zu verlassen, um die Desaster eines ungebremsen Abdriftens in autoritäre Gesellschaftsformen bei gleichzeitigem Ruinieren der eigenen Lebensgrundlagen und wachsender Ausbeutung des Großteils der Menschen zu stoppen und endlich die Wege zu etwas Besserem zu beschreiten.

Fangen wir also an ...

Dezentralisierung

Zu den Anzeichen des Weges ins Autoritäre gehört die ständige Debatte um die Nachteile eines machtpolitischen Flickenteppichs. Egal ob Bildungs- oder Umweltpolitik, Umgang mit dem Rechtsruck oder Forschungsförderung – immer wieder taucht die Forderung nach mehr bundeseinheitlichen Regelungen auf. Das ist allein schon geschichtslos. Schließlich gehörte die Auflösung des Föderalismus, also die Gleichschaltung aller staatlichen und sonstigen Subräume, zu den wichtigsten Schritten der Machtergreifung Richtung Drittes Reich. Das genaue Gegenteil ist nötig. Wenn sich politische Gestaltung nach den Ideen und Bedürfnissen der einzelnen Menschen (und nicht der konstruierten Gesamtheit „Volk“) richten soll, muss sie so nah wie möglich an deren Lebensalltag ansetzen. Das garantiert noch keine emanzipatorischen Inhalte, aber erhöht die Möglichkeiten, dass sich in den gesellschaftlichen Planungsprozessen Menschen real begegnen können und in direkter Kommunikation aushandeln, was geschehen soll.



Die Elektrizitätswerke Schönaus gehören Einwohner des Ortes und versorgen ihr Gebiet dezentral. Das Schema stammt von ihrer Seite <https://ews-schoenau.de/blog/artikel/energy-sharing-nachbarschaftlich-geteilter-strom>.

Dieser Dezentralisierung bedarf es vor allem im politischen Raum. Aktuell sind die Bundes- und europäische Ebene die entscheidenden. Sie vereinen durch ihre Gesetzgebungsmacht, die überlegenen Finanzmittel einschließlich einer erpresserisch einsetzbaren Förderpolitik für Kommunen, karitative und andere Organisationen und durch ihr Personal das größte Machtpotential. Das zeigt sich auch in der überragenden Bedeutung, die die Wahlen zum Bundestag gegenüber kommunalen oder Länderwahlen in Medien und bei der Wahlbeteiligung haben. Die Bundespolitik prägt das Abstimmungsverhalten bei Landes- und lokalen Wahlen. Die Stärke zentraler Steuerung politischer Vorgänge eröffnet den dort Handelnden, bei ihren Entscheidungen bewusst auszuwählen, wer von diesen profitieren und wer die Nachteile ertragen soll. Als Folge bilden sich Machtzentren heraus, ziehen die Metropolen die meisten Ressourcen und degradieren das Umland zur Peripherie. Dadurch steigen die Abstände zwischen arm und reich, zudem werden Ressourcen- und Umweltvernutzung im großen Maßstab passend aufgeteilt.

Das sähe völlig anders aus, wäre die politische Entscheidungsgewalt dezentraler organisiert. Dann könnte keine kleine Zelle mehr anderen ihren Willen aufzwingen, sondern müsste mit den anderen auf Augenhöhe kommunizieren und kooperieren. Nehmen wir als Beispiel die Energieversorgung. Aktuell wird sie zentral geplant, von Bundes- oder sogar auf EU-Ebene. Da fällt es leicht, große Kraftwerke oder Tagebaugruben durchzusetzen, auch gegen den Willen der Bevölkerung, im Zweifel unter den Knüppeln und Wasserwerfern der Polizei. Es ist ebenso möglich, große Stromtrassen und Pipelines zu bauen, weltweit LNG-Gas zu organisieren und die Anlandungshäfen dafür aus dem Boden zu stampfen – auch hier rücksichtslos gegenüber dem Widerstand der Bevölkerung und den Erfordernissen des Klimaschutzes.

In einer dezentralisierten Welt wären die Bedingungen gänzlich andere. Jeder Kiez, jedes Dorf oder ähnlicher Zusammenschluss müsste sich selbst um seine Versorgung kümmern. Energieversorgung durch andere ginge nur mit deren Einverständnis, bedürfte also immer einer Vereinbarung. Zwang wäre nicht mehr möglich. Es würde dann naheliegen, zunächst alle eigenen Energiereserven zu nutzen, von Solar- und Windstrom bis zu Bioenergie aus Grünschnitt, Fäkalien usw. Technisch moderne Sammelsysteme würden entwickelt und jedes Hausdach genutzt. Es würde jedoch auch naheliegen, mit den Nachbarorten zu kooperieren, um sich bei Ausfällen gegenseitig zu versorgen, statt alles aus Sicherheitsgründen doppelt und dreifach selbst zu bauen. Ein sorgsamer Umgang mit den Ressourcen würde erzwungen. Oder umgekehrt: Zentralisierte Macht fördert Verschwendung und Ausbeutung, weil die Schäden anderen Betroffenen auferlegt werden können.

Durch das Los bestimmte Beratungs- und Entscheidungsgremien sind unempfindlich gegen Populismus und Korruption und werden nicht durch das Streben nach Wiederwahl beeinträchtigt. Zusätzlich haben sie den entscheidenden Vorteil eine tatsächliche Repräsentanz zu sein. Bei Berücksichtigung entsprechender wissenschaftlicher Standards, zum Beispiel zur Größe und Erhebung der Stichprobe, sind solche Gremien ein reales Abbild unserer Gesellschaft. Überlegungen in Bezug auf Quoten sind somit vollkommen überflüssig.

Marten van den Berg (2020, S. 113)

Kommunikation und Kooperation statt Konkurrenz

Aktuell ist vieles, fast alles auf Konkurrenz ausgelegt: Firmen konkurrieren um Umsätze und Profite, Schülis um die besten Noten oder das Amt des Klassensprechers, Sportvereine um Sieg oder Niederlage, die verschiedenen Teile einer Firma um Anteile an den Einnahmen, Staaten und Konzerne um Rohstoffe, Land und Arbeitskräfte. Das führt dazu, dass erhebliche Teile der vorhandenen Produktivkräfte in das Besser-Sein und Andere-Aussteichen gesteckt werden. Diese Produktivkraft ist für ein besseres Leben der Menschen verloren.

In einer herrschaftsfreien Gesellschaft hätten solche Verhaltensweisen keine Funktion mehr, weil statt Eigentumsbildung, Ausbau staatlicher Macht oder ständigem Profitstreben das Erreichen des besten Nutzens im Mittelpunkt stünde. Unter solchen Bedingungen wären Kooperation und Kommunikation vielversprechender als konkurrierendes Verhalten.

Die Förderung von Austausch und Debatte bei gleichberechtigten Beteiligungsmöglichkeiten würde zu einer wichtigen Aktivität der über das demokratische Modell hinauswachsenden Entscheidungs- und Koordinierungskultur. Bereits in der heutigen, meist rein oder überwiegend repräsentativen Demokratie werden einzelne Methoden probiert. Eine Demokratie, die Prozesse der gemeinsamen Erarbeitung und Diskussion gesellschaftlicher Vorhaben fördert, wird deliberative Demokratie genannt. Der Begriff ist entlehnt vom lateinischen *deliberatio*, was Beratung, Überlegung bedeutet. Er betont öffentliche Diskurse, gemeinsame Beratung, die Teilhabe der Bürger an öffentlicher Kommunikation und das Zusammenwirken von Planung, Beratung und Entscheidungsprozess.⁴⁰

Lösen

Beginnen wir mit einer sehr einfachen Methode, einen Schritt aus den Beschränkungen der Demokratie herauszutreten. Mag dieser auch nur sehr klein sein, so deutet er dennoch mehrere Vorteile an, die jenseits hierarchischer Gesellschaftsformation möglich sind. Zudem ist er schnell und sehr oft anwendbar: Das Lösen bei der Besetzung von Funktionen und noch mehr bei der Verteilung von Ressourcen oder Entscheidung zwischen Alternativen. Dabei ist der größte Vorteil in vielen Fällen gar nicht das Lösungsverfahren selbst, sondern die Wirkung auf das Miteinander der Beteiligten an einem Vorgang, wenn im Falle einer Nichteinigung das Los entscheidet. Dieses bietet nämlich allen in gleicher Weise die Möglichkeit, eine Zustimmung zu verweigern und so den Losentscheid herbeizuführen. Manipulative Rhetorik oder andere Tricks erhöhen für niemensch die Chance auf den Sieg. Das verändert die Kommunikation – und das ist der entscheidende Punkt. Lösen verändert die Art, wie Menschen miteinander reden, streiten, Wissen und Bedenken teilen und sich organisieren, vor allem bei Sachabstimmungen:

So gilt es, will ich sagen, für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt.

Aristoteles (griechischer Philosoph 384- 322 v. Chr.)

Der Vorschlag des belgischen Politologen David Van Reybrouck, Amtsberufungen durch Losverfahren auszurichten, ist weniger absurd, als er zunächst klingt. Wer nicht auf seine Wiederwahl hoffen muss, kann leichter Entscheidungen treffen, deren erfreuliche Folgen sich erst nach einiger Zeit herausstellen. Lobbyisten verlören an Macht. Der Zufallskandidat hat sich auch nicht erst im Kader-system der Partei hochintrigieren müssen. Im berühmten Stall, ohne dessen Geruch man es schwer hat und in dem man nicht ohne einige derbe Püffe zum Freßnapf gelangt. Er stammt aus dem wirklichen Leben und hat mehr im Blick als der Berufspolitiker.

Michael Maar (2024), a.a.O.

Um zu verhindern, dass auch und gerade da, wo gewählt und abgestimmt wird, Erbvorteile greifen, hat man mitunter das Losverfahren als die beste Vorgehensweise bei der Ämterbesetzung empfohlen. Wie der französische Politikwissenschaftler Yves Sintomer in seinem faszinierenden Buch „Das demokratische Experiment. Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen bis heute“ (2016) erklärt: Der reine Zufall kann demokratischer sein als das freie Wählen, wenn die Wahl von den Wirkungen sozialer Beziehungen verfälscht wird, die sich nicht bei Wahlen abbilden lassen (zum Beispiel Medienmacht: Wenn einige wenige Konzerne die gesamte Medienlandschaft regieren, sind die Meinungen danach, der Zufall aber lässt sich nicht von Propaganda beeindrucken).

Dietmar Dath (2024): „Hände hoch, ihr habt die Wahl!“, in: Demokratie – wofür ...“ (S. 267ff)

- In der einer Vereinbarung oder Entscheidung vorgelagerten Planungs- und Diskussionsphase können alle Beteiligten offen die Risiken oder Probleme ihrer Vorschläge benennen. Sie verschlechtern damit nicht die Chancen, dass sich ihre Idee oder Teile davon durchsetzen.
- Ebenso können Vorteile anderer Ideen anerkannt und in die eigenen Überlegungen eingebaut werden – ebenfalls ohne taktische Nachteile.
- Manipulative Spielchen zum Erreichen eigener Mehrheiten in Abstimmungen fallen ganz weg. Diese dominieren demokratische Entscheidungsfindungen ständig. Auf Kritik an anderen wird verzichtet, wenn diese zum Erreichen von Mehrheiten oder Konsensen nötig sind. Zugeständnisse, faule Kompromisse, Deals – all das ist die Melodie der Demokratie.
- Der wichtigste Punkt aber ist, dass die Aussicht, eine Sachfrage durch Losentscheid zu klären, dazu führt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Einigung steigt, also Ideen miteinander verbunden und Kooperationen gesucht werden. Da sich keine Seite durch taktische Spielchen durchsetzen kann, sichert nur eine Einigung ab, dass eigene Ideen und Interessen zum Zuge kommen. Dieser Effekt tritt ein, wenn das Losverfahren nicht zwingend, sondern nur im Fall der Nicht-Einigung stattfindet.
- Schließlich ist auch noch von Bedeutung, dass das Losverfahren keine Schuldigen kennt. Stellt sich eine Vereinbarung oder Entscheidung, die durch Los ermittelt wurde, später als ungünstig heraus, so machen Nachtreten, Diffamierung oder Ausgrenzung keinen Sinn. Schließlich war es das Los. Entsprechend verhindern auch keine Eitelkeiten die Korrektur der Entscheidung.

Bei einer Personenwahl wird das Losverfahren fast immer zu bevorzugen sein, um allen die gleichen Chancen zu bieten. Sonst besteht die Gefahr, dass sich Hierarchien einschleichen, weil sich Menschen in Massen schnell von Führungspersonen beeindrucken lassen, deren Wahl dann alle (gefühlte) „wollen“, das tatsächlich aber einem massenpsychologischen Effekt folgt. Die Vorteile von grundsätzlich auf Losverfahren beruhenden Auswahlen, auf staatlicher Ebene Demarchie genannt,⁴¹ liegen auch hier klar auf der Hand:

- Nur mittels Losverfahren kann eine annähernd repräsentative Auswahl entstehen, wenn darauf geachtet wird, dass alle die gleichen Chancen auf eine Funktion haben und, zumindest bei größeren Gremien, jeweils aus den Gruppen, die angesichts der Sachfrage vertreten sein sollten, gelost wird.
- Die per Los bestimmten Personen können nicht steuern, wer nach ihnen das Amt ausführen wird. Dadurch neigen sie dazu, Menschen so zu behandeln, wie sie selbst behandelt werden wollten, schließlich könnte in der nächsten Periode genau diese Person vor ihnen stehen. Das hätte zum Beispiel für die Streitschlichtung weitreichende Folgen, zumal dauerhafte Einrichtungen wie die Justiz in einer herrschaftsarmen Gesellschaft fehlen würden.

Ein hervorstechendes Merkmal der athenischen Demokratie war das Losverfahren, welches als Garant dafür galt, dass alle Ämter allen Bürgern zugänglich waren!

Wikipedia zu „Attische Demokratie“

→ **Neu eingeteilt**

In der Antike teilte Kleisthenes Athen in zehn *Phylen*, also Abschnitte, auf. Jede *Phyle* stellte 50 Vertreter, die durch das Los ausgewählt wurden.

→ **Der Rat der 500**

Für jeweils ein Jahr bildeten die Vertreter den Rat der 500 (jeweils 50 Vertreter für die zehn Abschnitte). Danach wurden sie ausgewechselt.

→ **Was war die Aufgabe des Rates?**

Der Rat prüfte eingegangene Gesetzesentwürfe und bereitete die Volksversammlungen vor.

Zur Idee der athenischen Demokratie gehörte es weiterhin, dass jeder Bürger als befähigt erachtet wurde, ein Amt zu bekleiden. Die etwa 700 Amtsträger wurden prinzipiell durch das Los bestimmt, bestimmt, ihre Amtszeit war strikt begrenzt, und sie unterlagen lückenloser Kontrolle und Rechenschaftslegung. ... Ansonsten wurden die Ämter durch das Los bestimmt, es war das Symbol für bürgerschaftliche Gleichheit, weil es gesellschaftliche Stellungen, Vermögensunterschiede und unterschiedliche Interessen neutralisierte. Das Losverfahren verhinderte Protektion und andere Formen der Bevorteilung im Prozess der Ämterbesetzung. Nirgends drückte sich das Ideal der gleichen Chance auf Teilhabe und Teilnahme an der Politik so klar aus wie in der athenischen Demokratie.

Aus „Demokratie“ (Informationen zur politischen Bildung 1/2017, S. 10)

*Wahl durch Los entspricht der Natur der Demokratie.
Wahl durch Abstimmung der Natur der Aristokratie.*

Charles de Secondat, Baron de Montesquieu
(französischer Philosoph 1689 - 1755)

So ungewöhnlich, wie es klingt, ist das Losen nicht. Es war in der Attischen Gesellschaftsordnung, die regelmäßig als Geburtsstunde der Demokratie bezeichnet wird, der Standard bei der Vergabe von Ämtern. „Die griechische Demokratie sah im Vergleich zum heute gängigen Modell in einigen Punkten grundlegend anders aus. [...] Die Mitglieder des Rates der 500 wurden, wie auch die des Volksgericht wurden jährlich (damals 360 Tage) neu ausgelost. Die Prytanen waren nur 36 Tage im Amt und der Vorsitzende des Rates wechselte sogar täglich“.⁴² Es ist interessant, dass das im Politik- und Geschichtsunterricht, in Kinderbüchern (Ausnahme siehe Abbildung) und an anderen Orten oft verschwiegen wird. „Für uns heute so selbstverständliche demokratische Elemente wie Wahlen sind, zumindest bezogen auf die ersten Demokratien, gar nicht so grundlegend wie wir denken.“⁴³ Erst in den beginnenden Vermassungsprozessen des Industriezeitalters wurde das Losverfahren durch das Wahlverfahren abgelöst: „Wahlen waren jedoch nie als demokratisches Instrument gedacht gewesen, sondern als Verfahren, um eine neue, nicht-erbliche Aristokratie an die Macht zu bringen“.⁴⁴

Da passt es, dass ausgerechnet die AfD gegen das Losen stänkert: „Ein Losverfahren ist völliger Unsinn“.⁴⁵ Das ist insofern interessant, als die AfD ja „Volksouveränität“ und direkte Demokratie fordert. Eine Partei, die von eigener Machtausübung und einer autoritären Welt träumt, kombiniert den Bezug auf die Masse der Menschen mit Wahlen durch diese – genau wissend, dass Menschen in Massen sich erst ver-, und dann führen lassen. Viel Volk, wenig Differenz, stattdessen ein sortenreines Deutschland mit einem Führer – so neu ist die Idee nicht.

Dass die AfD das Losen hasst, passt zu ihrer Gesamthaltung und spricht eher für solche Verfahren. Denn Losen macht aus Ungleichem Gleichberechtigte hinsichtlich der Chancen einer Nominierung oder einer Abstimmung. Das ist einer der vielen nötigen Schritte zu einer egalitären Gesellschaft. Vielfalt, Kooperation der Unterschiedlichen, viel Kommunikation und dann, wenn es Entscheidungen braucht, das Losverfahren – so sieht das Gegengift zu Herrschaft aus, die Alternative zum demokratischen Abstieg und zur AfD.

Völlig zu Recht fand die Idee des Losens vom Altertum bis heute immer wieder Fürsprecher. Inzwischen wurden Losverfahren auch in der Neuzeit erfolgreich eingesetzt. So wurde in Irland ein Bürgerrat mit 66 ausgelosten Personen und 33 Parlamentarier besetzt – plus ein von außen bestimmter Vorsitzender. Es ging um eine neue Verfassung, und das Ergebnis war, für eingefleischte Demokraten überraschend, recht progressiv.⁴⁶ In etlichen Ländern werden Laienrichter mittels Losverfahren bestimmt, die gemeinsam mit Berufsrichtern die Gerichtsverhandlung bei Strafverfahren führen. Im antiken Griechenland wurden die Geschworenen ebenfalls gelost.⁴⁷

Die Position des „Berufspolitikers“, die uns heute allen evident erscheint, hätte ein Durchschnitts-Athener als völlig bizarr und absurd empfunden. Aristoteles knüpfte einen sehr interessanten Gedanken über Freiheit daran: „Grundlage (hypóthesis) der demokratischen Verfassung ist die Freiheit [...] Von der Freiheit nun aber ist zunächst ein Stück, dass das Regieren und Regiertwerden reihum geht.“ (S. 75)

Die athenische Demokratie wird oft als direkte Demokratie umschrieben. Verdin erzählte uns von der großen monatlichen Volksversammlung, an der Tausende Bürger direkt teilnahmen. Im vierten Jahrhundert vor unserer Zeit trat sie sogar fast wöchentlich zusammen. Aber das Gros der Arbeit fand in jenen anderen, spezifischeren Einrichtungen wie dem Volksgericht, dem Rat der 500 und den Magistraturen statt. Dort sprach nicht das ganze Volk, sondern eine Zufallsauswahl, die durch das Los zusammengestellt worden war. (S. 75)

... Erkenntnis, die Aristoteles zwei Jahrtausende zuvor bereits gewonnen hatte: „Wahl durch Los [le suffrage par le sort] entspricht der Natur der Demokratie, Wahl durch Abstimmung [le suffrage par choix] der Natur der Aristokratie.“ (S. 83)

Rousseau [...] „das Los [entspricht] eher der Natur der Demokratie“, fand auch er. „In jeder wahren Demokratie ist ein Amt [...] kein Vorteil, sondern eine drückende Last, die man gerechterweise nicht dem einen mehr als dem anderen auferlegen darf. Nur das Gesetz kann sie dem auferlegen, auf den das Los fällt.“ Die Schlussfolgerung ist klar: Die zwei wichtigsten Bücher über politische Philosophie aus dem nächsten Jahrhundert stimmen, trotz wesentlicher Unterschiede zwischen den Autoren, darin überein, dass das Losverfahren demokratischer sei als Wahlen und dass eine Kombination beider Methoden für eine Gesellschaft von Vorteil sei. (S. 85)

*Bernard Manin beschreibt es vortrefflich: Gerade mal eine Generation nach dem Erscheinen von *De l'esprit des lois* und *Du contrat social* verschwand der Gedanke, öffentliche Aufgaben durch Los zu übertragen, jedoch fast spurlos. Während der Revolutionen in Amerika und Frankreich fand das Losverfahren keine ernsthafte Berücksichtigung mehr. Zur gleichen Zeit, als die Gründerväter die Gleichheit aller Bürger deklarierten, entschied man sich auf beiden Seiten des Atlantiks ohne die geringsten Bedenken für die uneingeschränkte Herrschaft einer Auswahlmethode, die seit langem als aristokratisch galt.“ (S. 86)*

Aus David Van Reybrouck (2016): „Gegen Wahlen“, Wallstein Verlag in Göttingen

Jan Ludwig sieht das Losverfahren sogar „wieder im Trend. [...] Diese Form von Losdemokratie existiert schon seit mehreren Jahren in Deutschland, etwa zu Themen wie der Verkehrswende, Klimaschutz oder künstlicher Intelligenz.“⁴⁸

Der aktuell häufigste Einsatzbereich im politischen Raum ist in diesem Buch auch schon erwähnt worden – und das Losen ist dort von zentraler Bedeutung. Die Bürgerräte entstehen auf diese Weise. Losen ist also gar nicht so exotisch. Warum nicht viel öfter machen – und vor allem ab sofort? Denn „wir müssen nicht auf die ‚perfekt kompetente Bürgerschaft‘ warten, bevor wir selbstbestimmte Demokratien einführen können. Es ist genau andersherum: Wenn Bürger*innen gelebte Selbstbestimmung erfahren, können sie sich während der Beteiligung alle notwendigen Kompetenzen aneignen.“⁴⁹

Mensch stelle sich vor, dass überall gelost wird. Gäbe es das System von Strafe und Sanktion noch, obwohl aus herrschaftskritischer Sicht vieles für deren komplette Abschaffung spricht,⁵⁰ dann wäre de Richti gelost. Und müsste fürchten, dass ein Jahr später die angeklagte Person per Zufallsauswahl dort sitzt. Für die Arroganz und Selbstsicherheit, mit der Robenträgis heute Menschen, die zumeist aus deutlich weniger privilegierten Schichten stammen, ins Gefängnis schicken oder in den finanziellen Ruin treiben, wäre kein Platz mehr. Das lässt sich auf alles übertragen, wo noch Positionen mit Machtpotential zu vergeben sind (was möglichst selten der Fall sein sollte). Die Chefis in Arbeitsprozessen, Moderatoris von Treffen und viele mehr könnten gelost werden – auf Zeit. Es ist sehr wahrscheinlich, dass allein die Aussicht, dass sonst gelost wird, die Zahl konstruktiver Einigungen erhöhen wird. Das gilt auch für Streitfragen. Steht bei strittigen Fragen zum Beispiel um die Nutzung von Ressourcen von vornherein fest, dass bei Nicht-Einigung gelost wird, wird die Debatte darum von taktischen Spielchen, Stimmenkauf usw. befreit. Die Wahrscheinlichkeit einer Einigung steigt, da alle Beteiligten der gleichen Gefahr ausgesetzt sind, sonst leer auszugehen.

Ein letzter von wahrscheinlich noch deutlich mehr Vorteilen des Losens sei noch genannt. Losen verhindert die Bildung kommunikativer Blasen. Die prägen jede Gesellschaft, in dem Menschen in ihren Familien, Clans, Vereinen, Parteien usw. diskutieren und ihre Sichtweisen zum einen einander immer mehr angleichen, zum anderen Distanz zu anderen Kommunikationsblasen aufbauen, weil vor allem über diese, aber nicht mit ihnen gesprochen wird. Auch die mit viel Macht ausgestatteten Parlamente, Parteien, Konzernführungen und Chefredaktionen stellen solche Blasen dar. Die Digitalisierung der Welt verschärft die Aufteilung, weil es nun möglich ist, 24/7 in der gleichen kommunikativen Suppe zu schwimmen. Viele Plattformen von Social Media arbeiten mit Algorithmen, die Gleichgesinnte gezielt zusammenbringen und zusammenhalten. Werden kommunikative Runden gelost, kommen unterschiedliche Menschen aus verschiedenen Sphären zusammen. Das

Das Gleiche lässt uns in Ruhe, aber der Widerspruch ist es, der uns produktiv macht.

Johann Wolfgang von Goethe

Streit (Mehrzahl Streite; auch Auseinandersetzung, Zank, Zwist, Zwistigkeit, Zwietracht, Hader, Stunk, Zoff) ist das offene Austragen einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren Akteuren, Personen, Gruppen oder auch Parteien (Politische Partei, Partei in einem Rechtsstreit, Kriegspartei). Der Streit muss nicht immer offenkundig und nicht notwendigerweise feindselig sein.

Aus Wikipedia zu „Streit“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Streit>)

Streit und Diskussion sind in politischen Zusammenhängen das Salz in der Suppe. Eigentlich. Denn aus These, Antithese, Widerspruch und Kritik sollte eigentlich das Gebräu stammen, das zu immer neuen Erkenntnissen, Ideen, Aktions- und Organisationsformen, Utopieentwürfen usw. führt. Wie gesagt: Eigentlich. Denn meist ist Streit so organisiert, dass es kein kreativ-voranbringendes Umfeld schafft, sondern eines, in dem Sieg-Niederlage, Ausgrenzung und Wettkampf um die bessere Position vorherrschen. Das ist nicht nur Folge bösen Willens, sondern auch der Form des Streitens. Solange z.B. öffentlicher Streit in Podiumsdiskussionen ausgetragen werden, darf sich niemensch wundern, wenn dort Hahnenkämpfe ausgefochten werden, Reden gehalten werden mit Hang zum Populismus – aber kein kreativer Prozess insang kommt. Dafür sind andere Streitformen nötig.

Einleitung zum Kapitel über „Politische Streitkultur“ im HierarchNIE!-Reader (S. 60)

beginnt schon im Kleinen, zum Beispiel bei der Bildung von Untergruppen auf Treffen. So können größere Runden per Auszählen aufgeteilt und Kleingruppen zum Austausch gebildet werden.

Streitkultur

Eine Gesellschaft, in der Kooperation und Kommunikation die Hierarchien und den Gemeinwillen ersetzen, braucht eine gute Streitkultur. Denn Konflikte sind „eher die Regel als die Ausnahme“.⁵¹ Schließlich werden die Menschen nicht mehr als Masse organisiert und ihnen ein Gemeinwille aufgepfropft, der die Unterschiede überdeckt, sondern Differenz und Vielfalt prägen das Geschehen. Das führt dazu, dass Unterschiede besser sichtbar werden und offenliegen. Das ist gut so, denn Streit ist eine Produktivkraft, und Kritik eine Form der Empathie. Schließlich wird in der Kritik die Meinung des Anderen ernst genommen und darauf reagiert. „Das Gegenteil von Liebe ist nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit“.⁵² Damit Kritik und Konflikte Menschen nicht frustrieren und diese sich voranbringen statt im Machtkampf aufzureiben, braucht es ein ganz anderes Verhältnis zu Kritik und Streit.

- ➔ Kritik und unterschiedliche Meinungen, Streit und Auseinandersetzung benötigen ein positives Image. „Streitet euch – aber richtig“ wäre das bessere Motto gegenüber dem heutigen „Ey, streitet euch nicht“ oder „Streit bringt doch nichts.“ Doch, bringt es. Denn Streit bedeutet, dass Menschen etwas wichtig ist – und das ist gut.
- ➔ Soziale Erfindungen werden auf dem Weg in eine herrschaftsfreie(re) Welt von großer Bedeutung sein, mindestens so wichtig wie der weitere technische Fortschritt. Zurzeit besteht hier ein großer Nachholbedarf. Formen produktiven Streitens sind daher ein wichtiges Feld des Erfindens und Ausprobierens, um die grottenschlechten aktuellen Varianten wie Nachbarschaftskriege vor Gericht, Polizeieinsätze, Strafarbeiten, innerfamiliäre Gewalt und Strafrecht zu ersetzen.

Leider läuft der Trend in die gegenteilige Richtung. Die Unfähigkeit zu streiten, wird zum Zerfall der Demokratie in Richtung autoritärer Systeme beitragen. Seit vielen Jahren verstärkt sich eine umfassende „Cancel Culture“. Ab- und Ausgrenzung dominieren das Geschehen, direkte Kommunikation zwischen Kontrahent:innen ist jenseits parlamentarischer oder fernsehgerechter Schaufensterdebatten selten geworden. „Ihr seid alles Nazis“, „Ausländer raus“ oder „Kriminelle Ausländer abschieben“ zerstückeln die Gesellschaft.

Es braucht Experimente. Die Fishbowl als hierarchiearme Form des öffentlichen Streitens wurde schon beschrieben. Diskussionsprozesse durch zufallssortierte

Meinungen können jederzeit geändert werden, auch Beschlüsse können bei einer späteren Versammlung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn es neue wesentliche Informationen gibt = dynamische Steuerung. Die Steuerung ist flexibel, pragmatisch. Wenn sich etwas an den Bedingungen/Ergebnissen ändert, kann sofort darauf reagiert werden. Es geht nicht um perfekte, sondern optimal machbare Lösungen auf der Basis der derzeitigen Kenntnisse und Ressourcen. Es gibt eine konstruktive Fehlerkultur. Fehler sind einfach Messungen, die ein Verlassen des Zielkorridors anzeigen. Sie dienen als Rückmeldung, um wieder auf die Spur zu kommen.

Aus Christian Rüther: „Was ist Soziokratie? – Überblick und Nutzen“ (<http://soziokratie.org/wp-content/uploads/2011/06/wasistsoziokratie1.0-nutzenundgrenzen.pdf>)

Siehe auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Soziokratie>

Kleingruppen zu bereichern, ebenfalls. Vieles, was direkte Begegnung und Kommunikation fördert, wird noch erfunden werden müssen.

Das gilt auch für entscheidungsfreie Räume, in denen alles im Fluss und dynamisch ist und bleibt. Sie werden in einer herrschaftsfreien Gesellschaft der Normalfall sein, auch wenn es dafür natürlich keinen Zwang gäbe. Die Debatte um offene Räume, seien sie digital wie OpenSource-Projekte⁵³, oder baulich wie die Projektwerkstätten⁵⁴, bilden schon heute kleine Anfänge. Demokratie ist dagegen starr. Beschlüsse gelten lange (Beispiel: Gesetze) und über den Kreis der jeweils Beteiligten hinaus. Parlamente und sogenannte „Plena“, bei denen erstens selten bis nie wirklich alle dabei sind und zweitens das „Alle“ mal wieder nur mit klarer Grenzziehung funktioniert, fällen Beschlüsse, die über ihren eigenen Bereich hinaus wirksam sind, also auch gegenüber Menschen, die gar nicht dabei waren. Einige Reformideen innerhalb des demokratischen Spektrums versuchen, damit umzugehen, zB die Soziokratie.

Immer wieder werden Zweifel benannt, ob solche Formen direkter Kommunikation auch auf großen, überregionalen Ebenen funktionieren würden. „Große und komplexe Gesellschaften lassen sich kaum durch Bürgerräte, Volksentscheide, spielerischen Protest, Liquid Democracy oder Bürgerhaushalte regieren. Es sind komplexere Vorschläge erforderlich, die verschiedene Praktiken kombinieren, um die Bürger*innen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu regieren.“⁵⁵ Bürgerräte auf nationaler Ebene und die weltweite Entwicklung von OpenSource-Software deuten in eine andere Richtung. Doch auch hier dürfte gelten: Eine Gesellschaft wie die heutige, die fast ihre ganzen innovativen Fähigkeiten auf Profit- und Machtausbau lenkt, ist kein Maßstab für die Frage, was funktionieren kann und was nicht.

Commons statt Gemeinschaftseigentum

Ein, wenn nicht „der“ zentrale Baustein von Rechtsstaaten und Kapitalismus ist die Einteilung der gesamten Welt nach Eigentum. Egal ob Land, Nutztiere, Erfindungen, Kulturgüter – alles gehört irgendjemandem, und diese Person kann das Eigentum so einsetzen, wie es ihm gefällt. Die Folgen sind unerfreulich. Wer zu viele Lebensmittel besitzt, darf sie vernichten, auch wenn andere hungern. Wer allein in einem großen Haus wohnt, darf nicht nur viele Räume verwaisen lassen, sondern sogar die Staatsmacht einsetzen, wenn Wohnungslose den Leerstand nutzen wollen. Nicht die Person, die Wohnraum ungenutzt lässt, wird bestraft, sondern diejenigen, die ihn bewohnen wollen. Hausrecht basiert auf Eigentum und bedeutet eine Art Diktatur in den eigenen vier Wänden. Der größte Anteil der Paragraphen im Strafgesetzbuch handelt von Eigentumsdelikten. Kapitalismus bedeutet, das Eigentum vor allem an Produktionsmitteln so einzusetzen, dass sich der Reichtum

Der Begriff Commons (von latein. communis; von cum und munus; engl. common; dt. gemein(sam)) bezeichnet Ressourcen (Code, Wissen, Nahrung, Energiequellen, Wasser, Land, Zeit u. a.), die aus selbst-organisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens (Commoning) hervorgehen. Commons werden vielfach „jenseits von Markt und Staat“ verortet, womit vor allem gemeint ist, dass in Commons-Kontexten andere Handlungslogiken dominieren als in diesen beiden Bereichen.

Aus <https://de.wikipedia.org/wiki/Commons>

Der Kartoffelberg – Herrschaft und Herrschaftsfreiheit in einer fiktiven Mini-Welt Nachdenkspiel für Schulklassen, Gruppen und Workshops

Wir, die wir hier im Raum sitzen, sind die Welt. Andere Menschen gibt es nicht, auch nichts außerhalb des Raumes. Wir vereinfachen zudem unsere Bedürfnisse und stellen uns vor, dass wir nichts anderes brauchen zum Leben als Kartoffeln. Wir kennen nichts Anderes und wollen auch nichts Anderes. Keine Smartphones, keine Bravoposter, kein Bier. Nur Kartoffeln – unser einziges Bedürfnis. Deren Menge ist grenzt. Es gibt nur einen Berg. Der liegt hier in der Mitte zwischen uns. Von diesen Kartoffeln hätten wir folglich schon gern welche, am besten auch recht zuverlässig. Alle im Raum würden gern immer genug Kartoffeln haben. Das ist die Ausgangslage. Nun gucken wir uns an, was unter verschiedenen Verhältnissen passiert.

(Text mit Bezug zur Folgeseite – auf drei Seiten aufgeteilt)

immer weiter mehr. Bedient werden die Geräte meist von Menschen, die kein Eigentum an den Boden, Fabriken, Patenten und großen Fertigungsmaschinen haben, sondern nur ihre Körper- und Denkkraft, höchstens mit Kleingeräten verstärkt, verkaufen können.

Die Aufteilung der Welt in Eigentum ist vordemokratisch – und somit die gesamte aktuelle Wirtschaft. Eine Demokratisierung wäre hier ein Fortschritt, aber nicht das Ende der Emanzipation. Gemeinschaftseigentum und selbstverwaltete Betriebe sind solche demokratischen Entwicklungen in der Wirtschaft und damit ein Fortschritt gegenüber dem feudalen Logiken folgenden Privateigentum. Sie blieben aber in den Begrenzungen hängen, die die Demokratie mit sich bringt, seien es die klaren Abgrenzungen von Zugehörigkeit zum Betrieb und der Außenwelt oder der geringen Flexibilität kollektiver Entscheidungen. Zudem litten solche Betriebe weiterhin unter dem gnadenlosen Wettbewerb mit der machtförmigen, kapitalistischen Konkurrenz. Am Ende standen in der Vergangenheit deshalb sehr häufig Pleiten oder die Anpassung an die Normalität.

Commons, also das Nicht-Eigentum, bilden den nächsten Schritt. In ihrer konsequenten Form enthält sie das Prinzip „demos“ nicht mehr, der bei Gemeinschaftseigentum noch existiert. Analoge oder digitale Ressourcen, Wissen usw. gehören niemensch mehr. Daneben sind verschiedene Misch- und Übergangsformen zwischen Gemeinschaftseigentum und Eigentumsfreiheit entwickelt worden bzw. werden ausprobiert.

Die rechtliche Absicherung von Allgemeingütern erfolgt über einen subversiven Trick, der genau auf dem Eigentumstotalitarismus der kapitalistischen Welt beruht, diesen aber ins Gegenteil verkehrt. Da jedi mit dem Eigentum tun und lassen kann, wie es ihm gefällt, ist es auch möglich, zu definieren, dass eben niemensch das Wissen, das Gerät, das Haus oder Grundstück so verwenden darf, als wäre es Eigentum. An die Nutzung lassen sich dann sogar Bedingungen knüpfen, die zu einer Ausdehnung von Commons führen, zum Beispiel wenn Musikstücke, Texte, Kunst, Maschinen, Computercode und vieles mehr zwar frei genutzt werden dürfen, aber alles, was damit gemacht wird oder daraus entsteht, ebenfalls frei sein muss von Eigentumsrechten (Creative Commons⁵⁶). Leider bleibt bisher der Druck, sich den Gegebenheiten anzupassen, um staatliche Förderung zu erlangen oder Repression zu vermeiden. Sie ist bei vielen existierenden Projekten unübersehbar.

Fazit: Die Demokratisierung der Wirtschaft ist überfällig, aber nicht das Endziel. Sie würde die Kapitalverhältnisse dem bisher nur mäßig modernisierten Feudalismus entreißen, braucht aber dann die Weiterentwicklung in Richtung der Überwindung von Eigentumslogiken. Durch das subversive Mittel der Creative Commons lassen sich bereits heute einzelne Bereiche so gestalten, dass sie in die utopische Richtung zeigen. Es gibt keinen Grund, das nicht zu nutzen.

Die erste Variante, nah an der Normalität: Eini Person hat eine Waffe, alle anderen sind unbewaffnet. Die Waffe ist sichtbar. Das beeinflusst das Verhandeln um die Aufteilung der Kartoffeln. Die Person mit der Waffe kann mit dieser drohen oder sie einfach nur zeigen. Sie ist nicht auf eine Einigung angewiesen. Sie kann die anderen zwingen, um einen ausreichenden Anteil zu erhalten, unabhängig davon, ob genug für alle da ist. Je knapper das Gut erscheint, desto funktionaler erscheint der Einsatz der Waffe, um für sich selbst genügend Nahrungsmittel sicherzustellen. Die Waffe ist sogar geeignet, mehr als diese Menge für sich durchzusetzen – als Rücklage für unsichere Zeiten oder um die Kartoffeln als Bezahlung für Dienstleistungen einzusetzen.

Allerdings: Die Waffe wirkt nur temporär. Irgendwann muss die Person schlafen, dann kann die Waffe entwendet werden und sich sogar gegen die Person richten. Ihre Nutzung abzusichern, ist folglich aufwändig. Die bewaffnete Person muss ständig aufpassen, die Waffe nicht zu verlieren. Setzt sie die Waffe zur Drohung oder sogar real ein, wird das Interesse der anderen steigen, die Waffe zu entwenden, um sie selbst zu besitzen oder zu zerstören. Es bleibt daher für die waffenbesitzende Person funktional, sich mit Unbewaffneten abzusprechen, ohne auf die Beeinflussung der Kommunikation durch die Waffe zu verzichten.

Daher eine Abänderung: Gleiche Situation, aber hinter der bewaffneten Person steht eine höhere Macht. Die Unbewaffneten wissen, dass diese höhere Macht eingreift, wenn sie die Waffe entwenden oder zerstören. Erst diese Konstellation macht die Waffe dauerhaft wirksam, da das Privileg, eine solche zu besitzen, auf Dauer gesichert ist. Diese höhere Macht ist in der realen Gesellschaft der Staat. Die Waffe steht sinnbildlich für alle Privilegien, wozu neben legalem Waffen- und Gewalteinsatz auch Privateigentum an Produktionsmitteln, Markt- oder Medienmacht gehören. Trotzdem ist die bewaffnete Person nicht vollständig abgesichert. Die Unbewaffneten könnten die höhere Macht für sich gewinnen. Dann wäre das Privileg nur noch temporär und würde nur im Augenblick nützen, nicht auf Dauer. Funktional für die Waffenbesitzer wäre also entweder, wie im vorherigen Fall, die Vereinbarung mit den Unbewaffneten unter Drohwirkung der Waffe oder ein Sich-Kümmern darum, dass die höhere Macht wohlgesonnen bleibt, zum Beispiel durch die Abgabe eines Teils der durch Waffengewalt erreichten, überproportionalen Menge an Kartoffeln.

Nächste Variante: Alle sind bewaffnet. Das nimmt der einzelnen Waffe ihre direkte Wirkung – wäre in der realen Gesellschaft also die allseitige Aufrüstung zum üblichen Gleichgewicht des Schreckens. Das Problem: Die Kommunikation ist trotzdem gestört. Die Einsatzmöglichkeit von Waffen verändert das Verhalten aller, und zwar sowohl deshalb, weil sie eine eigene Waffe besitzen und die Option ihres Einsatzes ständig im Kopf haben, als auch dass sie wissen, dass die anderen ihre Waffe einsetzen könnten und deshalb Vorsicht bzw. List nötig ist. Da eine einzelne Waffe in diesem Setting nur begrenzt wirkt, fördert eine Bewaffnung aller voraussichtlich die Bildung von Bündnissen zwischen den Bewaffneten. Kommunikation dient nicht mehr der gleichberechtigten Verteilung der Kartoffeln, sondern dem Erreichen von Hegemonie, um die Verteilung nach eigenen Vorstellungen organisieren zu können. Alle Anwesenden können, um für sich abzusichern, ausreichend Nahrung zu haben, zwischen der Option einer herrschaftsförmig durchgesetzten, ungleichen Verteilung zu ihren Gunsten und der freiwilligen Einigung mit allen anderen wählen. Vierte Variante: Keini oder nur ein Teil ist bewaffnet, andere nicht. Aber es bestehen technische Einrichtungen, um neue Waffen herstellen zu können. Die Wirkung wäre ähnlich der vorherigen, nur dass neben der Bildung von Bündnissen noch die Organisation des Zugriffs auf die Produktionsanlage wichtig wird.

Das letzte Szenario: Es gibt keine Waffen, keine Produktionsanlage für Waffen und keine höhere Macht. Nur die Menschen und die Kartoffeln. Jetzt ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass alle Personen um eine faire Regelung bemüht sind, weil ihre einzige Sicherheit, dass sie genug bekommen, darin liegt, das mit den anderen zu vereinbaren. Unter Mangel wird das schwieriger, aber es gibt keine Wahl. Es ist funktional, sich zu vereinbaren und sich fair zu verhalten. Vor allem aber drängt es sich auf, mit den anderen dafür zu sorgen, dass es (auch) zukünftig genug für alle gibt. Nur dann kann auch der Einzelne sicher sein, genug zu erhalten.

Das ist die Grundlogik einer herrschaftsfreien Welt. Die Bedingungen bringen die Menschen dazu, sich kooperativ zu verhalten. Sie müssen nicht die besseren Menschen sein (wie oft unterstellt

Soziale Sicherheit

Die reichsten 1,5 Prozent der deutschen Bevölkerung halten 45 Prozent des Vermögens. Das wohlhabendste Viertel kommt sogar auf 88,9 Prozent. Das zweite Viertel der Bevölkerung hat 11 Prozent des Vermögens auf der hohen Kante liegen, während sich die untere Hälfte mit dramatischen 1,1 Prozent begnügen muss. Die untersten 20 Prozent von ihnen verfügen über gar kein Vermögen.⁵⁷

Geld ist Macht. Wer viel Geld hat, kann sich Maschinen oder Land kaufen, ist mobil, kann sich gute Ärztis oder Anwältis leisten, Propaganda in Auftrag geben, Menschen oder gleich ganze Firmen, Lobbyverbände, Institute oder Redaktionen für sich arbeiten lassen. Armut führt zu geringer Reichweite im politischen Meinungskampf. Eine gleichberechtigte Welt braucht daher soziale Gerechtigkeit mit der Perspektive, die Reichtumsunterschiede durch die Überwindung der Eigentumslogik irgendwann ganz zu abzubauen.

Menschen, die täglich oder zumindest an jedem Monatsende jeden Cent umdrehen müssen, können zwar für populistische Parolen gewonnen werden, ihre Teilnahme an intensiveren politischen Prozessen ist aber eher die Ausnahme. „Nur wenn die Grundbedürfnisse der meisten Bürger*innen befriedigt sind, haben sie die Zeit und die Energie, sich selbst zu regieren.“⁵⁸ Politik, auch das Engagement in politischen Bewegungen ist hierzulande die Sache gut situerter Kreise. Umverteilung von oben nach unten kann die Breite gesellschaftlicher Beteiligung erhöhen, um zunächst die real existierende Demokratie der Eliten durch eine Demokratie aller zu ersetzen, von der aus dann weitere Schritte erfolgen können. Vor allem könnte mehr soziale Sicherheit für die ärmeren Teile der Bevölkerung diese aus ihrer irrigen Annahme herausholen, dass ausgerechnet Parteien wie die AfD ihre Rettung sein könnten, obwohl deren neoliberale Programmatik starke Sozialkürzungen vorsieht. „Armut und Ungleichheit gefährden Demokratien massiv“.⁵⁹ Eigentlich ist das klar, auch den politisch Verantwortlichen. Dennoch sind Armutsbekämpfung und eine solidarische Verteilung des Reichtums eher eine Seltenheit.

Auf Dauer wären kleine Umverteilungen, so wichtig sie als erste Maßnahme wären, zu wenig. In der Demokratie setzen sich die durch, die die besten Möglichkeiten haben, gewählt zu werden, Diskurse zu bestimmen, andere Menschen an sich zu binden oder arbeiten zu lassen. Das sind unter anderem die Reichen. Sie werden die dadurch erzeugte Macht nutzen, um Gesetze und Geldverteilung weiter zu ihren Gunsten zu steuern. Es ist folglich kein Wunder, dass die Reichtumsschere, also der Abstand zwischen Menschen mit viel und mit wenig Geld, immer weiter steigt – obwohl er schon absurd hoch ist. Wirtschaften soll dem Menschen dienen. Sie wird das nur, wenn ihre Ausführenden Profit nicht mehr anhäufen können. Dafür muss zumindest das Privateigentum an Produktionsmitteln wegfallen, besser aber das Eigentumsregime insgesamt. Das Kartoffelbeispiel (links) zeigt das als

wird, dass eine Anarchie nur mit „guten“ Menschen geht), sondern es drängt sich für sie auf, sich sozial zu verhalten – aus purem Egoismus. Jede Waffe (hier weiterhin als Symbol für Privilegien aller Art), Möglichkeit der Produktion von Waffen oder Interventionsfähigkeit einer höheren Macht zerstört diese Funktionalität. Das ist die Begründung für die Absage an den kontrollierenden Staat. Seine Existenz (oder die anderer Mächte) ist selbst der Auslöser dafür, dass Menschen nicht kooperieren. Wer stets, also auch unter Mangelbedingungen, sein eigenes Interesse gegen die Bedürfnisse anderer durchsetzen kann, wird dazu neigen, es auch zu tun. Es ist nicht zwingend, aber die Existenz von Herrschaftsmitteln macht es wahrscheinlicher. Ebenso ist es nicht zwingend, dass Menschen sich bei fehlenden Herrschaftsmitteln frei vereinbaren, gerecht teilen und sich gemeinsam bemühen, dass für alle genug da ist. Aber es ist wahrscheinlicher. Darum ist Herrschaftsfreiheit sinnvoll und das menschliche Maß. Es gibt in keiner Variante absolute Sicherheiten. Aber die Neigung, ob Menschen kommunikativ und kooperativ oder konkurrierend und sich gegenseitig überwältigend handeln, ist je nach Rahmenbedingungen unterschiedlich. Die Gesellschaftsform, in der es am wahrscheinlichsten ist, dass Menschen kooperieren statt sich zu unterdrücken, ist die sinnvolle. Es ist die herrschaftsfreie Welt.

Spielidee für Schulklassen, Workshops usw.: Die Geschichte als Rollenspiele – mit oder ohne echte Requisiten (Kekse statt Kartoffeln o.ä.). Auch online machbar. Erweiterbar um den Aspekt Planung: Einerseits der Bestand an Kartoffeln, andererseits die Planung für das nächste Jahr – mit und ohne Waffen. ++ <https://kartoffelberg.siehe.website> ++ 12 bis 99 Jahre, 5 bis 30 Personen

Für die Praxis der Gegenkultur bedeutet das zwei Möglichkeiten. Sie kann als kleine Nische unbeachtet lange bestehen, aber bleibt dann eben Nische – wirkungslos auf das Gesamte. Tatsächlich kommt das selten vor, denn irgendwelche Interaktionen mit der Hauptkultur sind immer vorhanden und prägen beide Seiten. Daher ist der andere Weg der übliche: Die Gegenkultur wird, wenn auch anfangs bekämpft, schließlich aufgesogen, dabei verwandelt in ein mit den herrschenden Bedingungen kompatibles Projekt, eben assimiliert. Repression und Assimilation wirken oft gleichzeitig – erstere ist am Anfang dominant, letztere am Ende. Wirkung und, mitunter auch, Sinn der Repression ist, die Kampffähigkeit der Gegenkultur zu schwächen, damit sie dann unter geringeren Verlusten in die Hauptkultur integriert werden kann. Umgekehrt ergibt sich daraus die sinnvolle Strategie für jede Gegenkultur: Je widerstandsfähiger sie ist und bleibt, desto stärker kann sie im Zuge der Assimilierung die Hauptkultur verändern, also Teile der Gegenkultur in diese einbringen und vorhandene Traditionen wandeln oder brechen. Sie kann vorhandene Ressourcen umwandeln, d.h. ihre bisherige Nutzung verändern. Sie kann Traditionen und Verhaltensmuster abschwächen oder ebenfalls wandeln. Je stärker eine Gegenkultur gegenüber der Hauptkultur auftritt, desto mehr kann sie rausholen an kulturellen Verschiebungen. Daher: Seid radikal! Lasst euch von der Repression möglichst wenig einschüchtern und schleifen. Fordert das Große und Ganze, um das Mögliche zu erreichen. Ihr selbst können zudem entscheiden, ob ihr euch mit aufsaugen lasst, also dann in der Hauptkultur eingebettet lebt oder sogar Karriere macht mit den Innovationen, die ihr bewirkt habt. Oder ihr steigt dann aus und beginnt etwas Neues – am besten wieder etwas Gegenkulturelles.

Aus <https://gegenkultur.siehe.website>

stark vereinfachtes Schema. Mit der Demokratie muss auch der Kapitalismus überwunden werden. Dann wären wir über eine Kritik innerhalb der Systemlogiken tatsächlich hinaus. Eine andere Welt ist möglich⁶⁰ – und nötig!

Keimzellen und Gegenkultur

Zwar gilt: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“⁶¹ Das heißt aber nicht, dass Versuche, etwas Neues zu probieren, zu experimentieren und Ideen zu entwickeln wirkungslos bleiben müssen. Sie werden allerdings nicht selbst die Utopie erreichen, solange die Gesellschaft insgesamt im Bestehenden verharrt. Früher oder später werden sie aufgerieben, aufgesogen (assimiliert) oder repressiv zerstört. Das macht sie jedoch nicht überflüssig, im Gegenteil. Denn der Prozess von Start, Ausweitung, dem Kampf ums Bestehenbleiben mit dem (oft bitteren) Ende durch Anpassung oder Aufgabe birgt das Potential, die Grenzen des Demokratischen zu verschieben und kleine Löcher in den Beton des Beharrens zu meißen.

Das hat einige Voraussetzungen. Keimzellen können nur solche Projekte sein, die auf Ausdehnung oder Vervielfältigung ausgelegt sind, ohne dabei ihren Charakter zu verlieren – jedenfalls nicht in Richtung Anpassung an das Bestehende. Letzteres wird vermutlich durch das von der Wirkungskraft her überlegene Umfeld ohnehin passieren, kann aber durch entgegenstehenden Willen und Strategie nicht nur hinausgezögert werden, sondern es kann auch der Preis für die Übernahme in die Normalität nach oben getrieben werden. Dieser besteht in einer Veränderung der Mainstreamgesellschaft durch den Konflikt. Zudem können utopische Projekte Gedanken und Theorien anregen sowie Mut und Hoffnungen machen, dass eine bessere Welt möglich und erreichbar ist.

Dieser entscheidende Effekt von utopisch ausgerichteten Projekten, die mit der Eigentumsfrage experimentieren, Hierarchiefreiheit ausprobieren oder solidarische, gleichberechtigte Formen des Zusammenlebens und der Kooperation ausprobieren, gilt auch für die Gegenkultur. Damit sind solche kulturellen Projekte gemeint, die bewusst den Mainstream und eingefahrene Gleise verlassen, um einen unabhängigen Akzent zu setzen. Sie vermitteln ihre Botschaften dann über Bilder, Theatralik, Musik oder Poesie, orientieren sich aber nicht an dem, was angesagt ist, sondern an dem, was sie verändern bzw. wohin sie als utopisches Ziel wollen.

Die Chance, wirklich spürbare, relevante Verschiebungen im Hier und Jetzt zu erreichen, erhöht sich mit der Widerstandskraft von Keimzellen und gegenkulturellen Experimenten. Womit wir beim nächsten Thema wären ...

Reibung erzeugt Wärme, denn wir leben in einer bitterkalten Zeit. Dass wir uns reiben zeigt, wir sind zum Erfriern noch nicht bereit!

<https://arbeitstiteltortenschlacht.bandcamp.com/track/reibungslied>

Die „Letzte Generation“ hat viele aufgeregt. Ihre Aktionen polarisieren – und viele derer, die Macht oder Kapital in ihren Händen halten, schimpfen auf die Aktivist*innen. Neben strafrechtlichen Drohungen fordern sie, zu zurückhaltenderen Aktionsformen zurückzukehren. Doch: Braucht politischer Protest nicht die direkte Aktion, ein provokantes, aufmerksamkeitszeugendes Eingreifen in die gesellschaftlichen Abläufe? Was wären die Atomproteste ohne Schienenblockaden und Bauplatzbesetzungen? Was der Widerstand gegen die Agrogentechnik ohne Feldbefreiungen und -besetzungen? Wo ständen wir in der Kohleausstiegsdebatte, wenn es die Besetzung des Hambacher Forstes und die Baggerbesetzungen nicht gegeben hätte? „Direkte Aktion ist nicht alles, aber ohne kreative, provokante Protestformen ist alles nichts“, sagt Jörg Bergstedt, seit 45 Jahren bei solchen Aktionen selbst aktiv und als Journalist, Buchautor unter anderem des aktuellen Buches „Provoziert!“ (Büchner-Verlag) und Aktionsausbilder auch in der strategischen Entwicklung von Aktionsformen tätig. In seinem Vortrag/Workshop wird er an Fallbeispielen zeigen, welche Bedeutung provokante Aktionen in der Vergangenheit hatten – und warum sie auch in Zukunft nötig sein werden.

Text oben: Vortragsankündigung von
„Provokante Aktionen und ihre Bedeutung für politischen Protest“
(<https://provokanteaktionen.siehe.website>)

Das Buch zum Thema ist im Büchner-Verlag (Marburg) erschienen.



Reibung erzeugt Wärme: Protest und Widerstand

Immer nur dagegen – es ist besser, für etwas zu sein. Dagegen sein ist einfach. So oder ähnlich sind immer wieder Kritiken an ökologischen, feministischen, antirassistischen, antifaschistischen oder anderen Protesten zu hören. Es ist nicht nur enttäuschend, dass solche Sprüche oft von ehemals Aktiven kommen, die sich in kleine Nischenprojekte zurückziehen, um – ausgebrannt von den kämpferischen Jahren – nun ein bisschen eigenes Glück zu finden. Das Problem sitzt tiefer. Denn die Aussage ist grotesk falsch.

„Nichts ist schwerer, und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz, zu seiner Zeit zu befinden. und laut zu sagen: Nein!“ Der Satz von Kurt Tucholsky steht in einem offenen Gegensatz zu denen, die das Dagegensein abqualifizieren. Sie tun das meist aus ihrer Komfortzone heraus, die sie auch nicht mehr verlassen wollen für Formen von Widerstand, die mehr sind als jammerndes Danebenstehen.

Tucholsky hatte Recht. Aber das ist nur ein Aspekt. Wichtiger sind zwei andere:

- Wer sich in Projekte zurückzieht, die keine Angriffsebene auf das Bestehende mehr enthalten, wird im Bestehenden untergehen. Die Assimilationswirkung gesellschaftlicher Normalitäten ist schleichend. „Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht“, schrieb einst Rosa Luxemburg. Damit lag sie richtig.
- Zudem werden die Veränderungspotentiale unterschätzt, die in lauten Protest- und Widerstandsformen stecken. Provokante Aktionen waren sehr oft ein wichtiges, wenn nicht sogar das Schlüsselement vieler gesellschaftlicher Veränderungen. Sie waren und sind in vielen Fällen der Auslöser für Projekte, die dann etwas Neues zu schaffen versuchen. Beispiele: Keine Energiewende ohne die Anti-Atom-Bewegung, starker Auftrieb der solidarischen Landwirtschaften durch den Widerstand gegen die Agrotechnik usw.

Zudem steckt ein logischer Fehler in den Behauptungen: Ja und Nein, Ablehnung und Perspektive, sind untrennbar. Denn Ressourcen sind begrenzt und unterschiedliche Positionen schließen sich oftmals aus. Wer für das eine ist, ist gegen etwas anderes – und umgekehrt. Selbst Projekte, die nirgends anecken wollen, konkurrieren um die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, um Räume und Mitwirkende. Politik bedeutet ja gerade das Ringen, wer wofür welche gesellschaftlichen Ressourcen zugeteilt bekommt. Diktaturen, Demokratien und herrschaftsfreie Organisationen unterscheiden sich nicht in diesem Grundsatz, sondern darin, wie die Verteilung organisiert ist bzw. wer sie vornimmt. „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit anderer einschränkt“, ⁶² ist deshalb kein sinnvoller Satz. Es gibt keine Handlungen, die andere nicht betreffen – und damit potentiell einschränken können, denn das ist ja nur aus dem Blickwinkel derer, die sich eingeschränkt fühlen, zu bewerten. Alles, was ich tue, wirkt sich auf das Umfeld aus.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.

Immanuel Kant

Die Freiheit eines Menschen endet dort, wo die Freiheit eines anderen Menschen beginnt.

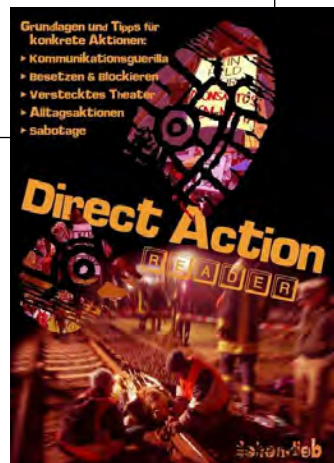
Bert Brecht zugeordnet

Wir sind immer in der Minderheit gewesen, und das Erstaunliche ist, wenn man sich den Geschichtsprozeß ansieht, wie viel man aus der Minderheit heraus bewirken kann. Man muß natürlich Taktiken entwickeln, um gehört zu werden.

Günther Grass im Gespräch mit Pierre Bourdieu, in:
Werner A. Perger und Thomas Assheuer (2000, S. 102)

Anregungen, Beispiele, technische und rechtliche Tipps zu kreativen und spektakulären Aktionsmethoden gibt es in den Readern „Direct Action“ und „Antirepression“ (Download und Bestellen unter <https://aktionsversand.siehe.website>) sowie auf der Internetseite <https://direct-action.siehe.website>.

Siehe Buchliste auf S. 278



Das gilt selbst für die Entscheidung, nichts zu tun (was in ganz konsequenter Form gar nicht möglich ist). Passiv sein, beschränkt andere, wenn eine Handlung zum Beispiel zusätzliche Handlungsmöglichkeiten, Wissen oder Ressourcen erzeugen würde. Aus einer emanzipatorischen Perspektive ist deshalb nicht die Frage, ob Menschen sich gegenseitig beeinflussen, sondern wie sie es tun, wie gleichberechtigt der Aushandlungsprozess ist und ob die Menschen eine gleichstarke Ausgangsposition mit gleichen Handlungspotentialen haben.

Nur für etwas und nie gegen etwas sein, ist daher keine Option. Angesichts der Wichtigkeit widerständiger Handlungen wäre die Selbstentmündigung durch die kategorische Absage an Protest fatal. Denn direkte Aktion ist nicht alles, aber ohne sie ist alles (meist) nichts. Ohne sie fehlt das Element, welches entweder die neuen Ideen (Keimzellen, Projekte, Theorien, Ideen, Streitmethoden usw.) aus der Nische in die gesellschaftliche Debatte und Praxis hievt oder, weil es unerwünschte Zustände oder Entwicklungen angreift bzw. blockiert, die Gesellschaft zum Nachdenken über Alternativen zwingt. Das „Dafür-sein“ lebt von den klaren widerständigen Aktionen, um wahrgenommen zu werden. Dafür und dagegen sind kein Gegensatz, sondern Element jeder niveauvollen Intervention.

Hinzu kommt noch etwas Wichtiges: Kreativ-provokante Aktionen haben das Potential, mit wenig Aufwand und vor allem mit wenigen Beteiligten viel Aufmerksamkeit zu erzeugen und Debatten damit erst in Gang zu bringen. Das ist bei vielen Themen bitter nötig. Erst wenn eine gesellschaftliche Auseinandersetzung schon breit geführt wird, steigen die großen Player ein. Aber wie da hinkommen? Die Aktionsmethoden des „Direct-Action“ sind dafür unerlässlich.⁶³ Sie erlauben kleinen Gruppen und Minderheiten, politische Anliegen groß zu machen.

Richtig ist allerdings auch, dass das Potential provokanter Aktionen verschleudert würde, fehlten die Inhalte – und dazu gehört auch das „Dafür“, also die Perspektiven und Möglichkeiten für fortschrittliche Projekte und Entwicklungen. Angesichts der überlegenen Ressourcen staatlicher Macht und kapitalistischer Konzerne können provokante Aktionen nur über ihre symbolische Ausstrahlung und den Einfluss auf Wirtschaftlichkeit, politische Entscheidungen oder Diskurse wirken. Das schließlich Störung oder Zerstörung als Aktionsform nicht aus, ihr Wert liegt aber in der hohen Aufmerksamkeit und die dadurch gesetzten, lauten Fragezeichen, die inhaltlichen Positionen oder Forderungen oder die Werbung für mutige Schritte in eine bessere Zukunft. Wenn es dann noch gelingt, Mut und Ideen zu vermitteln für mehr als das konkrete Problem, zu welchem die direkte Aktion stattfindet, ist die Sache rundum gelungen. Als in den Nuller Jahren Genversuchsfelder besetzt wurde, erklang nicht nur eine laute Kritik an der kapitalistischen Verwendung der Risikotechnologie. Vielerorts wurde auch für solidarische Landwirtschaft und Gemeinschaftseigentum an Höfen geworben, was immer wieder utopische Ziele aufblitzen ließ.

Wenn man über Demokratie spricht, sollten zunächst Utopien ausscheiden.

Aus der Multiplikatorenmappe „Demokratie“,
Wochenschau Verlag in Schwalbach 2003 (S. 3)

Da sie Mitglieder einer Gemeinschaft waren und nicht Elemente einer Masse, waren sie auch nicht von Kollektivgefühlen beherrscht; es gab so viele verschiedene Gefühle hier, wie es Menschen gab.

Aus Le Guin, Ursula K. (1974): „Planet der Habenichtse“,
Wilhelm Heyne Verlag in München (S. 9 f.)

Beispiele für selbstorganisierte Großprojekte in einer herrschaftsfreieren Welt

Energienetze

Jedes Dorf oder Stadtquartier, jeder Kiez oder ähnliche Einheiten nutzen alle in ihrem Bereich verfügbaren Energiequellen: Dächer und Fassaden für solare Wärme und PV-Strom, alle organischen Abfälle einschließlich der in Trocken- oder Vakuum-toiletten gesammelten Fäkalien zur Biogaserzeugung und (wichtig!) -speicherung. Gemeinsam mit anderen werden Windräder in der Peripherie und auf passenden Dächern errichtet. Benachbarte Orte verbinden sich über Leitungen, damit bei Ausfall der Versorgung in einem Viertel oder Dorf Energie aus der Nachbarschaft geliefert werden kann.

Lebensmittelversorgung

Der machtförmige Durchgriff auf die Flächen anderer ist nicht mehr möglich. Daher muss es freie Vereinbarungen geben zwischen Stadt und Land, Region und Ferne. Das wird die Neigung fördern, die eigenen Wohnorte möglichst wenig zu versiegeln und viele Nutzgärten zu schaffen – auf dem Boden, in der Senkrechten und auf Dachflächen. Lieferverträge von außerhalb werden gleichberechtigt geschlossen.

Mobilität

Beweglich sein, ist für viele Menschen wichtig. Daher sind Verkehrswege und -mittel vermutlich ausreichend beliebt, dass Kooperativen entstehen, die sich um sie kümmern. Eine machtförmige Durchsetzung ist jedoch nicht mehr möglich. Daher werden sich die Mobilitätsarten durchsetzen, die am meisten umwelt- und menschenverträglich sind, zum Beispiel Radwege und Seilbahnen.

Quelle: Die Beispiele sind Zusammenfassungen der ausführlicheren Texte im Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“, einer Grundlegung zur Theorie der Herrschaftsfreiheit (2011, SeitenHieb in Reiskirchen).

Das Leuchten der Utopie

Entreißen wir dem demokratischen Mainstream seine Legende, dass ein Ende der Demokratie zwingend ein Zurück in die Diktatur oder andere autoritäre Regimes bedeutet. Die besagt schließlich, dass die Demokratie, obwohl selbst nichts besonders Wertvolles, trotzdem zu verteidigen ist, damit es nicht noch schlimmer kommt. Das überzeugt vor allem die, die sich noch gut in den Komfortzonen kapitalistischer Gesellschaft halten. Viele andere verfallen den populistischen Rattenfängis, die ihnen mit Hetze und Märchen das Blaue vom Himmel versprechen. Was emanzipatorischen Strömungen oft fehlt, ist eine klare Utopie, die Hoffnung machen kann, dass es etwas Besseres gibt als die Tristheit aktueller gesellschaftlicher Verfassung und die absehbare Entwicklung ins Autoritäre.

Dass die Akzeptanz der Demokratie sinkt, und zwar zunehmend schnell, wäre dann, wenn es gelingt, breite gesellschaftliche Kräfte für mutige Schritte über die Demokratie hinaus zu gewinnen, ein Vorteil. Schließlich gibt es viele, die an der Demokratie nicht deshalb festhalten, weil sie antirassistisch oder antisexistisch gesinnt sind, sondern weil sie von ihr in der aktuellen Situation profitieren – finanziell oder als Machtgewinn. Diese werden dem Wandel in eine solidarische, herrschaftsärmere Gesellschaft im Wege stehen. Es ist sogar denkbar, dass sie sich am Ende mit den faschistischen Strömungen verbünden, nur um eine Welt in Freiheit, Gleichheit und Schwesterlichkeit zu verhindern – wie in der Novemberrevolution von 1918/19 schon einmal: Demokratis und Faschistis, mit Amt und Gewehr.

Wir müssen schnell handeln und brauchen überzeugende, positive Perspektiven wider dem ständigen Wählen und der Illusion bzw. Enttäuschung darüber, dass Demokratie nicht das hervorbringt, was sie in ihrer Werbung verspricht. Hören wir auf, ständig selbst zu behaupten, dass es als Alternative nur ein Rückwärts gibt. Werben wir dafür, dass es nicht nur ein Zurück aus der Demokratie gibt, sondern auch ein Vorwärts. Der berühmte Satz von Willy Brandt, „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, damals noch berechtigt, müsste heute heißen: „Wir wollen mehr als Demokratie wagen“.

Wie könnte aber eine Welt funktionieren, in der Regierungen und die künstliche Konstruktion von einheitlichen Kollektiven aus den eigentlich Unterschiedlichen fehlen – in der wieder die Vielfalt der Unterschiedlichen zu leuchten beginnt?

Die Antwort wird enttäuschen: Das passt nicht mehr in den Rahmen dieses Buches. Das Kartoffelbeispiel, einige Seiten zuvor dargestellt, kann bereits faszinieren und hat an einigen Orten spannende Debatten in Gang gesetzt. Es wird ähnliche Erzählungen geben, die erklären können, warum der Abbau von Herrschaft keine Angst machen muss, sondern hoffnungsvolle Perspektiven bietet. Die Seitenhieb-Bücher „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ und „Herrschaft“

Die vollendete Demokratie sollte deshalb vollständig auf Führer verzichten und sich stattdessen in gleichberechtigten, herrschaftsfreien Diskursen selbst organisieren.

Rother Baron (2024): Demokratie auf dem Prüfstand, Literaturplanet (S. 50)

Eine freie Gesellschaft aber braucht freie Menschen. die sich nicht zurückziehen in ihre festgemauerten Meinungen wie in ihre Wohnung und meinen, dort gut und sicher aufgehoben zu sein. Eine freie Gesellschaft braucht Menschen. die sich trauen, Fenster und Türen zu öffnen, in die Welt zu gucken, sie neu zu denken. Menschen, die Veränderungen akzeptieren und auch die Furcht vor Ungewissheit aushalten. Denn wir brauchen nicht nur neue institutionelle Formen der Demokratie, etwa mehr Bürgerräte, brauchen nicht nur ein Wirtschaftssystem, in dem Umverteilung kein Tabu ist. „Millionen Menschen“, sagt der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge in einem Interview mit der ‚Süddeutschen Zeitung‘, „sind nur eine Krise, Kündigung oder Krankheit von der Armut entfernt.“ Eine freie Gesellschaft braucht auch Wahrnehmung, Aufmerksamkeit, Vorstellungskraft, Empathie.

Gabriele von Arnim (2024), a.a.O.

Die Stärke der Rechten ist auch die Schwäche der Narrative der Linken, die nicht mehr, was einst ihr besonderes Merkmal war, ein überzeugendes Bild von einer besseren Welt zu zeichnen vermag. Grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen, Protest und widerständiges Verhalten führen wieder zu Wut und Hass von rechts. Die Linke verband Systemkritik immer mit einem Narrativ, das beschrieb, wohin die Reise in die Zukunft des Fortschritts gehen soll. Jetzt hingegen herrscht in den Worten von Axel Honneth „die Entkoppelung der Entrüstung von jeglicher Zukunftsorientierung, des Protests von allen Visionen eines Besseren“. Anders formuliert: Die Antworten der Rechten sind eine rückwärtsgewandte Hoffnung, die sich auf eine nie da gewesene alte ‚heile Welt‘ bezieht.

Klaus-Jürgen Scherer (2023): „Aspekte gereizter Polarisierung“ in: Perspektiven 2/2023 (S. 9)

bieten das Ganze dann in einer sehr ausführlichen bzw. in thesenhafter Form. Die kleinen Hinweise und der Verweis auf ausführlichere Lektüre muss hier genügen, nicht aus Mangel an Ideen, sondern damit dieses Buch einen Abschluss findet.

Aufhören muss die schlechte Angewohnheit, gute Ideen und Projekte, die über die Demokratie hinausweisen, als demokratisch bzw. als Beitrag zu einer besseren Demokratie zu verkaufen. Das geschieht vermutlich, weil in der allgemeinen, vor allem in den Funktions- und Deutungseliten ungebrochenen Euphorie für die Demokratie der Mut fehlt, endlich einmal laut zu sagen: Die Demokratie ist ein zu enger Rahmen für die Zukunft der Welt. Wir brauchen etwas Neues! „Wir sollten unseren Visionen keine Grenzen setzen“, schreibt die Leiterin der Forschungsstelle Demokratische Innovationen, Brigitte Geißel, zum Abschluss ihres Buches über das Selbst-Regieren. Das definiert sie als „mehr als die Wahl einer Partei und die Teilnahme an hin und wieder stattfindenden Volksentscheiden und Bürgerversammlungen.“ Und fügt dann an: „Das Herzstück des Selbst-Regierens besteht darin, dass die Bürger*innen über die Werte sowie die Strukturen der Demokratie, in der sie leben, bestimmen. Sie einigen sich darauf, wie sie zu kollektiv verbindlichen und akzeptierten Entscheidungen kommen.“⁶⁴

Warum diese Vorschläge für ein Selbst-Regieren noch Demokratie sein sollen, erklärt sich nicht – und erklärt auch die Autorin nicht. Sie sieht gesellschaftliches Handeln als „kontinuierliche, gemeinsame Aufgabe“ der Bürgis, die „selbst entscheiden, wie sie sich regieren wollen“, und „unterschiedliche Communitys vermutlich unterschiedliche Strukturen beschließen“ werden. Ganz ähnlich macht es Andre Wilkens, wenn er die Zukunft der „offenen Gesellschaft“ sichern will. Sie sei „nicht einfach Status quo. Sie braucht und hat eine Zukunft jenseits der real existierenden Verhältnisse. Nur indem wir die offene Gesellschaft permanent verändern, werden wir sie erhalten. Sie ist im wahrsten und kreativen Sinne Entwicklungsland.“⁶⁵

Wo hat das noch eine Ähnlichkeit mit den heutigen Demokratien, und wo einen Bezug zur „Herrschaft des Volkes über die Bevölkerung“? Warum aber dann das Ganze noch Demokratie nennen und damit das Alte diskursiv festigen?

Hoffnung spendende, überzeugende Zukunftsideen sind wichtig, um dem Teufelskreis der in autoritäre Welten führenden Zerstörung von Demokratie durch Rettungsversuche der Demokratie etwas Besseres entgegenzusetzen. Das Fehlen emanzipatorischer Utopien in der politischen Debatte ist einer der Gründe für die Zunahme autoritärer Ideen. Denn so bilden diese die einzige Alternative zum unbefriedigenden Status Quo. Wer weg will vom aktuellen Elend, wählt dann diese, auch wenn sie das Elend erhöhen würde (was mensch aber aktuell ja noch nicht spürt). Mutige Aktionen, klare Positionen und mitreißende Zukunftsentwürfe jenseits der bestehenden Verhältnisse sind das Mittel gegen den Rechtsruck!

Warum soll es eine herrschaftsfreie Welt geben? Ist sie für Menschen irgendwie „besser“? [...]

Herrschaftsfreiheit passt zur Natur des Menschen – mehrfach. [...]

Evolution ist nicht nur eine ständige Weiterentwicklung durch Erweiterung und Kombination, z.B. mittels molekularer Bindung, Mutation und anderer Effekte. Ein zentraler Baustein von Evolution ist die Evolution der Evolutionsbedingungen. Immer wieder sind prinzipiell neue Möglichkeiten hinzugekommen, die nicht nur das Bisherige ergänzten, sondern selbst zum Antrieb von Evolution wurden. Ein frühes Beispiel ist die Entstehung des Stofflichen aus Strahlung u.ä., welche schließlich eine molekulare Weiterentwicklung ermöglichte. Später folgten autopoietische Systeme, mit denen sich Stoffwechselvorgänge, Zellen und schließlich komplexes Leben entwickelten. DNA-Codierung, ergänzt durch Sexualität, brachte prinzipiell neue Formen der Informationsweitergabe – was ebenso für Sprache, Schrift usw. gilt, die typische Sprünge in der Evolution bedeuteten. Systeme, die biologische oder soziale Verhältnisse einfrieren wollen, sind daher anti-evolutionär.

Materie ist hochkomplex und extrem dynamisch. Diese „Natur“ der Dinge und des Menschen passt eher zu Prozess und Offenheit. [...] Ein spannendes Beispiel der komplexen Dynamik und Organisation von Materie ist das menschliche Gehirn. Was die moderne Hirnforschung an Informationen zu Tage fördert, kann nicht nur der in autoritären Systemen typischen Neigung zu Kontrolle und Manipulation dienen, sondern auch als Begründung von Herrschaftsfreiheit. Danach bilden sich alle Eindrücke, Überlegungen, Sinneswahrnehmungen usw., einfach schlicht alles an Reizen, daraus folgenden Verarbeitungsprozessen oder Gedanken, im menschlichen Hirn materiell ab. Die ca. 80 Billionen Synapsen in jedermenschs Kopf sind in ständiger Veränderung. Dies ist der Mechanismus des Denkens. Als Körperorgan ist der Kopf also perfekt auf eine dynamische Umwelt und ständige gesellschaftliche Weiterentwicklung angepasst. Herrschaftsfreiheit passt zu dieser Arbeitsweise des menschlichen Gehirns. [...]

Der Mensch ist nahe verwandt mit Tieren, die nicht als Herden oder Schwärme leben, sondern zunehmend komplexere und hierarchieärmere Systeme ausbilden.

Quelle: <https://warum-herrschaftsfrei.siehe.website>

Autopoiesis oder Autopoiese (altgriech. αὐτός „selbst“ und ποιεῖν „schaffen, bauen“) ist der Prozess der Selbsterschaffung und Selbsterhaltung von Lebewesen oder lebenden Systemen. Der Begriff wurde von Humberto Maturana geprägt und später von Niklas Luhmann teilweise gegen den Einspruch Maturanas auf die Theorie sozialer Systeme übertragen. Zur Autopoiese gehören:

- Selbstreferentialität: die eigenen Zustände werden intern gesteuert.*
- operative Geschlossenheit: das Gehirn z.B. nimmt nur eigene Zustandsveränderungen wahr, ein Reiz von außen initiiert Selbstveränderung, die dann wahrgenommen wird.*
- strukturelle Kopplung zur Umwelt: das System wählt seine Außenkontakte selbst aus.*

Aus dem Online Lexikon für Psychologie & Pädagogik
(<https://lexikon.stangl.eu/2312/autopoiese>)

Mensch und Herrschaftsfreiheit – passt!

Räumen wir noch mit einer letzten Legende auf, die sich der Fanblock von Hierarchien und Kontrolle, Strafe und Ungerechtigkeiten ausgedacht hat: Die Natur gäbe eine solche Ordnung vor. Mehr Unsinn geht kaum. Jeder Mensch entwickelt sich in einer für jede Person einzigartigen Mischung aus biologischer und kultureller Beeinflussung. Beides verändert er zudem durch sein eigenes Verhalten weiter.

Es gibt mehrere überzeugende Hinweise, dass eine herrschaftsfreie und dann offen-dynamische Welt besser zum Menschen passt als der krampfhafteste Versuch, die Gesellschaft durch Regeln, Gesetze und Sanktionen in starren Strukturen zu halten, sei es im Status Quo oder sogar im Wiederherstellen vergangener Zustände. Dazu gehört der bisherige Verlauf der Evolution mit seinen Qualitätssprüngen. Stoffliche, dann biologische und schließlich kulturelle Evolution verlaufen nicht linear, sondern weisen Momente auf, in denen völlig neue Möglichkeiten entstanden, die vorher – hätte es ein denkendes Wesen gegeben – nicht hätten vorausgesehen werden können. Dazu gehört das Leben selbst als autopoietisches System mit kontrolliertem Stoffwechsel zwischen Innen und Außen, dann die Codierung von Eigenschaften per DNA, Photosynthese und Stofftransportsystemen im Körper, schließlich die Sexualität, Nerven und Gehirn usw. Auf dieser biologischen Basis entstanden Sprache, planvolle Kooperation und andere kulturelle Neuerungen. Gegenüber dieser Dynamik, welche die Natur auszeichnet und die der Mensch als körperliche Basis mit in sein Leben nimmt, ist der demokratische Rechtsstaat eine trübe Angelegenheit, die ihren Stolz in der Erstarrung findet.⁶⁶

Einen zweiten Hinweis liefert die beeindruckende materielle Dynamik vor allem im Gehirn. Warum soll das flexibel sein, wenn alles immer so bleiben soll, wie es ist?

Der dritte Punkt ist die lange Kindheits- und Jugendphase des Menschen. In dieser Zeit sind wir stark formbar und entwickeln entsprechend unserer Ausstattung, dem sozialen Umfeld und unseren Reaktionen darauf eine eigenständige, einzigartige Persönlichkeit. Diese vielen Jahre reichen, um uns auf sehr komplexe und dynamische Welten vorzubereiten. Die starren Formen von Diktaturen und Demokratien sind eine Beleidigung für das, was Menschen eigentlich sein könnten. Dass sie es aktuell nicht sind, liegt nicht am Menschen selbst, sondern an einem System, welches Erstarrung und Tradition statt Dynamik und Entwicklung lehrt – sprich: antievolutionär agiert.

Auf jeden Fall aber lässt sich sagen, dass es für Behauptungen, die menschliche Natur würde Hierarchien nahelegen, keine Herleitungen gibt. So ist der oft vorgebrachte Glaube, der Mensch sei ein Herdentier, biologischer Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall.⁶⁷

Entweder nehmen die Menschen die Dinge selbst in die Hand, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, oder sie suchen nach jemand anderem, der sie von ihrem Leid erlöst. Der weltweit sichtbare Trend der Abwahl der amtierenden Partei ist hierfür ein deutliches Zeichen. [...] Aber die längerfristige Vision muss die Verankerung der Macht in den Händen jeder Person und jedes Kollektivs (menschlich und nicht-menschlich) sein, zu dem sie gehören. Zu viele Jahrzehnte lang wurde fälschlicherweise geglaubt, dass freiheitliche Demokratien die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen werden.

Text von crimethinc DeepL-übersetzt von <https://de.crimethinc.com/2024/11/06/history-repeats-itself-first-as-farce-then-as-tragedy-why-the-democrats-are-responsible-for-donald-trumps-return-to-power>

Jene Personen und Gruppen, die vom Status quo profitieren, werden nicht erfreut sein, Einfluss und Macht zu verlieren. Sie werden für den Erhalt ihrer Privilegien kämpfen. Versuche, einen Wandel einzuleiten, werden auf Hindernisse und manchmal sogar auf Feindseligkeit stoßen. Es wird zu Spannungen zwischen denjenigen kommen, die von der derzeitigen Situation profitieren, und denjenigen, die Veränderungen wollen.

Brigitte Geißel (2024, S. 213)

Dann los!

Die Uhr tickt. Die Autoritären gewinnen an Boden – und das autoritäre Denken gleich mit. An der Parteienlandschaft ist das gut zu sehen: Die rechten Parteien legen dramatisch schnell zu, obwohl oder weil die anderen Parteien auch nach rechts rücken bzw. autoritäre Ideen von Aufrüstung, Grenzsicherung, Abschiebung, Überwachung, härteren Strafen, sozialen Kürzungen und vielem mehr in ihrem Köcher haben. Beten für die Demokratie hilft nicht – aber genau das prägt die Reaktionen im Anblick des Abgrunds. Die Massendemonstrationen, Petitionen und Appelle in den Medien sind gebetsähnliche Mischungen aus Ohnmacht, Verzweiflung und Anflehen irgendwelcher nicht handlungsfähigen oder gar nicht vorhandenen Entitäten.

Von der Demokratie zurück in autoritäre Formen – nein!

Von der Demokratie vorwärts in die emanzipatorische Zukunft – ja!

Oder kürzer: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Vor dieser Wahl stehen wir jetzt. Nichtstun ist auch eine Entscheidung, und zwar die falsche. Es überlässt den autoritären Kräften das Feld. Der Ausbau demokratischer Strukturen liefert ihnen, gut gemeint, aber schlecht gemacht, neue Möglichkeiten. Eine leuchtende Gegenutopie jenseits des grauen Einerleis heutiger Zeit kann Menschen wieder abholen, die zweifeln, verzweifeln, aufgeben oder in ihrer Angst komplett dysfunktionale Lösungen und Hoffnungen hegen. Konkrete Ideen und Schritte bieten die Chance, viele Menschen zu überzeugen, dass es klappen kann. Und dass die Unkenrufe derer, die vom Desaster profitieren, nicht stimmen.

Wann ist die Demokratie dann überwunden? Das ist eine irrelevante Frage. Es geht nicht um Kategorien – und erst recht nicht schon wieder um diese elendigen Grenzziehungen, die Objektivität vortäuschen, aber doch willkürlich sind, weil der Punkt je nach Blickwinkel völlig unterschiedlich ausfallen kann. Entscheidend ist der Prozess. Wir müssen raus aus den Fängen und Fallstricken der Demokratie, die mit ihrem Bezug auf Volk und Einheitsmasse statt Kooperation der Unterschiedlichen, Förderung und Betonung der Vielfalt zum Autoritären strebt. Jeder Schritt in die andere Richtung, hin zu mehr Selbstorganisation, zu Experimenten echter Debatte zwischen den Menschen mit ihren Eigenheiten, zu Herrschaftsabbau und Dezentralisierung der verbleibenden Macht ist wertvoll. Es kommt nicht drauf an, ob bzw. wann dann ein Punkt erreicht ist, von dem ab dann kaum noch jemensch von Demokratie spricht. Es kommt schon heute nicht darauf an, ob Bürgerräte als Beitrag zur Rettung der Demokratie oder zur Überwindung der Demokratie betrachtet werden. Stattdessen kommt es drauf an, sich auf den Weg zu machen und konkrete Veränderungen zu schaffen – bevor die Populistis und Autoritären



Dieses Buch bleibt aktuell: Wenn die Kacke am Dampfen ist – Innentitel einfach überkleben!

Demokratie ist vorbei, weil sie gerettet werden sollte – statt sie zu überwinden!

Von Jörg Bergstedt – mit Dank an Anni, Hanna, Jannik und Lotte,
die unterstützend die Texte diskutierten

Warum die Rettungsversuche einer nicht zukunftsfähigen Gesellschaftsform nicht geholfen, und die Rettenden das Desaster selbst gefördert haben

All denen, die sich ohnmächtig fühlen, aufgegeben haben oder nicht mehr hinsehen können:
Ihr habt Recht – innerhalb dieser „Welt“ wird es nicht besser. Aber jenseits bestehen Chancen.

An alle, die sich richtigerweise empören, aber nicht selbst organisieren, sondern sich denen anschließen, die am lautesten schreien, jedoch diese „Welt“ noch schlimmer machen würden:
Seid nicht einfach Mitlaufende. Denkt selbst nach. Verlasst die ausgetretenen Wege und latscht nicht hinter denen her, die euch für etwas benutzen, was euch (und anderen) schadet.

An alle, die sich nichts Besseres vorstellen können als die heutige „Welt“ und diese deshalb „retten“ wollen: Lasst euch nicht länger vor den Karren der aktuell Herrschenden und ihrer Interessen spannen. Ihr irrt euch – es gibt etwas Besseres als „diese Welt“!

An alle, deren Protest in der Komfortzone bleibt und dazu dient, die Komfortzone zu verteidigen:
Die Privilegierten haben zwar weniger Eigeninteresse an Veränderung, aber die besseren Möglichkeiten – das sollte euch Verpflichtung und Ansporn sein!

An alle: Ihr werdet gebraucht – nicht als Rädchen im System oder toter Fisch im Strom der Massen, sondern als Wesen mit euren Eigenarten und kreativen Ideen.



SeitenHieb-Verlag, Reiskirchen ++ ISBN 978-3-86747-108-4

Abbildungen: Quellenangaben am Bild ++ Umschlag erstellt mit Hilfe von ChatCPT

Das Buch darf frei heruntergeladen und weitergegeben werden. Wir freuen uns aber über eine Spende, um das Buch und die Ideen des Buches weiter verbreiten zu können: Konto „SeitenHieb“, IBAN DE29 5139 0000 0092 8817 09, BIC VBMHDE5F.

die Macht übernommen haben. Völlig demokratisch selbstverständlich. Das gibt die Demokratie nicht nur her – sie legt es leider sogar nahe.

Es kommt nicht darauf an, dass alles, was die demokratischen Zwänge überwindet, auch so dargestellt wird. Wichtig ist, dass es die Logik von konstruierten Einheiten, Grenzziehung und kollektiver Entscheidungsfindung überwindet. Wer sich taktisch verhält, um im demokratischen Rahmen für weitergehende Experimente zu werben, kann im Einzelfall erfolgreicher sein als diejenigen, die mit offenem Visier für eine herrschaftsfreie Welt eintreten. Als Gefahr bleibt allerdings, dass kleine Versuche, die unter dem Banner der Demokratie bleiben, als Mauerblümchen im tristen Grau der Volksherrschaft akzeptiert und dann sogar noch als Legitimation für die Herrschaft im Gesamten benutzt werden. Da wäre mensch mit einer klaren Position auf der sicheren, aber eventuell auch anstrengenderen Seite. Im Sinne der Überwindung des Demokratischen wäre es falsch, hier jetzt den einen oder den anderen als den wahren „richtigen“ Weg in Richtung Freiheit zu bezeichnen. Es lebe der Mut, ausprobieren, ebenso die kreative Intelligenz in kritischer Debatte, das jeweils Passende auszuwählen, ständig zu hinterfragen und neu zu justieren, und das Aufzeigen von klaren Visionen mit dem Kampf um diese.

Fragend schreiten wir voran! Aber wir schreiten ... und zwar voran!

¹ Dirk Neubauer im Interview auf <https://rowohl.de/magazin/im-gespraech/dirkneubauer>

² Herbert Marcuse (1969): „Versuch über die Befreiung“

³ Ernst Lohoff (2023): „Krise der Arbeit – Krise der Demokratie“, in: „Radikalisiert euch!“ (S. 58)

⁴ Karl Marx (1844): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, in: MEW Band 1 (S. 385)

⁵ Anja Reumschüssel und Alexander von Knorre (2021, S. 25)

⁶ Brigitte Geißel (2024, S. 54)

⁷ https://humanistische-union.de/wp-content/uploads/2025/02/Positionspapier_Broschur.pdf

⁸ Brigitte Geißel (2024, S. 89)

⁹ Céline Colombo (2018): „Justifications and citizen competence in direct democracy“, zitiert in Brigitte Geißel (2024, S. 93)

¹⁰ Jeroen Romeijn (2020): „Do political parties listen to the(ir) public?“

¹¹ <https://demokratie.buergerrat.de>, Endbericht unter <https://buergerrat.de/fileadmin/downloads/buergergutachten.pdf>

¹² Demokratie 4/2024 (S. 33)

¹³ Brigitte Geißel (2024, S. 45)

¹⁴ Armin Schneider und Carmen Jacobi-Kirst (2024): „Demokratie von Anfang an“, Verlag Barbara Budrich in Opladen (S. 9)

Haupt- und Untertitel „Partizipation leben in der KiTa“ sind etwas irreführend. Ein Buch mit vielen Tipps für die Praxis ist das Werk mit Beiträgen unterschiedlicher Autor*innen nicht. Hauptaspekte sind die Begründung, warum demokratische Aushandlungsprozesse auch mit kleinen Kindern möglich und nötig sind sowie die dazu passende Ausbildung der dortigen Mitarbeiter*innen. Als Beitrag zur Demokratie-debatte wird es dadurch wichtig, mehr praktische Tipps und Beispiele hätten das Buch aber noch hilfreicher gemacht.

¹⁵ Brigitte Geißel (2024, S. 213)

¹⁶ Marten van den Berg (2020, S. 79)

¹⁷ Brigitte Geißel (2024, S. 112)

¹⁸ Oxford Languages

¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/GNU_General_Public_License

-
- ²⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons
- ²¹ <https://en-m-wikipedia-org.translate.goog/wiki/Linux>
- ²² https://blogs.nature.com/nascent/2005/12/comparing_wikipedia_and_britan_1.html
- ²³ taz, 8.1.2011 (S. 1).
- ²⁴ Mehr Quellen und Infos auf <https://wikipedia.siehe.website>
- ²⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Kritik_an_Wikipedia
- ²⁶ <https://dw.com/de/faktencheck-wie-verl%C3%A4sslich-ist-wikipedia/a-56212126>
- ²⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Neutraler_Standpunkt
- ²⁸ <https://genderleicht.de/wikipedia-fehlt-es-an-geschlechtergerechtigkeit/>
- ²⁹ <https://netzpolitik.org/2019/wikipedia-fuer-alle-petition-fordert-geschlechtergerechte-sprache/>
- ³⁰ Der Beitrag stammt aus dem Buch „Möglichkeitsräume“, Oekom Verlag in München, <https://oekom.de/beitrag/keimzellen-fuer-die-transformation-105>
- ³¹ Genauere Anleitungen und Hinweise auf <https://fishbowl.siehe.website>
- ³² Siehe das gleichnamige Buch im SeitenHieb-Verlag und <https://freie-vereinbarungen.siehe.website>
- ³³ <https://hierarchnie.siehe.website> und <https://de.crimethinc.com/books/from-democracy-to-freedom>
- ³⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Republik_Schwarzenberg
- ³⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Freistaat_Flaschenhals
- ³⁶ Udo Hase: „Der Kollaps ist Realität“, in: tarantel Februar 2025 (S. 31)
- ³⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Konf%C3%B6deralismus
- ³⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_autonomer_Regionen
- ³⁹ <https://afd.de/stephan-brandner-direkte-demokratie-statt-buergerraete/> (abgerufen am 16.12.2024)
- ⁴⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Deliberative_Demokratie
- ⁴¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Demarchie>
- ⁴² Marten van den Berg (2020, S. 108f)
- ⁴³ Armin Schneider und Carmen Jacobi-Kirst (2024, S. 191)
- ⁴⁴ Reybrouck 2019: 93, zitiert nach Armin Schneider und Carmen Jacobi-Kirst (2024, S. 191)
- ⁴⁵ AfD, a.a.O.
- ⁴⁶ Bericht unter anderem unter <https://bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/new-democracy/projektnachrichten/von-irland-lernen-wie-buergerbeteiligung-die-demokratie-veraendert> und <https://br.de/br-fernsehen/sendungen/euroblick/euroblick-irland-demokratie-100.html>
- ⁴⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Demarchie>
- ⁴⁸ Jan Ludwig (2024): „Demokratie“, Carlsen in Hamburg (S. 42)
- ⁴⁹ Brigitte Geißel (2024, S. 101)
- ⁵⁰ <https://welt-ohne-strafe.siehe.website>
- ⁵¹ Armin Schneider/Carmen Jacobi-Kirst (2024, a.a.O., S. 9)
- ⁵² Zitat von Elie Wiesel, Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger
- ⁵³ https://de.wikipedia.org/wiki/Open_Source
- ⁵⁴ <https://projektwerkstaetten.siehe.website>
- ⁵⁵ Brigitte Geißel (2024, S. 20)
- ⁵⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons
- ⁵⁷ Quelle: Jens Berger: „Wem gehört Deutschland?“, Westend Verlag
- ⁵⁸ Brigitte Geißel (2024, S. 24)
- ⁵⁹ Jan Ludwig (2024, S. 139ff)
- ⁶⁰ Leitsatz der globalisierungskritischen Bewegung um die Jahrtausendwende, aber auch in anderen Kontexten immer wieder so oder ähnlich formuliert – nur nie selbst ernstgenommen (<https://swr.de/swrkultur/doku-und-feature/eine-andere-welt-ist-moeglich-swr2-essay-2024-02-04-100.html>)
- ⁶¹ Theodor W. Adorno in Minima moralia, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Es_gibt_kein_richtiges_Leben_im_falschen
- ⁶² Eine sichere Quelle für dieses Zitat existiert nicht. Sehr ähnlich klingt es im Buch „Freiheit“ von Karl Hepfer im transcript-Verlag. Es gibt zahlreiche Variationen des Satzes.
- ⁶³ Aktionstipps und -sammlungen auf <https://direct-action.siehe.website>
- ⁶⁴ Brigitte Geißel (2024, S. 15, 23)
- ⁶⁵ Andre Wilkens (2018, S. 24)
- ⁶⁶ Thesen, warum Herrschaftsfreiheit zum Menschen passt, auf <https://warum-herrschaftsfrei.siehe.website>.
- ⁶⁷ <https://menschliche-natur.siehe.website>

” Kurz nach meinem 14. Geburtstag gründete ich zusammen mit gleichaltrigen Freundis eine Jugendumweltgruppe. Sie kümmerte sich zuerst um hungernde Vögel im Winter und schuf Nistplätze. Ein Jahr später führte ein Erkenntnisgewinn dazu, Lebensräume zu schaffen: Tümpel. Hecken, Naturwald. Noch einige Monate später war die Gruppe, inzwischen auf 60 Aktive angewachsen, auch umweltpolitisch aktiv. Die Erwachsenenwelt nahmen wir überwiegend als feindliches Terrain wahr. Die Grünen gab es noch nicht, Umweltverbände dort, wo wir aktiv waren, auch noch nicht. Dieses Bewusstsein, den Menschen an den Hebeln der Macht nicht zu vertrauen, habe ich mir bis heute erhalten, auch wenn moderne Bürgimeistis und Verbandsvorsitzende ihre Kritikis heute lieber umarmen, mit Fördergeldern vollpumpen und mit Preisen behängen – und so zum Schweigen bringen. Ich glaube immer noch, dass es keinen Sinn macht, eine gerechtere und umweltfreundliche Welt zu erbetteln, wenn Profitgier, rassistische und sexistische Gesinnungen, die Lust an der Macht und der Glaube an die eigene Überlegenheit das Handeln bestimmen. Wir müssen eigene Wirkungskraft entwickeln und auf dieser aufbauen. Dann werden die Mächtigen ihre Fahnen in unseren Sturm hängen. So habe ich es erlebt, nachdem ich jahrelang mit spektakulären Aktionen auf Genversuchsfeldern aktiv war – mal wochenlang als öffentlichkeitswirksame Besetzung, mal nachts als gezielter Wirkungstreffer. Am Ende war die öffentliche Stimmung gekippt – und selbst die größten Freunde der Konzerne wie der Bayerische Ministerpräsident behaupteten, schon immer auf unserer Seite gestanden zu haben.

Ich bin überzeugt, dass kreative, öffentlichkeitswirksame und direkte Aktionen in Verbindung mit niveauvollen Inhalten und Vorschlägen die größte Chance haben, gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. Auf diese Weise war ich mehrfach dabei, starke Aktionen zu entwickeln – überregional die Besetzungen des Hambacher Forstes gegen den Kohleabbau und des Dannenröder Waldes gegen den Autobahnbau ebenso wie lokale Aktivitäten zur Verkehrswende in und um Gießen, um nur wenige Beispiele zu nennen. Es gab Siege und Niederlagen, aber es war stets intensiv. Wir haben ständig neue Aktionsformen entwickelt und unseren Aktionsradius erweitert. So fingen wir irgendwann an, uns das Wissen um die Selbstverteidigung vor Gericht anzueignen. Heute bin ich bei vielen Verfahren wegen Klimaklebens, Autobahnblockaden oder Besetzungen als Verteidiger mit dabei. Das ist Selbstermächtigung – und dafür trainieren Kreativ-Aktivistis, zu denen ich mich zähle, viele Menschen, damit sie wirksamer werden können. Die Wände, gegen die wir damit oft anrennen, bestehen nicht nur aus der Phalanx der Herrschenden, die mit Polizei, Gefängnis und Überwachung gegen uns vorgehen, sondern auch aus den etablierten Kreisen politischer Bewegung, die gerne die Kontrolle über das Protestgeschehen haben wollen, von Spenden und Fördergeldern abhängig sind und deshalb ihre Aktivitäten ganz absichtlich nur als Begleitfolklore des Unabwendbaren organisieren. Sie fürchten stets, das Wohlwollen von Regierungen und Konzernen zu verlieren.



Ich werde nicht aufhören, für eine unabhängigere Bewegung, mehr kreative Frechheit in den Aktionen und deutlich herrschaftskritischere Positionen einzutreten – und selbst Aktionen zu entfachen, die nicht einfach gleichgültig ignoriert werden können. Aktuell, im Jahr 2025, versuche ich mich am Thema Antimilitarismus und würde gerne aus einer großen, traditionsreichen Waggonfabrik in Görlitz, die künftig Panzer bauen soll, ein starkes Symbol formen: Klimaschutz und Verkehrswende off, Kriegsvorbereitung on – geht’s noch deutlicher? Wenn ich dabei auch gleich die AfD und andere rechte Gruppen mit entzaubere, die dort mit dem (ihrem Wahlprogramm widersprechenden) Friedenthema 48,9 Prozent Erststimmenanteil bei der letzten Wahl abgeräumt haben, soll’s mir Recht sein. Schließlich sollten wir uns nicht mit dem Brotkrumen zufrieden geben. Wenn sich Regierende, Profiteuris und die Eliten der eigenen Bewegungen dann aufregen, haben wir vielleicht alles richtig gemacht ...

Mehr Biografisches auf <https://bergstedt.siehe.website>

Veröffentlichungsliste bei der Deutschen Nationalbibliothek: <https://buchliste-bergstedt.siehe.website>





Aktionstipps bis zum Abwinken – von Kommunikationsguerilla über Straßentheater, Besetzen und Blockieren, Lieder und kreatives Demonstrieren bis zur Sabotage und Gewaltfrage. Mit einem grundlegenden Einleitungskapitel.

- 
- Hinter
den
Laboren**
- Jörg Bergstedt

Aktionstipps zum Umgang mit Polizei, Justiz, Kontrollen und mehr. Von Straßentheater bis zu Sabotage, offensivem und subversivem Rechtsgebrauch. Viele Rechtstipps für Alltagsstress, Gerichtsverfahren und mehr.

- Interviews und Erzählungen über gelungene Aktionen, Strategien, Erfahrungen und Umgang mit Fehlern.

- ## Repression

- Kreativer Umgang mit Polizei und Justiz
- Subversiver Rechtsgebrauch, Selbst- und Lawenverteidigung vor Gericht
- Paragraphen und die Möglichkeiten, sie auszutricksen

Andreas Struß: *Lehrstuhl für Kunstgeschichte (in German)* (1997) (engl. englisch)
Herstellungsjahr: 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672

Interviews und Nachdenktex-
te über offensive Strafprozesse,
Umgang mit Polizei und
subversivem Rechtsgebrauch.

- Provokante Aktionen und ihre
Bedeutung für politischen Protest.
Geschichte, Auswertung, Beispiele.

- Kritische Fragen an Militanz und
Gewaltfreiheit. Perspektiven.

-



Gruppe Gegenbilder

Autonomie & Kooperation

Vorschläge für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Wie kann die aussehen? Was ist wichtig? Herrschaftsgrundlagen, Wirtschaft(en) ohne Herrschaft, Alternativen zur Strafe, Lernen von unten, emanzipatorische Ökologie usw.

- A5, 196 S., 2006, 14 €
- ISBN 978-3-86747-001-8

Anarchie

Eine kritische Bestandsaufnahme des

Anarchismus im heutigen Deutschland. Kritik der wichtigsten Strömungen und der Basisdemokratie.

- 12,5 x 22cm, 412 S., 14 €
- ISBN 978-3-86747-047-6

Bücher zu Anarchie und kreativen Aktionen im SeitenHieb-Verlag (Auswahl)

seitenhieb.info
aktionsversand.siehe.website



Gespräche über ... Anarchie

Interviews und Nachdenktex te über Herrschaft, Utopien und Vorbilder.

- A5, 68 S., 4 €
- ISBN 978-3-86747-085-8



Konsumkritik-Kritik

Warum bewusster Konsum wenig bewirkt außer der Festigung bestehender Verhältnisse.

- Quadratisch, 52 S., 3 €
- ISBN 978-3-86747-070-4



Technik – für ein gutes Leben oder für den Profit?

Technik als Werkzeug, Debatte um Technikritik, Perspektiven.

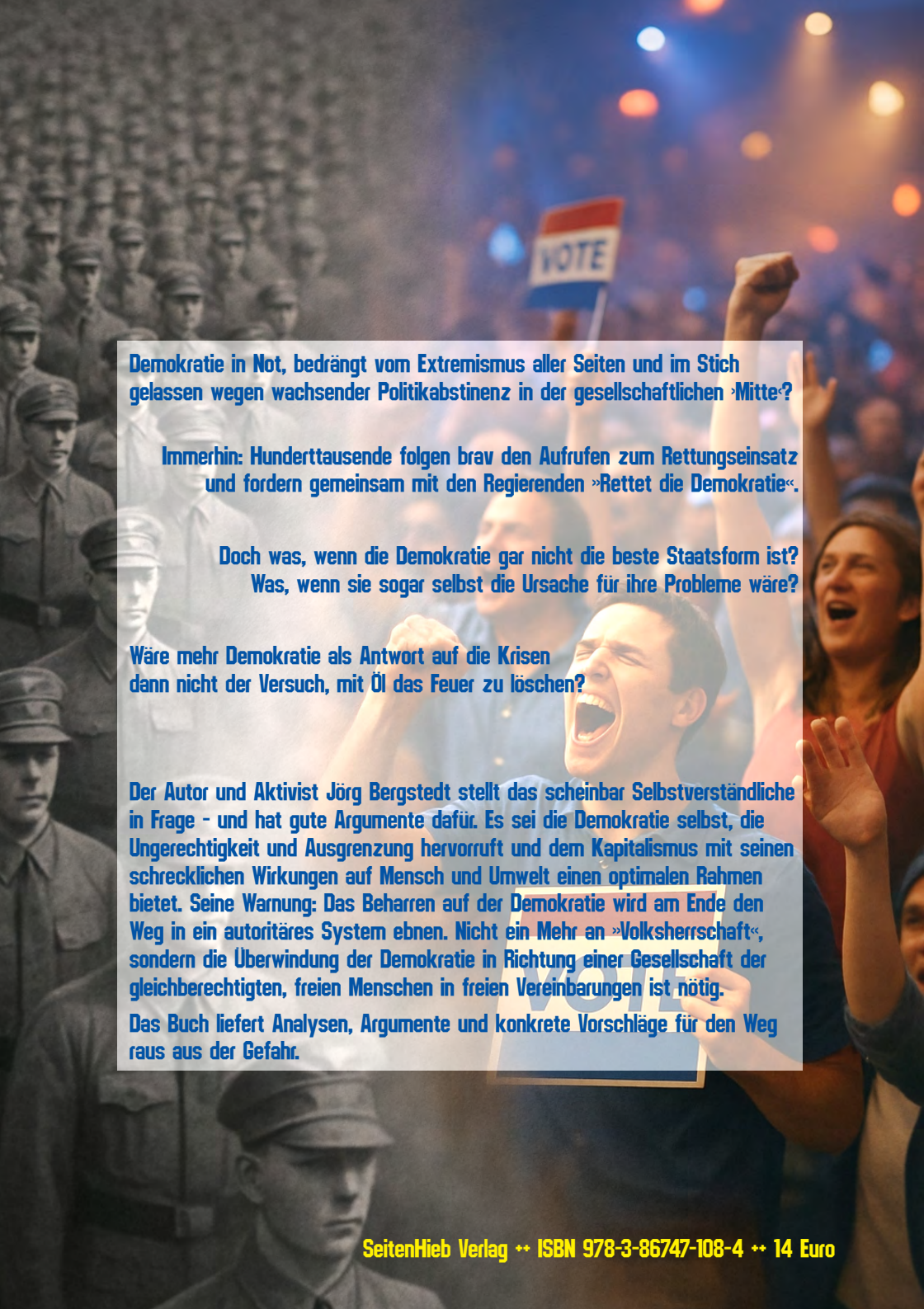
- A5, 112 S., 4 €
- ISBN 978-3-86747-049-0

Herrschaftsfrei wirtschaften

Kritik des Kapitalismus. Alternativen und Utopien für solidarische Ökonomien.

- A5, 92 S., 4 €
- ISBN 978-3-86747-011-7





Demokratie in Not, bedrängt vom Extremismus aller Seiten und im Stich gelassen wegen wachsender Politikabstinenz in der gesellschaftlichen ›Mitte‹?

Immerhin: Hunderttausende folgen brav den Aufrufen zum Rettungseinsatz und fordern gemeinsam mit den Regierenden »Rettet die Demokratie«.

**Doch was, wenn die Demokratie gar nicht die beste Staatsform ist?
Was, wenn sie sogar selbst die Ursache für ihre Probleme wäre?**

**Wäre mehr Demokratie als Antwort auf die Krisen
dann nicht der Versuch, mit Öl das Feuer zu löschen?**

Der Autor und Aktivist Jörg Bergstedt stellt das scheinbar Selbstverständliche in Frage - und hat gute Argumente dafür. Es sei die Demokratie selbst, die Ungerechtigkeit und Ausgrenzung hervorruft und dem Kapitalismus mit seinen schrecklichen Wirkungen auf Mensch und Umwelt einen optimalen Rahmen bietet. Seine Warnung: Das Beharren auf der Demokratie wird am Ende den Weg in ein autoritäres System ebnen. Nicht ein Mehr an »Volksherrschaft«, sondern die Überwindung der Demokratie in Richtung einer Gesellschaft der gleichberechtigten, freien Menschen in freien Vereinbarungen ist nötig.

Das Buch liefert Analysen, Argumente und konkrete Vorschläge für den Weg raus aus der Gefahr.